

Schriften des Vereins für Socialpolitik

Band 7/VIII

Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

**Die Vertriebenen
in Nordrhein-Westfalen**

**Von
Gertrude Stahlberg**



Duncker & Humblot · Berlin

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 7/VIII

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 7/VIII**

Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Pfister

Zweite Abteilung: EINZELDARSTELLUNGEN

Die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen

Von Dipl. Vw. Dr. Gertrude Stahlberg



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1957**

Die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen

Von

Dipl.Vw. Dr. Gertrude Stahlberg



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLLOT
BERLIN 1957**

Alle Rechte vorbehalten
© 1957 Duncker & Humblot, Berlin
Gedruckt 1957 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin SW 61
Printed in Germany

Vorbemerkung

Im Rahmen der Gesamtuntersuchung, die der Verein für Sozialpolitik über das Vertriebenenproblem durchführt, soll die vorliegende Arbeit über die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen einen weiteren Beitrag zur Aufhellung des genannten Problems liefern. Selbstverständlich kann eine Beurteilung des Gesamtproblems nicht durch derartige regionale Teilbetrachtung gewonnen werden. Die vorliegende Arbeit soll vielmehr Gegebenheiten sowie die Aufgaben und entsprechende Lösungsversuche aufzeigen, die sich in einem wirtschaftlich bedeutsamen Lande wie Nordrhein-Westfalen durch das Vertriebenenproblem ergaben. Es handelt sich hier somit nicht um die Darstellung der menschlich-sozialen Seite des Vertriebenenproblems, sondern vielmehr um die Bedeutung der ökonomisch-sachlichen Gegebenheiten, aus denen dem Leser allerdings vielfach die sozialen Probleme deutlich entgentreten.

Auf Grund der gewählten Darstellungsform wurde bei der vorliegenden Untersuchung auch u. a. besonderer Wert auf eine konstruktive Zusammenstellung von statistischem Material gelegt. Zu diesem Zweck wurden von der Verfasserin auf Grund mannigfacher statistischer Quellen umfangreiche Berechnungen durchgeführt, die im Text sowie in Tabellen ihren Niederschlag fanden. Obgleich der Leser sich hierdurch einer vielleicht zum Teil ermüdenden Fülle von Zahlenangaben gegenübersieht, wurde diese Darstellungsform gewählt, weil hierdurch ein möglichst objektives Bild über Art und Umfang des Vertriebenenproblems in Nordrhein-Westfalen vermittelt werden sollte. Leider mußte jedoch hierbei teilweise auf die Darstellung ökonomisch bedeutsamer Merkmale wie Einkommensentwicklung bei den Vertriebenen usw. verzichtet werden, weil entsprechendes Material nicht vorlag und Sondererhebungen für diese Zwecke den finanziell gegebenen Rahmen überschritten hätten.

Für die Bereitstellung des statistischen Quellenmaterials dankt die Verfasserin vor allem den für dieses Gebiet zuständigen Damen und Herren im Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn, im Institut für Raumforschung, Bonn, sowie im Arbeits- und Sozialministerium, im Landesarbeitsamt und im Statistischen Landesamt des Landes Nordrhein-Westfalen. Besonderen Dank möchte die Verfasserin an dieser Stelle Herrn Professor Dr. J. H. Müller, Freiburg, für seine wertvolle beratende Unterstützung aussprechen.

Gertrude Stahlberg

Inhaltsverzeichnis

Erster Abschnitt

Die Vertriebenenbevölkerung in Nordrhein-Westfalen und ihre Bedeutung im Rahmen des Bevölkerungsausgleiches	9
I. Die Entwicklung der Vertriebenenbevölkerung in Nordrhein-Westfalen von 1946—1954	9
II. Die räumliche Verteilung der Vertriebenen innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen von 1946—1954	11
III. Der Bevölkerungsausgleich und seine Bedeutung für das Land Nordrhein-Westfalen	16
1. Grundsätzliche Betrachtungen zum Bevölkerungsausgleich	16
2. Das Wohnungsproblem in Nordrhein-Westfalen in seiner Bedeutung für den Bevölkerungsausgleich	23
3. Gesetzliche Grundlagen und Durchführung der Bundesumsiedlungen	26
4. Maßnahmen auf dem Gebiete eines Bevölkerungsausgleiches innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen	30
5. Umfang und Struktur der Außenwanderung Nordrhein-Westfalens von 1950—1954 unter besonderer Berücksichtigung der Vertriebenen	33
6. Umfang und Bewegungsrichtung der Vertriebenen-Binnenwanderung von 1950—1954	47
IV. Das Problem der SBZ-Flüchtlinge	48

Zweiter Abschnitt

Die Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen	59
I. Allgemeine Betrachtungen zum Eingliederungsproblem	59
II. Die quantitative Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen	62
1. Das Problem der quantitativen Eingliederung in einigen ausgewählten Arbeitsamtsbezirken	66
2. Zentrale Maßnahmen zur Unterstützung der quantitativen Eingliederung in Nordrhein-Westfalen	76
a) Die Beschaffung von Arbeitsplätzen	76
b) Die Neugründung einer Stadt	81
b 1) Der Aufbau der Stadt Espelkamp-Mittwald	81
b 2) Würdigung und Ausblick	86

III. Die qualitative Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen	87
1. Die berufliche Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen	88
2. Die soziale Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen	107
IV. Die Eingliederung von Vertriebenen als Selbständige in Nordrhein-Westfalen	114
1. Die Gründung selbständiger Vertriebenenexistenzen in der Landwirtschaft	114
2. Die Gründung selbständiger Vertriebenenexistenzen in der gewerblichen Wirtschaft	123
a) Die finanziellen Leistungen der öffentlichen Hand für Vertriebenenbetriebe der gewerblichen Produktion	124
b) Die Vertriebenenbetriebe in Nordrhein-Westfalen am 13. 9. 1950	134
b 1) Die Flüchtlingsunternehmungen in Nordrhein-Westfalen am 13. 9. 1950	134
b 2) Die Vertriebenen-Industriebetriebe 1951—1954	139
b 3) Die Vertriebenen-Handwerksbetriebe 1949—1955	144

Erster Abschnitt

Die Vertriebenenbevölkerung in Nordrhein-Westfalen und ihre Bedeutung im Rahmen des Bevölkerungsausgleiches

I. Die Entwicklung der Vertriebenenbevölkerung in Nordrhein-Westfalen von 1946—1954

Die Durchführung des Art. XIII des Potsdamer Abkommens vom 2. 8. 1945 mit der darin enthaltenen Bestimmung, die deutsche Bevölkerung aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei nach Deutschland zu überführen, zog ebenfalls die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen deutschen Reichsgebieten jenseits der Oder-Neiße sowie aus Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und den Baltenländern nach sich. Die Bevölkerungsbewegung, die zum Teil schon mit der Flucht vor der Roten Armee eingesetzt hatte, nahm damit Ausmaße an, durch welche sich der restliche Teil Deutschlands vor fast unlösbar scheinende Probleme gestellt sah.

Bereits am 29. 10. 1946 hatten die Länder des heutigen Bundesgebietes 5,9 Mill. Vertriebene¹ aufgenommen, die jedoch fast ausschließlich auf die Länder der britischen und amerikanischen Zone entfielen, da die französische Zone die Aufnahme zunächst verweigert hatte mit der Begründung, daß Frankreich an dem Potsdamer Abkommen nicht beteiligt gewesen sei.

Die katastrophale Wohnungslage, die in vielen Gebieten durch die umfangreichen Kriegszerstörungen hervorgerufen worden war, führte dazu, daß die Verteilung der Vertriebenen auf die Länder des Bundesgebietes zunächst lediglich unter dem Gesichtspunkt der Unterbringungsmöglichkeit vorgenommen wurde. Nordrhein-Westfalen hatte aus diesem Grund bis zum 29. 10. 1946 auch nur 0,7 Mill. Vertriebene aufgenommen und stand damit hinter Bayern mit 1,7 Mill. Vertriebenen, Niedersachsen mit 1,5 Mill. und Schleswig-Holstein mit 0,8 Mill. Vertriebenen an vierter Stelle hinsichtlich der absoluten Vertriebenenzahl. Der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung war ebenfalls

¹ Personen mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in den deutschen Ostgebieten (Gebietsstand 31. 12. 1937) unter fremder Verwaltung und im Saarland sowie Personen mit deutscher Muttersprache mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 im Ausland einschließlich ihrer nach dem 1. 9. 1939 geborenen Kinder.

in Nordrhein-Westfalen mit 6,1 % besonders niedrig, im Vergleich zu den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, die eine Vertriebenenichte von 32,9 %; 24,0 % und 18,9 % aufzuweisen hatten.

Tabelle 1: Die Bevölkerung im Bundesgebiet und Nordrhein-Westfalen am 29. 10. 1946, 13. 9. 1950 und 31. 12. 1953

Gebiet	Gesamtbevölkerung	darunter			
		Vertriebene		Zugewanderte	
		absolut	vH Sp. 1	absolut	vH Sp. 1
	1	2	3	4	5
am 29. 10. 1946					
Bundesgebiet	43 694 000	5 963 000	13,7	1 021 000	2,3
Nordrhein-Westfalen	11 683 000	714 000	6,1	153 000	1,3
am 13. 9. 1950					
Bundesgebiet	47 696 000	7 876 000	16,5	1 555 000	3,3
Nordrhein-Westfalen	13 196 000	1 332 000	10,1	379 000	2,9
am 31. 12. 1953					
Bundesgebiet	49 278 000	8 451 000	17,1	2 153 000	4,4
Nordrhein-Westfalen	14 269 000	1 847 000	12,9	651 000	4,6

Quelle: Bundesminister Prof. Dr. Oberländer „Die Überwindung der Deutschen Not“ in „Lebendige Wirtschaft“, Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e. V., Band 5, Seite 46.

Sehr bald zeigten sich jedoch die Folgen dieser rein wohnungsmäßig orientierten Bevölkerungsverteilung. Die Bezirke, in denen die Vertriebenen Aufnahme gefunden hatten, waren zum großen Teil landwirtschaftliche Gebiete, die einer zusätzlichen Bevölkerung derartigen Ausmaßes keine wirtschaftliche Lebensgrundlage bieten konnten. Mit dem allmählichen Wiederaufbau der Industriezentren und der damit verbundenen Ausweitung der Arbeitsplatzkapazität sowie dem Wiederaufbau und Neubau von Wohnungen in den Industriegebieten setzte daher eine nochmalige Bevölkerungsbewegung ein, die hauptsächlich von wirtschaftlichen Kräften bestimmt wurde. In dieser 2. Phase der Bevölkerungsbewegung wurde Nordrhein-Westfalen mit seinen umfangreichen Industriegebieten das Hauptziel der freien Wanderungsbewegung sowie der staatlich gelenkten Umsetzung der Vertriebenenbevölkerung, die im Hinblick auf die Notwendigkeit eines Bevölkerungsausgleichs unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit in der Folgezeit in Angriff genommen wurde.

Auf Grund dieser Wanderungsbewegung innerhalb des Bundesgebietes sowie infolge des anhaltenden Bevölkerungszustroms aus dem

Osten hatte Nordrhein-Westfalen in den folgenden Jahren ein starkes Anwachsen sowohl der Vertriebenenbevölkerung als auch der übrigen Bevölkerung zu verzeichnen. Vom 29. 10. 1946 bis zum 31. 12. 1953 hatte das Land eine Bevölkerungszunahme von 2,58 Mill. Personen aufzuweisen, von denen 1,13 Mill. Vertriebene waren. Mit 1,85 Mill. Vertriebenen und 651 000 Zugewanderten² hatte Nordrhein-Westfalen am 31. 12. 1953 21,9 % der Vertriebenenbevölkerung und 30,2 % der Zugewandertenbevölkerung des Bundesgebietes aufgenommen. Damit stand das Land nach Bayern an zweiter Stelle im Hinblick auf die absolute Zahl der Vertriebenenbevölkerung und bei weitem an erster Stelle bezüglich der Zugewandertenbevölkerung. Die Vertriebenenendichte stieg in Nordrhein-Westfalen von 6,1 % am 29. 10. 1946 auf 12,9 % am 31. 12. 1953. Damit lag die Vertriebenenendichte in Nordrhein-Westfalen allerdings immer noch unter der durchschnittlichen Vertriebenenendichte des Bundesgebietes, die am 31. 12. 1953 17,1 % betrug. Zum Teil ist dieses Ergebnis allerdings darauf zurückzuführen, daß Nordrhein-Westfalen eine starke Zunahme der nichtvertriebenen Bevölkerungsgruppen aufzuweisen hatte. Von der Zunahme von 3,10 Mill. Nichtvertriebenen, die das Bundesgebiet vom 29. 10. 1946 bis zum 31. 12. 1953 zu verzeichnen hatte, entfielen allein 1,45 Mill. auf das Land Nordrhein-Westfalen. Dieser Tatbestand mußte sich zwangsläufig dahingehend auswirken, daß die Zunahme der Vertriebenenbevölkerung sich nicht in vollem Umfange in der Vertriebenenendichte widerspiegeln konnte. Um so bemerkenswerter erscheint es, daß Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den übrigen Ländern des Bundesgebietes in der Zeit vom 29. 10. 1946 bis zum 31. 12. 1953 trotzdem die stärkste Steigerung der Vertriebenenendichte zu verzeichnen hatte.

II. Die räumliche Verteilung der Vertriebenen innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen von 1946—1954

Die durchschnittliche Vertriebenenendichte zum Zeitpunkt der Volkszählung am 29. 10. 1946 war in Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zu den anderen Ländern des Bundesgebietes gering, ein Tatbestand, der jedoch keineswegs auf alle Gebiete des Landes zutraf. Die einzelnen Bezirke Nordrhein-Westfalens wiesen ein recht unterschiedliches Maß an Kriegszerstörungen und somit auch an Unterbringungsmöglichkeiten auf, so daß sich innerhalb des Landes starke Differenzen hinsichtlich der Vertriebenenendichte herausbildeten. In manchen Gebieten Nordrhein-Westfalens waren ähnliche bevölkerungsmäßige Überbe-

² Personen, die am 1. 9. 1939 ihren Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin hatten, einschließlich ihrer nach dem 1. 9. 1939 geborenen Kinder.

lastungen festzustellen wie in den ausgesprochenen Flüchtlingsländern. Es handelte sich hierbei vorwiegend um die agrarischen Bezirke des Landesteils Westfalen, also um den Regierungsbezirk Detmold sowie die Landkreise der Regierungsbezirke Münster und Arnsberg.

Während sich am 29.10.1946 beispielsweise die Gesamtbevölkerung auf die Landesteile Nordrhein und Westfalen im Verhältnis 50,4:49,6 aufteilte, betrug das entsprechende Verhältnis bei den Vertriebenen 29,3:70,8. Die Vertriebenenendichte lag dementsprechend im Landesteil Nordrhein mit 3,5 ‰ wesentlich unter der Vertriebenenendichte Westfalens, die 8,5 ‰ betrug, wobei manche Landkreise Westfalens eine Vertriebenenendichte bis zu 20 ‰ aufwiesen.

Im Laufe der folgenden Jahre läßt sich sowohl im Landesteil Nordrhein als auch im Landesteil Westfalen eine erhebliche Zunahme der Vertriebenenbevölkerung feststellen. Da jedoch in Nordrhein die Vertriebenenzunahme absolut und relativ viel größere Ausmaße annahm, (vom 29.10.1946—31.12.1953 hatte Nordrhein eine Zunahme von 600 772 Vertriebenen = 294,1 ‰, Westfalen dagegen eine Zunahme von 538 391 Vertriebenen = 108,9 ‰ zu verzeichnen), wurde die räumliche Verteilung der Vertriebenen auf beide Landesteile stark verändert. Am 31.12.1953 waren nur noch 56,2 ‰ der Vertriebenen in Westfalen und 43,8 ‰ in Nordrhein ansässig. Es bestand aber immer noch ein Unterschied zur Aufteilung der Gesamtbevölkerung. Aus diesem Grunde ist auch die Vertriebenenendichte am 31.12.1953 in Nordrhein mit 10,9 ‰ niedriger als in Westfalen, wo dieselbe 15,0 ‰ betrug.

Eine starke Veränderung vollzog sich auch in der Verteilung der Vertriebenen auf die Stadt- und Landkreise. Infolge der starken Zerstörung in den Stadtkreisen wohnten am 29.10.1946 hier nur 23,2 ‰ der Vertriebenen, während sich 76,8 ‰ auf die Landkreise verteilten. Das entsprechende Verhältnis der Gesamtbevölkerung betrug damals 46,7:53,3. Mit der allmählichen Beseitigung der Kriegszerstörung veränderte sich dieses Verhältnis, obwohl die Stadtkreise sowie die Landkreise eine allgemeine Zunahme der Vertriebenenbevölkerung aufzuweisen hatten. Am 31.12.1953 waren schon 43,3 ‰ der Vertriebenen in den Stadtkreisen und nur noch 56,7 ‰ in den Landkreisen ansässig.

In besonders starkem Maße macht sich die Zunahme der Vertriebenenbevölkerung in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bemerkbar. Der Wiederaufbau der Industriezentren mit der damit verbundenen Zunahme an Existenzmöglichkeiten mußte diesem Gebiet zwangsläufig eine starke wirtschaftliche Anziehungskraft verleihen, ein Tatbestand, der sich insbesondere auf die Vertriebenen auswirken mußte, da gerade diese Bevölkerungsgruppe zunächst in Gebieten mit geringen Arbeitsplatzmöglichkeiten untergebracht worden war. So hat

Tabelle 2: Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens vom 17. 5. 1939 bis 31. 12. 1953¹

Regierungsbezirk	Gesamtbevölkerung		darunter Vertriebene		vH	Gesamtbevölkerung		darunter Vertriebene		vH	Gesamtbevölkerung		darunter Vertriebene		vH										
	1	2	3	4		5	6	7	8		9	10	11	12		13	14	15							
	17. 5. 1939															29. 10. 1946					13. 9. 1950				
Düsseldorf	4 179 664	35,0	—	—	—	3 757 995	32,2	128 091	3,4	18,3	4 301 897	32,6	323 622	7,5	24,3										
Köln	1 595 677	13,4	—	—	—	1 461 104	12,5	64 803	4,4	9,3	1 668 813	12,6	145 767	8,7	10,9										
Aachen	762 852	6,4	—	—	—	665 631	5,7	11 350	1,7	1,6	774 449	5,9	47 513	6,1	3,6										
Münster	1 602 340	13,4	—	—	—	1 693 634	14,5	137 485	8,1	19,7	1 909 791	14,5	232 894	12,2	17,5										
Detmold	1 114 037	9,3	—	—	—	1 381 062	11,8	166 602	12,1	23,9	1 499 526	11,4	250 891	16,7	18,8										
Arnsberg	2 679 864	22,5	—	—	—	2 723 198	23,3	190 222	7,0	27,2	3 041 700	23,0	331 272	10,9	24,9										
Nordrhein Westfalen	6 534 193	54,8	—	—	—	5 884 730	50,4	204 244	3,5	29,3	6 745 159	51,1	516 962	7,7	38,8										
	5 396 241	45,2	—	—	—	5 797 894	49,6	494 309	8,5	70,8	6 451 017	48,9	815 057	12,6	61,2										
Nordrhein-Westf. davon	11 934 434	100,0	—	—	—	11 682 624	100,0	698 553	6,0	100,0	13 196 176	100,0	1 331 959	10,1	100,0										
Ruhrsiedl.-Verb.	4 280 044	35,9	—	—	—	3 870 965	33,1	136 877	3,5	19,6	4 470 056	33,9	364 656	8,2	27,4										
	31. 12. 1951															31. 12. 1952					31. 12. 1953				
Düsseldorf	4 467 277	32,8	400 848	9,0	26,3	4 575 976	33,0	457 824	10,0	27,5	4 736 405	33,2	533 049	11,3	29,0										
Köln	1 736 981	12,8	172 538	9,9	11,3	1 773 898	12,8	187 640	10,6	11,3	1 823 701	12,8	204 209	11,2	11,1										
Aachen	798 441	5,9	55 349	6,9	3,6	815 847	5,9	61 345	7,5	3,7	837 015	5,9	67 758	8,1	3,7										
Münster	1 957 236	14,4	257 073	13,1	16,8	1 997 908	14,4	274 239	13,7	16,5	2 049 478	14,4	293 025	14,3	15,9										
Detmold	1 513 331	11,1	264 315	17,5	17,3	1 519 353	10,9	270 481	17,8	16,2	1 533 540	10,7	279 218	18,2	15,2										
Arnsberg	3 125 567	23,0	377 050	12,1	24,7	3 194 874	23,0	413 218	12,9	24,8	3 288 765	23,0	460 457	14,0	25,1										
Nordrhein Westfalen	7 002 699	51,5	628 735	9,0	41,2	7 165 721	51,6	706 809	9,9	42,5	7 397 121	51,8	805 016	10,9	43,8										
	6 596 134	48,5	898 438	13,6	58,8	6 712 135	48,4	957 938	14,3	57,5	6 871 783	48,2	1 032 700	15,0	56,2										
Nordrhein-Westf. davon	13 598 833	100,0	1 527 173	11,2	100,0	13 877 856	100,0	1 664 747	12,0	100,0	14 268 904	100,0	1 837 716	12,9	100,0										
Ruhrsiedl.-Verb.	4 638 024	34,1	446 967	9,6	29,3	4 772 300	34,4	516 525	10,8	31,0	4 959 498	34,8	605 669	12,2	33,0										

Anm. 1) Differenzen zu Tabelle 1 ergeben sich durch nachträgliche Berichtigungen des Stat. Bundesamtes bzw. des Stat. Landesamtes NRW.

Quelle: 1. Stat. Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Stat. Berichte „Die Flüchtlinge in Deutschland“, Arb. Nr. VIII/0/4 v. 25. 3. 1950 S. 15/16
2. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen, „Beiträge zur Statistik Nordrhein-Westfalens“, Sonderreihe Volkszählung, Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen S. 6.

3. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen, Stat. Informationen A/1/V/2/52 v. 21. 2. 52; A/1/5/1/53 v. 21. 2. 53; A/1/5/1/54 v. 5. 3. 54.

beispielsweise das Gebiet des Ruhrsiedlungsverbandes³ vom 29. 10. 1946 bis zum 31. 12. 1953 eine Zunahme von 468 792 Vertriebenen aufzuweisen. Die Vertriebenenendichte ist in diesem Zeitraum von 3,5 ‰ auf 12,2 ‰ gestiegen. Während sich am 29. 10. 1946 nur 19,6 ‰ der gesamten Vertriebenenbevölkerung Nordrhein-Westfalens im Raum des Ruhrsiedlungsverbandes befand, betrug dieser Prozentsatz am 31. 12. 1953 33,0.

Ein besonders starkes Anwachsen der Vertriebenenbevölkerung weist ebenfalls das übrige rheinische Industriegebiet auf. Im Regierungsbezirk Düsseldorf war, abgesehen von dem Teil, der zum Ruhrsiedlungsverband gehört, die Zahl der Vertriebenen vom 29. 10. 1946 bis zum 31. 12. 1953 um 239 149 Personen gestiegen. Insgesamt zeigt der Regierungsbezirk Düsseldorf mit einer Zunahme von 404 958 Vertriebenen während dieses Zeitraumes das absolut stärkste Anwachsen der Vertriebenenbevölkerung im Vergleich zu den übrigen Regierungsbezirken. Am 31. 12. 1953 hat der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 29,0 ‰ den absolut größten Anteil aller Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Die Vertriebenenendichte war von 3,4 ‰ am 29. 10. 1946 auf 11,3 ‰ am 31. 12. 1953 angestiegen, lag jedoch zu diesem Zeitpunkt noch unter der durchschnittlichen Vertriebenenendichte des Landes.

Dem Gesamtzuwachs von rd. 1 139 000 Vertriebenen, den das Land vom 29. 10. 1946 bis zum 31. 12. 1953 zu verzeichnen hatte, stand eine Vertriebenenzunahme von 707 941 Personen gegenüber, die allein das Gebiet des Ruhrsiedlungsverbandes und der restliche Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf aufzuweisen hatten.

Im Landesteil Westfalen hatte der Regierungsbezirk Arnsberg mit 270 235 Vertriebenen den stärksten Zuwachs in dem obengenannten Zeitraum zu verzeichnen. Sieht man jedoch von dem Gebiet dieses Regierungsbezirktes ab, der zum Ruhrsiedlungsverband gehört, verbleibt lediglich eine Zunahme von 64 356 Vertriebenen. Das gleiche Ergebnis zeigt sich im Regierungsbezirk Münster. Hier sind 97 104 Vertriebene von dem gesamten Vertriebenenzuwachs von 155 540 Personen im Raum des Ruhrsiedlungsverbandes aufgenommen worden. Der starke Anstieg der Vertriebenenendichte in diesen beiden Regierungsbezirken von 7,0 ‰ auf 14,0 ‰ und 8,1 ‰ auf 14,3 ‰ ist infolgedessen hauptsächlich auf den starken Anstieg der Vertriebenenbevölkerung in dem Raum des Ruhrsiedlungsverbandes zurückzuführen. Dieser Tat-

³ Der Ruhrsiedlungsverband umfaßt die Kreise Duisburg, Essen, Mülheim-Ruhr, Oberhausen, Geldern, Dinslaken, Moers, Bottrop, Gelsenkirchen, Gladbeck, Recklinghausen, Bochum, Castrop-Rauxel, Dortmund, Hagen, Hamm, Herne, Lünen, Wanne-Eickel, Wattenscheid, Witten, Ennepe-Ruhr, Unna.

Tabelle 3: Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den Stadt- und Landkreisen Nordrhein-Westfalens vom 29.10.1946 bis 31.12.1953

Stadt- und Landkreise	Gesamt- bevölkerung		darunter Vertriebene vH Sp. 2		Gesamt- bevölkerung		darunter Vertriebene vH Sp. 5		Gesamt- bevölkerung		darunter Vertriebene vH Sp. 8	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
	17.5.1939	29.10.1946	13.9.1950	31.12.1953								
Reg.-Bez. Düsseldorf												
Stadtkreise	3 088 355	2 577 950	54 482	2,1	2 958 960	171 409	5,8	3 284 177	330 415	10,1		
Landkreise	1 091 309	1 180 045	73 609	6,2	1 342 937	152 213	11,3	1 452 228	202 634	14,6		
Reg.-Bez. Köln												
Stadtkreise	873 009	586 074	10 208	1,7	710 335	35 764	5,0	804 935	68 525	8,5		
Landkreise	722 668	875 030	54 595	6,2	958 478	110 003	11,5	1 018 766	135 684	13,3		
Reg.-Bez. Aachen												
Stadtkreise	161 624	110 334	1 867	1,7	129 811	6 173	4,8	143 202	10 189	7,1		
Landkreise	601 228	555 297	9 483	1,7	644 638	41 340	6,4	693 813	57 569	8,3		
Reg.-Bez. Münster												
Stadtkreise	722 137	614 355	21 489	3,5	741 301	66 524	9,0	835 885	108 395	13,0		
Landkreise	880 203	1 079 279	115 996	10,7	1 168 490	166 370	14,2	1 213 593	184 630	15,2		
Reg.-Bez. Detmold												
Stadtkreise	171 805	176 216	18 532	10,5	203 720	32 814	16,1	221 294	44 586	20,1		
Landkreise	942 232	1 204 846	148 070	12,3	1 295 806	218 077	16,9	1 312 246	234 632	17,9		
Reg.-Bez. Arnsberg												
Stadtkreise	1 598 291	1 391 634	55 138	4,0	1 613 130	134 895	8,4	1 805 716	233 867	13,0		
Landkreise	1 081 573	1 331 564	135 084	10,1	1 428 570	196 377	13,7	1 483 049	226 590	15,3		
Landestell Nordrhein												
Stadtkreise	4 122 988	3 274 358	66 557	2,0	3 799 106	213 346	5,6	4 232 314	409 129	9,7		
Landkreise	2 415 205	2 610 372	137 687	5,3	2 946 053	303 556	10,3	3 164 807	395 887	12,5		
Landestell Westfalen												
Stadtkreise	2 492 233	2 182 205	95 159	4,4	2 558 151	234 233	9,2	2 862 895	386 848	13,5		
Landkreise	2 904 008	3 615 689	399 150	11,0	3 892 866	580 824	14,9	4 008 888	645 852	16,1		
Land Nordrhein-Westfalen												
Stadtkreise	6 615 221	5 456 563	161 716	3,0	6 357 257	447 579	7,0	7 095 209	795 977	11,2		
Landkreise	5 319 213	6 226 061	536 837	8,6	6 838 919	884 380	12,9	7 173 695	1 041 739	14,5		
davon												
Ruhrsiedlungsverband	4 280 044	3 870 965	136 877	3,5	4 470 056	364 656	8,2	4 959 498	605 669	12,2		

Quelle: S. Quellenangabe zu der Tabelle „Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen in den Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens“.

bestand ergibt sich auch aus der Betrachtung der Entwicklung der Vertriebenenendichte in den Stadtkreisen dieser beiden Regierungsbezirke, die zum größten Teil zum Ruhrsiedlungsverband gehören. Im Regierungsbezirk Arnsberg war in den Stadtkreisen die Vertriebenenendichte von 4,0 % auf 13,0 % und in den Landkreisen nur von 10,1 % auf 15,3 % angestiegen. Im Regierungsbezirk Münster war ein entsprechendes Ansteigen von 3,5 % auf 13,0 % bzw. von 10,7 % auf 15,2 % zu beobachten. Der Regierungsbezirk Detmold, in dem am 29. 10. 1946 allein 23,9 % der Vertriebenen Nordrhein-Westfalens ansässig waren, weist am 31. 12. 1953 nur noch 15,2 % auf, obwohl auch hier die Vertriebenen um 112 616 Personen zugenommen hatten und die Vertriebenenendichte von 12,1 % auf 18,2 % angestiegen war. Damit ist in diesem Bezirk trotzdem noch die stärkste Vertriebenenendichte zu verzeichnen.

III. Der Bevölkerungsausgleich und seine Bedeutung für das Land Nordrhein-Westfalen

1. Grundsätzliche Betrachtungen zum Bevölkerungsausgleich

Die am vorhandenen Wohnraum orientierte Verteilung der Vertriebenen im Bundesgebiet, wie sie — bedingt durch die Verhältnisse unmittelbar nach der Vertreibung — vorgenommen werden mußte, führte zu einer Belastung der Hauptflüchtlingsländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, die in keinem Verhältnis zu der wirtschaftlichen Tragfähigkeit dieser Länder stand. Die Diskrepanz zwischen bestehender Arbeitsmöglichkeit und dem vorhandenen Arbeitspotential verursachte in den Hauptflüchtlingsländern ein starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Am 1. 1. 1950 befanden sich 63,85 % sämtlicher Arbeitslosen im Bundesgebiet in den Hauptflüchtlingsländern, während nur 39,48 % der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes in diesen Ländern ansässig waren. In Nordrhein-Westfalen dagegen, das zu diesem Zeitpunkt an der Gesamtbevölkerung mit 27,49 % beteiligt war, befanden sich nur 12,58 % der Arbeitslosen des Bundesgebietes. Naturgemäß hatten besonders die Vertriebenen unter der hohen Arbeitslosigkeit zu leiden. So betrug der Prozentsatz der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein 58,5 %, in Niedersachsen 43,4 % und in Bayern 39,9 %, während der Anteil der Vertriebenenbevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein 34,9 %, in Niedersachsen 26,8 % und in Bayern 21,0 % ausmachte. In Nordrhein-Westfalen stand dagegen ein Vertriebenenanteil von 9,1 % an der Gesamtbevölkerung einer Beteiligung

von 13,0 % der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtarbeitslosigkeit des Landes gegenüber⁴.

Auf Grund dieser unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Ländern des Bundesgebietes mußte sich ein Bevölkerungsausgleich unter ökonomisch-rationellen Gesichtspunkten als unumgänglich erweisen. Die Ausdehnungsmöglichkeit der Wirtschaftskapazität des Landes Nordrhein-Westfalen erwies sich in diesem Zusammenhang für die wirtschaftliche Eingliederung zusätzlicher Bevölkerungsmassen sehr geeignet. Besonders in den ersten Jahren nach der Währungsreform ließ der Produktionsanstieg eine starke Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten zu. So läßt sich beispielsweise in der Entwicklung des Produktions- und Beschäftigungsindex (arbeits-tätig 1936 = 100) bis 1951 eine starke Aufwärtsentwicklung verfolgen, die sich jedoch seit 1951 verlangsamt hat, was zweifellos bei Beurteilung der Aufnahmefähigkeit des Landes zu berücksichtigen ist.

Während der Produktionsindex von 1949—1951 um 19 bzw. 18 Punkte anstieg, war von 1951—1952 nur noch ein Ansteigen um 7 Punkte festzustellen. Parallel hierzu stieg der Beschäftigungsindex von 1949 bis 1951 jährlich um 11 Punkte, von 1951—1952 dagegen nur um 3 Punkte.

Tabelle 3a

Die Entwicklung der beschäftigten und arbeitslosen Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen vom 13. 6. 1950—30. 6. 1954¹

Zeit	Beschäftigte	Arbeitslose
	1	2
30. 6. 1950—30. 6. 1951	+ 346 680	— 52 566
30. 6. 1951—30. 6. 1952	+ 177 723	+ 27 994
30. 6. 1952—30. 6. 1953	+ 264 470	— 35 766
30. 6. 1953—30. 6. 1954	+ 257 275	+ 16 458

Produktions- und Beschäftigungsindex 1949—1952²
(1936 = 100)

Zeit	Produktionsindex (arbeits-tätig)	Beschäftigungs- index
	1	2
1949	91	117
1950	110	128
1951	128	139
1952	135	142

Quelle: 1. Stat. Mitteilungen des Arbeitsministeriums von Nordrhein-Westfalen Juli 1950, 1951, 1952, 1953, 1954.

2. Stat. Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1953, S. 193.

⁴ Die Zahlen wurden auf Grund des statistischen Berichtes VIII/0/5 des Stat. Bundesamtes vom 28. 4. 1950 errechnet.

Dementsprechend war vom 30. 6. 1950—30. 6. 1951 eine starke Zunahme der Beschäftigten und eine Abnahme der Arbeitslosen zu verzeichnen. Vom 30. 6. 1951—30. 6. 1952 dagegen hatte die Zunahme der Beschäftigten nachgelassen und die Zahl der Arbeitslosen zugenommen. Für die neuere Zeit zeichnet sich jedoch wieder eine günstigere Situation ab.

Infolge der hohen wirtschaftlichen Tragfähigkeit wurde Nordrhein-Westfalen in den folgenden Jahren zu einem Hauptaufnahmeland im Rahmen des gesamten Bevölkerungsausgleiches, der sich grundsätzlich in zwei verschiedenen Formen vollzog. Der eine Teil des Bevölkerungsausgleichs setzte sich im Wege der freien Wanderung durch und erlangte besonders nach Fortfall der Zuzugsgenehmigungen umfangreiche Bedeutung. Die freie Wanderung war dabei nicht auf bestimmte Personenkreise beschränkt und wurde ausschließlich von wirtschaftlichen Kräften bestimmt, die auch für die Bewegungsrichtung ausschlaggebend waren. Die Einreihung der Zuwanderer in den Wirtschaftsprozess des Ziellandes hing damit entscheidend von der Eigeninitiative der Zuwanderer ab. Die freie Wanderung ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sehr zu begrüßen, weil sie zwangsläufig zu einem allgemeinen Bevölkerungsausgleich unter ökonomisch-rationellen Gesichtspunkten führt.

Wenn auch die Vertriebenen an der Wanderung und somit an dem freien Bevölkerungsausgleich in starkem Maße beteiligt waren, erforderte jedoch die schlechte wirtschaftliche Lage der Vertriebenen, wie sie vor allen Dingen in den Hauptflüchtlingsländern bestand, besondere auf diese Bevölkerungsgruppe abgestimmte Maßnahmen. Neben der freien Wanderung vollzog sich somit ein staatlich gelenkter, jedoch auf freiwilliger Basis beruhender Bevölkerungsausgleich, der sich speziell mit der Umsetzung der Vertriebenen-Bevölkerung aus den Hauptflüchtlingsländern in die übrigen Länder der Bundesrepublik befaßte. Ein derartiger Bevölkerungsausgleich war zwar schon sehr früh von den einzelnen Ländern angestrebt worden, infolge Fehlens einer zentralen Stelle hatten diese Bestrebungen jedoch zu keinen wesentlichen Ergebnissen geführt. Erst mit Konstituierung der Bundesregierung wurde es möglich, eine Umsetzung der Vertriebenenbevölkerung in größerem Umfange auf Grund eines Zentralplanes in Angriff zu nehmen, die dann im Rahmen der verschiedenen Umsiedlungsaktionen durchgeführt wurde. Im Gegensatz zur freien Wanderung befaßte sich diese Umsiedlung hauptsächlich mit der Umsetzung der Vertriebenenbevölkerung, wobei das Aufnahmeland die Verantwortung für die Eingliederung der Umsiedler zu übernehmen hatte. Grundsätzlich sollte mit der Umsiedlung die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen gefördert werden.

Sofern für die Umsiedlung wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sind und durch die Bevölkerungsumsetzung arbeitslose Vertriebene in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden bzw. eine bessere Beschäftigung der Vertriebenen erreicht wird, handelt es sich auch hier weitgehend um einen ökonomisch-rationellen Bevölkerungsausgleich. Neben diesem Ziel werden jedoch bei der Umsiedlung in starkem Maße soziale Momente berücksichtigt. So enthält die Umsiedlung beispielsweise besondere Bestimmungen, die vor allen Dingen die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Familien-Haushalts- oder Lebensgemeinschaften zum Ziele haben.

Neben den erwähnten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei der Durchführung der Umsiedlungsaktionen verfolgt werden, wird die Umsiedlung jedoch oft als geeignetes Mittel zur finanziellen Entlastung der Abgabeländer betrachtet. So mußten beispielsweise im Rahmen der verschiedenen Umsiedlungsaktionen im bestimmten Umfange Rentner, Pensionäre und Fürsorgeempfänger umgesiedelt werden. Das BVFG bezeichnet die Umsiedlung der nicht erwerbsfähigen und der schwer in Arbeit zu vermittelnden Vertriebenen als sozialen Bevölkerungsausgleich. Eine derartige Bevölkerungsumsetzung dürfte im tieferen Sinne jedoch nur als „sozial“ angesehen werden, wenn damit eine Verbesserung der sozialen Stellung der Umsiedler verbunden ist, was aber nur dann der Fall ist, wenn durch die Umsiedlung diesen Personen die Möglichkeit gegeben ist, ein aktives Element im Wirtschaftsleben zu werden. Wenn dieser Tatbestand nicht zutrifft, dürfte diese Umsiedlung eher als Soziallastenausgleich anzusehen sein.

Sofern die Erfüllung der wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Umsiedlung eine finanzielle Entlastung für die Abgabeländer nach sich zieht, wird dieses Ergebnis zweifellos zu begrüßen sein. Es dürfte jedoch völlig verfehlt sein, der Umsiedlung Aufgaben zuzuweisen, für deren Lösung ein entsprechender Finanzausgleich zuständig sein müßte. Ein Bevölkerungsausgleich unter rein fiskalischen Gesichtspunkten muß damit entschieden abgelehnt werden.

Bestehen zwischen den beiden Arten des Bevölkerungsausgleichs der freien Wanderung und der Umsiedlung auch entscheidende Unterschiede, so stehen sie doch mit ihren Auswirkungen in enger Wechselbeziehung. Der Umfang der freien Zuwanderung, der ja gerade in Nordrhein-Westfalen starke Ausmaße annahm, muß zwangsläufig die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Umsiedler beeinträchtigen. Diese Tatsache macht sich selbstverständlich in dem Maße stärker bemerkbar, wie sich die Ausdehnung der Wirtschaftskapazität in Nordrhein-Westfalen verlangsamt. Weiterhin beeinflußt der Zustrom der SBZ-Flüchtlinge die Eingliederungsmöglichkeiten für die Umsiedler erheblich.

Vergleicht man den Umfang der freien Zuwanderung nach Nordrhein-Westfalen mit den Aufnahmeverpflichtungen, die das Land zu erfüllen hat, so erkennt man die große Bedeutung, die der freien Wanderung im Rahmen des gesamten Bevölkerungsausgleichs zukommt, und die Aufgaben, die sich gerade daraus für das Land Nordrhein-Westfalen ergeben.

Tabelle 4a
Zuwanderung, Umsiedlung und Notaufnahme in Nordrhein-Westfalen
1950—1953

Zeitraum	Zuzüge insgesamt	davon		
		Umsiedlung	im Notaufnahmeverfahren aufgenommen	freie Zuzüge
	1	2	3	4
1950	376 313	36 508	56 504	283 301
1951	423 565	49 916	48 574	325 075
1952	382 685	79 330	75 319	228 036
1953	496 964	93 996	150 425	252 543
1950—1953 . . .	1 679 527	259 750	330 822	1 088 955

Zuwanderung und Umsiedlung
aus den Hauptflüchtlingsländern nach Nordrhein-Westfalen
1950—1953

Zeitraum	Zuzüge		davon	
	Gesamtbevölkerung	darunter Vertriebene	Umsiedlung	freie Zuwanderung
	1	2	3	4
1950	166 409	58 739	36 508	129 901
1951	229 388	122 325	49 916	179 472
1952	213 969	112 204	79 330	134 639
1953	236 641	127 672	93 996	142 645
1950—1953 . . .	846 407	420 940	259 750	586 657

Quelle: 1. Bundesminister Prof. Dr. Oberländer „Die Überwindung der Deutschen Not“ in „Lebendige Wirtschaft“, Veröffentlichung der volkswirtschaftlichen Gesellschaft e. V., Band 5, S. 66.
2. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen: Stat. Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1950/51, S. 62/63; 1952, S. 88—91; 1953, S. 68—71.
3. Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Bad Godesberg: Schwarzneller: Die Wanderungen im Bundesgebiet 1952 Übersicht 12.
4. Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen: Stat. Informationen vom 25. November 1954 V/A4—2709—Do/We S. 6.
5. Ermittlungen über die Wanderungsbewegung 1953 beim Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen.

Vom 1. 1. 1950—31. 12. 1953 hatte Nordrhein-Westfalen einen Zuzug von 1 679 527 Personen zu verzeichnen, von denen nur 590 572 Personen auf Grund einer gesetzlichen Aufnahmeverpflichtung aufgenommen wurden, 1 088 955 Personen waren im Wege der freien Wan-

Tabelle 4b: Zuzüge nach Nordrhein-Westfalen nach Herkunftsgebieten 1950 bis 1954

Zeitraum	darunter aus																
	Zuzüge insgesamt	Zuzüge der Vertrieb. in vH der gesamt. Zuzüge	Schleswig-Holstein		Niedersachsen		Bayern		Berlin		Sowjetische Besatzungszone						
			absolut	vH Sp. 1	Vertrieb. in vH der gesamt. Zuzüge	absolut	vH Sp. 1	Vertrieb. in vH der gesamt. Zuzüge	absolut	vH Sp. 1	Vertrieb. in vH der gesamt. Zuzüge	absolut	vH Sp. 1	Vertrieb. in vH der gesamt. Zuzüge			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Gesamtbevölkerung																	
1950	376 313		34 516	9,2		99 482	26,4		32 411	8,6		13 855	3,7		79 260	21,1	
1951	423 565		58 422	13,8		127 482	30,1		43 484	10,3		17 374	4,1		75 917	17,9	
1952	382 685		56 206	14,7		117 862	30,8		39 901	10,4		28 815	7,5		42 974	11,2	
1953	496 964		75 500	15,2		113 097	22,8		48 044	9,7		59 645	12,0		82 356	16,6	
1950—1953	1 679 527		224 644	13,4		457 923	27,3		163 840	9,8		119 689	7,1		280 507	16,7	
Vertriebene																	
1950	105 074	27,9	16 684	15,9	48,6	32 865	31,3	33,0	9 190	8,7	28,4	1 849	1,8	13,3	23 071	22,0	29,1
1951	174 944	41,3	38 390	21,9	65,7	61 831	35,3	48,5	22 104	12,6	50,8	3 330	1,9	19,2	23 934	13,7	31,7
1952	154 812	40,5	35 877	23,2	63,8	56 685	36,6	48,1	19 642	12,7	49,2	7 167	4,6	24,9	13 077	8,4	30,4
1953	201 279	40,5	53 220	26,4	70,5	51 331	25,5	45,4	23 121	11,5	48,1	17 247	8,6	28,9	27 037	13,4	33,0
1950—1953	636 109	37,9	144 171	22,7	63,7	202 712	31,9	44,3	74 057	11,6	45,3	29 593	4,7	24,7	87 119	13,7	31,1

Quelle: 1. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen „Stat. Jahrbuch“ 1950/51, 1952, 1953.

2. Ermittlungen beim Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen über die Wanderungsbewegung im Jahre 1953.

derung über die Landesgrenzen nach Nordrhein-Westfalen zugezogen. Besonders deutlich läßt sich die bevölkerungsmäßige Entlastung der Hauptflüchtlingsländer durch die freie Wanderung aus diesen Gebieten nach Nordrhein-Westfalen erkennen. Von 1 144 214 Zuzügen, die Nordrhein-Westfalen von 1950—1953 aus dem übrigen Bundesgebiet zu verzeichnen hatte, entfielen 846 407 Zuzüge auf die Zuwanderung aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Von diesen Zuzügen waren jedoch nur 259 750 auf die Umsiedlungsaktion zurückzuführen, der Rest gelangte im Wege der freien Wanderung nach Nordrhein-Westfalen. Es dürfte einleuchten, daß dieses Ergebnis nicht ohne Einfluß auf die Maßnahmen bleiben kann, die im Rahmen der Umsiedlungsaktion getroffen werden. Das BVFG trägt diesem Tatbestand im § 31 Abs. 2 Rechnung, in dem bestimmt wird, daß der Umsiedlungs- und Finanzierungsplan unter Berücksichtigung des Ergebnisses der freien Wanderung festgesetzt werden soll.

Der ländermäßige Bevölkerungsausgleich findet eine weitere Ergänzung in einem Bevölkerungsausgleich, der sich innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen vollzieht. Wenngleich Nordrhein-Westfalen als ausgesprochen wirtschaftliches Aktivland angesehen wird, so muß berücksichtigt werden, daß dieser Tatbestand keineswegs auf alle Gebiete des Landes zutrifft. Auch in Nordrhein-Westfalen hatten manche Bezirke Bevölkerungszunahmen aufzuweisen, die in keinem Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit standen. Während im Landesdurchschnitt die Bevölkerungszunahme vom 17. 5. 1939—13. 9. 1950 10,6 % betrug, waren in manchen ostwestfälischen Gebieten, wie beispielsweise im Raum der Arbeitsamtsbezirke Detmold, Soest, Meschede und Paderborn, Bevölkerungszunahmen von 33 % bis 45 % zu beobachten. Ein derartiges Anwachsen der Bevölkerung wirkte sich hier ebenso wie in den Hauptflüchtlingsländern als starke Belastung auf den Arbeitsmarkt aus. Waren im Landesdurchschnitt am 30. 9. 1950 3,7 % der Arbeitnehmer arbeitslos, so schwankte dieser Prozentsatz in den genannten Gebieten zwischen 5,0 % und 8,0 %. Einer Vertriebenenendichte, die in diesem Raum im Durchschnitt zwischen 16 % und 18 % lag, stand eine Beteiligung der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen von 28 % bis 35 % gegenüber⁵. Die unterschiedliche wirtschaftliche Situation innerhalb des Landes erforderte

⁵ Stat. Mitteilungen des Arbeitsministeriums Nordrhein-Westfalen Oktober 1950. Die Umrechnung der Gesamt- und Vertriebenenbevölkerung auf Arbeitsamtsbezirke erfolgte auf Grund der Umrechnungsgrundlagen der Kreise auf Arbeitsamtsbezirke nach dem Dienststellenverzeichnis der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenvers. vom 1. 10. 1953 und der Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-W., hrsg. v. Stat. Landesamt Nordrhein-W., in: „Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-W., Sonderreihe Volkszählung“, Heft 15.

somit ebenfalls einen Bevölkerungsausgleich, der sich in den folgenden Jahren zum Teil auf dem Wege der freien Binnenwanderung vollzog. In gewissem Umfang wurden jedoch auch von der Landesregierung Umsiedlungsaktionen durchgeführt.

2. Das Wohnungsproblem in Nordrhein-Westfalen in seiner Bedeutung für den Bevölkerungsausgleich

Die hohe Arbeitsplatzkapazität Nordrhein-Westfalens stellte eine günstige Voraussetzung für die Eingliederung zusätzlicher Bevölkerungsmassen dar, jedoch zeigte sich in der katastrophalen Wohnungslage, die sich infolge der Kriegszerstörungen gerade in den Gebieten herausgebildet hatte, welche die größten Arbeitsplatzchancen boten, das entscheidende Hindernis für einen Bevölkerungsausgleich.

Während am 17. 5. 1939 in Nordrhein-Westfalen eine Bevölkerung von 11 934 400 Personen einem Wohnungsbestand von 3 353 371 Wohnungen gegenüberstand, wies das Land am 13. 9. 1950 eine Bevölkerung von 13 196 200 Personen und einen Wohnungsbestand von 2 662 055 Wohnungen auf⁶. Dem Wohnungsrückgang von 20,6 % stand somit ein Bevölkerungszuwachs von 10,6 % gegenüber. Die Wohnungsdichte war damit von 3,55 Personen je Wohnung auf 4,95 Personen je Wohnung, d. h. also um 39,4 %, gestiegen. An dem gesamten Wohnungsrückgang, den das Bundesgebiet am 13. 9. 1950 dem Stand vom 17. 5. 1939 gegenüber zu verzeichnen hatte, war Nordrhein-Westfalen mit fast 58 % beteiligt. Gerade die Gebiete Nordrhein-Westfalens, die in der Folgezeit infolge ihrer günstigen Wirtschaftsstruktur als Aufnahmegebiet für den Bevölkerungsausgleich besondere Bedeutung erhalten sollten, hatten den stärksten Wohnungsrückgang erlitten. So wiesen beispielsweise die Stadtkreise der Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg und Münster am 13. 9. 1950 nur 68,9 %, 76,9 % und 78,2 % ihres Wohnungsbestandes vor dem Krieg aus⁷. Ein befriedigender Bevölkerungsausgleich konnte sich mithin nur in dem Maße vollziehen, wie es gelang, den erforderlichen Wohnraum neu zu schaffen.

Für den staatlich gelenkten Bevölkerungsausgleich wurden aus diesem Grunde Sonderbauprogramme aufgestellt, welche die Unterbringung der Umsiedler sichern sollten. Zur Durchführung der ersten und zweiten Umsiedlungsaktion sowie des ersten Abschnittes der dritten Umsiedlungsaktion war für Nordrhein-Westfalen der Bau von 85 205 Wohnungen vorgesehen. Die Finanzierung dieses Vorhabens stieß

⁶ Stat. Bundesamt, Stat. Berichte Arb. Nr. VI 35/7 v. 20. 10. 1952; Arb. Nr. VIII 8/28 v. 16. 2. 1954.

⁷ Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen, „Stat. Rundschau“, 3. Jahrg., S. 207.

jedoch auf mannigfache Schwierigkeiten, die entscheidend für die Überschreitungen der vom Bund festgesetzten Umsiedlungstermine werden sollten. Zwar wurden vom Bund für die nachrangige Finanzierung der Bauvorhaben zentrale Mittel zur Verfügung gestellt, ihre Bereitstellung erfolgte jedoch zum Teil so spät, daß die Einhaltung der Termine unmöglich wurde. Außerdem wurde durch diese Mittel die nachrangige Finanzierung nicht vollständig sichergestellt, so daß zu diesem Zweck auch noch Landesmittel eingesetzt werden mußten. Für die nachrangige Finanzierung war vom Bund ein Förderungssatz von 6 000,— DM je Wohnung vorgesehen, der später infolge der Baukostensteigerung (in Nordrhein-Westfalen waren die Baukosten je Wohnung im Durchschnitt von 9 500,— DM im Jahre 1950 auf 14 900,— DM im Jahre 1953 angestiegen) auf 8 000,— DM erhöht wurde.

Eine besondere Schwierigkeit ergab sich bei der Beschaffung der ersten Hypotheken, zu der in erster Linie das Land verpflichtet war. Die Lage am Kapitalmarkt machte auch hier die Inanspruchnahme von Landesmitteln in starkem Umfange erforderlich, für die zum großen Teil seitens des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen Mittel aus der Arbeitslosenversicherung bereitgestellt wurden. Die Restfinanzierung, die durch Bereitstellung von Eigenkapital und Arbeitgeberdarlehen gesichert werden sollte, mußte schließlich ebenfalls durch Landesmittel ergänzt werden. In gewissem Umfang wurden sowohl für die ersten Hypotheken als auch zur Ergänzung des Eigenkapitals zentrale Mittel aus dem Soforthilfefonds bzw. Lastenausgleichsfonds zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Für den Bau von 85 205 Wohnungen (18 705 Wohnungen im Rahmen des ersten, 44 750 Wohnungen zur Durchführung des zweiten und 21 750 Wohnungen für den ersten Abschnitt des dritten Umsiedlungsprogramms) wurden dem Land 585,143 Mill. DM zentrale Mittel zur Verfügung gestellt. Hiermit wurde ein theoretisch durchschnittlicher Förderungssatz von 6867,— DM je Wohnung erreicht. Es muß jedoch beachtet werden, daß der tatsächliche Förderungssatz im einzelnen Fall recht unterschiedlich sein konnte. In den ersten beiden Umsiedlungsprogrammen bestanden die zentralen Finanzierungsmittel für den Umsiedlerwohnungsbau in erster Linie aus Soforthilfemitteln, die im zweiten Umsiedlungsprogramm noch in gewissem Umfange durch Bundeshaushaltsmittel und Lastenausgleichsmittel ergänzt wurden. Für den Umsiedlerwohnungsbau im Rahmen des ersten Abschnitts des dritten Umsiedlungsprogramms wurden als zentrale Finanzierungsmittel hauptsächlich Lastenausgleichsmittel und in geringerem Umfange Bundeshaushaltsmittel bereitgestellt.

Insgesamt waren somit bis zum 30.5.1954 in Nordrhein-Westfalen 69 904 Umsiedlerwohnungen fertiggestellt worden, von denen der

größte Teil im Raum des Ruhrsiedlungsverbandes und im restlichen Bereich des Regierungsbezirkes Düsseldorf errichtet worden war⁸. Während jedoch für die Umsiedler die Wohnraumbeschaffung von zentraler Seite gesichert wurde, bedeutete das Wohnungsproblem für die Personengruppen, die im Wege der freien Wanderung nach Nordrhein-Westfalen ziehen wollten, ein ungleich schwierigeres Problem. Soweit diese Gruppen nicht über genügend Mittel für die Beteiligung am freifinanzierten Wohnungsbau verfügten, waren sie auf freierwerdende Altwohnungen oder Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus angewiesen. Diese Wohnungen aber waren zum großen Teil auf Grund von Sonderbauprogrammen errichtet worden, wie sie für Umsiedler, SBZ-Flüchtlinge, Bergbau-, Stahl-, Bundesbahn- und Bundespostarbeiter durchgeführt wurden, und somit nur bestimmten Personengruppen zugänglich. So sind beispielsweise von rd. 184 000 Wohnungen, die 1953 in Nordrhein-Westfalen gebaut wurden, 131 000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln erstellt worden, von denen 80 000⁹ Wohnungen auf die Sonderbauprogramme entfielen. Es blieben also nur 51 000 Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus und 8000—11 000 Altwohnungen, die durch den Neubau frei wurden — wenn man, wie die Landesregierung¹⁰, 15—20 % des freifinanzierten Wohnungsbaus als echten Wohnungsgewinn annimmt —, um die nicht in den Sonderbauprogrammen berücksichtigten Teile der ansässigen und zuwandernden Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen.

Trotz dieser schlechten Wohnungsaussichten hatte Nordrhein-Westfalen einen gewaltigen Bevölkerungszustrom zu verzeichnen, der sich als starke Belastung auf den Wohnungsmarkt auswirken mußte und nur eine langsame Abdeckung des Wohnungsfehlbestandes erlaubte. Der Bauleistung von 569 300¹¹ Wohnungen in den Jahren 1950—1953 stand ein Wanderungsgewinn von 1 039 307 Personen gegenüber, wodurch allein ein Wohnungsbedarf von rund 260 000 Wohnungen neu entstand (wenn man, wie bei der Umsiedlung, 4 Personen je Wohnung rechnet). Für die Abdeckung des Wohnungsfehlbestandes verblieben mithin nur rd. 310 000 Wohnungen. Am 31.12.1953 betrug der Wohnungsfehlbestand nach Berechnungen des Ministers für Wiederaufbau

⁸ Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen befanden sich 36 267 Umsiedlerwohnungen im Ruhrsiedlungsverband und 18 040 im restlichen Gebiet des Regierungsbezirkes Düsseldorf.

⁹ Der Minister für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen, „Bevölkerung, Wohnverhältnisse und Bautätigkeit“, Jahresbericht 1953, S. 12.

¹⁰ Landesregierung Nordrhein-Westfalen, „Neue Verpflichtungen für Nordrhein-Westfalen“, S. 15.

¹¹ Der Bundesminister für Wohnungsbau, „Bundesbaublatt“ vom 27. 4. 1954.

in Nordrhein-Westfalen noch 950 000—970 000 Wohnungen, von denen allein 700 000 auf den Bevölkerungszuwachs und die Familienneugründungen entfielen¹². Obwohl Nordrhein-Westfalen mit 32,8 % an den gesamten Bauleistungen des Bundesgebietes von 1950—1953 beteiligt war und der Wohnungsbestand am 31. 12. 1953 nur noch um 200 000¹³ Wohnungen unter dem Vorkriegsstand lag, zeigte das Land auf Grund der Bevölkerungsentwicklung einen geringeren Rückgang der Wohnungsdichte als die übrigen Länder des Bundesgebietes.

Vom 13. 9. 1950—31. 12. 1953 hatte Nordrhein-Westfalen mit einem Wohnungszuwachs von 18,7 %, abgesehen von den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, zwar die relativ größte Wohnungszunahme, allerdings auch mit 8,1 % den stärksten relativen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Der Rückgang der Wohnungsdichte betrug somit nur 8,9 % und war damit geringer als in allen übrigen Ländern des Bundesgebietes (nur in Rheinland-Pfalz war der Rückgang geringer, jedoch hatte dieses Land sowieso nur eine verhältnismäßig geringe Wohnungsdichte). Mit 4,51 Personen je Wohnung hatte Nordrhein-Westfalen am 31. 12. 1953 nach Niedersachsen (5,24 Personen je Wohnung) und Bayern (4,65 Personen je Wohnung) die stärkste Wohnungsdichte zu verzeichnen¹⁴.

Besonders stark wirkte sich der Bevölkerungszuwachs auf die Wohnungsdichte im Ruhrsiedlungsverband sowie im Regierungsbezirk Düsseldorf aus. Einem Wohnungszuwachs von 19,2 % und 18,8 % stand hier ein Bevölkerungszuwachs von 10,9 % und 10,1 % gegenüber, so daß die Wohnungsdichte hier nur um 7,3 % bzw. 7,2 % zurückgehen konnte. Auch die Wohnungsdichte in den Stadtkreisen ging nur um 7,7 %, in den Landkreisen jedoch um 9,8 % zurück. Einer Wohnungszunahme von 20,8 % in den Stadtkreisen und 16,4 % in den Landkreisen stand ein Bevölkerungszuwachs von 11,6 % bzw. 5,0 % gegenüber¹⁵.

3. Gesetzliche Grundlagen und Durchführung der Bundesumsiedlungen

Die erste wirksame Maßnahme größeren Umfanges auf dem Gebiet des staatlich gelenkten Bevölkerungsausgleichs wurde durch die Rechtsverordnung der Bundesregierung vom 29. 11. 1949, BGBl. Nr. 2/1950, zu dem Art. 119 des Grundgesetzes in Angriff genommen. Hierin wurde bestimmt, daß 300 000 Vertriebene aus den Ländern Schleswig-Holstein,

¹² „Bevölkerung, Wohnverhältnisse . . .“, a. a. O., S. 9.

¹³ Dto., a. a. O., Tab. III.

¹⁴ Stat. Bundesamt, „Stat. Jahrbuch 1954“, S. 268, S. 30/31.

¹⁵ Stat. Bundesamt, Stat. Berichte, Arb. Nr. VI/35/7; Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen, „Stat. Rundschau“, 4. Jahrg., S. 250; Der Minister für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau, in „Bevölkerung, Wohnverhältnisse . . .“, a. a. O., Tab. III; siehe auch Tab. 2 und 3 dieser Schrift.

Niedersachsen und Bayern in die übrigen Länder des Bundesgebietes umzusiedeln seien. Nach dieser Verordnung sollte Nordrhein-Westfalen 90 000 Vertriebene, und zwar 45 000 aus Schleswig-Holstein und je 22 500 aus Niedersachsen und Bayern, aufnehmen, wobei jedoch Vertriebene, die seit dem 1. April 1949 aus einem der drei Abgabeländer gekommen waren, auf das Aufnahmekontingent angerechnet wurden. Die Umsiedlung sollte bis zum 31. 12. 1950 durchgeführt sein.

Infolge der Schwierigkeiten, die sich bei der Wohnraumbeschaffung für die Umsiedler ergaben, konnte dieser Termin nicht eingehalten werden, so daß sich die Erfüllung dieses Programmes im wesentlichen über das Jahr 1951 erstreckte. Die Regelung des Programmes erfolgte in Nordrhein-Westfalen auf Grund von verschiedenen Erlassen des Sozialministeriums und des Ministeriums für Wiederaufbau. Den verschiedenen Aufgaben der Umsiedlung entsprechend, sollte dieselbe grundsätzlich in drei Gruppen, und zwar im Wege der Familienzusammenführung, der Arbeitsvermittlung und im Rahmen eines Stoßprogrammes durchgeführt werden. Die Umsiedlung mit dem Ziel der Familienzusammenführung sollte dazu dienen, Personen umzusiedeln, die zu einem schon im Lande ansässigen Flüchtling in verwandtschaftlicher Beziehung standen oder mit diesem vor der Flucht in Wohngemeinschaft gelebt hatten und nunmehr mit diesen zum Zweck einer Haushaltsgemeinschaft vereinigt werden wollten. Die Umsiedlung im Wege der Arbeitsvermittlung dagegen hatte die Umsiedlung von Arbeitskräften mit ihren Familien zum Ziele, die aus den Abgabeländern nach Nordrhein-Westfalen unter Mitwirkung der beteiligten Landesarbeitsämter in Arbeit vermittelt werden sollten. In diesem Falle wurden also die Vertriebenen direkt nach Nordrhein-Westfalen in Arbeit vermittelt. Auf Grund eines vom zuständigen Arbeitsamt auf den Namen des Umsiedlers ausgestellten Wohnungsscheines erfolgte die Bereitstellung von Mitteln für die Wohnraumbeschaffung. Die Umsiedlung von Arbeitskräften für die Großbedarfsträger wurde auf Grund von Sonderprogrammen durchgeführt. Im Rahmen des Stoßprogrammes wurden in den Abgabeländern Vertriebene von Kommissionen Nordrhein-Westfalens, bestehend aus Vertretern des Sozialministeriums und der Arbeitsverwaltung, ausgewählt und in bestimmte Gemeinden Nordrhein-Westfalens umgesiedelt, in denen ein Bedarf an Arbeitskräften zu erwarten war. Zur Sicherung der Unterbringung wurden in den entsprechenden Aufnahmegemeinden besondere Wohnungsbauprogramme durchgeführt. Im allgemeinen stand die Umsiedlung 1949/1950 vorwiegend unter dem Zeichen der direkten und indirekten Arbeitsvermittlung. Während 26,5 % der Umsiedlung auf die Maßnahmen der Familienzusammenführung entfielen, wurden

14,9 % im Wege des Wohnscheinverfahrens und 39,6 % im Rahmen des Stoßprogrammes umgesiedelt.

Am 22.5.1951 wurde von der Bundesregierung ein weiteres Umsiedlungsgesetz (BGBl. I Nr. 24/1952) veröffentlicht, das die Umsiedlung von 300 000 Vertriebenen vorsah, von denen bis zum 30.9.1951 200 000 Vertriebene umgesiedelt werden sollten. Im Rahmen des I. Abschnittes dieses 2. Umsiedlungsprogrammes sollte Nordrhein-Westfalen 115 000 Vertriebene aufnehmen, und zwar 57 500 aus Schleswig-Holstein, 34 500 aus Niedersachsen und 23 000 aus Bayern. Auf Grund der allgemeinen Schwierigkeiten bei der Planung und Finanzierung der Wohnungsbauvorhaben konnte der vorgesehene Abschlußtermin aber ebenfalls nicht eingehalten werden, so daß sich die Durchführung dieser Umsiedlung im wesentlichen auf das Jahr 1952 verlagerte. Die notwendige Abänderung der Abschlußtermine wurde dann auch von der Bundesregierung in der Durchführungsverordnung vom 26.9.1952 (BGBl. I, 1952, Nr. 40) vorgenommen. Nach dem Ergänzungsgesetz vom 23.9.1952 (BGBl. I, 1952, Nr. 35) zum Umsiedlungsgesetz vom 22.5.1951 hatte Nordrhein-Westfalen von den restlichen 100 000 Umsiedlern weitere 64 000 aufzunehmen. Die Durchführung dieses II. Abschnittes des Umsiedlungsprogrammes 1951/52 sollte bis zum 30.6.1953 erfolgen, tatsächlich wurden jedoch Umsiedlungen im Rahmen dieses Programmabschnittes in wesentlichem Umfang noch im 2. Halbjahr 1953 und zum Teil auch noch in den ersten Monaten des Jahres 1954 vorgenommen. Der zur Umsiedlung berechtigte Personenkreis wurde im Rahmen des II. Abschnittes des Umsiedlungsprogrammes 1951/52 erstmalig dahingehend ausgedehnt, daß nunmehr, wenn auch in geringem Umfange, aus Nordrhein-Westfalen stammende Evakuierte in die Umsiedlung einbezogen wurden. Hinsichtlich der Durchführung der Umsiedlung wurden zwar einige Änderungen vorgenommen, jedoch die grundsätzliche Gliederung der Maßnahmen in Familienzusammenführung, Arbeitsvermittlung und Kommissionsauswahl beibehalten. Grundsätzlich lag das Schwergewicht des Umsiedlungsprogrammes 1951/1952 aber bei der Familienzusammenführung. Von 160 168 Umsiedlern, die im Rahmen dieses Programmes in Nordrhein-Westfalen aufgenommen wurden (nicht enthalten sind in dieser Zahl die Eisenbahnerumsiedlungen und die Umsiedlungen im ungelenkten Verfahren), waren 64,4 % Familienzusammenführung. Die Umsiedlungen, die auf Grund der Kommissionswahl vorgenommen wurden, waren mit 21,8 % und die Umsiedlungen, die im Rahmen der Bergbau- und Stahlprogramme durchgeführt wurden, mit 11,5 % an der Gesamtzahl der Umsiedler beteiligt. Auf die Rückführung der Evakuierten entfielen 2,3 % der aufgenommenen Umsiedler.

Am 13. 2. 1953 (BGBl. I Nr. 6/1953) wurde wiederum von der Bundesregierung eine Umsiedlungsverordnung veröffentlicht, die eine Umsiedlung von 150 000 Personen vorsah, von denen Nordrhein-Westfalen 87 000 Umsiedler aufzunehmen hatte. Eine weitere Umsiedlung von 165 000 Personen wurde geplant, von denen 95 900 auf Nordrhein-Westfalen entfallen sollten. Im Gegensatz zu den bisherigen Verfahren sollte diese Umsiedlung in erster Linie zur Räumung der Flüchtlingslager und Notwohnungen in den Abgabeländern dienen.

Die Berücksichtigung dieser neuen Gesichtspunkte mußte notwendigerweise eine Änderung des Umsiedlungsverfahrens nach sich ziehen. Die Umsiedlung wurde nunmehr nur noch über Umsiedlungskommissionen als sog. Auswahlprogramm und in beschränktem Maße im Wege der Familienzusammenführung durchgeführt. Bei der Auswahl der Umsiedler durch die Kommissionen wurden außerdem Sondermaßnahmen nach sozialen Gesichtspunkten durchgeführt. Im Rahmen dieser Sondermaßnahmen sollten Schwerbeschädigte, schwer in Arbeit zu vermittelnde Angestellte und sog. Halbfamilien (Familien, in denen der Ernährer fehlt, in denen jedoch Kinder sind, die im Abgabeland keine Ausbildungsmöglichkeiten haben) in solche Gebiete umgesiedelt werden, in denen größere Möglichkeiten der Arbeitsplatzbeschaffung bzw. bessere Ausbildungsmöglichkeiten bestanden. Außerdem sollten weiterhin Umsiedlungen zur Schaffung selbständiger Existenzen durchgeführt werden, wobei erstmalig Mittel zur Erstellung gewerblicher Räume bereitgestellt wurden.

Von 21 367 Personen, die im Rahmen des Umsiedlungsprogrammes 1953 bis zum Mai 1954 umgesiedelt wurden, war die Umsiedlung im Wege der Familienzusammenführung mit 46,1 % und die Umsiedlung durch Kommissionsauswahl mit 41,1 % beteiligt. Der Rest entfiel auf Notstandsarbeiter, Evakuierte und Einzelpersonen. Unter den Umsiedlern, die auf Grund des Auswahlprogrammes nach Nordrhein-Westfalen gelangten, befanden sich zu 8,8 % Halbfamilien, 4,6 % Schwerbeschädigte und 1,3 % Angestellte.

Insgesamt waren aus dem Umsiedlungsprogramm 1949/1950 und 1951/52 und aus dem I. Abschnitt des Programmes 1953 bis zum 31. 5. 1954 271 554 Personen (abgesehen von den Eisenbahnumsiedlern und den Umsiedlern im ungelenkten Verfahren aus dem Programm 1951/52) nach Nordrhein-Westfalen umgesiedelt worden. Der größte Teil der Umsiedler wurde im Raum des Ruhrsiedlungsverbandes und in dem restlichen Teil des Regierungsbezirkes Düsseldorf untergebracht. Von diesen Gebieten wurden allein 135 302 und 72 394 Personen, also 76,5 % der Gesamtzahl der Umsiedler, aufgenommen.

Der echte Sinn der Umsiedlung, nämlich ein Bevölkerungsausgleich unter dem Aspekt gleichzeitiger wirtschaftlicher Eingliederung, wurde

somit im Hinblick auf die industrielle Kapazität der genannten Hauptaufnahmebezirke in Nordrhein-Westfalen weitgehend berücksichtigt. Dieser Tatbestand zeigt sich auch in der Verteilung der Umsiedler auf die Stadtkreise und Landkreise Nordrhein-Westfalens. Während auf die Landkreise nur 28,9 % der umgesiedelten Personen entfielen, hatten die Stadtkreise 71,1 % der Umsiedler aufgenommen. Die Umsiedlungen, die in die weniger wirtschaftlichen Aktivräume des Landes vorgenommen wurden, beruhten dagegen zum großen Teil auf Familienzusammenführungen oder auf der Umsiedlung nicht-erwerbsfähiger Personen.

4. Maßnahmen auf dem Gebiete eines Bevölkerungsausgleiches innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen

Auf Grund eines gemeinsamen Runderlasses des Sozialministers und des Ministers für Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen vom 11.6. 1951¹⁶ wurde im Jahre 1951 ein Umsiedlungsprogramm in Angriff genommen, das einem Bevölkerungsausgleich innerhalb des Landes dienen sollte. Der Personenkreis der Umsiedlungsberechtigten umfaßte sowohl Heimatvertriebene mit dem Flüchtlingsausweis A als auch Flüchtlinge mit dem Ausweis B und Evakuierte, sofern sie zu dem Kreis der Soforthilfe-anspruchsberechtigten Personen gehörten. Zweifellos bildeten die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge jedoch den größten Teil der Umsiedler innerhalb der genannten Personengruppen.

Das Ziel der inneren Umsiedlung des Jahres 1951 wurde in erster Linie von der unterschiedlichen Arbeitsmarktsituation in den verschiedenen Teilen des Landes bestimmt. Die Umsiedlung der 2000 Familien, die das Programm vorsah, sollte aus Gebieten, in denen die Bevölkerungsentwicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit zu struktureller Arbeitslosigkeit geführt hatte, in Bezirke mit günstigen Arbeitsmöglichkeiten erfolgen. Die Umsiedlung wurde damit auf ganz bestimmte Abgabe- und Aufnahmebezirke abgestellt, wobei zu den ersteren verschiedene Landkreise der Regierungsbezirke Detmold, Arnsberg und Münster gehörten, während das rheinisch-westfälische Industriegebiet auch im Rahmen der inneren Umsiedlung zum Hauptaufnahmegebiet wurde. Dem arbeitspolitischen Charakter dieser Umsiedlung entsprechend erfolgte die Auswahl der umzusiedelnden Personen durch die Arbeitsämter in Verbindung mit den Kreis- und Gemeindeverwaltungen. Der ausgewählte Personenkreis mußte min-

¹⁶ Gemeinsamer Runderlaß des Sozialministeriums IV A/2-2600-2593/51 und des Wiederaufbauministeriums IV C Fl. 677/51.

destens seit dem 1. Juni 1949 in einem Abgabebezirk Wohnrecht haben und in einem Aufnahmebezirk in Zukunft Arbeit aufnehmen.

Die Umsiedlung erfolgte im Wege der direkten Arbeitsvermittlung, wobei oft die Arbeit zunächst unter Trennung von der Familie aufgenommen werden mußte. Soweit die Umsiedlungsquote durch die Arbeitsvermittlungsfälle nicht erfüllt war, wurden Personen ausgewählt, für die am neuen Arbeitsort normale Arbeitsaussichten bzw. Berufsaussichten bestanden. Um die wohnungsmäßige Unterbringung in den meist stark zerstörten Aufnahmebezirken sicherzustellen, sollte ein Wohnungsbauprogramm durchgeführt werden, das die Erstellung von 2080 Wohnungen vorsah, von denen u. a. 908 Wohnungen im Raum des Ruhrsiedlungsverbandes, 540 Wohnungen im restlichen Teil des Regierungsbezirkes Düsseldorf und 294 Wohnungen im Regierungsbezirk Köln errichtet werden sollten.

Mit dem gemeinsamen Runderlaß des Sozialministers und des Ministers für Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen vom 20. 3. 1952 wurde die Weiterführung der Umsiedlung innerhalb des Landes für das Jahr 1952 geregelt. Der Personenkreis erstreckte sich, ebenso wie bei der inneren Umsiedlung des Jahres 1951, auf Heimatvertriebene, Flüchtlinge mit dem Ausweis B und Evakuierte; von ihnen sollten im Durchschnitt jedes Regierungsbezirkes jedoch $\frac{2}{3}$ Soforthilfe-anspruchsberechtigt sein, da die Erstellung der erforderlichen Wohnungen zum großen Teil mit Soforthilfe- bzw. Lastenausgleichsmitteln erfolgte.

Im Gegensatz zu der inneren Umsiedlung 1951 sollte die innere Umsiedlung 1952 in erster Linie der Familienzusammenführung dienen. Die Umsiedlung wurde somit nicht mehr von dem Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme abhängig gemacht und brauchte nicht mehr zwischen bestimmten Aufnahme- und Abgabebezirken, sondern konnte zwischen allen Kreisen des Landes erfolgen. Im Hinblick darauf, daß bei dieser Umsiedlung die arbeitspolitischen Gesichtspunkte in den Hintergrund rückten, waren die Arbeitsämter auch nicht mehr unmittelbar an der Umsiedlung beteiligt, sondern nur noch in bestimmten Fällen, in denen Familienzusammenführung oder Rückführung der Evakuierten vom Standpunkt des Arbeitsmarktes wünschenswert erschien.

Die gesamte innere Umsiedlung 1952 wurde im Rahmen eines allgemeinen Umsiedlungsprogramms oder auf Grund der Umsiedlungsprogramme der Großbedarfsträger (Bergbau, Stahlindustrie, Bundesbahn und Bundespost) durchgeführt. Der Personenkreis, der im Rahmen der Programme der Großbedarfsträger umgesiedelt werden konnte, wurde dabei noch auf solche Personen ausgedehnt, die täglich unzumutbar weite und bei Berücksichtigung der gegebenen Verkehrsmöglich-

keiten auf die Dauer untragbare Wege zwischen ihren Wohnungen und ihrer Arbeitsstelle zurückzulegen hatten (Pendler). Der Anteil der Pendler durfte jedoch 15 % der örtlichen Bauprogramme im Rahmen der Umsiedlungsmaßnahmen der Großbedarfsträger nicht überschreiten.

Ein weiteres Umsiedlungsprogramm zur Bevölkerungsumsetzung innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen wurde für das Jahr 1953 durch den gemeinsamen Runderlaß des Sozialministers¹⁷ und des Ministers für Wiederaufbau am 21. 5. 1953 festgelegt. Stärker als bisher sollten bei der inneren Umsiedlung Familienzusammenführung, insbesondere der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, sowie die Rückführung der Evakuierten berücksichtigt werden. Der Personenkreis umfaßte neben den Vertriebenen, Flüchtlingen und Evakuierten nunmehr auch Schwerbeschädigte und Pendler, wobei letztere allerdings nur bis zu 15 % der örtlichen Umsiedlungsprogramme berücksichtigt werden durften. Nur bei den Umsiedlungsprogrammen der Großbedarfsträger durfte dieser Prozentsatz 40 % der entsprechenden Bauprogramme betragen. Im übrigen erfolgte die Umsiedlung ebenso wie 1952 im Wege der allgemeinen Umsiedlung oder im Rahmen der Umsiedlungsmaßnahmen der Großbedarfsträger.

Um die wohnungsmäßige Unterbringung der Umsiedler zu sichern, wurden 3 Wohnungsbauprogramme aufgestellt, die insgesamt den Bau von 22 437 Wohnungen, und zwar 12 817 Wohnungen zur Durchführung der allgemeinen inneren Umsiedlung und 9620 Wohnungen für die Umsiedlungsmaßnahmen der Großbedarfsträger vorsahen. Rechnet man mit einem Umsiedlerhaushalt von 4 Personen, wäre somit die Voraussetzung für eine Bevölkerungsumsetzung von 51 268 Personen im Rahmen der allgemeinen inneren Umsiedlung und 38 480 Personen auf Grund der Maßnahmen der Großbedarfsträger gegeben. Infolge der längeren Zeitdauer, die zur Mittelbeschaffung und zur Durchführung der Bauprogramme erforderlich wurde, waren jedoch bis zum 1. 1. 1954 im Rahmen der allgemeinen inneren Umsiedlung 1952 und 1953 erst 17 072 Personen umgesiedelt worden. Der Anteil der Familienzusammenführung, der in erster Linie die Beteiligung der Vertriebenen und Flüchtlinge an der inneren Umsiedlung darstellt, betrug 8362 Personen, von ihnen wurden 2562 Personen im Raum des Ruhrsiedlungsverbandes, 2301 Personen im restlichen Gebiet des Regierungsbezirkes Düsseldorf und 1375 Personen im Regierungsbezirk Detmold untergebracht.

¹⁷ Gemeinsamer Runderlaß des Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen IV A 2 — 2600 — 22 58/53 und des Ministers für Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen — III A/6.22, Tgb. Nr. 1804/53 —.

5. Umfang und Struktur der Außenwanderung Nordrhein-Westfalens von 1950—1954 unter besonderer Berücksichtigung der Vertriebenen

Der Umfang der Außenwanderung und die starke Beteiligung der Vertriebenen an dieser Wanderungsbewegung führten in den vergangenen Jahren zu einer starken Zunahme der Bevölkerung, insbesondere der Vertriebenenbevölkerung Nordrhein-Westfalens, die das Land ständig vor neue Aufgaben auf dem Vertriebenen Sektor stellte.

An einem Wanderungsgewinn von 1 039 307 Personen, den das Land in den Jahren 1950—1954 zu verzeichnen hatte, waren die Vertriebenen mit 493 556 Personen beteiligt. Wenn man bedenkt, daß die

Tabelle 5: Gliederung der Bevölkerung nach dem Geschlecht am 13. 9. 1950 im Bundesgebiet und in Nordrhein-Westfalen und die Wanderung über die Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens von 1950—1954

	Insgesamt	d a v o n			
		männlich	vH Sp. 1	weiblich	vH Sp. 1
	1	2	3	4	5
Bevölkerung am 13. 9. 1950					
Bundesgebiet					
Gesamtbevölker.	47 695 672	22 350 692	46,9	25 344 980	53,1
Vertriebene	7 876 211	3 709 400	47,1	4 166 811	52,9
vH	16,5	16,6		16,4	
Nordrhein-Westfl.					
Gesamtbevölker.	13 196 176	6 255 035	47,4	6 941 141	52,6
Vertriebene	1 331 959	652 291	49,0	679 668	51,0
vH	10,1	10,4		9,8	
Wanderung über die Landesgrenzen von 1950—1954					
Zuzüge					
Gesamtbevölker. .	1 679 527	920 642	54,8	758 885	45,2
Vertriebene	636 109	337 262	53,0	298 847	47,0
vH	37,9	36,7		39,4	
Fortzüge					
Gesamtbevölker. .	640 220	366 821	57,3	273 399	42,7
Vertriebene	142 553	80 721	56,6	61 832	43,4
vH	22,3	22,0		22,6	
Wanderungsgewinn bzw. -verlust					
Gesamtbevölker. .	+ 1 039 307	+ 553 821	53,3	+ 485 486	46,7
Vertriebene	+ 493 556	+ 256 541	52,0	+ 237 015	48,0
vH	47,5	46,3		48,8	

Quelle: 1. Stat. Bundesamt, Stat. Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 26/27.

2. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen:

Stat. Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1950/51, S. 60/61 u. S. 11,
1952 , S. 86/87 u. S. 15,
1953 , S. 65.

3. Ermittlungen über die vorläufigen Ergebnisse der Wanderungsbewegung 1953 in Nordrhein-Westfalen beim Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen.

Vertriebenenendichte im Bundesgebiet in dieser Zeit zwischen 16,0 % und 17,0 %, der Anteil der Vertriebenen an den gesamten Zuzügen nach Nordrhein-Westfalen dagegen bei 37,9 % lag, so erkennt man die Bedeutung, die den Vertriebenen im Rahmen der Wanderungsbewegung nach Nordrhein-Westfalen zukommt.

Zweifellos ist dieser hohe Prozentsatz zum Teil auf die Umsiedlungsaktionen zurückzuführen, die von der Bundesregierung zum Zweck eines Ausgleichs der Vertriebenenbevölkerung innerhalb der Länder des Bundesgebietes durchgeführt wurden. Vergleicht man jedoch die gesamten Zuzüge der Vertriebenen nach Nordrhein-Westfalen, die in den Jahren 1950—1954 636 109 Personen betragen, mit der Umsiedlung von 259 750 Personen, die das Land in demselben Zeitraum aufgenommen hatte, so erkennt man den gewaltigen Anteil, den die Vertriebenen auch außerhalb der Umsiedlungsmaßnahmen an der Zuwanderung nach Nordrhein-Westfalen hatten. Die starke wirtschaftliche Anziehungskraft, die Nordrhein-Westfalen auf die Bevölkerung der übrigen Länder, insbesondere der Hauptflüchtlingsländer ausübte, mußte sich zwangsläufig in besonderem Maße auf die Vertriebenen auswirken, die noch eine höhere Arbeitsmobilität als die übrige Bevölkerung aufwiesen.

Zum Teil beruht der hohe Wanderungsgewinn an Vertriebenen jedoch darauf, daß diese vielfach im Familienverband nach Nordrhein-Westfalen zuwanderten und somit ihren neuen Wohnsitz nicht so schnell wieder aufgaben. Trotz der Wanderung im Familienverband ist jedoch auch bei den Vertriebenen eine besonders starke Zuwanderung der jüngeren Altersgruppen zu verzeichnen. Während am 13.9.1950 26,5 % der Vertriebenen im Bundesgebiet zu der Altersgruppe der 14- bis 30jährigen gehörten, war diese Gruppe an den Vertriebenenzuzügen nach Nordrhein-Westfalen mit 43,0 % beteiligt.

Allerdings ist diese Altersgruppe in noch stärkerem Maße, nämlich mit 57,4 % an den Fortzügen beteiligt. Da die absolute Zahl der Zuzüge die der Fortzüge bei weitem übersteigt, verbleibt immer noch ein Anteil von 39,0 %, den diese Altersgruppe an dem Wanderungsgewinn der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen aufzuweisen hat. Beim Vergleich der Wanderung der Vertriebenen nach Altersgruppen mit der Wanderung der Gesamtbevölkerung zeigt sich jedoch, daß beispielsweise die Altersgruppe der 21- bis 30jährigen bei der Vertriebenenwanderung schwächer besetzt ist als bei der Gesamtbevölkerung. Am 13.9.1950 war dagegen die genannte Altersgruppe bei den Vertriebenen stärker besetzt als bei der Gesamtbevölkerung.

Hinsichtlich der geschlechtlichen Gliederung der Außenwanderer Nordrhein-Westfalens läßt sich sowohl bei den Vertriebenen als auch

Tabelle 6: Die Bevölkerung nach Altersgruppen am 13. 9. 1950 im Bundesgebiet und in Nordrhein-Westfalen und die Wanderung über die Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens nach Altersgruppen von 1950—1954

Altersgruppen	Gesamtbevölkerung	Anteil	darunter		
			Vertriebene	Anteil	vH Sp. 1
	1	2	3	4	5
Bundesgebiet am 13. 9. 1950					
Insgesamt	47 695 672	100,0	7 876 211	100,0	16,5
davon: unter 14 Jahren	10 435 390	21,9	1 832 725	23,3	17,6
14—21 „ ..	5 000 015	10,5	867 065	11,0	17,3
21—30 „ ..	6 399 896	13,4	1 218 579	15,5	19,0
30—50 „ ..	13 627 891	28,6	2 233 391	28,3	16,4
50—65 „ ..	7 808 607	16,4	1 154 712	14,7	14,8
65 Jahre u. mehr	4 423 873	9,2	569 739	7,2	12,9
Nordrhein-Westfalen am 13. 9. 1950					
Insgesamt	13 196 176	100,0	1 331 959	100,0	10,1
davon: unter 14 Jahren	2 761 588	20,9	291 733	21,9	10,6
14—21 „ ..	1 391 153	10,5	154 720	11,6	11,1
21—30 „ ..	1 828 822	13,9	241 271	18,1	13,2
30—50 „ ..	3 865 688	29,3	377 521	28,3	9,8
50—65 „ ..	2 184 184	16,6	181 982	13,7	8,3
65 Jahre u. mehr	1 164 741	8,8	84 732	6,4	7,3
Wanderung über die Landesgrenzen von 1950—1954					
Zuzüge					
Insgesamt	1 679 527	100,0	636 109	100,0	37,9
davon: unter 14 Jahren	268 353	16,0	104 739	16,5	39,0
14—21 „ ..	313 863	18,7	121 754	19,1	38,8
21—30 „ ..	462 084	27,5	152 282	23,9	33,0
30—50 „ ..	435 933	25,9	164 732	25,9	37,8
50—65 „ ..	144 064	8,6	65 556	10,3	45,5
65 Jahre u. mehr	55 230	3,3	27 046	4,3	49,0
Fortzüge					
Insgesamt	640 220	100,0	142 553	100,0	22,3
davon: unter 14 Jahren	72 997	11,4	12 685	8,9	16,0
14—21 „ ..	114 674	17,9	29 194	20,5	25,5
21—30 „ ..	241 056	37,7	52 508	36,9	21,8
30—50 „ ..	151 170	23,6	31 556	22,1	20,9
50—65 „ ..	41 835	6,5	10 877	7,6	26,0
65 Jahre u. mehr	18 488	2,9	5 733	4,0	31,0
Wanderungsgewinn bzw. -verlust					
Insgesamt	+ 1 039 307	100,0	+ 493 556	100,0	47,5
davon: unter 14 Jahren	+ 195 356	18,8	+ 92 054	18,6	47,1
14—21 „ ..	+ 199 189	19,2	+ 92 560	18,8	46,5
21—30 „ ..	+ 221 028	21,3	+ 99 774	20,2	45,1
30—50 „ ..	+ 284 763	27,4	+ 133 176	27,0	46,8
50—65 „ ..	+ 102 229	9,8	+ 54 679	11,1	53,5
65 Jahre u. mehr	+ 36 742	3,5	+ 21 313	4,3	58,0

- Quelle: 1. Stat. Bundesamt, Stat. Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 26.
 2. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen: Stat. Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1950/51, S. 10/11; 1952 S. 14/15.
 3. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen: „Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen“
 Heft 14 „Die Wanderungsbewegung 1949 und 1950 im Lande Nordrhein-Westfalen“,
 Heft 22 „Die Wanderungsbewegung 1951 in Nordrhein-Westfalen“,
 Heft 42 „Die Wanderungsbewegung 1952 in Nordrhein-Westfalen“.
 4. Ermittlungen über die vorläufigen Ergebnisse der Wanderungsbewegung 1953 in Nordrhein-Westfalen beim Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen.

bei der Gesamtbevölkerung eine starke Beteiligung der männlichen Bevölkerung feststellen, die wohl vor allen Dingen auf die schwierigere Verwendungsmöglichkeit der männlichen Bevölkerung auf Grund stärkerer Berufsspezialisierung zurückzuführen ist. Diese Tendenz ist besonders im Hinblick darauf, daß die geschlechtliche Gliederung der Vertriebenenbevölkerung am 13. 9. 1950 im Vergleich zu der Gesamtbevölkerung einen höheren Anteil der männlichen Bevölkerung aufweist, bei der Gesamtbevölkerung noch stärker wahrzunehmen. Betrug der Anteil der männlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet am 13. 9. 1950 46,9 % und bei den Vertriebenen 47,1 %, so lag der entsprechende Anteil an dem Wanderungssaldo, den Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen hatte, in den Jahren 1950—1954 bei der Gesamtbevölkerung bei 53,3 % und bei den Vertriebenen bei 52,0 %.

Der hohe Anteil der männlichen Bevölkerung an dem Wanderungssaldo Nordrhein-Westfalens beruht vor allem auf der starken Beteiligung der jüngeren männlichen Bevölkerung an der Wanderungsbewegung. An dem Wanderungssaldo der Altersgruppen der 14- bis 21jährigen und der 21- bis 30jährigen war die männliche Bevölkerung bei den Vertriebenen mit 63,0 % bzw. 57,5 % und bei der Gesamtbevölkerung mit 65,3 % bzw. 54,5 % beteiligt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich die Wanderungsbewegung auf die Altersgliederung der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens in einer besonderen Zunahme der 14- bis 21- und 21- bis 30jährigen ausgewirkt hat, und zwar gilt dieser Tatbestand sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch für die Vertriebenenbevölkerung, obwohl gerade die Vertriebenen im Wege der Umsiedlung im Familienverband nach Nordrhein-Westfalen wandern. Das beweist wiederum, daß ein großer Teil der Vertriebenen der obengenannten Altersgruppen im Wege der freien Wanderung nach Nordrhein-Westfalen gelangt ist. Außerdem wird durch die Wanderung die geschlechtliche Gliederung der Vertriebenen und der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens zugunsten der männlichen Bevölkerung verschoben. Der Unterschied der geschlechtlichen Gliederung der Bevölkerung des Landes zur Bevölkerung des Bundesgebietes dürfte damit noch verstärkt werden. Insbesondere dürfte dabei eine Zunahme der männlichen Bevölkerung von 14 bis 30 Jahren zu verzeichnen sein. Zweifellos ist diese Struktur der Wanderungsbewegung auf die starke wirtschaftliche Anziehungskraft des Landes Nordrhein-Westfalen zurückzuführen, ein Umstand, der sich ebenfalls dahingehend auswirkt, daß die Erwerbspersonen an der Wanderung in besonders starkem Maße beteiligt sind.

Betrug die Erwerbsquote am 13. 9. 1950 bei der Vertriebenenbevölkerung des Bundesgebietes 42,5 % und bei der Gesamtbevölkerung 46,3 %, so entfielen von dem Wanderungsgewinn, den Nordrhein-Westfalen

Tabelle 7: Die Wanderung über die Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens nach der Erwerbstätigkeit

Zeit	Insgesamt	Erwerbspersonen			Nichterwerbspersonen			ohne Angaben		
		absolut	vH Sp. 1	vH der Vertrieb. an der gesamt. Bevölk.	absolut	vH Sp. 1	vH der Vertrieb. an der gesamt. Bevölk.	absolut	vH Sp. 1	vH der Vertrieb. an der gesamt. Bevölk.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Z u z ü g e										
Gesamtbevölkerung										
1950 . . .	376 313	224 262	59,6	100,0	151 174	40,2	100,0	877	0,2	100,0
1951 . . .	423 565	256 113	60,5	100,0	167 452	39,5	100,0	—	—	100,0
1952 . . .	382 685	233 716	61,1	100,0	148 969	38,9	100,0	—	—	100,0
1953 . . .	496 964	285 005	57,3	100,0	211 954	42,7	100,0	—	—	100,0
1950-1953	1 679 527	999 096	59,5	100,0	679 554	40,5	100,0	877	0,1	100,0
Vertriebene										
1950 . . .	105 074	61 792	57,9	27,6	43 166	41,1	28,6	116	0,1	13,2
1951 . . .	174 944	100 254	57,3	39,1	74 690	42,2	44,6	—	—	—
1952 . . .	154 812	88 730	57,3	38,0	66 082	42,7	44,4	—	—	—
1953 . . .	201 279	105 462	52,4	37,0	95 817	47,6	45,2	—	—	—
1950-1953	636 109	356 238	56,0	35,7	279 755	44,0	41,2	116	0,0	13,2
F o r t z ü g e										
Gesamtbevölkerung										
1950 . . .	122 824	75 590	61,5	100,0	46 847	38,1	100,0	387	0,1	100,0
1951 . . .	167 489	113 061	67,5	100,0	54 428	32,5	100,0	—	—	100,0
1952 . . .	176 471	125 260	71,0	100,0	51 211	29,0	100,0	—	—	100,0
1953 . . .	173 436	119 840	69,1	100,0	53 596	30,9	100,0	—	—	100,0
1950-1953	640 220	433 751	67,8	100,0	206 082	32,2	100,0	387	0,1	100,0
Vertriebene										
1950 . . .	21 285	13 966	65,6	18,5	7 306	34,3	15,6	13	0,1	3,4
1951 . . .	37 103	26 469	71,3	23,4	10 634	28,7	19,5	—	—	—
1952 . . .	40 212	29 489	73,3	23,5	10 723	26,7	20,9	—	—	—
1953 . . .	43 953	32 102	73,0	26,8	11 851	27,0	22,1	—	—	—
1950-1953	142 553	102 026	71,6	23,5	40 514	28,4	19,7	13	0,0	3,4
S a l d o										
Gesamtbevölkerung										
1950 . . .	+ 253 489	+148 672	58,6	100,0	+104 327	41,2	100,0	+490	0,2	100,0
1951 . . .	+ 256 076	+143 052	55,9	100,0	+113 024	44,1	100,0	—	—	100,0
1952 . . .	+ 206 214	+108 456	52,6	100,0	+ 97 758	47,4	100,0	—	—	100,0
1953 . . .	+ 323 528	+165 165	51,1	100,0	+158 363	48,9	100,0	—	—	100,0
1950-1953	+1 039 307	+565 345	54,4	100,0	+473 472	45,6	100,0	+490	0,0	100,0
Vertriebene										
1950 . . .	+ 83 789	+ 47 826	57,1	32,2	+ 35 860	42,8	34,4	+103	0,1	21,0
1951 . . .	+ 137 841	+ 73 785	53,5	51,6	+ 64 056	46,5	56,7	—	—	—
1952 . . .	+ 114 600	+ 59 241	51,7	54,6	+ 55 359	48,3	56,6	—	—	—
1953 . . .	+ 157 326	+ 73 360	46,6	44,4	+ 83 966	53,4	53,0	—	—	—
1950-1953	+ 493 556	+254 212	51,5	45,0	+239 241	48,5	50,5	+103	0,0	21,0

Quelle: 1. Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Bad Godesberg: Schwarz/Nellner „Die Wanderungen im Bundesgebiet“
 Nr. 14, 1950, Übersicht 19/20,
 Nr. 18, 1951, Übersicht 13/14,
 Nr. 26, 1952, Übersicht 25.

2. Ermittlungen über die vorläufigen Ergebnisse der Wanderungsbewegung 1953 in Nordrhein-Westfalen beim Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen.

von 1950—1954 aufzuweisen hatte, bei den Vertriebenen 51,5 % und bei der Gesamtbevölkerung 54,4 % auf die Gruppe der Erwerbspersonen.

Zwar ist der Anteil der Erwerbspersonen an den Bevölkerungsgruppen bei den Fortzügen prozentual größer als bei den Zuzügen. Infolge der weitaus größeren absoluten Zahl der Zuzüge wirkt sich jedoch dieser Tatbestand nur verhältnismäßig gering auf den Wanderungsgewinn aus. Bemerkenswert ist aber, daß der Anteil der Erwerbspersonen am Wanderungsgewinn Nordrhein-Westfalens ständig abnimmt, und zwar wirkt sich diese Tendenz bei den Vertriebenen noch stärker aus als bei der Gesamtbevölkerung. Während bei der Gesamtbevölkerung der Anteil von 58,6 % im Jahre 1950 auf 51,1 % im Jahre 1953 sinkt, fällt der Prozentsatz bei der Vertriebenen-Bevölkerung in demselben Zeitraum von 57,1 auf 46,6. Das Absinken des Anteils der Erwerbspersonen an den Zuzügen wird bei den Vertriebenen einmal darauf zurückzuführen sein, daß auf Grund der Umsiedlungsmaßnahmen sich bei den Zuzügen die Familienwanderung in immer stärkerem Maße durchsetzt, zum anderen jedoch auch im allgemeinen in den ersten Jahren die Erwerbspersonen unter den Vertriebenen nach Nordrhein-Westfalen vorwanderten und nach Sicherung des Arbeitsplatzes und der wohnungsmäßigen Unterbringung in den darauffolgenden Jahren ihre Familien nach sich zogen. Die Zunahme der Beteiligung der Erwerbspersonen an den Fortzügen dagegen läßt darauf schließen, daß in immer stärkerem Umfange die Vertriebenen, die keine befriedigende Existenz in Nordrhein-Westfalen finden konnten, wieder in andere Länder des Bundesgebietes abwandern.

Unter den nach Nordrhein-Westfalen zuziehenden vertriebenen Erwerbspersonen waren in besonders starkem Umfang jene Berufe vertreten, die zu der industriellen und handwerklichen Richtung gehörten, und darunter in besonders starkem Maße diejenigen, die zu den strukturbestimmenden Wirtschaftsgruppen zählen, nämlich die bergmännischen Berufe, die Bauberufe und die Berufe der Metallerzeugung und -verarbeitung.

Von 356 238 Zuzügen an vertriebenen Erwerbspersonen, die Nordrhein-Westfalen von 1950—1954 aufzuweisen hatte, gehörten 146 891 (41,2 %) zu den industriellen und handwerklichen Berufen, und zwar 32 963 zu den bergmännischen Berufen, 30 469 zu den Bauberufen und 35 683 zu den Berufen der Metallerzeugung und -verarbeitung.

Vergleicht man die Berufsstruktur der vertriebenen Erwerbspersonen, die von 1950—1954 nach Nordrhein-Westfalen gelangten, mit der Berufsstruktur der Vertriebenen im Bundesgebiet am 13. 9. 1950, so ergibt sich bei der Zuwanderung der vertriebenen Erwerbspersonen eine überdurchschnittliche Beteiligung der vertriebenen Erwerbspersonen

an den Berufstätigen mit unbestimmtem Beruf und den Berufen der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege sowie den technischen Berufen, während alle übrigen Berufsabteilungen unterdurchschnittlich an der Zuwanderung der Vertriebenen nach Nordrhein-Westfalen beteiligt sind.

Gehörten am 13.9.1950 im Bundesgebiet 6,6 % der vertriebenen Erwerbspersonen zu den Berufstätigen ohne bestimmten Beruf und 9,1 % zu den Berufen der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege, so waren diese Berufsabteilungen an den Zuwanderungen der vertriebenen Er-

Tabelle 8: Die Berufsstruktur der Bevölkerung im Bundesgebiet und Nordrhein-Westfalens am 13. 9. 1950

Berufsabteilung	Gesamtbevölkerung in 1000	Anteil	darunter		
			Vertriebene in 1000	Anteil	vH Sp. 1
	1	2	3	4	5
Bundesgebiet					
Erwerbspersonen insgesamt	22 074,0	100,0	3 346,1	100,0	15,2
davon:					
Berufe des Pflanzenbaues u. d. Tierwirtschaft	5 141,9	23,3	456,3	13,6	8,9
Industrielle u. handw. Berufe	8 346,3	37,8	1 572,5	47,0	18,8
Technische Berufe	581,7	2,6	69,4	2,1	11,9
Handels- u. Verkehrsberufe	3 621,9	16,4	430,4	12,9	11,9
Berufe des Haushalts- und Gesundheitswesens	1 397,0	6,3	305,4	9,1	21,9
Berufe des Verwaltungs- u. Rechtswesens	1 431,7	6,5	214,8	6,4	15,0
Berufe des Geistes- und Kunstlebens	451,7	2,1	77,7	2,3	17,2
Berufstätige mit unbest. Beruf	1 101,7	5,0	219,5	6,6	19,9
Nordrhein-Westfalen					
Erwerbspersonen insgesamt	5 744,8	100,0	607,1	100,0	10,6
davon:					
Berufe des Pflanzenbaues u. d. Tierwirtschaft	684,5	11,9	59,1	9,7	8,6
Industrielle u. handw. Berufe	2 682,2	46,7	318,8	52,5	11,9
Technische Berufe	204,3	3,5	15,0	2,5	7,3
Handels- u. Verkehrsberufe	1 083,7	18,9	69,9	11,5	6,5
Berufe des Haushalts- und Gesundheitswesens	383,2	6,7	62,1	10,2	16,2
Berufe des Verwaltungs- u. Rechtswesens	371,7	6,5	33,2	5,5	8,9
Berufe des Geistes- und Kunstlebens	113,7	2,0	13,3	2,2	11,7
Berufstätige mit unbest. Beruf	221,8	3,8	35,8	5,9	16,1

Quelle: Stat. Bundesamt, Stat. Berichte Arb. Nr. VIII/20/8 v. 25. August 1952, „Stat. Unterlagen zum Flüchtlingsproblem“ S. 12.

Tabelle 9: Die Wanderung über die Landesgrenzen Nordrhein-Westfalens nach Berufen 1950—1954

Berufsabteilung — Berufsgruppe	Außenwanderung 1950—1954								
	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	absolut	vH	vH der Vertrieb. an der gesamt. Bevölk.	absolut	vH	vH der Vertrieb. an der gesamt. Bevölk.	absolut	vH	vH der Vertrieb. an der gesamt. Bevölk.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Gesamtbevölkerung									
Berufe des Pflanzenbaues u. d. Tierw. . .	94 251	9,4	100,0	40 124	9,2	100,0	+ 54 127	9,6	100,0
Industrielle u. handwerkliche Berufe . .	390 949	39,2	100,0	156 419	36,1	100,0	+ 234 530	41,5	100,0
darunter:									
Bergmänn. Berufe .	92 352	9,2	100,0	38 710	8,9	100,0	+ 53 642	9,5	100,0
Bauberufe	68 743	6,9	100,0	24 649	5,7	100,0	+ 44 094	7,8	100,0
Metallerzeuger u. -verarb.	95 586	9,6	100,0	35 737	8,2	100,0	+ 59 849	10,6	100,0
Textilhersteller u. -verarb.	30 706	3,1	100,0	12 084	2,8	100,0	+ 18 622	3,3	100,0
Nahrungs- u. Genußmittelhersteller . . .	38 261	3,8	100,0	18 911	4,4	100,0	+ 19 350	3,4	100,0
Technische Berufe . . .	39 160	3,9	100,0	15 814	3,6	100,0	+ 23 346	4,1	100,0
Handels- u. Verkehrsber. darunter: kaufm. Berufe	143 720	14,4	100,0	61 528	14,2	100,0	+ 82 192	14,5	100,0
Berufe d. Haushalts-, Gesundh.- u. Volkspfl. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
darunter:									
Hauswirtsch. Berufe	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berufe d. Verwaltungs- u. Rechtswesens	51 233	5,1	100,0	16 340	3,8	100,0	+ 34 893	6,2	100,0
Berufe d. Geistes- u. Kunstlebens	30 525	3,1	100,0	17 456	4,0	100,0	+ 13 069	2,3	100,0
Berufstätige mit unbest. Berufen	86 010	8,6	100,0	40 316	9,3	100,0	+ 45 694	8,1	100,0
Erwerbspersonen insges.	999 096	100,0	100,0	433 751	100,0	100,0	+ 565 345	100,0	100,0
Vertriebene									
Berufe des Pflanzenbaues u. d. Tierw. . .	33 965	9,5	36,0	11 532	11,3	28,7	+ 22 433	8,8	41,4
Industrielle u. handwerkliche Berufe . .	146 891	41,2	37,6	36 323	35,6	23,2	+ 110 568	43,5	47,1
darunter:									
Bergmänn. Berufe .	32 963	9,3	35,7	8 743	8,6	22,6	+ 24 220	9,5	45,2
Bauberufe	30 469	8,6	44,3	6 754	6,6	27,4	+ 23 715	9,3	53,8
Metallerzeuger u. -verarb.	35 683	10,0	37,3	7 817	7,7	22,0	+ 27 866	10,9	46,5
Textilhersteller u. -verarb.	12 412	3,5	40,4	3 116	3,1	25,8	+ 9 296	3,7	49,9
Nahrungs- u. Genußmittelhersteller . . .	12 602	3,5	32,9	4 200	4,1	22,2	+ 8 402	3,3	43,4
Technische Berufe . . .	9 986	2,8	25,5	2 754	2,7	17,4	+ 7 232	2,8	31,0
Handels- u. Verkehrsber. darunter: kaufm. Berufe	43 038	12,1	29,9	11 615	11,4	18,9	+ 31 423	12,4	38,2
Berufe d. Haushalts-, Gesundh.- u. Volkspfl. .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
darunter:									
Hauswirtsch. Berufe	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Berufe d. Verwaltungs- u. Rechtswesens	17 518	4,9	34,2	3 644	3,6	22,3	+ 13 874	5,5	39,8
Berufe d. Geistes- u. Kunstlebens	7 546	2,1	24,7	2 962	2,9	17,0	+ 4 584	1,8	35,1
Berufstätige mit unbest. Berufen	38 998	11,0	45,3	11 271	11,0	28,0	+ 27 727	10,9	60,7
Erwerbspersonen insges.	356 238	100,0	35,7	102 026	100,0	23,5	+ 254 212	100,0	45,0

Quelle: 1. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen: Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, „Die Wanderungsbewegung in Nordrhein-Westfalen“ 1949/50 Heft 14, S. 26 u. S. 54; 1951 Heft 22, S. 40 u. S. 60; 1952 Heft 42, S. 33 u. S. 73.
2. Ermittlungen über die vorläufigen Ergebnisse der Wanderungsbewegung im Jahre 1953 in Nordrhein-Westfalen beim Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen.

werbspersonen nach Nordrhein-Westfalen mit 11,0 % und 16,4 % beteiligt. Die industriellen und handwerklichen Berufe dagegen waren nur mit 41,2 % an den Zuwanderungen, am 13. 9. 1950 jedoch mit 47,0 % an der Gesamtzahl der vertriebenen Erwerbspersonen im Bundesgebiet beteiligt.

Im allgemeinen läßt sich aber sagen, daß der ausgesprochen industrielle Charakter der Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens die günstigsten Voraussetzungen für die Eingliederung der vertriebenen Erwerbspersonen bildete, die zu den handwerklichen und industriellen Berufen gehörten. Der im Verhältnis zum 13. 9. 1950 geringe Anteil dieser Berufsabteilung an den Vertriebenen-Zuzügen wird darauf zurückzuführen sein, daß die Eingliederung der Vertriebenen in dieser Berufsabteilung zum Zeitpunkt der Volkszählung in Nordrhein-Westfalen weit fortgeschritten war.

Vergleicht man die Anzahl der Fortzüge mit den Zuzügen der vertriebenen Erwerbspersonen, so läßt sich in allen Berufsabteilungen eine wesentlich höhere Anzahl an Zuzügen feststellen, wobei jedoch das Verhältnis der Fortzüge zu den Zuzügen bei der Berufsabteilung der industriellen und handwerklichen Berufe eine besonders geringe Abwanderungstendenz erkennen läßt.

Während der Anteil der Fortzüge an den Zuzügen bei den industriellen und handwerklichen Berufen 24,72 % (bei den Bauberufen und den Berufen der Metallerzeugung und -verarbeitung sogar nur 22,20 % und 22,38 %) betrug, lagen die entsprechenden Prozentsätze beispielsweise bei den Berufen des Geistes- und Kunstlebens mit 39,25 und den Berufen des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft mit 33,95 wesentlich höher. Die beschränkten Verwendungsmöglichkeiten der Erwerbspersonen des Geistes- und Kunstlebens sowie die ungünstigen natürlichen Bedingungen Nordrhein-Westfalens für die Schaffung selbständiger Existenzen in der Landwirtschaft bewirkten bei diesen Berufsabteilungen eine wesentlich stärkere Abwanderungstendenz. Ein hoher Anteil der Fortzüge an den Zuzügen von 35,6 % läßt sich allerdings auch bei den Berufen der Haushalts- und Gesundheitspflege erkennen, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß die vertriebenen Erwerbspersonen dieser Berufsabteilung in ungewöhnlich starkem Umfang an den gesamten Zuzügen der vertriebenen Erwerbspersonen beteiligt waren.

Die vertriebenen Berufstätigen mit unbestimmtem Beruf dagegen, die ebenfalls in starkem Umfang an der Zuwanderung beteiligt waren, zeigen mit 28,9 % nur eine durchschnittliche Abwanderungstendenz, ein Ergebnis, das zweifellos darauf schließen läßt, daß in dieser Berufsabteilung Arbeitskräfte vorhanden waren, die auf Grund ihrer

vielseitigen Verwendungsmöglichkeit in Nordrhein-Westfalen eine Arbeitsmöglichkeit fanden.

Es ist zwar denkbar, daß die Vertriebenen-Zuwanderer der Berufsabteilung „Berufstätige mit unbestimmtem Beruf“ im Zuzugsland einen bestimmten Beruf ausgeübt haben, der bei der Abwanderung angegeben wird, oder bei der Zuwanderung ihren tatsächlichen Beruf nicht angegeben haben, während sie in der Abwanderung wieder mit ihrem wirklichen Beruf ausgewiesen werden. Derartige Verschiebungen, die letztlich zwischen allen Berufsgruppen auftreten, können jedoch statistisch nicht erfaßt werden und müssen unberücksichtigt bleiben. Dennoch muß beachtet werden, daß derartige Verschiebungen möglich sind und die Ergebnisse der Abwanderungstendenzen beeinträchtigen können.

Untersucht man den Anteil der Vertriebenen an der Gesamtzahl der Zu- und Fortzüge der Erwerbspersonen, die Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1950—1954 zu verzeichnen hatte, so läßt sich im allgemeinen eine sehr starke Beteiligung der Vertriebenen an den Zuzügen feststellen, während die Vertriebenen an den Fortzügen in wesentlich geringerem Umfange beteiligt waren. Im Durchschnitt betrug der Vertriebenen-Anteil bei den Zuzügen 35,7 %, bei den Fortzügen dagegen nur 23,5 %, so daß sich bei dem Wanderungsgewinn ein Vertriebenen-Anteil von 45,0 % ergab. Zwischen den einzelnen Berufsabteilungen lassen sich jedoch zum Teil starke Unterschiede hinsichtlich des Vertriebenen-Anteils erkennen. So liegt beispielsweise der Vertriebenen-Anteil bei den Zuzügen der Berufstätigen mit unbestimmtem Beruf bei 45,3 %, an dem Wanderungsgewinn dieser Berufsabteilung sind die Vertriebenen sogar mit 60,7 % beteiligt. Zweifellos sind gerade die Vertriebenen unter den Erwerbspersonen dieser Berufsabteilung bemüht, sich im Wege der Zuwanderung nach Nordrhein-Westfalen eine befriedigende Existenz zu verschaffen. Im Hinblick auf den hohen Vertriebenen-Anteil bei dem Wanderungssaldo dieser Berufsabteilung ist auch anzunehmen, daß sich unter den Vertriebenen in besonderem Maße Arbeitskräfte befanden, die in Nordrhein-Westfalen Verwendung finden konnten. Bei den industriellen und handwerklichen Berufen ist der Vertriebenen-Anteil an den Zuzügen mit 37,6 % und an dem Wanderungsgewinn mit 47,1 % zwar geringer, liegt jedoch immer noch über dem durchschnittlichen Vertriebenen-Anteil von 35,7 % und 45,0 %.

Bei der Beurteilung des überdurchschnittlichen Vertriebenen-Anteils bei den industriellen und handwerklichen Berufen muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Anteil der Vertriebenen im Bundesgebiet bei dieser Berufsabteilung am 13.9.1950 mit ebenfalls 18,8 % über dem durchschnittlichen Anteil der Vertriebenen an der Gesamtzahl

der Erwerbspersonen von 15,2 % lag. Ganz anders dagegen liegen die Verhältnisse bei den Berufen des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft. Während der Vertriebenen-Anteil am 13.9.1950 in dieser Berufsabteilung nur 8,9 % betrug, also weit unter dem Durchschnitt lag, waren die Vertriebenen an den Zuzügen der Erwerbspersonen des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft mit 36,0 % überdurchschnittlich beteiligt.

Dieses Ergebnis läßt vermuten, daß gerade die Vertriebenen innerhalb dieser Berufsabteilung in besonders starkem Umfang versuchen, im Wege der Wanderung zu einer neuen Existenz zu gelangen. Die beschränkten Möglichkeiten für eine Eingliederung dieser Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen führen jedoch dazu, daß sich gerade bei dieser Berufsabteilung die allgemeine Tendenz einer geringeren Beteiligung der Vertriebenen an den Fortzügen als an den Zuzügen nicht in demselben Maße auswirkt wie bei den industriellen und handwerklichen Berufen oder den Berufstätigen mit unbestimmten Berufen. Der Anteil der Vertriebenen an dem Wanderungsgewinn lag in dieser Berufsabteilung mit 41,4 % unter dem durchschnittlichen Anteil der vertriebenen Erwerbspersonen an dem Gesamtwanderungsgewinn der Erwerbspersonen mit 45 %. Der Anteil der Vertriebenen am Wanderungsgewinn liegt bei den technischen Berufen mit 31,0 % und den Berufen des Handels und Verkehrs mit 38,2 % allerdings noch tiefer unter dem Durchschnitt von 45,0 %. Auch hier läßt sich eine geringere Diskrepanz zwischen dem Vertriebenen-Anteil an den Zuzügen und dem Vertriebenen-Anteil an den Fortzügen feststellen. Zum Teil beruht hier jedoch das Ergebnis darauf, daß der Vertriebenen-Anteil entsprechend dem unterdurchschnittlichen Vertriebenen-Anteil, den diese beiden Berufsabteilungen am 13.9.1950 aufwiesen, bei den Zuzügen dieser Berufsabteilungen mit 25,5 % und 29,9 % unter dem Durchschnitt von 35,7 % lag.

Bei den Berufen des Geistes- und Kunstlebens ist ebenfalls ein unterdurchschnittlicher Vertriebenen-Anteil von 24,7 % bei den Zuzügen zu beobachten, obgleich der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen dieser Berufsabteilungen am 13.9.1950 mit 17,2 % über dem Durchschnitt lag. Die beschränkte Verwendungsmöglichkeit der Erwerbspersonen dieser Berufsabteilung in Nordrhein-Westfalen wirkte sich wahrscheinlich in besonderem Maße auf die Gruppe der Vertriebenen aus. Im Zusammenhang mit einer besonders geringen Differenz zwischen dem Vertriebenen-Anteil bei den Zuzügen und dem Anteil der Vertriebenen an den Fortzügen ergab sich für den Wanderungsgewinn der Berufe des Geistes- und Kunstlebens auch nur ein unterdurchschnittlicher Vertriebenen-Anteil von 35,1 %.

Bei den Erwerbspersonen der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege, die am 13.9.1950 einen weit über dem Durchschnitt liegenden Vertriebenen-Anteil von 21,9 % zu verzeichnen hatten, zeigt die Zuwanderung nur einen durchschnittlichen Vertriebenen-Anteil von 35,7 % und der Wanderungsgewinn ebenfalls nur einen Anteil von 46,9 %. Im Zusammenhang mit der Beobachtung, daß gerade die vertriebenen Erwerbspersonen dieser Berufsabteilung an der gesamten Zuwanderung der vertriebenen Erwerbspersonen in besonders starkem Umfange beteiligt waren, ergibt sich somit, daß dieser Tatbestand in noch stärkerem Maße auf die Gesamtbevölkerung zutrifft.

Dem hohen Anteil der produktiven Bevölkerungsteile an den nach Nordrhein-Westfalen zuwandernden Vertriebenen entsprechend, wurden in erster Linie die Industriezentren des Landes Hauptzielgebiete für die Zuwanderung. Hierbei traten in besonderem Maße jene Gebiete hervor, in denen sich vorwiegend die strukturbestimmenden Wirtschaftszweige, wie Bergbau, Eisen-, Metallherzeugung und -verarbeitung und Baugewerbe befanden, nämlich der Raum des Ruhrsiedlungsverbandes und der restliche Teil des Regierungsbezirkes Düsseldorf. Wie aus der Betrachtung der Berufsstruktur der zuwandernden Vertriebenenbevölkerung hervorging, stellten die bergmännischen Berufe, die Berufe der Metallherzeugung und -verarbeitung sowie die Bauberufe demgemäß auch einen hohen Anteil an der Zuwanderung nach Nordrhein-Westfalen.

Von 636 109 Vertriebenen-Zuzügen, die Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Außenwanderung von 1950—1954 zu verzeichnen hatte, entfielen allein 394 377 Zuzüge auf den Ruhrsiedlungsverband und den übrigen Teil des Regierungsbezirkes Düsseldorf. Dementsprechend war dieses Gebiet auch mit 327 915 Vertriebenen an dem gesamten Außenwanderungsgewinn des Landes beteiligt, der 493 556 Vertriebene betrug. Innerhalb der Regierungsbezirke stand Düsseldorf mit einem Außenwanderungsgewinn von 193 423 Vertriebenen an erster Stelle, gefolgt von dem Regierungsbezirk Arnsberg, der einen Außenwanderungsgewinn von 121 645 Vertriebenen aufzuweisen hatte. Von dem Außenwanderungsgewinn des Regierungsbezirkes Arnsberg entfielen jedoch allein 94 905 Vertriebene auf den Teil des Regierungsbezirkes, der zu dem Ruhrsiedlungsverband gehört. In gleicher Weise hatte auch im Regierungsbezirk Münster der zu dem Ruhrsiedlungsverband gehörende Teil einen Außenwanderungsgewinn von 39 587 Vertriebenen zu verzeichnen, während auf den restlichen Teil des Regierungsbezirkes nur ein Außenwanderungsgewinn von 23 005 Vertriebenen entfiel.

Tabelle 10a: Die Wanderungsbewegung in Nordrhein-Westfalen nach Regierungsbezirken von 1950—1954

Regierungsbezirk	Zuzüge					Fortzüge					Wanderungsgewinn bzw. Verlust				
	Gesamtbevölkerung	Anteil	Vertriebene	Anteil	vH Sp. 1	Gesamtbevölkerung	Anteil	Vertriebene	Anteil	vH Sp. 6	Gesamtbevölkerung	Anteil	Vertriebene	Anteil	vH Sp. 11
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Außenwanderung															
Düsseldorf	617 438	36,8	232 424	36,5	37,6	205 201	32,1	39 001	27,4	19,0	+ 412 237	39,7	+ 193 423	39,2	46,9
Köln	231 338	13,8	69 218	10,9	29,9	87 240	13,6	14 111	9,9	16,2	+ 144 118	13,9	+ 55 107	11,2	38,2
Aachen	80 299	4,8	25 006	3,9	31,1	28 986	4,5	5 706	4,0	19,7	+ 51 313	4,9	+ 19 300	3,9	37,6
Münster	225 357	13,4	87 262	13,7	38,7	98 021	15,3	24 670	17,3	25,2	+ 127 336	12,3	+ 62 592	12,7	49,2
Detmold	166 589	9,9	68 350	10,8	41,0	93 381	14,6	26 861	18,8	28,8	+ 73 208	7,0	+ 41 489	8,4	56,7
Arnsberg	358 486	21,3	153 849	21,3	42,9	127 391	19,9	32 204	22,6	25,3	+ 231 095	22,2	+ 121 645	24,6	52,6
Nordrhein-Westfalen	929 495	55,3	326 648	51,4	35,2	321 427	50,2	58 818	41,3	18,3	+ 631 668	58,5	+ 267 830	54,3	44,1
	750 032	44,7	309 461	48,6	41,2	318 793	49,8	83 735	58,7	26,3	+ 407 639	41,5	+ 225 726	45,7	52,3
Nordrhein-Westfalen	1 679 527	100,0	636 109	100,0	37,9	640 220	100,0	142 553	100,0	22,6	+ 1 039 307	100,0	+ 493 556	100,0	47,5
Binnenwanderung															
Düsseldorf	620 306	27,8	115 286	25,2	18,6	560 298	25,1	95 303	21,3	17,0	+ 60 008		+ 19 983		33,3
Köln	289 520	12,9	50 677	11,1	17,5	267 626	12,0	44 636	10,0	16,7	+ 21 894		+ 6 041		27,6
Aachen	143 957	6,4	21 506	4,7	14,9	140 958	6,3	20 794	4,6	14,8	+ 2 999		+ 712		23,7
Münster	377 184	16,9	75 563	16,5	20,0	397 119	17,8	82 342	18,4	20,7	—		+ 6 779		34,0
Detmold	306 414	13,7	83 798	18,4	27,3	361 792	16,2	98 039	21,9	27,1	—		— 14 241		25,7
Arnsberg	498 666	22,3	110 277	24,1	22,1	504 232	22,0	106 681	23,8	21,2	—		+ 3 596		164,6
Nordrhein-Westfalen	1 033 783	47,1	187 469	41,0	17,8	968 882	43,4	160 733	35,9	16,6	+ 84 901		+ 26 736		31,5
	1 182 264	52,9	269 638	59,0	22,8	1 263 143	56,6	287 062	64,1	22,7	—		— 17 424		21,5
Nordrhein-Westfalen	2 236 047	100,0	457 107	100,0	20,4	2 232 025	100,0	447 795	100,0	20,1	+ 4 022		+ 9 312		231,5
Gesamtwanderung															
Düsseldorf	1 299 477	31,6	347 815	31,8	28,1	776 901	26,8	134 632	22,8	17,3	+ 462 486	45,4	+ 213 163	42,4	46,1
Köln	521 883	13,9	119 967	11,0	23,0	360 035	12,4	58 906	10,0	16,4	+ 161 848	15,9	+ 61 061	12,2	37,7
Aachen	224 655	5,7	46 529	4,2	20,7	171 384	5,9	26 562	4,5	15,5	+ 53 271	5,2	+ 19 967	4,0	37,5
Münster	603 121	15,4	162 882	14,9	27,0	500 241	17,3	107 172	18,1	21,4	+ 102 880	10,1	+ 55 710	11,1	54,2
Detmold	473 231	12,1	152 223	13,9	32,2	456 419	15,7	125 065	21,1	27,4	+ 16 812	1,6	+ 27 158	5,4	161,5
Arnsberg	857 574	21,9	264 219	24,2	30,8	633 604	21,9	139 064	23,5	21,9	+ 221 970	21,8	+ 125 155	24,9	56,4
Nordrhein-Westfalen	1 986 015	50,7	514 311	47,0	25,9	1 308 410	45,1	220 120	37,2	16,8	+ 677 605	66,5	+ 294 191	58,6	43,4
	1 933 926	49,3	579 324	53,0	30,0	1 592 264	54,9	371 301	62,8	23,3	+ 341 662	33,5	+ 208 023	41,4	60,9
Nordrhein-Westfalen	3 919 941	100,0	1 093 635	100,0	27,9	2 900 674	100,0	591 421	100,0	20,4	+ 1 019 267	100,0	+ 502 214	100,0	49,3

1 Die theoretisch unmögliche Differenz zwischen Zu- und Fortzügen ergibt sich aus der zeitlich unterschiedlichen Meldung der Zu- und Fortzüge im Jahre 1950.

Quelle: 1. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen: Stat. Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1950/51 S. 60/61, 1952 S. 86/87, 1953 S. 65.

2 Ermittlungen über die vorläufigen Ergebnisse der Wanderungsbewegung in Nordrhein-Westfalen beim Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen.

Tabelle 10b: Wanderungsgewinn bzw. -verlust der Gesamtwanderung in den Stadt- und Landkreisen Nordrhein-Westfalens nach Regierungsbezirken 1950—1953

Regierungsbezirk	Gesamtbevölkerung	d a v o n	
		Vertriebene	vH Sp. 1
	1	2	3
Düsseldorf			
Stadtkreise	363 300	164 277	45,2
Landkreise	99 186	48 886	49,3
Köln			
Stadtkreise	115 211	36 467	31,7
Landkreise	46 637	24 594	52,7
Aachen			
Stadtkreise	14 906	4 053	27,2
Landkreise	38 365	15 914	41,5
Münster			
Stadtkreise	92 061	40 386	43,9
Landkreise	10 819	15 324	141,6
Detmold			
Stadtkreise	21 829	12 964	161,5
Landkreise	— 5 017	14 194	59,4
Arnsberg			
Stadtkreise	199 923	98 069	49,1
Landkreise	22 047	27 086	122,9
Nordrhein			
Stadtkreise	493 417	204 797	41,5
Landkreise	184 188	89 394	48,5
Westfalen			
Stadtkreise	313 813	151 419	48,3
Landkreise	27 849	56 604	203,3
Nordrhein-Westfalen			
Stadtkreise	740 746	356 216	48,1
Landkreise	278 521	145 998	52,4

Quelle: 1. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen: Stat. Jahrbuch 1950/51, S. 56—59; 1952, S. 82—85, 1953, S. 60—63.

2. Ermittlungen über die vorläufigen Ergebnisse der Wanderungsbewegung in Nordrhein-Westfalen beim Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen.

Innerhalb der Regierungsbezirke Köln und Detmold waren es vor allen Dingen die Stadtkreise Köln und Bonn und der Stadt- und Landkreis Bielefeld, die infolge ihrer wirtschaftlichen Bedeutung einen hohen Außenwanderungsgewinn zu verzeichnen hatten. Von 55 107 und 41 489 Vertriebenen, die im Rahmen des Außenwanderungsgewinns auf die Regierungsbezirke Köln und Detmold entfielen, hatten die Stadtkreise Köln und Bonn 29 506 und der Stadt- und Landkreis Bielefeld 14 173 Vertriebene aufzuweisen. Im Regierungsbezirk Detmold waren außerdem die Landkreise Minden, Wiedenbrück, Paderborn und Herford in stärkerem Umfange an dem Außenwanderungsgewinn beteiligt.

Bei Betrachtung des Vertriebenen-Anteils an dem Außenwanderungsgewinn in den einzelnen Regierungsbezirken ergibt sich für die west-

fälischen Regierungsbezirke ein höherer Anteil als für die Regierungsbezirke des Landesteils Nordrhein. Das bedeutet also, daß gerade in die mit Vertriebenen stark besetzten Gebiete im Rahmen der Außenwanderung die Vertriebenen in stärkerem Umfang als die übrige Bevölkerung zuwanderten. Dieses Ergebnis wird darauf zurückzuführen sein, daß die Zuwanderung vor allen Dingen in die Landkreise der westfälischen Regierungsbezirke auf Familienzusammenführung der Vertriebenen beruhte. Außerdem ist der Außenwanderungsgewinn bei Gesamtbevölkerung in Westfalen absolut sehr viel niedriger als in Nordrhein, das infolge seiner wirtschaftlichen Aktivräume auch auf die übrige Bevölkerung eine starke Anziehungskraft ausübte.

6. Umfang und Bewegungsrichtung der Vertriebenen-Binnenwanderung von 1950—1954

Die schon erwähnten Unterschiede bezüglich der wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Situation des Landes Nordrhein-Westfalen führten auch zu Wanderungsbewegungen innerhalb des Landes, an denen die Vertriebenen wiederum in starkem Maße beteiligt waren. Unter rund 2 235 000 Personen, die in den Jahren 1950—1954 ihren Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen wechselten, befanden sich rund 450 000 Vertriebene. Während der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung am 1. 1. 1950 9,1 % und am 31. 12. 1953 12,9 % betrug, waren die Vertriebenen also an der Binnenwanderung mit rund 20 % beteiligt.

Ursache für diese starke Beteiligung dürfte zweifellos die schon erwähnte Tatsache sein, daß manche Bezirke, besonders die ländlichen Gebiete Westfalens, auf Grund ihrer Wirtschaftsstruktur den gerade in diesen Gebieten in besonders starkem Umfange befindlichen Vertriebenen keine befriedigende Existenzmöglichkeit bieten konnten. In diesem Zusammenhang läßt sich somit auch im Rahmen der Vertriebenen-Binnenwanderung eine starke Bewegung von Osten nach Westen und von den Landkreisen in die Stadtkreise des Landes verfolgen.

In besonderem Maße zeigt sich eine Abwanderung der Vertriebenen aus dem Norden und Osten des Landes in das rheinisch-westfälische Industriegebiet. So hatten beispielsweise die Regierungsbezirke Detmold und Münster Binnenwanderungsverluste von 14 241 und 6779 Vertriebenen, die Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln, Arnsberg und Aachen dagegen Binnenwanderungsgewinne von 19 983, 6041 und 3596 und 712 Vertriebenen aufzuweisen. Bei näherer Betrachtung des Wanderungssaldos der einzelnen Regierungsbezirke ergeben sich für die Gebiete noch bedeutendere Unterschiede, wodurch die Zuwanderung in das Industriegebiet und die übrigen Stadtkreise besonders deutlich

hervortritt. So entfiel z. B. der Binnenwanderungsgewinn des Regierungsbezirks Düsseldorf ausschließlich auf die Stadtkreise und die zum Ruhrsiedlungsverband gehörenden Landkreise Dinslaken und Moers, während in allen übrigen Gebieten Binnenwanderungsverluste zu beobachten waren. Im Regierungsbezirk Arnsberg und Münster zeigten die Stadtkreise und die restlichen Gebiete des Ruhrsiedlungsverbandes Binnenwanderungsgewinne von über 13 000 und 9000 Vertriebenen, die übrigen Landkreise dagegen Binnenwanderungsverluste von rund 10 000 und 15 000 Vertriebenen. In den Regierungsbezirken Köln, Aachen und Detmold waren auch lediglich in den Stadtkreisen und einigen Landkreisen, wie Aachen, Jülich, Düren und Bielefeld, Binnenwanderungsgewinne festzustellen, denen in den übrigen Gebieten Binnenwanderungsverluste gegenüberstanden.

Die allgemeine Tendenz einer Vertriebenenzuwanderung in die Industriezentren des Landes, wie sie schon bei den über die Landesgrenzen zuziehenden Vertriebenen festzustellen war, wurde also noch durch eine gleichgerichtete Binnenwanderung verstärkt. Die bevölkerungsmäßige Absorptionsfähigkeit des rheinisch-westfälischen Industriegebietes wurde damit sowohl im Rahmen der Außenwanderung als auch der Binnenwanderung auf das stärkste beansprucht, zumal sich neben der Vertriebenenwanderung die noch umfangreichere Wanderungsbewegung der übrigen Bevölkerung in gleicher Richtung vollzog. Zweifellos ist es für den einzelnen Vertriebenen zu begrüßen, wenn er durch einen Wohnsitzwechsel eine entsprechende Arbeitsplatzmöglichkeit erhielt, jedoch kann die Tatsache nicht übersehen werden, daß bei fortlaufenden Menschenballungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Gefahr der Krisenempfindlichkeit ständig vergrößert wird.

IV. Das Problem der SBZ-Flüchtlinge

Auf Grund der politischen Verhältnisse im Osten wanderten auch nach dem gewaltigen Vertriebenenzustrom, den die westlichen Zonen durch das Potsdamer Abkommen zu verzeichnen hatten, fortwährend weitere Bevölkerungsmassen aus der SBZ und dem sowjetischen Sektor von Berlin in das Bundesgebiet. In den Jahren 1950—1954 gelangten 1 111 920 Personen aus der SBZ und Berlin in das Bundesgebiet, von denen allein 400 196 Personen (36,0 %) nach Nordrhein-Westfalen kamen. Es ist jedoch anzunehmen, daß der wirkliche Prozentsatz noch wesentlich höher liegt, da besonders in der Zeit des starken Zustroms die Notaufnahmeflüchtlinge zunächst in den Gastlagern, die man für Nordrhein-Westfalen in anderen Ländern der Bundesrepublik errichtet, untergebracht wurden und später zum Teil in der Wanderungsstatistik als Zuzüge aus diesen Ländern erschienen. Neben den

Aufgaben, die Lage der Altvertriebenen zu verbessern und dabei den größten Teil der Umsiedler aufzunehmen, wurde das Land Nordrhein Westfalen Hauptaufnahmegebiet für die Zuwanderer aus der SBZ und dem sowjetischen Sektor von Berlin. Diese Tatsache machte sich besonders bemerkbar, als im 2. Halbjahr 1952 und im 1. Halbjahr 1953 diese Bevölkerungsbewegung Ausmaße annahm, die zu den größten Unterbringungsschwierigkeiten führten und denen nur mit außerordentlichen Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene begegnet werden konnte¹⁸.

¹⁸ Auf Grund der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. 2. 1953 wurde das Flüchtlingsleistungsgesetz beschlossen, das am 10. 3. 1953 in Kraft trat. In Nordrhein-Westfalen erging die entsprechende Verordnung der Landesregierung am 11. 3. 1953. Nunmehr bestand die Möglichkeit, alle Räume — mit Ausnahme der Wohnräume — und unbebaute Grundstücke, die zur Unterbringung von Flüchtlingen geeignet erschienen, zur Lösung dieses Problems heranzuziehen. Außerdem wurden durch den Beschluß vom 6. 2. 1953 Mittel aus dem Kriegsfolgenhilfshaushalt, wie sie auch schon Mitte 1952 für die Schaffung von Unterkünften für Flüchtlinge verwendet worden waren, für die Sicherstellung der Unterbringung der Sowjetzonenflüchtlinge in Dauerunterkünften bereitgestellt. Von 180 Mill. DM, die der Bund insgesamt ausgeworfen hatte, entfielen auf das Land Nordrhein-Westfalen 78,3 Mill. DM. Die Richtlinien für ihre Verwendung wurden im einzelnen in dem Erlaß des Ministers für Wiederaufbau vom 6. 3. 1953 niedergelegt. In Nordrhein-Westfalen wurde im Anschluß an zwei Wohnungslager-Aktionen für SBZ-Flüchtlinge, die schon Mitte 1952 in Angriff genommen waren, ein weiteres Wohnungsbauprogramm ausgearbeitet. Am 31. 5. 1954 waren von 23 223 Wohnungen, die zur Unterbringung von 93 420 SBZ-Flüchtlingen im Rahmen dieser Programme erstellt werden sollen, 12 538 = 54,0 % bezugsfertig. Dagegen waren schon von den 93 419 Personen, die von den Gemeinden im Rahmen dieser Programme untergebracht werden mußten, 56 966 Personen = 60,9 % in bezugsfertige Wohnungen und in normalen Altwohnraum und in sonstigen neu errichteten Wohnungen eingewiesen worden.

Dieser hohe Prozentsatz beruht allerdings zum Teil darauf, daß ein Teil dieser Wohnungen lagermäßig belegt war. 7210 Personen waren lagermäßig untergebracht worden. Im Rahmen der 1. und 2. Wohnlageraktion wurden vor allem im Ruhrsiedlungsverband Wohnungen erstellt, die lagermäßige Belegung aufwiesen, d. h., statt 4 Personen waren 8 Personen in jede Wohnung eingewiesen worden. Außerdem befanden sich von den 93 419 Personen noch 33,4 % in vorläufigen Unterkünften und 5,7 % in zumutbaren Ersatzunterkünften. Daß die endgültige Unterbringung der SBZ-Flüchtlinge erst nach Erstellung der in den Bauprogrammen vorgesehenen Wohnungen gesichert sein wird, zeigt sich besonders deutlich bei der Untersuchung der Wohnverhältnisse im Raum des Ruhrsiedlungsverbandes und im übrigen Gebiet des Regierungsbezirkes Düsseldorf. Von 36 224 und 19 111 Personen, die im Ruhrsiedlungsverband bzw. im restlichen Teil des Regierungsbezirkes Düsseldorf aufgenommen worden waren, befanden sich am 31. 5. 1954 noch 13 427 bzw. 8 266 in den sog. „zumutbaren Ersatz- und vorläufigen Unterkünften“. Im Ruhrsiedlungsverband waren außerdem 6 458 Personen in bezugsfertigen Wohnungen, sonstigen neu errichteten Wohnungen und in normalen Altwohnungen lagermäßig untergebracht worden. Wenn man bedenkt, daß außerdem noch 70—80 000 SBZ-Flüchtlinge in den Lagern innerhalb und außerhalb des Landes auf eine wohnungsmäßige Unterbringung in Nordrhein-Westfalen warten, wird man ermaßen können, welche Aufgaben trotz aller Anstrengungen noch allein wohnungsmäßig durch das SBZ-Flüchtlingsproblem zu meistern sind.

Zwar versuchte man schon sehr früh, die Aufnahme der SBZ-Flüchtlinge zu regeln und auf bestimmte Personenkreise zu beschränken, um den Schwierigkeiten, die sich durch den ständigen Bevölkerungszuwachs ergeben mußten, zu begegnen. Zunächst erließen die Länder unabhängig voneinander diesbezügliche Gesetze, Erlasse und Verordnungen. Die ersten einheitlichen Richtlinien wurden für die britische Zone in den „Braunschweiger Vereinbarungen“ vom 6. 2. 1948 festgelegt, am 11. 7. 1949 in den „Uelzener Vereinbarungen“ erweitert und auf das gesamte vereinigte Wirtschaftsgebiet ausgedehnt. Die endgültige gesetzliche Regelung wurde dann nach Konstituierung der Bundesregierung durch das „Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet“ vom 22. 8. 1950, die Durchführungsverordnung vom 11. 6. 1951 und das Ergänzungsgesetz vom 21. 6. 1951 getroffen¹⁹. Es wurde bestimmt, daß deutsche Staatsangehörige und Volkszugehörige, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in der SBZ oder im sowjetischen Sektor von Berlin hatten, für einen ständigen Aufenthalt in der Bundesrepublik eine Erlaubnis haben mußten, die jedoch nicht verweigert werden konnte, wenn die Person wegen drohender Gefahr für Leib, Leben, persönliche Freiheit oder aus sonstigen zwingenden Gründen die SBZ oder den sowjetischen Sektor von Berlin verlassen mußte. Die Entscheidung, ob diese Tatbestände vorlagen, wurde den dafür eingesetzten Aufnahme-Ausschüssen in den Bundesnotaufnahmeflagern Uelzen, Gießen und (als das NAG ebenfalls auf Berlin ausgedehnt wurde) Berlin übertragen. Die Weiterleitung von den Notaufnahmeflagern in die einzelnen Länder des Bundesgebietes erfolgte auf Grund von festgesetzten Verteilungs-Schlüsseln. Die Prozentsätze der Notaufnahme-Flüchtlinge, die von dem Land Nordrhein-Westfalen aufgenommen werden mußten, betrugen bis zum 31. 12. 1951 23,5 %, vom 31. 12. 1951 bis zum 31. 3. 1952 30,8 %, vom 31. 3. 1952 bis zum 31. 12. 1952 64,5 % und für das Jahr 1953 43,5 %. Die Verteilung auf die Kreise innerhalb des Landes wurde von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen geregelt²⁰.

¹⁹ Die Aufnahme und Unterbringung der SBZ-Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen erfolgte nach Inkrafttreten des NAG auf Grund eines gemeinsamen Erlasses des Sozialministers und des Ministers für Wiederaufbau vom 23. 8. 1950, der eine Zusammenfassung der noch geltenden sowie der abgeänderten Bestimmungen enthielt. An Stelle dieses Erlasses traten jedoch ein neuer Erlaß des Sozialministers vom 7. 3. 1953 und der Erlaß des Ministers für Wiederaufbau vom 6. 3. 1953, die der neuen Situation Rechnung trugen.

²⁰ Die im Notaufnahmeverfahren dem Land Nordrhein-Westfalen zugewiesenen SBZ-Flüchtlinge wurden zunächst in den Hauptdurchgangslagern oder sonstigen Durchgangslagern des Landes aufgenommen und von dort aus nach Maßgabe des Flüchtlingsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 2. 6. 1948 und der DVO zu diesem Gesetz vom 31. 12. 1948 in die vom Minister für Wiederaufbau bestimmten Kreise eingewiesen. Die Einweisung und Unterbringung erfolgte auf Grund des Gesetzes über Notmaßnahmen

Außer diesen Notaufnahmeflüchtlingen, zu deren Aufnahme die Länder auf Grund des NAG verpflichtet waren, wurden weiteren Bevölkerungsgruppen aus der SBZ und dem sowjetischen Sektor von Berlin von den Ländern in landeseigener Zuständigkeit Zuzugsgenehmigungen erteilt. So wurden beispielsweise in Nordrhein-Westfalen Personen, die zum Zwecke der Familienzusammenführung um Aufnahme nachsuchten, unter bestimmten Voraussetzungen²¹ aufgenommen. Ebenfalls war die Aufnahme von Jugendlichen²² und von Arbeitskräften²³, auf deren Zuzug großer Wert gelegt wurde, vom Lande besonders geregelt. Das NAG wurde später durch das BVFG nochmals geändert²⁴, in dem der Personenkreis, der einen Rechtsanspruch

auf dem Gebiete der Raumbewirtschaftung vom 27. 11. 1947 in der Fassung vom 13. 12. 1949 und der Durchführungsverordnung vom 13. 3. 1948 sowie des Gesetzes über die Notmaßnahmen zur Unterbringung verdrängter Personen vom 30. 11. 1950 und des Verlängerungsgesetzes vom 21. 10. 1952.

Mit diesem Gesetz war es den Gemeinden möglich, zur Unterbringung der SBZ-Flüchtlinge auch gewerbliche Räume in Anspruch zu nehmen, eine Maßnahme, die durch das Flüchtlingsnotleistungsgesetz noch erweitert wurde.

²¹ Außer den SBZ-Flüchtlingen, die Nordrhein-Westfalen auf Grund des Notaufnahmeverfahrens aufzunehmen hatte, wurden bis zum 7. 3. 1953 SBZ-Flüchtlinge, die zum Zwecke der Familienzusammenführung um Aufnahme nachsuchten, unmittelbar vom Lande aufgenommen. Nach dem Erlaß vom 7. 3. 1953 wurde die Familienzusammenführung jedoch ebenfalls im Wege der Notaufnahme geregelt.

²² Auf Grund der Erlasse des Sozialministers vom 8. 10. 1949 und 29. 11. 1949 konnte die Aufnahme von Jugendlichen unter 21 Jahren ebenfalls unmittelbar erfolgen, wenn diese in Heimen untergebracht werden konnten oder nachweislich einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle hatten und ihre Unterbringung gesichert war.

Mit dem Ergänzungsgesetz zum NAG vom 11. 6. 1951 war in diesen Fällen ebenfalls eine Änderung notwendig geworden, die in dem Erlaß des Sozialministers vom 22. 1. 1952 ihren Niederschlag fand. Die Überprüfung der Jugendlichen unter 24 Jahren mußte von den Bundes-Notaufnahme-Lägern für Jugendliche vorgenommen werden; sie konnte jedoch auf schriftlichem Weg erfolgen, wenn ihre Unterkunft und fürsorgereische Betreuung sichergestellt war. Bei Jugendlichen über 16 Jahren konnte, wenn notwendig, persönliches Erscheinen gefordert werden.

²³ Nach der Rundverfügung des Arbeitsministers vom 9. 9. 1949 konnten Arbeitskräfte aufgenommen werden, auf deren Zuzug nachweislich von den Arbeitsbehörden großer Wert gelegt wurde und deren Unterbringung von den Wohnungsbehörden gesichert war. In außergewöhnlichen Härtefällen war es ebenfalls möglich, vom Sozialminister eine Ausnahmegenehmigung zur Aufnahme zu erwirken. Nach dem Erlaß vom 7. 3. 1953 war diese Bestimmung auch auf Personen ausgedehnt worden, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in der SBZ oder dem sowjetischen Sektor von Berlin hatten, in diesem Falle mußten jedoch die Unterbringung und Versorgung ohne öffentliche Mittel als gesichert nachgewiesen werden.

²⁴ Das Gesetz über die Notaufnahme von Deutschen in das Bundesgebiet vom 22. 8. 1950 in der Fassung vom 21. 7. 1951 und die DVO vom 11. 6. 1951 erfuhren durch die §§ 101, 3 und 94 des Bundesgesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge vom 19. 5. 1953 eine Änderung. Demnach haben solche Personen einen Rechtsanspruch auf Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet, die nach § 3 des BVFG unter die SBZ-Flüchtlinge fallen, ihren Wohnsitz wegen einer besonderen Zwangslage, die der Antrag-

auf Aufnahme im Bundesgebiet hatte, neu umrissen wurde. Die Familienzusammenführung wurde nunmehr ebenfalls im Wege der Notaufnahme geregelt. Trotz dieser Maßnahmen war bis zur Errichtung der Sperrzone in der DDR Anfang 1952 eine große Anzahl von Personen aus der SBZ und dem sowjetischen Sektor von Berlin ohne Genehmigung in das Bundesgebiet gezogen und verblieb im Bundesgebiet, ohne Aufenthaltserlaubnis auf Grund des NAG oder die Zuzugsgenehmigung eines Landes zu haben. Dieser Tatbestand zeigt sich deutlich, wenn wir die Zuzüge aus der SBZ und Berlin, wie sie die Wanderungsstatistik aufweist, mit den Personen vergleichen, die auf Grund des NAG und in landeseigener Zuständigkeit aufgenommen wurden. 1950 und 1951 betrug der Prozentsatz der beiden letztgenannten Personengruppen an den gesamten Zuzügen 64,6 bzw. 61,3 1952, und 1953 stieg der Satz auf 95,4 bzw. 89,6. Die Errichtung der Sperrzone hat den unmittelbaren Zuzug aus der SBZ unmöglich gemacht. Der gesamte Flüchtlingsstrom verlagerte sich damit hauptsächlich nach Berlin, von wo aus sich im Wege der Notaufnahme die einzige Möglichkeit ergab in das Bundesgebiet zu gelangen.

Soweit jedoch in den ersten Jahren die Möglichkeit der illegalen Zuwanderung bestand, wirkte sich diese besonders auf Nordrhein-Westfalen aus, da es sich hierbei vorwiegend um Arbeitskräfte handelte, auf die Nordrhein-Westfalen als wirtschaftliches Aktivland eine besonders starke Anziehungskraft ausübte.

Es dürfte einleuchten, daß der Erfolg der Bemühungen auf dem Gebiete der Eingliederung der Altvertriebenen in den einzelnen Ländern wesentlich von dem Umfang und der Struktur der aus der SBZ und dem sowjetischen Sektor von Berlin zuziehenden Personen und der darunter befindlichen Vertriebenen beeinflusst wurde. Diese

steller nicht zu vertreten hat und durch die politischen Verhältnisse bedingt ist, verlassen mußten. Der Antragsteller durfte weiterhin in der SBZ nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben. Außerdem haben nach § 94 solche Personen Rechtsanspruch auf Aufenthaltserlaubnis, die zum Zwecke der Familienzusammenführung um Aufnahme nachsuchen. Voraussetzung ist in diesen Fällen jedoch, daß es sich bei dem Angehörigen im Bundesgebiet um SBZ-Flüchtlinge oder Vertriebene handelt. Außerdem kann den Personen die Aufenthaltsgenehmigung nicht verweigert werden, wenn sie nachweisen können, daß für sie ausreichende Lebensgrundlage im Bundesgebiet vorhanden ist und der Allgemeinheit aus ihrer Anwesenheit keine besonderen Lasten entstehen, wenn also Wohnung und Unterhalt ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel sichergestellt sind. In allen übrigen Fällen kann eine Aufenthaltserlaubnis im Wege des Ermessens erteilt werden. Hierbei kommt insbesondere die erweiterte Familienzusammenführung, die Aufnahme von Jugendlichen unter 24 Jahren in Frage sowie die Aufnahme von Antragstellern, deren Ablehnung eine besondere Härte darstellt. Dieses gilt vor allem für die Antragsteller, die sich längere Zeit ohne förmliche Aufenthaltserlaubnis im Bundesgebiet oder West-Berlin aufgehalten haben, ohne daß ihr Aufenthalt Anlaß zu Beanstandung gegeben hat.

Wechselbeziehung mußte sich in Nordrhein-Westfalen besonders deutlich bemerkbar machen. Aus diesem Grunde ist es zweckmäßig, die Struktur der Zuzüge aus der SBZ und Berlin mit Hilfe der Wanderungsstatistik zu beleuchten und die Ergebnisse der Volkszählung zum Vergleich heranzuziehen.

Es ist zunächst bemerkenswert, daß eine große Anzahl der Zuzüge aus der SBZ und Berlin auf die Bevölkerungsgruppe der Vertriebenen entfällt. Unter den gesamten Zuzügen in das Bundesgebiet befanden sich in den Jahren 1950—1954 336 079 = 30,2 % Vertriebene. 116 712 Vertriebene gelangten nach Nordrhein-Westfalen, das sind 29,2 % der gesamten Zuzüge, die aus der SBZ und Berlin nach Nordrhein-Westfalen zogen. Während jedoch der Anteil der Vertriebenen an den gesamten Zuzügen aus der SBZ und Berlin in das Bundesgebiet von 33,5 % im Jahre 1950 auf 29,2 % im Jahre 1953 fällt, steigt der entsprechende Anteil in Nordrhein-Westfalen von 26,8 % im Jahre 1950 auf 31,2 % im Jahre 1953. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß in den letzten beiden Jahren die Vertriebenen unter den Zuziehenden aus der SBZ und Berlin wesentlich stärker nach Nordrhein-Westfalen zogen als in das übrige Bundesgebiet. Allein 40,5 % aller Vertriebenen, die aus den obengenannten Gebieten 1953 in das Bundesgebiet gelangten, kamen nach Nordrhein-Westfalen. Abgesehen von den Umsiedlungsmaßnahmen und der übrigen Wanderung aus den anderen Ländern des Bundesgebietes, dürfte auch hier ein wesentlicher Grund für die Zunahme der Vertriebenenbevölkerung in Nordrhein-Westfalen zu suchen sein.

Hinsichtlich der geschlechtlichen Gliederung der zuziehenden Personen aus der SBZ und Berlin in den Jahren 1952 und im ersten Halbjahr 1953 ergibt sich sowohl für das Bundesgebiet als auch für Nordrhein-Westfalen ein relativ hoher Anteil der männlichen Bevölkerung. Während zum Zeitpunkt der Volkszählung am 13. 9. 1950 der Anteil der männlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet 46,9 % und in Nordrhein-Westfalen 47,4 % betrug, gehörten von den Zuzügen im Jahre 1952 in das Bundesgebiet 48,1 % und von den Zuzügen nach Nordrhein-Westfalen 52,2 % der männlichen Bevölkerung an. Die Vertriebenen unter den Zugezogenen wiesen dagegen einen geringeren Prozentsatz der männlichen Bevölkerung auf, als ihrer Struktur entspricht. Am 13. 9. 1950 waren im Bundesgebiet 47,1 % und in Nordrhein-Westfalen 49,0 % der Vertriebenenbevölkerung männlichen Geschlechts, während von den Vertriebenen unter den Zuzügen aus der SBZ und Berlin in das Bundesgebiet und in das Land Nordrhein-Westfalen nur 44,5 % bzw. 48,3 % der männlichen Bevölkerung angehörten. Im 1. Halbjahr 1953 zeigte sich gegenüber dem Jahre 1952 im Bundesgebiet ein weiteres Ansteigen, in Nordrhein-

Westfalen dagegen ein Abfallen des männlichen Anteils an den gesamten Zuzügen, und zwar sowohl bei den Vertriebenen als auch bei der übrigen Bevölkerung.

Auffällig ist weiterhin der hohe Anteil der Erwerbspersonen von 54,3 % an den gesamten Zuzügen aus der SBZ und Berlin in das Bundesgebiet im Jahre 1952. Am 13. 9. 1950 zählten nur 46,3 % der Wohnbevölkerung im Bundesgebiet zu den Erwerbspersonen. Dieser Unterschied machte sich in Nordrhein-Westfalen noch stärker bemerkbar, da zum Zeitpunkt der Volkszählung am 13. 9. 1950 der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung Nordrhein-Westfalens nur 43,5 % betrug, der Anteil der Erwerbspersonen an den Zuzügen aus der SBZ und Berlin, die nach Nordrhein-Westfalen gelangten, lag dagegen bei 55,6 %.

Die Vertriebenen unter den Zuzügen im Jahre 1952 wiesen ebenfalls sowohl im Bundesdurchschnitt als auch in Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zu der Struktur der Vertriebenenbevölkerung am 13. 9. 1950 einen verhältnismäßig hohen Anteil der Erwerbspersonen auf. Gehörten am 13. 9. 1950 42,5 % der Vertriebenenbevölkerung im Bundesgebiet und 45,6 % der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen zu den Erwerbspersonen, so lagen die entsprechenden Anteile bei den Vertriebenenzuzügen aus der SBZ und Berlin 1952 bei 52,6 % und 53,8 %. Im Vergleich zu der übrigen Bevölkerung, die aus der SBZ und Berlin 1952 zugezogen war, ist die Gruppe der Erwerbspersonen bei den Vertriebenen jedoch schwächer besetzt gewesen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch der geringe Anteil der männlichen Erwerbspersonen unter den Vertriebenenzuzügen. Während am 13. 9. 1950 in Nordrhein-Westfalen 71,0 % der Vertriebenen-Erwerbspersonen der männlichen Bevölkerung angehörten, lag dieser Prozentsatz bei den Vertriebenenzuzügen 1952 bei 60,6. Die entsprechenden Prozentsätze lagen im Bundesdurchschnitt bei 68,0 und 58,6. Es ist anzunehmen, daß die männlichen Erwerbspersonen unter den Vertriebenen schon früher in das Bundesgebiet gezogen sind und daß es sich bei den Vertriebenen unter den Zuzügen aus der SBZ und Berlin in stärkerem Maße als bei den übrigen Zuzügen um Personen handelt, die zu ihren im Westen schon ansässigen Angehörigen zogen.

Im allgemeinen läßt sich feststellen, daß der hohe Anteil der Erwerbspersonen an den gesamten Zuzügen aus der SBZ und Berlin vom Standpunkt der Eingliederung recht günstig zu beurteilen ist. Allerdings zeigt das erste Halbjahr 1953 im Vergleich zu dem Jahr 1952 im Bundesgebiet ein Absinken des Anteils der Erwerbspersonen an den Gesamtzuzügen von 54,3 % auf 49,9 % und in Nordrhein-Westfalen von 55,6 % auf 50,2 %. Dieser Tatbestand kann einmal dadurch verursacht worden sein, daß die in das Bundesgebiet einströmenden Personen nunmehr

Tabelle 11: Die Bevölkerung im Bundesgebiet und Nordrhein-Westfalen am 13. 9. 1950 und die Zuzüge aus der Sowjet. Besatzungszone und Berlin nach der Erwerbstätigkeit

Zeit Gebiet	Wohnbevölkerung				Erwerbspersonen				Selbständige Beruflose				Angehörige ohne Hauptberuf								
	insgesamt		männlich	vH Sp. 1	insgesamt		vH Sp. 1	männlich	vH Sp. 2	vH Sp. 4	ins- gesamt	vH Sp. 1	männlich	vH Sp. 2	vH Sp. 9	insgesamt		vH Sp. 1	männlich	vH Sp. 2	vH Sp. 14
	1	2	3		4	5	6	7	8		9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
13. 9. 1950																					
Gesamtbevölkerung	47 695 672	22 350 692	46,9		22 074 007	46,3	14 125 413	63,2	64,0	5 728 451	12,0	2 312 667	10,3	40,4	19 893 214	41,7	5 912 612	26,5	29,7		
Bundesgebiet	13 196 176	6 255 035	47,4		5 744 827	43,5	4 000 868	64,0	69,6	1 567 913	11,9	643 064	10,3	41,0	5 883 436	44,6	1 611 103	25,7	27,4		
Vertriebene	7 876 211	3 709 400	47,5		3 346 101	42,5	2 275 853	61,4	68,0	1 126 350	14,3	401 821	10,8	35,7	3 403 760	43,2	1 031 926	27,8	30,3		
Bundesgebiet	1 331 959	652 291	49,0		607 126	45,6	430 757	66,0	71,0	167 037	12,5	54 823	8,4	32,8	557 796	41,9	166 711	25,6	29,7		
Nordrhein-Westfalen																					
Zuzüge aus der Sowjet. Besatzungszone und Berlin																					
1952																					
Gesamtbevölkerung	195 140	93 936	48,1		106 095	54,3	67 122	71,5	63,3	27 783	14,3	10 912	11,6	39,3	61 262	31,4	15 902	16,9	26,0		
Bundesgebiet	71 789	37 490	52,2		39 937	55,6	27 828	74,2	69,7	7 968	11,1	3 247	8,7	40,8	23 884	33,3	6 415	17,1	26,9		
Nordrhein-Westfalen																					
Vertriebene	51 990	23 122	44,5		27 360	52,6	16 040	69,4	58,6	8 641	16,6	3 127	13,5	36,2	15 989	30,8	3 955	17,1	24,7		
Bundesgebiet	20 244	9 781	48,3		10 889	53,8	7 091	72,5	60,6	2 648	13,1	923	9,4	34,9	6 707	33,1	1 767	18,1	26,3		
Nordrhein-Westfalen																					
Zugewanderte	110 513	55 077	50,0		62 346	56,4	40 816	74,1	65,5	13 285	12,0	5 505	10,0	41,4	34 882	31,6	8 756	15,9	25,1		
Bundesgebiet	41 500	22 465	54,1		24 459	58,9	17 493	77,9	71,5	3 568	8,6	1 493	6,6	41,8	13 473	32,5	3 479	15,5	25,8		
Nordrhein-Westfalen																					
1953																					
Gesamtbevölkerung	187 591	92 243	49,2		93 694	49,9	63 088	68,4	67,3	16 371	8,7	5 059	5,5	30,9	77 180	41,1	24 026	26,1	31,1		
Bundesgebiet	78 711	39 156	49,9		39 520	50,2	27 185	69,4	68,8	7 563	9,6	2 034	5,2	26,9	31 628	40,2	9 937	25,4	31,4		
Nordrhein-Westfalen																					
Vertriebene	54 379	25 134	46,2		26 239	48,3	16 682	66,4	63,6	5 316	9,8	1 462	5,8	27,5	22 696	41,7	6 962	27,8	30,7		
Bundesgebiet	24 418	11 488	47,0		11 821	48,4	7 734	67,3	64,6	2 397	9,8	591	5,1	24,7	10 200	41,8	3 163	27,6	31,0		
Nordrhein-Westfalen																					
Zugewanderte	122 157	61 634	50,5		62 218	50,9	42 912	69,6	69,0	9 501	7,8	3 051	5,0	32,1	50 242	41,1	15 633	25,4	31,1		
Bundesgebiet	48 961	24 986	51,0		25 179	51,9	17 746	71,0	70,5	4 241	8,7	1 128	4,5	26,6	19 541	39,9	6 112	24,5	31,3		
Nordrhein-Westfalen																					

1 Bundesgebiet ohne Schleswig-Holstein.

2 Bundesgebiet ohne Hessen.

Quelle: 1. Stat. Bundesamt, Stat. Berichte Arb.-Nr. VIII/8/18 v. 8. 7. 1952 „Die Bevölkerung n. d. Erwerbstätigkeit“, S. 5/6.

2. Stat. Bundesamt, Stat. Berichte Arb.-Nr. VIII/6/22 v. 18. 3. 1954, „Sonderauszählung der aus der sowjet. Besatzungszone u. Berlin Zugewogenen“, S. 10—15 u. S. 18—24.

ihre Angehörigen nach sich zogen oder daß auf Grund der politischen Entwicklung in der SBZ ein größerer Durchschnitt der gesamten Bevölkerung in Bewegung geraten ist. Dieser Tatbestand mußte sich besonders auf die Eingliederungsmöglichkeiten auswirken.

Bezüglich der Berufsstruktur fällt der hohe Anteil der zuziehenden Erwerbspersonen auf, der auf die Berufsabteilung des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft, der Haushalts- und Gesundheitspflege sowie des Geistes- und Kunstlebens entfällt. Während am 13. 9. 1950 in Nordrhein-Westfalen auf diese Berufsabteilungen 11,9 %, 6,7 % und 2,0 % der Erwerbspersonen entfielen, gehörten von den zuziehenden Erwerbspersonen, die aus der SBZ und Berlin nach Nordrhein-Westfalen gelangten, im Jahre 1952 14,4 %, 13,5 % und 3,1 % zu diesen Berufsabteilungen. Im ersten Halbjahr 1953 lagen die entsprechenden Prozentsätze bei 19,6, 11,0 und 2,8. Dagegen erscheint die Zugehörigkeit zu den industriellen und handwerklichen Berufen unter den zuziehenden Personen mit 35,6 % im Jahre 1952 und 30,0 % im 1. Halbjahr 1953 sehr niedrig, wenn man zum Vergleich das Ergebnis der Volkszählung vom 13. 9. 1950 heranzieht, wo Nordrhein-Westfalen 46,7 % der Erwerbspersonen zu den industriellen und handwerklichen Berufen zählte.

Die aufgezeigten Unterschiede lassen sich auch besonders bei einem Vergleich der Berufsstruktur der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen am 13. 9. 1950 und der in das Land aus der SBZ und Berlin zuziehenden Vertriebenen feststellen. Während von den Erwerbspersonen unter den Vertriebenen am 13. 9. 1950 9,7 % zu den Berufen des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft und 52,5 % zu den Berufsabteilungen der industriellen und handwerklichen Berufe gehörten, waren diese Berufsabteilungen 1952 mit 15,8 % und 33,4 % und im 1. Halbjahr 1953 mit 17,3 % und 32,0 % unter den zuziehenden Vertriebenen-Erwerbspersonen vertreten. Die Schwierigkeit, die sich auf dem Gebiet der Eingliederung der Erwerbspersonen, die zu der Berufsabteilung des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft gehörten, ergaben, werden besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß ein großer Teil dieser Erwerbspersonen eine selbständige Stellung innegehabt hat. Auf Grund einer Sondererhebung, die vom Minister für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau von Nordrhein-Westfalen im März-August 1953 durchgeführt wurde und die eine Strukturuntersuchung von 67 543 in Lagern befindlichen und Nordrhein-Westfalen zugewiesenen SBZ-Flüchtlingen zum Ziele hatte, wurde ein Prozentsatz von 60,5 Selbständigen unter den Erwerbspersonen festgestellt, die zu den Berufsabteilungen des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft gehörten. Auf Grund dieser Erhebung läßt sich deutlich die Schwierigkeit erkennen, die sich, abgesehen von der Berufsstruktur, auch besonders durch die soziale Struktur für eine Eingliederung ergibt. Während in Nordrhein-West-

Tabelle 12: Die Zuwanderung aus der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin in das Bundesgebiet und Nordrhein-Westfalen im Jahre 1952 und im 1. Halbjahr 1953 nach der beruflichen Gliederung

Berufsabteilung	Zuzüge insgesamt				davon											
					Vertriebene					Zugewanderte						
	1952		1. Hj. 1953 ¹		1952		1. Hj. 1953		1952		1. Hj. 1953					
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	vH Sp.1	absolut	Anteil	vH Sp.3	absolut	vH Sp.1	absolut	Anteil	vH Sp.3		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
Bundesgebiet																
Pflanzenbau u. Tierwirtsch.	13 725	12,9	17 877	19,1	3 703	13,5	27,0	4 654	17,7	26,0	7 070	11,3	51,5	12 483	20,1	69,8
Industrie u. Handwerk	31 799	30,0	26 444	28,2	8 050	29,4	25,3	7 891	30,1	29,8	19 501	31,3	61,3	17 159	27,6	64,9
Technische Berufe	4 880	4,6	3 559	3,8	813	3,0	16,7	707	2,7	19,7	3 374	5,4	69,1	2 623	4,2	73,7
Handel und Verkehr	20 483	19,3	18 602	19,9	4 334	15,8	21,2	4 426	16,9	21,6	13 159	21,1	64,2	12 077	21,0	70,3
Haushalts-, Gesundheits-, Volkspflege	13 462	12,7	9 178	9,8	4 229	15,5	31,4	2 928	11,2	31,9	7 165	11,5	53,2	5 567	8,9	60,7
Verwaltungs- u. Rechtswes.	7 045	6,6	5 714	6,1	1 750	6,4	24,8	1 607	6,1	28,1	4 273	6,8	60,7	3 811	6,1	66,7
Geistes- und Künsteleben	4 526	4,3	3 276	3,5	1 075	3,9	23,8	943	3,6	20,8	2 594	4,2	57,3	2 055	3,3	62,7
Unbestimmte Berufe	10 175	9,6	9 044	9,7	3 406	12,5	33,5	3 083	11,7	30,3	5 210	8,4	51,2	5 443	8,7	60,2
Erwerbspersonen insgesamt	106 095	54,4	93 694	49,9	27 360	52,6	25,8	26 239	48,3	28,0	62 346	56,4	58,8	62 218	50,9	66,4
Selbst. Berufslöse	27 783	14,2	16 371	8,7	8 641	16,6	31,1	5 316	9,8	32,5	13 285	12,0	47,8	9 501	7,8	58,0
Angehörige ohne Beruf	61 262	31,4	77 180	41,1	15 989	30,8	26,1	22 696	41,7	29,4	34 882	31,6	56,9	50 242	41,1	65,0
Zusammen	195 140	100,0	187 591	100,0	51 990	100,0	26,6	54 379	100,0	29,0	110 513	100,0	56,6	122 157	100,0	65,1
Nordrhein-Westfalen																
Pflanzenbau u. Tierwirtsch.	5 743	14,4	7 750	19,6	1 726	15,8	30,1	2 041	17,3	26,3	3 287	13,4	57,2	5 257	20,9	67,8
Industrie u. Handwerk	14 203	35,6	11 878	30,0	3 637	33,4	25,6	3 785	32,0	31,9	9 096	37,2	64,0	7 411	29,4	62,4
Technische Berufe	1 559	3,9	1 492	3,8	282	2,6	18,1	351	3,0	23,5	1 093	4,5	70,1	1 049	4,2	70,3
Handel und Verkehr	6 731	16,8	7 225	18,3	1 525	14,0	22,7	1 892	16,0	26,2	4 459	18,2	66,2	4 866	19,3	67,3
Haushalts-, Gesundheits-, Volkspflege	5 406	13,5	4 336	11,0	1 919	17,6	35,5	1 468	12,4	33,9	2 812	11,5	52,0	2 523	10,0	58,2
Verwaltungs- u. Rechtswes.	2 673	6,7	2 513	6,3	716	6,6	26,8	749	6,3	29,8	1 731	7,1	64,8	1 628	6,5	64,8
Geistes- und Künsteleben	1 235	3,1	1 092	2,8	325	3,0	26,3	363	3,1	33,2	706	2,9	57,2	613	2,4	56,1
Unbestimmte Berufe	2 387	6,0	3 234	8,2	759	7,0	31,8	1 172	9,9	36,2	1 275	5,2	53,4	1 832	7,3	56,6
Erwerbspersonen insgesamt	39 937	55,6	39 520	50,2	10 889	53,8	27,3	11 821	48,4	29,9	24 459	58,9	61,2	25 179	51,4	63,7
Selbst. Berufslöse	7 968	11,1	7 563	9,6	2 648	13,1	33,2	2 397	9,8	31,7	3 568	8,6	44,8	4 241	8,7	56,1
Angehörige ohne Beruf	23 884	33,3	31 628	40,2	6 707	33,1	28,1	10 200	41,8	32,2	13 473	32,5	56,4	19 541	39,9	61,8
Zusammen	71 789	100,0	78 711	100,0	20 244	100,0	28,2	24 418	100,0	31,0	41 500	100,0	57,8	48 961	100,0	62,2

1 Ohne Hessen und Personen ohne Angabe des Berufes.

Quelle: Stat. Bundesamt, Stat. Berichte VIII/6/22 vom 18. 3. 1954 „Sonderauszählung der aus der sowjetischen Besatzungszone und Berlin Zugezogenen“, S. 10—15 u. S. 18—23.

falen am 13. 9. 1950 von den Erwerbspersonen 11,8 % Selbständige, 18,6 % Angestellte und 58,6 % Arbeiter waren, ergaben die entsprechenden Prozentsätze bei der obengenannten Sondererhebung 21,2; 25,6 und 51,6, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß in den beiden letzten Zahlen noch die mithelfenden Familienangehörigen enthalten sind. Wenn man dazu noch die soziale Stellung vergleicht, welche die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen bis zum 13. 9. 1950 erreichen konnten und hier einen Anteil der Selbständigen von 3,9 %, der Angestellten von 13,6 % und der Arbeiter von 77,7 % an den gesamten Vertriebenen-Erwerbspersonen feststellt, so dürfte kein Zweifel mehr bestehen, welche Schwierigkeiten einer befriedigenden Eingliederung entgegenstehen.

Zweiter Abschnitt

Die Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen

I. Allgemeine Betrachtungen zum Eingliederungsproblem

Die zurzeit noch bestehenden politischen Verhältnisse in den deutschen Ostgebieten lassen erkennen, daß die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vom 2. 8. 1945, deren Durchführung einen gewaltigen Bevölkerungszustrom in das Bundesgebiet ausgelöst hatte, keineswegs eine vorübergehende Maßnahme darstellten. Auf Grund dieser Tatsache ergab sich die zwingende Notwendigkeit, die Vertriebenen wirtschaftlich und sozial in die Aufnahmegebiete einzugliedern. Die ohnehin schwierige Aufgabe, einen derartigen Bevölkerungszustrom in einem räumlich unveränderten Gebiet aufzunehmen und einzugliedern, wurde in Anbetracht dessen, daß die wirtschaftliche Grundlage der Aufnahmegebiete infolge umfangreicher Vernichtung des Geld- und Sachkapitals selbst eines gewaltigen Aufbaues bedurfte, zu einem fast unlösbar scheinenden Problem. Erschwerend trat noch hinzu, daß der Aufbau durch politisch bedingte Produktionseinschränkungen und Demontagen sowie durch das Fehlen eines stabilen Währungssystems gehemmt wurde. Außerdem mußte in den Aufnahmegebieten im Zuge der Umstellung von der Kriegswirtschaft auf Friedenswirtschaft eine Produktionsumschichtung vorgenommen werden. Weiterhin wurde eine völlige Neuorientierung wirtschaftlicher Beziehungen erforderlich, da die Abtrennung der Ostgebiete und die Festsetzung von Zonengrenzen eine Abtrennung und Durchschneidung organischer Bezugs- und Absatzgebiete nach sich gezogen hatte.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus bestand das Problem der Eingliederung der Vertriebenen darin, in den Aufnahmegebieten ein neues Gleichgewicht zwischen dem konstant gebliebenen Produktionsfaktor Boden, dem verringerten Produktionsfaktor Kapital und dem in erheblichem Umfange ausgedehnten Produktionsfaktor Arbeit herbeizuführen. Der durch den Verlust der landwirtschaftlichen Überschußgebiete im Osten verursachte Nahrungsmittelausfall mußte durch Importe und durch Intensivierung der verbliebenen landwirtschaftlichen Gebiete ersetzt werden. Außerdem bedurften auch die im Osten verlorenen Bezugs- und Absatzgebiete für Industrie- und Rohstoff-

produkte eines Ersatzes. Soweit es nicht möglich war, die Bezugs- und Absatzgebiete durch den Aufbau entsprechender Industrien im Bundesgebiet zu ersetzen, mußten auch hier neue Märkte im Ausland erschlossen werden. Die verlorenen Absatzgebiete auf dem Konsumgütermarkt wurden allerdings automatisch durch den Zustrom der Vertriebenen in das Bundesgebiet verlagert.

Die Lösung des Eingliederungsproblems wurde damit entscheidend von der Möglichkeit der wirtschaftlichen Verflechtung des Bundesgebietes mit dem Weltmarkt abhängig. Voraussetzung für den Anschluß an die weltwirtschaftlichen Beziehungen waren die Stabilisierung der Währungsverhältnisse sowie die langsam sich durchsetzende Liberalisierung des internationalen Handels. Die zunächst auf Grund von Krediten und Geschenken durchgeführten Importe der notwendigen Nahrungsmittel mußten nach und nach durch Gegenleistungen finanziert werden. Die Notwendigkeit der erhöhten Deckung des Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarfs im Ausland konnte auf die Dauer nur in dem Maße erfolgen, wie es gelang eine kräftige Ex- und Intensivierung der Exportindustrie im Bundesgebiet durchzuführen. Der Wiederaufbau und Ausbau entsprechender Industrien mußte infolge des herrschenden Kapitalmangels und der überschüssigen Arbeitskräfte möglichst arbeitsintensiv sein und wurde noch besonders dadurch erschwert, daß Westdeutschland nur über eine schmale Rohstoffbasis verfügte. Die heimische Rohstoffproduktion war durch mannigfache politische Maßnahmen auf vielen Gebieten beschränkt, verboten oder zerstört werden, und der Bezug von ausländischen Rohstoffen war stark von dem jeweiligen Stand der Liberalisierung und Zahlungsbilanz abhängig.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus wird man also erst von einer Lösung des Eingliederungsproblems sprechen können, wenn ein Zahlungsbilanzausgleich herbeigeführt werden kann, der nicht auf Geschenken und Krediten sondern auf Leistung und Gegenleistung beruht. Abweichend von dieser globalen Betrachtungsweise bedeutet eine Untersuchung über die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen, sachlich gesehen, speziell eine Darstellung des Adaptionprozesses eines erhöhten Arbeitspotentials an die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse. Es handelt sich also um ein Problem, dessen Lösung zwar nur im Zusammenhang der aufgezeichneten sachlichen gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt werden kann, im Rahmen dieser Möglichkeiten jedoch in erster Linie vom menschlich-sozialen Standpunkt aus durchgeführt werden mußte. Letztes Ziel der wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen mußte es also sein, den Vertriebenen eine wirtschaftliche Lebensgrundlage zu geben, die geeignet war, eine soziale Befriedigung dieser Bevölkerungsgruppe

herbeizuführen, und zwar, soweit es die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse erlaubten, unter möglichst geringen Reibungsverlusten. Eine Darstellung der wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen hat somit zur Aufgabe, den Ablauf, die Art und den Umfang der Einreihung der Vertriebenen-Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozeß sowie die Reibungsverluste zu untersuchen, die auf dem Wege der Anpassung der Vertriebenen an die Bedürfnisse des Aufnahmegebietes von den Vertriebenen getragen werden mußten. Bei völliger Anerkennung der entstandenen schweren Reibungsverluste kann jedoch, mit Rücksicht auf die bestehende Wirtschaftsstruktur der Aufnahmegebiete, das Ziel einer wirtschaftlichen Eingliederung nicht als Wiederherstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse vor der Vertreibung angesehen sondern muß als eine Gleichstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Vertriebenen und der Stammbevölkerung verstanden werden. Abschließend sei noch auf einige entscheidende Tatsachen hingewiesen, die für die Möglichkeit einer Eingliederung der Vertriebenen sowie für die schon erwähnten Reibungsverluste von entscheidender Bedeutung werden sollten.

Die umfangreichen Aufgaben des westdeutschen Aufbaues, die zunächst nur langsam, im Zuge der Entwicklung jedoch in immer stärkerem Umfange in Angriff genommen werden konnten, ermöglichten es in zunehmendem Maße, zusätzliche Arbeitskräfte zu beschäftigen, ja, das verstärkte Arbeitspotential war ein Hauptfaktor für den Wiederaufbau. Die Arbeitskraftreserven innerhalb der Vertriebenenbevölkerung bildeten hier eine wertvolle Hilfe. Die Möglichkeit auf diese Weise den Vertriebenen eine wirtschaftliche Existenz zu verschaffen und damit gleichzeitig den wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu genügen, stieß jedoch auf zwei entscheidende Hindernisse, die der unmittelbaren Verwendung der Arbeitskräfte entgegenstanden. Erstens war die berufliche und soziale Gliederung der Vertriebenen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimatgebiete abgestellt, die zum Teil wesentlich von der Struktur der Zufluchtsgebiete abwichen. Zum zweiten waren die Vertriebenen auf Grund der Unterbringungsschwierigkeiten zunächst in wenig kriegszerstörten Gebieten, also in erster Linie in ländlichen Bezirken und kleinen Gemeinden, untergebracht worden, da die größeren Industriezentren zum großen Teil dem Luftkrieg des zweiten Weltkrieges zum Opfer gefallen waren. Dadurch entstand eine regionale Diskrepanz zwischen den Wohnplätzen der verfügbaren Arbeitskräfte und den im Zuge des Wiederaufbaues möglichen Arbeitsplätzen an den Standorten der Industrie.

Soweit die Vertriebenen überhaupt eine Beschäftigung fanden, also eine Lösung des quantitativen Problems herbeigeführt werden konnte, mußten sie vielfach infolge ihrer andersartigen Berufsstruktur eine

fremdberufliche Tätigkeit ausüben. Eine derartige Beschäftigungsaufnahme war zwangsläufig häufig von einem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg begleitet. Dieses qualitative Problem und die damit verbundenen Reibungsverluste traten in dem Umfange zurück, wie eine vielseitigere Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden war, beispielsweise in den Industriegebieten.

Anders verhielt sich die Lage in den ländlichen Gebieten, die ja, wie erwähnt, den größten Teil der Vertriebenen aufgenommen hatten. Die Beschäftigungsmöglichkeiten waren eng begrenzt. Soweit eine Beschäftigung überhaupt aufgenommen werden konnte, brachte die fremdberufliche oder andersartige soziale Stellung Reibungsverluste größten Umfanges mit sich. In den meisten Fällen konnte noch nicht einmal eine quantitative Lösung des Problems herbeigeführt werden, so daß die Vertriebenen in diesen Gebieten unter starker Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Dieser sowohl vom wirtschaftlich-sozialen Standpunkt als auch vom wirtschaftlich-sachlichen Standpunkt aus untragbare Zustand konnte nur auf zweierlei Wegen bekämpft werden. Einmal konnte durch Ansetzung neuer Industrien in den Hauptflüchtlingsgebieten eine Vergrößerung der Arbeitskapazität erreicht, zum anderen aber konnten die Vertriebenen im Zuge einer Bevölkerungsumsetzung an die Industriestandorte herangebracht werden.

In der folgenden Darstellung soll nunmehr untersucht werden, in welcher Form und in welchem Umfang sich die aufgezeigten Probleme der wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen in dem Land Nordrhein-Westfalen entwickelt haben. Die Bedeutung, die dem Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Bundesgebietes in dieser Hinsicht zukommt, wird ebenfalls in besonderem Maße berücksichtigt werden müssen.

II. Die quantitative Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen¹

Der ausgesprochen industrielle Charakter der Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens² bildete einerseits eine günstige Voraussetzung

¹ Die im Textteil verwendeten Zahlen sind, soweit keine Tabellen beigefügt sind, aus folgenden Veröffentlichungen entnommen bzw. auf Grund dieser durch eigene Berechnungen ermittelt worden:

a) Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen in:

Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung

Heft 15 „Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen“

Heft 7 „Die Erwerbspersonen nach der beruflichen Gliederung in Nordrhein-Westfalen“

Stat. Informationen „die Wohnbevölkerung in den Gemeinden am 30. 6. 54“

b) Arbeitsministerium bzw. Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen in: „Statistische Mitteilungen“

für die Eingliederung zusätzlicher Arbeitskräfte. Andererseits war jedoch gerade das Land Nordrhein-Westfalen in besonders starkem Maße von den unmittelbaren und mittelbaren Kriegseinwirkungen des zweiten Weltkrieges, wie Vernichtung der Produktionsstätten und des Wohnungsbestandes, Demontagen, Produktionsverboten, Produktionseinschränkungen und dgl., betroffen worden. Allein die Lösung des quantitativen Problems der Eingliederung war damit auch in Nordrhein-Westfalen nicht ohne weiteres gegeben. Diese Tatsache läßt sich eindeutig daran erkennen, daß noch im August 1947 25 % der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen Vertriebene waren, während zum gleichen Zeitpunkt der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung des Landes nur 7 % betrug. Eine Eingliederung der Vertriebenen konnte sich nur in dem Umfange durchsetzen, wie mit dem Wiederaufbau und Ausbau der Produktionskapazitäten neue Arbeitsplätze geschaffen wurden und mit dem Wiederaufbau und Neubau von Wohnungen die Unterbringung der Arbeitskräfte an den Industriestandorten sichergestellt werden konnte.

Im Laufe der folgenden Jahre änderten sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt grundlegend. Am 30. 11. 1948 war der Anteil der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 10,7 % zurückgegangen, obgleich die Vertriebenenendichte auf 7,9 % gestiegen war³. Am 30. 6. 1950 lag die Beteiligung der Vertriebenen an allen

c) Ermittlungen beim Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen

d) Bundesministerium für Arbeit in: „Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen“

e) Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in: „Amtliche Nachrichten der ANBA“

² Schon zum Zeitpunkt der Volkszählung am 17. 5. 1939 gehörten 53,5 % der Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen zu dem Wirtschaftsbereich „Industrie und Handwerk“, während im Durchschnitt des Bundesgebietes dieser Prozentsatz 41,3 % betrug. Am 13. 9. 50 lag der entsprechende Prozentsatz in Nordrhein-Westfalen bei 55,4 % und im Durchschnitt des Bundesgebietes bei 44,5 %.

³ Bei einem Vergleich der Ergebnisse vom 1. 8. 1947 und 1. 12. 1948 muß allerdings berücksichtigt werden, daß „Vertriebene“ und „arbeitslos“ am 1. 8. 1947 etwas anders definiert wurden als am 1. 12. 1948. Die Ergebnisse für den 1. 8. 1947 beruhen auf der vom Sozialministerium Nordrhein-Westfalen zu diesem Zeitpunkt durchgeführten Flüchtlingszählung. Als Ausgewiesene und Vertriebene wurden hier im Wege des Aufrufverfahrens solche Personen erfaßt, die ihren letzten Wohnsitz vor der Ausweisung oder Flucht außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach deren Stand vom 1. 11. 1938 oder in den deutschen Ostgebieten ostwärts der Oder-Neiße (Gebietsstand 1. 9. 1939) hatten und von dort geflüchtet oder ausgewiesen waren; ebenso entlassene Kriegsgefangene, die in diesen Gebieten beheimatet waren und dorthin nicht zurückkehren konnten. Über das Merkmal „arbeitslos“ entschied der einzelne Flüchtling selber. Bei der erstmaligen Erfassung der arbeitslosen Vertriebenen in der Arbeitsmarktstatistik am 1. 12. 1948 wurde über das Merkmal „arbeitslos“ von Amts wegen entschieden. Als Vertriebene galten nach der Arbeitsmarktstatistik Personen deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit, die am 1. Januar 1945 (bzw. vor ihrer Ausweisung

Arbeitslosen mit 12,1 % nur um 2,6 Punkte über der inzwischen auf 9,5 % angestiegenen Vertriebenenendichte. Ganz anders waren die Verhältnisse zu dieser Zeit noch in den Hauptflüchtlingsländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Hier überstieg der Prozentsatz der arbeitslosen Vertriebenen an den Arbeitslosen insgesamt die entsprechende Vertriebenenendichte um 22,4, 14,7 und 20,3 Punkte. Am 30. 6. 1954 war die Situation der Vertriebenen in den Hauptflüchtlingsländern zwar immer noch wesentlich schlechter als in Nordrhein-Westfalen, der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen lag jedoch in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern nur noch um 13,8, 11,5 und 10,6 Punkte über der entsprechenden Vertriebenenendichte.

Dieses Ergebnis ist zweifellos neben dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung und den staatlichen Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten auf den Bevölkerungsausgleich im Wege der freien Wanderung und der Umsiedlung, der eine erhebliche Bevölkerungsentlastung der Hauptflüchtlingsländer zur Folge hatte, zurückzuführen. Wenn man im Hinblick auf diese Tatsache bedenkt, daß die Vertriebenen-Bevölkerung in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern vom 1. 1. 1950 bis 1. 1. 1954 um rd. 274 000, 136 600 und 67 700 zurückgegangen war, während Nordrhein-Westfalen in demselben Zeitraum diesen Ländern gegenüber einen Vertriebenen-Wanderungsgewinn von rd. 127 800, 155 400 und 59 000 zu verzeichnen hatte, läßt sich die große Bedeutung erkennen, die dem Land Nordrhein-Westfalen für die Eingliederung der Vertriebenen im Rahmen des gesamten Bundesgebietes zukam. Obgleich die Vertriebenen-Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 um 50,4 % zugenommen hatte, war die Zahl der arbeitslosen Vertriebenen in dieser Zeit um 17,8 % zurückgegangen. Während die Vertriebenenendichte in diesem Zeitraum von 9,5 % auf 13,2 % angestiegen war, zeigte der Anteil der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen nur eine Zunahme von 12,1 % auf 12,3 %. Damit lag am 30. 6. 1954 in Nordrhein-Westfalen die Beteiligung der Vertriebenen an den Arbeitslosen um 0,9 Punkte unter der Vertriebenenendichte. Dieser Tatbestand ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das Land im Vergleich zu der Bevölkerungszunahme eine noch stärkere Zunahme der Beschäftigten aufzuweisen hatte.

Zum Zeitpunkt der Volkszählung am 13. 9. 1950 waren in Nordrhein-Westfalen 33,8 % der Gesamtbevölkerung und 43,4 % der Vertriebenenbevölkerung Arbeitnehmer. Unter der Voraussetzung, daß in Nordrhein-Westfalen auch am 30. 9. 1954 die gleichen Anteile der Bevöl-

oder Flucht) ihren ständigen Wohnsitz außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 1. März 1938 oder in den deutschen Ostprovinzen östlich der Oder/Neiße-Linie, Gebietsstand 1. 9. 1939, hatten.

kerung auf Arbeitnehmer entfielen, wären zu diesem Zeitpunkt unter der Berücksichtigung der Arbeitslosen, die von der Arbeitsmarktstatistik ausgewiesen wurden, insgesamt 4 967 254 Arbeitnehmer und davon 821 284 Vertriebene in Nordrhein-Westfalen erwerbstätig gewesen.

Tatsächlich weist die Arbeitsmarktstatistik jedoch für den 30. 9. 1954 insgesamt 5 436 324 beschäftigte Arbeitnehmer aus, also 9,4 % mehr, als der errechneten Zahl entsprechen würde. Nimmt man für die Vertriebenen denselben Zuschlag an, so würde das bedeuten, daß am 30. 9. 1954 in Nordrhein-Westfalen 898 485 Vertriebene als Arbeitnehmer erwerbstätig waren. Das heißt also, daß die Gesamtbevölkerung vom 13. 9. 1950—30. 9. 1954 um 9,8 % und die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 21,6 % zugenommen hat, während die Vertriebenenbevölkerung eine Zunahme von 45,1 % und die beschäftigten Arbeitnehmer unter den Vertriebenen eine Zunahme von 63,9 % zu verzeichnen hatten⁴. Der gewaltige Anstieg der beschäftigten Arbeitnehmer führte auch zu einem Rückgang der Arbeitslosen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen hatte vom 30. 9. 1950—30. 9. 1954 um 23 112 und die Anzahl der arbeitslosen Vertriebenen um 3027 abgenommen.

Im Vergleich zu der absoluten Zunahme der Beschäftigten erscheint der Rückgang der Arbeitslosen allerdings gering; hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß in der Zahl der Arbeitslosen an einem bestimmten Stichtag eine gewisse Fluktuation — saisonal und konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit — enthalten ist. Außerdem ist stets mit einer bestimmten Restarbeitslosigkeit zu rechnen, die durch nicht oder nur beschränkt verwendungsfähige Arbeitslose hervorgerufen wird. Die Zunahme der Beschäftigten aber mußte die außerordentlich große Anzahl von Erwerbspersonen, die im Wege der freien Wanderung oder Umsiedlung nach Nordrhein-Westfalen gelangten, die stark besetzten Jahrgänge der Schulentlassenen sowie alle übrigen Personen, die eine Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit anstrebten, absorbieren. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß der gewaltige Wirtschaftsaufschwung und die damit verbundene umfangreiche Beschäftigungszunahme eine Absorption der starken Bevölkerungszunahme ermöglichte; denn der Grad der Arbeitslosigkeit, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern, war trotz der Bevölkerungszunahme vom 30. 9. 1950 bis zum 30. 9. 1954 von 3,8 % auf 2,7 % gesunken. Somit konnten also auch die im Wege der freien Wanderung und Umsiedlung nach Nord-

⁴ Bei Betrachtung dieser Entwicklung muß ebenfalls berücksichtigt werden, daß der Begriff „Vertriebene“, wie er in der Arbeitsmarktstatistik angewandt wird, von der entsprechenden Definition bei der Volks- und Berufszählung abweicht. Als Vertriebene gelten nach der Volks- und Berufszählung Personen mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 in den deutschen Ostgebieten (Gebietsstand 31. 12. 1937) unter fremder Verwaltung und im Saarland sowie Personen mit deutscher Muttersprache mit Wohnsitz am 1. 9. 1939 im Ausland. Definition der Vertriebenen in der Arbeitsmarktstatistik siehe Anm. 2.

rhein-Westfalen gelangten Vertriebenen, auf die ein großer Teil der Bevölkerungszunahme zurückzuführen war, quantitativ eingegliedert werden.

1. Das Problem der quantitativen Eingliederung in einigen ausgewählten Arbeitsamtsbezirken

Man darf jedoch nicht vergessen, daß die bisher aufgezeigte Entwicklung in erster Linie auf die Absorbtionsfähigkeit der ausgesprochenen Industriegebiete, insbesondere des Ruhrgebietes, zurückzuführen ist.

In anderen Teilen Westfalens dagegen stellte die Eingliederung der dort schon ansässigen Vertriebenen ein schwieriges Problem dar, vor allem in den Arbeitsamtsbezirken Paderborn, Minden, Detmold, Meschede, Soest, Siegen, Rheine, Ahlen und Coesfeld. Die Wirtschaftskraft dieser Gebiete entsprach nicht dem Bevölkerungszuwachs, den diese Bezirke durch den Vertriebenen Zustrom zu verzeichnen hatten. Dementsprechend war auch die allgemeine Arbeitsmarktlage hier wesentlich schlechter als im Landesdurchschnitt. Während im Durchschnitt des Landes 3,8 % der Arbeitnehmer am 30.9.1950 arbeitslos waren, lagen die entsprechenden Sätze in den Arbeitsamtsbezirken Detmold, Soest, Minden und Paderborn zwischen 5,1 % und 8 % und in den Arbeitsamtsbezirken Ahlen, Rheine und Meschede zwischen 4,1 % und 4,7 %. Lediglich in Coesfeld und Siegen hielten sich diese Anteile mit 2,7 und 3,4 % unter dem Durchschnitt.

Geht man von einer Berechnung des Bundesministeriums für Arbeit aus, die eine strukturelle Arbeitslosigkeit in solchen Gebieten annimmt, in denen mehr als 4,2 % der Arbeitnehmer arbeitslos sind — in Nordrhein-Westfalen würden das nach den Verhältnissen der Volkszählung 1,5 % der Bevölkerung sein — so zeigt sich, daß dieser Tatbestand in besonderem Maße auf die Bezirke Paderborn und Minden zutraf, in gewissem Umfange jedoch auch auf die Bezirke Soest, Detmold, Meschede und Rheine. Die Diskrepanz zwischen der Arbeitslosigkeit der Vertriebenen und der Gesamtbevölkerung läßt jedoch vermuten, daß in allen Bezirken unter den Vertriebenen eine strukturelle Arbeitslosigkeit vorlag.

Während von der Vertriebenenbevölkerung in diesen Bezirken am 30.9.1950 2,2 %—3,8 % arbeitslos waren, entfielen auf die Gesamtbevölkerung 0,7 %—2,2 % Arbeitslose. Im Landesdurchschnitt lagen die entsprechenden Sätze bei 1,6 % und 1,3 %. Der Anteil der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen überstieg die Vertriebenenendichte in Detmold, Minden, Paderborn, Siegen und Soest um 10—15 Punkte und in Ahlen, Meschede, Rheine und Coesfeld um 15—25 Punkte, während zu derselben Zeit die Beteiligung der Ver-

triebenen an der Arbeitslosigkeit im Landesdurchschnitt nur um 1,9 Punkte höher war, als ihrer Vertriebenenendichte entsprochen hätte.

Verfolgt man nunmehr die Entwicklung dieser Bezirke, so läßt sich auch hier vom 30. 9. 1950—30. 9. 1954 eine starke Zunahme der Beschäftigten feststellen, die in den Arbeitsamtsbezirken Ahlen, Coesfeld, Meschede und Siegen zwischen 19,1 % und 24,9 % und in den übrigen Bezirken zwischen 14,3 % und 17,5 % lag. Abgesehen vom Arbeitsamtsbezirk Coesfeld wurde diese Entwicklung in allen Gebieten von einer Abnahme der Gesamtarbeitslosigkeit begleitet. Die Zunahme der Beschäftigten konnte sich in besonderem Maße auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit auswirken, weil mit Ausnahme der Arbeitsamtsbezirke Minden und Siegen nur eine geringe Zunahme der Gesamt- und der Vertriebenenbevölkerung zu verzeichnen war. In den Bezirken Paderborn und Meschede war sogar ein Rückgang beider Bevölkerungsgruppen festzustellen. Vergleicht man allerdings die Zunahme der Beschäftigten, die in allen genannten Schwerpunktgebieten der Vertriebenenarbeitslosigkeit 105 680 Arbeitnehmer umfaßte, so übersteigt sie den entsprechenden Arbeitslosenrückgang von 10 320 wesentlich.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Beschäftigungszunahme zum großen Teil auf die Einreihung der stark besetzten Jahrgänge der Schulentlassenen in den Wirtschaftsprozess und solcher Personen entfiel, die sich wieder in das Erwerbsleben einschalten wollten. Die Zahl der Arbeitslosen enthält dagegen immer einen notwendigen Bestandteil an fluktuierenden Arbeitskräften und eine wirtschaftlich bedingte und nicht ohne weiteres vermeidbare saisonale und konjunkturelle Arbeitslosigkeit. Sofern sich in der Arbeitslosenzahl beschränkt- oder nicht arbeitsverwendungsfähige Arbeitslose befanden, handelte es sich dabei um Kräfte, deren Beschäftigung sich als relativ schwierig erwies. Die Arbeitslosen, die aus beruflichen Gründen arbeitslos waren, wie es zum großen Teil bei den Vertriebenen der Fall war, konnten jedoch weitgehend auf Grund der Beschäftigungszunahme eine Tätigkeit aufnehmen. Der Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern lag in den Arbeitsamtsbezirken Coesfeld, Detmold, Rheine und Minden sowie Paderborn am 30. 9. 1954 nur noch zwischen 3,2 % und 3,9 % und in den Arbeitsamtsbezirken Soest, Siegen, Ahlen und Meschede zwischen 1,8 % und 2,6 %. Der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung war ebenfalls so weit zurückgegangen, daß er in den Bezirken Coesfeld, Rheine, Paderborn, Minden und Detmold mit 1,1 %—1,2 % kaum noch über dem Landesdurchschnitt von 1,0 % lag. In den Bezirken Soest, Siegen, Meschede und Ahlen war der Prozentsatz mit 0,6—0,8 sogar geringer als im Landesdurchschnitt.

Diese allgemeine Entwicklung hatte zu einer starken Abnahme der Vertriebenenarbeitslosigkeit geführt, die auch den Anteil der arbeits-

losen Vertriebenen an der Vertriebenenbevölkerung bedeutend zurückgehen ließ. In den Bezirken Minden, Detmold, Rheine und Paderborn lag dieser Anteil am 30. 9. 1954 nur noch zwischen 1,6 und 1,9 % und in den übrigen Gebieten zwischen 1,0 und 1,4 %. Im Zuge der Entwicklung konnte somit auch in diesen Schwerpunktgebieten der Vertriebenenarbeitslosigkeit eine quantitative Eingliederung der Vertriebenen erfolgen. Zwar war hier immer noch die Vertriebenenarbeitslosigkeit höher als im Landesdurchschnitt, wo auf die Vertriebenenbevölkerung 0,9 % Arbeitslose entfielen. Auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zeigte sich in diesen Gebieten noch eine etwas stärkere Arbeitslosigkeit unter den Vertriebenen. Die Diskrepanz zwischen der Situation der Vertriebenen und der Gesamtbevölkerung war jedoch erheblich zurückgegangen. Der Anteil der arbeitslosen Vertriebenen lag am 30. 9. 1954 in den Bezirken Rheine, Siegen, Paderborn und Soest nur noch um 7,7—10,6 Punkte und in den übrigen Bezirken um 6,6—3,8 Punkte über der Vertriebenenendichte der entsprechenden Gebiete.

Untersucht man die Entwicklung der strukturellen Arbeitslosigkeit in den Arbeitsamtsbezirken Paderborn, Minden, Detmold, Meschede, Soest, Siegen, Rheine, Ahlen und Coesfeld, indem man zunächst die Arbeitslosigkeit der Gesamtbevölkerung und der Vertriebenen in den Hauptberufsgruppen am 30. 4. 1950 vergleicht, so ergibt sich unter Berücksichtigung der beruflichen Gliederung der Erwerbspersonen beider Bevölkerungsgruppen am 13. 9. 1950 vor allem bei den kaufmännischen Berufen, den Verwaltungs- und Büroberufen, den Verkehrsberufen und den Berufen der Nahrungs- und Genußmittelhersteller eine wesentlich stärkere Vertriebenenarbeitslosigkeit. Hinzu kommt, daß bei den Verwaltungs- und Büroberufen, sowie in vielen Bezirken auch bei den Verkehrsberufen und den Berufen der Nahrungsmittelhersteller und -verarbeiter, eine ungünstige Arbeitsmarktsituation eine Beschäftigung der Vertriebenen in diesen Berufen erschwerte. Bei der Untersuchung der absoluten Zahlen der arbeitslosen Vertriebenen blieben in manchen Bezirken allerdings die arbeitslosen Vertriebenen unter den Verkehrsberufen und den Berufen der Nahrungsmittelhersteller und -verarbeiter hinter den arbeitslosen Vertriebenen der kaufmännischen Berufe und der Verwaltungs- und Büroberufe zurück. Hohe absolute Zahlen der arbeitslosen Vertriebenen zeigten sich dagegen in allen Bezirken bei den Hilfsberufen der Stofferzeugung und -verarbeitung, den Bauberufen und den kaufmännischen Berufen.

Bei den erstgenannten Gruppen, besonders bei den Hilfsberufen der Stofferzeugung und -verarbeitung, handelt es sich allerdings um Berufe, die allgemein eine starke Arbeitslosigkeit aufwiesen, so daß hier die Situation der Vertriebenen nicht wesentlich von der Lage der

Gesamtbevölkerung abwich. Bemerkenswert ist jedoch, daß in der Volks- und Berufszählung am 13. 9. 1950 ein hoher Vertriebenenanteil bei diesen beiden Berufsgruppen festzustellen war. Während der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen in den genannten Arbeitsamtsbezirken zwischen 11,2 und 17,5 % lag, waren von den Erwerbspersonen der Hilfsberufe der Stofferzeugung und -verarbeitung 16,1—28,7 % und der Bauberufe 17,5—27,4 % Vertriebene. Es ist anzunehmen, daß viele Vertriebene in diesen Berufen, die vielfach eine Beschäftigung ohne besondere berufliche Vorbildung gestatten, fremdberuflich, d. h. also unter Aufgabe des früheren Berufes, Arbeit aufgenommen hatten, wenn sie in ihrem erlernten Beruf keine Beschäftigung finden konnten.

Der hohe Anteil der Vertriebenen an den Erwerbspersonen der hauswirtschaftlichen Berufe, der in den erwähnten Bezirken zwischen 19,2 und 33,3 % lag, läßt hier ebenfalls eine starke fremdberufliche Tätigkeit vermuten. Die allgemeine Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Arbeitskräften ließ die Arbeitsmarktlage der Vertriebenen dieser Berufsgruppe günstig erscheinen. Zu bedenken ist aber, daß sich hier durch die fremdberufliche Tätigkeit zweifellos ein sozialer Abstieg vollzogen hat, der besondere Forderungen an die qualitative Eingliederung stellt. In gleicher Weise ist in den betreffenden Arbeitsamtsbezirken der hohe Anteil von 27,2—38,0 % Vertriebenen an der Zahl der Erwerbspersonen ohne Angabe des Berufes dahingehend zu beurteilen, daß viele Vertriebene weder in ihrem alten Beruf noch in einem neuen Beruf eine ständige Beschäftigung gefunden hatten.

Auffallend war der hohe Teil von arbeitslosen Vertriebenen ohne Angabe des Berufes in den Arbeitsamtsbezirken Detmold und Ahlen am 30. 4. 1950. Eine hohe Zahl an arbeitslosen Vertriebenen ließ sich zu diesem Zeitpunkt auch bei der Berufsgruppe der Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer, besonders in den Arbeitsamtsbezirken Paderborn, Detmold, Minden, Soest, Meschede und Rheine feststellen sowie in den Berufen der Metallherzeuger und -verarbeiter in Paderborn, Detmold und Minden.

Die Vertriebenenarbeitslosigkeit unter den Ackerbauern, Tierzüchtern und Gartenbauern erschien zahlenmäßig hoch, der Anteil an der Gesamtzahl der arbeitslosen Vertriebenen war jedoch geringer als der Anteil der vertriebenen Erwerbspersonen dieser Berufsgruppe an der Gesamtzahl der Vertriebenen-Erwerbspersonen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist die Vertriebenenarbeitslosigkeit innerhalb dieser Berufsgruppe jedoch ebenfalls hoch. Sie liegt darin begründet, daß zwar im allgemeinen eine große Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften bestand, es sich bei den Vertriebenen, deren berufliche Gliederung von Haus aus stark landwirtschaftlich orientiert war,

jedoch zum großen Teil um selbständige Landwirte handelte, die auf die Dauer nicht bereit waren, einen derartigen sozialen Abstieg auf sich zu nehmen.

Nach Metallerzeugern und -verarbeitern herrschte in vielen Teilen Nordrhein-Westfalens eine starke Nachfrage; in den Arbeitsamtsbezirken Paderborn, Detmold, Minden hingegen war die Arbeitsmarktlage dieser Berufsgruppe allgemein so ungünstig, daß die Beschäftigung der Vertriebenen hier auf Schwierigkeiten stieß.

Eine verhältnismäßig günstige Situation ergab sich — abgesehen von den schon erwähnten hauswirtschaftlichen Berufen — lediglich bei den Textilberufen vor allem in den stark mit Textilindustrie durchsetzten Bezirken Rheine und Coesfeld. Auf Grund der stark vertretenen Holzindustrie im Arbeitsamtsbezirk Detmold und im gewissen Maße auch in den Bezirken Paderborn und Minden waren in diesen Gebieten für die Holzverarbeiter und zugehörigen Berufe gute Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben. Ebenfalls günstig war die Lage infolge der umfangreichen Eisen-Metallerzeugung und -verarbeitung im Arbeitsamtsbezirk Siegen für die hier ansässigen Vertriebenen, die diesen Berufen angehörten. Letzteres galt, wenn auch in geringerem Maße, auch für die Arbeitsamtsbezirke Soest und Ahlen. Im Arbeitsamtsbezirk Ahlen bot sich außerdem auf Grund des dort stark vertretenen Bergbaues Beschäftigungsmöglichkeit für die Vertriebenen in den bergmännischen Berufen.

Wenngleich in den erwähnten Berufen in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken eine günstige Arbeitsmarktsituation der Vertriebenen zu verzeichnen und kaum ein Unterschied zur Situation der Gesamtbevölkerung festzustellen war, wirkte sich dieser Tatbestand jedoch nicht in entscheidendem Maße auf die allgemein ungünstige Beschäftigungslage der Vertriebenen aus. Neben einer beschränkten Produktionskapazität stand in vielen Fällen die Wirtschaftsstruktur der genannten Arbeitsamtsbezirke einer Eingliederung der Vertriebenen entgegen. Die mit Vertriebenen stark besetzten, vorwiegend landwirtschaftlichen Gebiete der Arbeitsamtsbezirke Paderborn, und hier vor allem die Kreise Büren und Warburg, sowie die ebenfalls stark mit vorwiegend landwirtschaftlichen Gemeinden durchsetzten Bezirke Soest, Meschede und Coesfeld und das nördliche Gebiet des Arbeitsamtsbezirkes Minden boten den Vertriebenen nur geringe Beschäftigungsmöglichkeiten in nicht-landwirtschaftlichen Berufen.

Hinzu kam, daß in manchen Fällen die vorhandenen Industrien sich vorwiegend an bestimmten Standorten konzentrierten, beispielsweise die Elektro-Industrie in der Stadt Soest, die Textilindustrie des Arbeitsamtsbezirkes Coesfeld hauptsächlich im Kreis Ahaus und hier besonders in der Stadt Gronau. Ähnliches ließ sich auch in den Arbeitsamts-

bezirken Ahlen und Rheine feststellen, die zwar im Durchschnitt eine stärker gemischt-wirtschaftliche Struktur aufzuweisen hatten. Die im Arbeitsamtsbezirk Rheine stark vertretene Textilindustrie war in erster Linie in den Städten Rheine und Emsdetten zu finden. Desgleichen blieb im Arbeitsamtsbezirk Ahlen der Bergbau vor allem auf die Gemeinden Bockum-Hövel und Heesen und die Städte Ahlen und Werne und die eisen- und metallverarbeitende Industrie auf die Städte Ahlen, Beckum und Oelde beschränkt.

Bei näherer Untersuchung ergab sich außerdem, daß beispielsweise im Paderborner, Lipper und Lübbecker Land die Wirtschaftskraft schon vor dem Vertriebenen Zustrom nicht dem Bevölkerungsumfang entsprach, so daß aus diesen Gebieten schon früher ständig überschüssige Arbeitskräfte in die näheren und weiteren Industriebezirke abgewandert waren.

Im Gegensatz zu den Arbeitsamtsbezirken Paderborn, Minden, Detmold, Meschede und Soest war die Arbeitsmarktlage der Vertriebenen in den stark mit verarbeitender Industrie durchsetzten Gebieten der Arbeitsamtsbezirke Bielefeld und Herford positiv zu beurteilen. Zwar zeigte sich auch hier eine stärkere Arbeitslosigkeit bei den Vertriebenen, die jedoch absolut gesehen nicht so problematisch war, weil die Arbeitslosigkeit der Gesamtbevölkerung hier unter dem Landesdurchschnitt lag. Der Anteil der gesamten Arbeitslosen an der Bevölkerung betrug am 30. 9. 1950 in Bielefeld und Herford 0,7 und 0,8 %, im Landesdurchschnitt dagegen 1,3 %. In gleicher Weise lag die Beteiligung der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer in diesen Bezirken mit 1,9 und 2,1 % unter dem Landesdurchschnitt von 3,8 %. Die Arbeitslosigkeit der Vertriebenen, die sich in diesen Gebieten ebenfalls unter dem Landesdurchschnitt von 1,6 % bewegte, bildete hier kein besonderes quantitatives Problem, obgleich die Vertriebenenendichte beispielsweise im Bezirk Bielefeld am 13. 9. 1950 mit 18,0 % ebenso stark war wie im Arbeitsamtsbezirk Detmold. Absolut gesehen, war sogar die größte Zahl der Vertriebenen innerhalb des Regierungsbezirkes Detmold im Raume des Arbeitsamtsbezirkes Bielefeld ansässig. Der Arbeitsamtsbezirk Herford hatte am 13. 9. 1950 allerdings absolut die geringste Zahl der Vertriebenen zu verzeichnen. Der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung lag hier mit 14,6 % ebenfalls unter dem Durchschnitt des Regierungsbezirkes Detmold. Die Situation in den Gebieten Bielefeld und Herford läßt erkennen, in welchem Maße die Wirtschaftsstruktur eines Gebietes für die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen entscheidend war. Die umfangreiche Maschinenbau-, Bekleidungs- und Textilindustrie im Raume Bielefeld sowie die holzverarbeitende Industrie, die Bekleidungsindustrie und die Tabak-

und Süßwarenindustrie im Raume Herford boten mannigfache Beschäftigungsmöglichkeiten, so daß die etwas ungünstigere Lage der Vertriebenen in einzelnen Berufsgruppen, z. B. innerhalb der Verwaltungs- und Büroberufe, der kaufmännischen Berufe und der Verkehrsberufe, die auch in diesen Arbeitsamtsbezirken zu beobachten war, das positive Gesamtergebnis nicht wesentlich beeinträchtigen konnte.

Dennoch darf das günstige Bild der quantitativen Eingliederung in diesen Bezirken nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf dem Gebiet der qualitativen Eingliederung noch viele Probleme gelöst werden mußten. Wie aus den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung hervorging, war hier der Vertriebenenanteil bei den Erwerbspersonen der hauswirtschaftlichen Berufe, der Hilfsberufe der Stofferzeugung und -verarbeitung und der Bauberufe sowie an den Erwerbspersonen ohne Berufsangabe besonders hoch. Man konnte hier auf eine starke fremdb Berufliche Tätigkeit schließen, die insofern problematisch war, als der Charakter der mit Vertriebenen stark besetzten Berufsgruppen vermuten ließ, daß die Aufnahme der Beschäftigung mit einem sozialen Abstieg verbunden war.

Betrachtet man nunmehr die Verhältnisse der Vertriebenenarbeitslosigkeit in den Arbeitsamtsbezirken Paderborn, Minden, Detmold, Soest, Siegen, Rheine, Ahlen und Coesfeld am 30. 6. 1954 im Vergleich zum 30. 4. 1950, so ergibt sich innerhalb der Hauptberufsgruppen, vor allem bei den kaufmännischen Berufen und den Verwaltungs- und Büroberufen, ein starker Rückgang des Anteils der Vertriebenen an der Gesamtarbeitslosigkeit dieser Berufsgruppe. Die ebenfalls starke Abnahme der absoluten Zahl der arbeitslosen Vertriebenen dieser Berufsgruppe deutet darauf hin, daß ein großer Teil der zu den kaufmännischen Berufen und zu den Verwaltungs- und Büroberufen gehörigen Vertriebenen eine Beschäftigung finden konnte. In welchem Ausmaße sich diese Vertriebenen einer Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer fremdb Beruflichen Tätigkeit entzogen haben, läßt sich allerdings nicht ohne weiteres feststellen, da die Gesamtzahl der beschäftigten Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen von keiner Stelle ermittelt wird. Die allgemein starke Zunahme der Beschäftigten, wie sie die Gesamtbevölkerung für die Arbeitnehmer der kaufmännischen Berufe zu verzeichnen hat, läßt jedoch vermuten, daß auch die Vertriebenen Arbeitsmöglichkeiten innerhalb dieser Berufsgruppe gefunden haben.

Bei den Nahrungs- und Genußmittelherstellern und den Verkehrsberufen ist der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen im Durchschnitt zwar nicht sehr stark zurückgegangen, jedoch läßt die umfangreiche absolute Abnahme der vertriebenen Arbeitslosen dieser Berufsgruppe, verbunden mit der allgemeinen Beschäftigungs-

zunahme der Gesamtzahl der Arbeitnehmer bei den Nahrungs- und Genußmittelherstellern auch hier eine günstige Entwicklung der Arbeitsmarktsituation der Vertriebenen dieser Berufsgruppe vermuten.

Bei den Hilfsberufen der Stofferzeugung und -verarbeitung war bezüglich des Anteils der Vertriebenenarbeitslosigkeit an der Gesamtzahl der Arbeitslosen dieser Berufsgruppe keine wesentliche Änderung eingetreten. Der nach wie vor hohe Anteil der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtarbeitslosigkeit der Hilfsberufe der Stofferzeugung und -verarbeitung wird wahrscheinlich im Jahre 1954 darauf zurückzuführen sein, daß diese Berufsgruppe eine besonders starke Besetzung mit Vertriebenen aufweist. Der hohe absolute Arbeitslosenrückgang, den alle Arbeitsamtsbezirke mit Ausnahme der Bezirke Rheine, Coesfeld und Meschede sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch für die Vertriebenen zu verzeichnen hatten, läßt vermuten, daß ein großer Teil der zu dieser Berufsgruppe gehörenden Vertriebenen auf Grund der allgemeinen Beschäftigungszunahme eine Arbeit aufnehmen konnte. Immerhin war innerhalb der Hauptberufsgruppen am 30. 6. 1954 in allen Bezirken die höchste Zahl der Arbeitslosen sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch für die Vertriebenen bei den Hilfsberufen der Stofferzeugung und -verarbeitung festzustellen. Die dieser Berufsgruppe stärker anhaftende Arbeitslosigkeit und ihre schwache soziale Position bedarf also nach wie vor einer besonderen Aufmerksamkeit bei der Vertriebenenpolitik.

Ein großer Teil der Arbeitslosen entfiel innerhalb der Hauptberufsgruppen am 30. 6. 1954 bei der Gesamtbevölkerung und den Vertriebenen ebenfalls auf die Bauberufe. Die mit der verstärkten Bautätigkeit verbundene allgemeine Beschäftigungszunahme ließ jedoch die absolute Zahl der Arbeitslosen innerhalb dieser Berufsgruppe in allen betrachteten Arbeitsamtsbezirken bei beiden Bevölkerungsgruppen in besonders starkem Maße zurückgehen, wobei allerdings zu beachten ist, daß auf Grund der unterschiedlichen Vergleichsstichtage (30. 4. 1950 und 30. 6. 1954) in diesem Rückgang Saisonschwankungen enthalten sein können.

Die allgemein günstige Arbeitsmarktsituation wirkte sich dennoch wahrscheinlich weiterhin günstig auf die Beschäftigung der Vertriebenen dieser Berufsgruppe aus. Lediglich die Tatsache, daß vermutlich auch heute noch ein großer Teil der Vertriebenen hier fremdberuflich tätig ist, erfordert einige Beachtung, falls damit ein großer wirtschaftlicher oder sozialer Abstieg verbunden war, der noch nicht überwunden wurde. In diesem Zusammenhange ist es bemerkenswert, daß in den meisten genannten Arbeitsamtsbezirken der Anteil der Vertriebenen an den Arbeitslosen dieser Berufsgruppe gestiegen ist. Es wäre möglich, daß

dieses Ergebnis darauf hindeutet, daß die zum Zeitpunkt der Volkszählung am 13. 9. 1950 sehr starke Besetzung dieser Berufsgruppe mit Vertriebenen noch weiter gestiegen ist.

Abgesehen von den Hilfsberufen der Stofferzeugung und -verarbeitung und den Bauberufen, entfiel in einigen Arbeitsamtsbezirken, wie Paderborn und Minden, am 30. 6. 1954 noch ein großer Teil der arbeitslosen Vertriebenen auf die Berufsgruppe der Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer, obgleich nach wie vor eine starke Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften herrschte. Zweifellos steht der Einreihung der vertriebenen Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer in die Landwirtschaft immer noch die Tatsache entgegen, daß die arbeitslosen Vertriebenen dieser Berufsgruppe selbständige Landwirte waren, die eine Beschäftigung als Landarbeiter nicht aufnehmen wollten. Die absolute Zahl der arbeitslosen Vertriebenen dieser Berufsgruppe weist jedoch in allen Bezirken, außer Coesfeld, einen verhältnismäßig noch stärkeren Rückgang auf als die Zahl der Vertriebenenarbeitslosigkeit bei den Hilfsberufen der Stofferzeugung und -verarbeitung und den Bauberufen. Im allgemeinen kann man auch hier annehmen, daß ein großer Teil der arbeitslosen Vertriebenen dieser Berufsgruppe inzwischen eine Beschäftigung aufnehmen konnte. Da die Beschäftigung innerhalb dieser Berufsgruppe allgemein rückläufige Bewegung aufweist, liegt die Vermutung nahe, daß die Arbeitsaufnahme weitgehend in einem anderen Beruf erfolgte. Immerhin erscheint es in diesem Zusammenhang von einiger Bedeutung, daß auch bei dieser Berufsgruppe hinsichtlich des Anteils der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen ein Rückgang zu verzeichnen ist.

Besonders günstig hat sich in den vergangenen Jahren weiterhin auf Grund der allgemeinen Beschäftigungszunahme die Lage der arbeitslosen Vertriebenen unter den Metallerzeugern und -verarbeitern entwickelt. In allen betrachteten Bezirken, besonders aber in den Arbeitsamtsbezirken Paderborn und Minden, in denen am 30. 4. 1950 noch eine verhältnismäßig hohe Zahl der Arbeitslosen auf diese Berufsgruppe entfiel, sind die Arbeitslosen dieser Berufsgruppe bei beiden Bevölkerungsgruppen so weit zurückgegangen, daß von einer Arbeitslosigkeit hier kaum noch gesprochen werden kann. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung hat sich zweifellos ausgesprochen günstig auf die Eingliederung der Vertriebenen unter den Metallerzeugern und -verarbeitern ausgewirkt.

Im Gegensatz hierzu hat sich die ursprünglich günstige Situation der arbeitslosen Vertriebenen unter den Textilherstellern und -verarbeitern vor allem in den Schwerpunktgebieten der Textilindustrie Rheine und Coesfeld verschlechtert. Die schlechte wirtschaftliche Lage der Textilindustrie hat hier zu einer Zunahme der arbeitslosen Ver-

triebenen dieser Berufsgruppe geführt. Der Rückgang des Anteils der arbeitslosen Vertriebenen an der Gesamtarbeitslosigkeit unter den Textilherstellern und -verarbeitern wird in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeitslosigkeit der Gesamtbevölkerung dieser Berufsgruppe noch stärker zugenommen hat. In den Arbeitsamtsbezirken Detmold, Paderborn, Meschede, Siegen und Soest ist allerdings noch eine rückläufige Bewegung der arbeitslosen Vertriebenen dieser Berufsgruppe festzustellen, die, verbunden mit der Zunahme der arbeitslosen Textilhersteller und -verarbeiter bei der Gesamtbevölkerung, wie sie in diesen Bezirken mit Ausnahme von Soest zu beobachten war, auch noch zu einem erheblichen Rückgang des Anteils der Vertriebenen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen dieser Berufsgruppe führte. Trotzdem ist auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung die Situation der Vertriebenen am 30. 6. 1954 bei dieser Berufsgruppe nicht mehr so günstig zu beurteilen.

Zusammenfassend läßt sich zu der quantitativen Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen sagen, daß viele Vertriebene infolge des wirtschaftlichen Aufschwunges im Zusammenhang mit den zentralen Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Vertriebene eine Beschäftigung aufnehmen konnten. Der Wiederaufbau, der sich besonders im Raum des Ruhrsiedlungsverbandes und im Regierungsbezirk Düsseldorf bemerkbar machte, führte dazu, daß trotz des starken Zuwachses der Vertriebenenbevölkerung, den gerade diese Gebiete infolge des freien und des zentral gelenkten Bevölkerungsausgleichs in den Jahren 1950—1954 zu verzeichnen hatten, die Vertriebenen eine Existenz finden konnten, ein Tatbestand, der die große Bedeutung erkennen läßt, die gerade diesem Gebiete für die Eingliederung der Vertriebenen innerhalb des ganzen Bundesgebietes zukam.

In anderen Gebieten, wie den Arbeitsamtsbezirken Paderborn, Minden, Detmold, Meschede, Soest, Siegen, Rheine, Ahlen und Coesfeld, in denen ursprünglich auf Grund der besseren Wohnungssituation ein großer Teil der Vertriebenen untergebracht worden war, stieß die quantitative Eingliederung der Vertriebenen jedoch auf mannigfache Schwierigkeiten, weil die wirtschaftliche Tragfähigkeit dieser Gebiete vielfach nicht dem Bevölkerungszuwachs entsprach. Innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen bildeten diese Bezirke dann auch Schwerpunktgebiete der Vertriebenenarbeitslosigkeit. Die vielfach in starkem Maße mit Landwirtschaft durchsetzte Wirtschaftsstruktur dieser Gebiete erschwerte die Beschäftigung der Vertriebenen besonders in verschiedenen Hauptberufsgruppen, so daß sich z. B. bei den kaufmännischen Berufen, den Verwaltungs- und Büroberufen, den Verkehrsberufen, den Nahrungs- und Genußmittelherstellern und zum Teil auch bei den Metallerzeugern und Metallverarbeitern eine besonders starke Ver-

triebenenarbeitslosigkeit herausbildete. Die geringen Möglichkeiten für die Beschäftigung von selbständigen vertriebenen Landwirten machte insbesondere die Eingliederung der Vertriebenen in der Berufsgruppe der Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer problematisch. Die in den genannten Arbeitsamtsbezirken besonders starke Vertriebenenbesetzung der Hilfsberufe der Stofferzeugung und -verarbeitung, der Bauberufe und der hauswirtschaftlichen Berufe läßt auch erkennen, in welchem Maße gerade in diesen Bezirken die begrenzten Möglichkeiten zur Ausübung des früheren Berufes zu einer fremdberuflichen Tätigkeit und einem Abstieg in der sozialen Stellung im Beruf bei den Vertriebenen führte.

In den folgenden Jahren von 1950—1954 konnten die Vertriebenen im allgemeinen jedoch, wie die Entwicklung der Vertriebenenarbeitslosigkeit und die allgemeine Beschäftigungsentwicklung zeigt, hier eine wirtschaftliche Existenz finden. Zwar war auch am 30. 9. 1954 in diesen Bezirken die Arbeitslosigkeit der Vertriebenen größer als bei der Gesamtbevölkerung; die Diskrepanz zwischen beiden Bevölkerungsgruppen war jedoch weitgehend zurückgegangen. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung wird dazu beigetragen haben, daß auch hier eine quantitative Eingliederung erfolgen konnte.

2. Zentrale Maßnahmen zur Unterstützung der quantitativen Eingliederung in Nordrhein-Westfalen

Die Möglichkeit, den vertriebenen Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen eine Beschäftigung zu verschaffen, bestand einmal darin, durch eine regionale Neuverteilung der Vertriebenen die Diskrepanz zwischen dem Wohnsitz und den Standorten der Arbeitsplätze zu beseitigen. Diese Möglichkeit wurde im Rahmen der Untersuchung des Bevölkerungsausgleichs schon eingehend behandelt. Zum anderen konnten aber allgemeine oder auf bestimmte Gebiete konzentrierte Maßnahmen zur Ausdehnung der Arbeitsplatzkapazität zugunsten der Vertriebenen ebenfalls zur quantitativen Eingliederung beitragen.

a) Die Beschaffung von Arbeitsplätzen

Zu den allgemeinen Maßnahmen gehörte in Nordrhein-Westfalen vor allem die Kreditaktion zur Arbeitsplatzbeschaffung für Geschädigte.

Auf Grund des § 46 des Soforthilfegesetzes (SHG) vom 18. 8. 1949 konnten Beträge für die Schaffung von Arbeitsplätzen bereitgestellt werden unter der Voraussetzung, daß sie den Geschädigten zugute kamen und eine entscheidende Hilfe bedeuteten. Nachdem im Juli 1951 erstmalig zur Durchführung dieser Bestimmung Mittel aus dem Soforthilfefonds bewilligt waren, wurde diese Aktion auf Grund der ent-

sprechenden „Weisung über die Gewährung von Gemeinschaftshilfe zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen“ vom 17. 7. 1951, die am 13. 11. 1951 erweitert wurde, eingeleitet. Grundsätzlich handelte es sich hier um eine Kreditaktion, durch die zusätzliche Dauerarbeitsplätze geschaffen werden sollten, die allen Geschädigten (Vertriebenen, Sachgeschädigten, SBZ-Flüchtlingen, nicht aber Währungsgeschädigten), die arbeitslos oder berufsfremd beschäftigt waren, zugute kommen sollten. Neben dem hauptsächlichen Moment der Arbeitsplatzbeschaffung für Arbeitnehmer wurde die Aktion jedoch gleichzeitig mit einer Unterstützung geschädigter Arbeitgeber verbunden. Die Kredite wurden nur an Betriebe gegeben, deren Inhaber zu dem Personenkreis des § 31 SHG oder zu den SBZ-Flüchtlingen (sofern sie nach dem 8. 5. 1945, aber vor dem 13. 11. 1951, in der SBZ einen gleichen oder ähnlichen Betrieb verloren hatten) gehörten. Um die volkswirtschaftlichen Erfordernisse ebenfalls zu berücksichtigen, sollten bei der Bewilligung exportwichtige und importsparende Betriebe bevorzugt werden, die außerdem eine schnelle Wirkung der eingesetzten Kredite garantierten. Die Kreditgewährung sollte an Gewerbebetriebe erfolgen, wobei jedoch die Betriebe der Grundindustrie, demontierte Betriebe, Betriebe des Gaststättengewerbes sowie des Handels und Verkehrs ausgeschlossen wurden. Von diesem Aus-schluß wurde lediglich bei der Schifffahrt eine Ausnahme gemacht.

Im einzelnen sah die Bestimmung der Aktion eine Darlehensgewährung von 3000,— DM, im Ausnahmefall 5000,— DM, pro Arbeitsplatz vor, wobei dem einzelnen Betrieb jedoch höchstens Kredite bis zu 300 000,— DM, im Ausnahmefall 500 000,— DM, gewährt werden sollten. Das Darlehen mußte mit 5 % verzinst und in 10 Jahren in gleichen Raten getilgt werden, wobei 1—2 tilgungsfreie Jahre gewährt wurden.

Nach Außerkrafttreten des Soforthilfegesetzes (SHG) am 31. 8. 1952 wurden die Maßnahmen zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen im Rahmen des Lastenausgleichsgesetzes (§ 259 LAG) weiter durchgeführt. Die Zins- und Tilgungsbedingungen sowie die Höhe der bewilligten Beträge pro Arbeitsplatz blieben dieselben. Die Begrenzung des Darlehensbetrages auf 500 000,— DM pro Betrieb kam dagegen in Fortfall. Der Betrieb mußte eine fünfjährige Arbeitsverpflichtung übernehmen und in der Lage sein, mindestens 5 Dauerarbeitsplätze zu schaffen. Der Personenkreis, zu dessen Gunsten die Arbeitsplätze geschaffen werden sollten, wurde nunmehr dahingehend definiert, daß es sich um Arbeitnehmer handeln mußte, die infolge von Kriegs- oder Vertreibungsschäden, die sie oder ihre früheren Arbeitgeber erlitten hatten, arbeitslos oder berufsfremd beschäftigt waren.

Die Kreditgewährung sollte in erster Linie Betrieben zugute kommen, die selbst einen Kriegsschaden erlitten hatten oder im Zusammenhang

mit Vertreibungsmaßnahmen in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin verlagert waren, oder deren Kapital zu mindestens 50 % im Besitz von Geschädigten war. Von diesen Voraussetzungen für die Betriebe oder deren Inhaber konnte jedoch abgesehen werden, wenn die Mittel nicht von solchen Betrieben voll in Anspruch genommen wurden und durch die Darlehensgewährung an andere Betriebe eine größere Zahl von Dauerarbeitsplätzen für Geschädigte geschaffen werden konnte.

Schon aus dieser letzten Bestimmung wird ersichtlich, daß die Verquickung verschiedener Ziele im Rahmen einer Kreditaktion deren Durchführung oft erschwert, weil die mannigfachen Voraussetzungen für eine Kreditgewährung oftmals nicht zusammentreffen. Wie notwendig die Verfolgung jeder einzelnen Aufgabe auch sein mag, wird doch die Wirksamkeit der Aktion für die hauptsächliche Absicht, nämlich die Arbeitsplatzbeschaffung für geschädigte Arbeitnehmer, zwangsläufig durch die vielen anderen Voraussetzungen, an die eine Kreditaufnahme gebunden ist, beeinträchtigt. Hinzu kommt noch, daß für die Kredite Sicherheiten erforderlich sind, die eine Kreditvergabe erst vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus verantwortlich machen. Letztlich handelt es sich bei den Arbeitsplatzdarlehen um Produktivkredite, deren soziale Absicht nur dann erreicht wird, wenn die Rentabilität der Kredite, soweit wie möglich, gesichert ist. Andererseits kann die notwendige Sicherung der Kredite dazu führen, daß die ursprünglich soziale Absicht nicht voll erreicht wird. Unternehmer, deren Betriebe sich an Industriestandorten befinden, also in Gebieten, in denen auch ohne Kreditgewährung genug Arbeitsplätze vorhanden sind, waren meist wirtschaftlich in einer günstigeren Position und eher in der Lage, genügende Sicherheiten zu beschaffen. Betrachtet man die räumliche Verteilung der Arbeitsplatzdarlehen in Nordrhein-Westfalen, so läßt sich dieser innere Widerspruch zwischen sozialen und wirtschaftlichen Erfordernissen deutlich erkennen.

Die Zahl der auf Grund des SHG und LAG zu schaffenden Arbeitsplätze betrug in Nordrhein-Westfalen am 30. 6. 1955 11 617. Hiervon waren bis zu dem genannten Zeitpunkt 6982 Arbeitsplätze besetzt worden. Von den besetzten Arbeitsplätzen entfielen allein 3170 Arbeitsplätze auf den Ruhrsiedlungsverband und den restlichen Raum des Regierungsbezirkes Düsseldorf. Von 3479 besetzten Arbeitsplätzen im Landesteil Westfalen befanden sich 760 im Raum des Ruhrsiedlungsverbandes. Eine große Zahl von besetzten Arbeitsplätzen entfiel zwar auf die Gebiete, in denen die quantitative Eingliederung der Vertriebenen Schwierigkeiten gemacht hatte, so z. B. auf die Arbeitsamtsbezirke Paderborn, Minden, Detmold, Ahlen und Rheine, in denen allein 1239 Arbeitsplätze besetzt worden waren.

Tabelle 13: Die zu schaffenden und besetzten Arbeitsplätze auf Grund von Arbeitsplatzarlehen nach dem SHG und LAG in den Landesteilen, Regierungsbezirken und Arbeitsamtsbezirken Nordrhein-Westfalens nach Personenkreisen.
Stand: 30. 6. 1955

Regierungs-Bezirk Arbeitsamtsbezirk	Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze		davon sind besetzt mit:		Regierungs-Bezirk Arbeitsamtsbezirk	Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze		davon sind besetzt mit:	
	1	2	Ver- triebenen	Kriegsach- geschädigten		1	2	Ver- triebenen	Kriegsach- geschädigten
Reg.-Bezirk Aachen ¹ Arbeitsamtsbezirke:	496	268	165	91	Reg.-Bezirk Arnsberg . . . davon:	1 867	928	870	28
Aachen	213	118	77	39	Ruhrsiedlungsverband . .	823	434	396	22
Düren	72	58	24	34	Arbeitsamtsbez.: Arnsberg	57	24	24	—
Erkelenz	117	41	32	8	Bochum	78	35	29	1
Eschweiler	66	24	15	9	Dortmund	201	142	139	—
Euskirchen	28	27	17	1	Hagen	201	63	61	2
Reg.-Bezirk Düsseldorf	4 318	2 410	1 594	719	Hamn	169	79	73	3
davon:					Herne	76	36	30	4
Ruhrsiedlungsverband	1 205	801	546	225	Iserlohn	268	81	77	—
Arbeitsamtsbezirke:					Lüdenscheid	189	179	176	3
Düsseldorf	871	434	379	41	Meschede	136	74	68	—
Duisburg	196	173	137	27	Olpe	47	47	35	10
Essen	712	429	225	194	Schwelm	201	79	74	2
Geldern	23	4	2	1	Siegen	193	57	55	—
Kempen	90	58	51	5	Soest	51	32	29	2
Kleve	586	293	46	245	Witten	2 014	1 611	1 514	48
Krefeld	488	222	165	45	Reg.-Bezirk Detmold	509	367	350	5
Moers	180	122	114	2	Arbeitsamtsbez.: Bielefeld	386	180	173	4
Mülheim-Ruhr	44	44	40	1	Detmold	278	261	248	9
Mö. Gladbach	242	153	114	32	Herford	402	394	373	9
Neuß	60	52	52	—	Minden	439	409	370	21
Oberhausen	50	29	28	—	Paderborn	1 453	940	799	99
Opladen	113	58	55	—	Reg.-Bezirk Münster				
Remscheid ³					davon:				
Solingen	43	32	21	11	Ruhrsiedlungsverband . .	499	326	299	20
Velbert ³					Arbeitsamtsbezirke: Ahlen	149	139	137	1
Wesel	127	28	20	8	Bocholt	245	184	128	42
Wuppertal	493	279	145	107	Bothrop	12	12	10	—
Reg.-Bezirk Köln ² Arbeitsamtsbezirke:	1 469	825	501	225	Coesfeld	71	49	37	4
Köln	679	435	220	195	Geisenkirchen	429	294	272	18
Berg. Gladbach	60	46	35	9	Münster	301	125	107	12
Bonn	314	107	61	10	Recklinghausen	58	120	17	2
Brühl-Bergheim	70	53	51	—	Rheine	188	117	91	20
Gummersbach	146	52	30	1	Landesteil Westfalen	5 334	3 479	3 183	175
Siegburg	200	132	104	10	davon:				
Landesteil Nordrhein . .	6 283	3 503	2 260	1 035	Ruhrsiedlungsverband . .	1 322	760	695	42
davon:					Land Nordrhein-Westfalen .	11 617	6 982	5 443	1 210
Ruhrsiedlungsverband	1 205	801	546	225	davon:				
					Ruhrsiedlungsverband . .	2 527	1 561	1 241	267

Quelle: Ermittlungen beim Bundesministerium für Vertriebene,
Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte.

Anm. 1. Einschließlich des Kreises Euskirchen.
Anm. 2. Ausschließlich des Kreises Euskirchen.
Anm. 3. Nicht ausgewiesen und in der Gesamtsumme nicht enthalten.

Dennoch erhebt sich die Frage, ob die ursprünglich soziale Absicht der Aktion realisiert wurde. Zweifellos sind den Geschädigten und insbesondere den Vertriebenen, die in Nordrhein-Westfalen 78,0 % der geschaffenen Arbeitsplätze eingenommen hatten, die neuen Beschäftigungsmöglichkeiten zugute gekommen. Dennoch muß in Anbetracht dessen, daß ein großer Teil der Arbeitsplätze in Gebieten aufgebaut wurde, in denen der wirtschaftliche Aufschwung ohnehin eine große Ausdehnung der Arbeitsplatzkapazität mit sich brachte, angenommen werden, daß zum Teil eine für Arbeitsplatzbeschaffung nicht notwendige Kreditgewährung erfolgte.

Tabelle 14: Die zu schaffenden und besetzten Arbeitsplätze auf Grund von Arbeitsplatzdarlehen nach dem SHG und LAG in den Landesteilen und Regierungsbezirken Nordrhein-Westfalens nach Personenkreisen

Stand: 30. 6. 1955

Landesteil Reg.-Bezirk	Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze		Zahl der besetzten Arbeitsplätze		davon sind besetzt mit					
					Vertriebenen			Kriegssachgeschädigten		
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	vH Sp 3	absolut	Anteil	vH Sp 3
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Reg.-Bez. Aachen ¹	496	4,3	268	3,8	165	3,0	61,6	91	7,5	34,0
Reg.-Bez. Düsseldorf	4 318	37,2	2 410	34,6	1 594	29,3	66,1	719	59,4	29,8
Reg.-Bez. Köln ²	1 469	12,6	825	11,8	501	9,2	60,7	225	18,6	27,3
Landesteil Nordrhein	6 283	54,1	3 503	50,2	2 260	41,5	64,5	1 035	85,5	29,5
Reg.-Bez. Arnsberg	1 867	16,1	928	13,3	870	16,0	93,8	28	2,3	3,0
Reg.-Bez. Detmold	2 014	17,3	1 611	23,1	1 514	27,8	94,0	48	4,0	3,0
Reg.-Bez. Münster	1 453	12,5	940	13,4	799	14,7	85,0	99	8,2	10,5
Landesteil Westfalen	5 334	45,9	3 479	49,8	3 183	58,5	91,5	175	14,5	5,0
Nordrhein-Westfalen	11 617	100,0	6 982	100,0	5 443	100,0	78,0	1 210	100,0	17,3
davon: Ruhr- sied- lungsverband	2 527	21,8	1 561	22,4	1 241	22,8	79,5	267	22,1	17,1

Anm. 1 Einschließlich des Kreises Euskirchen.

2 Ausschließlich des Kreises Euskirchen.

Quelle: Siehe Tabelle 18.

Im Hinblick auf die augenblickliche Situation des Arbeitsmarktes in Nordrhein-Westfalen werden die Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsplatzbeschaffung auch immer mehr eingeschränkt. Immerhin sind bis zum 30. 6. 1955 in Nordrhein-Westfalen 603 Anträge für 13 978 Arbeitsplätze mit einem Kreditbetrag von 49 884 500,— DM bewilligt worden. Der durchschnittliche Betrag betrug damit rund 3569,— DM pro Arbeitsplatz und rund 82 727,— DM pro Antrag. Von den bewilligten Arbeitsplätzen entfielen 90,0 % auf die Industrie, 9,6 % auf das Handwerk und der Rest auf die übrigen Wirtschaftszweige.

Tabelle 15: Bewilligte Anträge, Beträge und Arbeitsplätze auf Grund der Dauerarbeitsplatzdarlehen nach dem SHG und der Arbeitsplatzdarlehen nach dem LAG in Nordrhein-Westfalen nach Wirtschaftsabteilungen
Stand: 30. 6. 1955

	Insgesamt	davon in:					
		Industrie		Handwerk		Handel	
		absolut	vH Sp 1	absolut	vH Sp 1	absolut	vH Sp 1
	1	2	3	4	5	6	7
I. Dauerarbeitsplatzdarlehen nach dem SHG							
bewilligte Anträge	419	297	70,9	122	29,1	—	—
bewilligte Beträge in 1000 DM	32 991,5	29 544,0	89,6	3 447,5	10,4	—	—
bewilligte Arbeitsplätze	9 597	8 631	89,9	966	10,1	—	—
Durchschn. Betr. je bewill. Antrag	78 738,7	99 474,7	—	28 258,2	—	—	—
Durchschn. Betr. je bewill. Arbeitsplatz	3 438	3 423	—	3 569	—	—	—
II. Arbeitsplatzdarlehen nach dem LAG							
bewilligte Anträge	184	·	·	·	·	·	·
bewilligte Beträge in 1000 DM	16 893,0	15 161,0	89,7	1 517,0	9,0	215,0	1,3
bewilligte Arbeitsplätze	4 381	3 955	90,3	369	8,4	57	1,3
Durchschn. Betr. je bewill. Antrag	91 809,8	·	—	·	—	·	—
Durchschn. Betr. je bewill. Arbeitsplatz	3 856	3 833	—	4 111	—	3 772	—
I. + II. DAP-Darlehen nach d. SHG und Arbeitsplatzdarlehen nach dem LAG							
bewilligte Anträge	603	·	·	·	·	·	·
bewilligte Beträge in 1000 DM	49 884,5	44 705,0	89,6	4 964,5	10,0	215,0	0,4
bewilligte Arbeitsplätze	13 978	12 586	90,0	1 335	9,6	57	0,4
Durchschn. Betr. je bewill. Antrag	82 726,9	·	—	·	—	·	—
Durchschn. Betr. je bewill. Arbeitsplatz	3 569	3 552	—	3 705	—	3 772	—

Quelle: 1. Lastenausgleichsbank: „Jahresbericht 1952“, Tabelle 7.

2. Bundesausgleichsamt: „Stat. Informationen“, Nr. 78.

b) Die Neugründung einer Stadt.

Abgesehen von den Maßnahmen der Arbeitsplatzdarlehen, die sich über das ganze Land Nordrhein-Westfalen erstreckten, bietet sich in Nordrhein-Westfalen auch ein Beispiel, wie durch Konzentrierung aller möglichen Förderungsmaßnahmen eine Stadt aufgebaut wurde, durch die Arbeitsplätze für Vertriebene — und nicht nur für diese — in einem Gebiet geschaffen wurden, dessen wirtschaftliche Tragfähigkeit in keiner Weise der ansässigen Bevölkerung entsprach.

b 1) Der Aufbau der Stadt Espelkamp-Mittwald⁵.

In einer reizvollen Umgebung inmitten eines Waldgebietes zwischen dem Wiehengebirge und den Stemmwerder Bergen im Norden des Kreises Lübbecke liegt die neue Stadt Espelkamp-Mittwald.

⁵ „Stadt aus Wille und Leistung“, in: „Die Leistung“, Illustrierte Zeitschrift für die Wirtschaft, 5. Jahrg., Heft 36, Wilhelm Grünberg: „Espelkamp. Die Ansiedlung und wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge in Espelkamp“, herausgegeben von der Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH., Organ der staatl. Wohnungspolitik. — Eugen Leibbrandt: „Espelkamp, Stadt durch Aufbau und Gemeinschaft“, in: „Gemeinschaft und Politik“, Jahrg. 2, 1954, Nr. 9.

Noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts blühte hier eine Leinenwarenindustrie, die den Menschen zu einem wirtschaftlich gesicherten Leben und zu Wohlstand verhalf. Mit der Einführung des mechanischen Webstuhls aber nahm die wirtschaftliche Entwicklung in diesem nördlichen Teil von Minden-Ravensberg einen anderen Verlauf als in dessen Zentralgebiet, das zwischen dem Teutoburger Wald und dem Wiehengebirge liegt. Die traditionelle Handweberei wurde mehr und mehr unrentabel, und die landwirtschaftliche Fläche reichte nicht aus, um der Bevölkerung eine wirtschaftliche Existenz zu bieten. Immer stärker entwickelte sich hier ein landwirtschaftlicher Kleinbesitz, der jedoch auf dem vorwiegenden Sand- und Moorboden nur geringe Erträge brachte. Aus dem Raum Bremen und Bünde drang später die Tabakindustrie ein, und ein Teil der Bevölkerung fand nunmehr in diesem Wirtschaftszweig eine Beschäftigung, die vorwiegend als Heimarbeit ausgeübt wurde. Die Einseitigkeit der Wirtschaftsstruktur (vor dem Kriege waren hier 55 % der Erwerbspersonen in der Zigarrenindustrie tätig) im Zusammenhang mit der Konjunkturrempfindlichkeit und den niedrigen Löhnen in der Tabakindustrie führte dazu, daß Überbevölkerung und strukturelle Arbeitslosigkeit diesen Raum weiterhin als Notstandsgebiet kennzeichneten. Dementsprechend war hier bis zum 2. Weltkrieg eine ständige Abwanderung von Arbeitskräften in die näheren und fernen Industriegebiete zu beobachten.

Während des zweiten Weltkrieges und nach dem Zusammenbruch strömten in diesen Raum auf Grund der geringen Wohnungszerstörung Tausende von Evakuierten und Flüchtlingen. Die Einwohnerzahl des Landkreises Lübbecke stieg vom 17. 5. 1939—13. 9. 1950 von 58 771 auf 79 110 Personen. Die Folge war eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, unter der die neu Hinzugezogenen zwangsläufig in besonderem Maße zu leiden hatten. In diesem wirtschaftsschwachen Gebiet wurde nun ein Projekt ins Leben gerufen, das geeignet erschien, die große Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und gleichzeitig die Wirtschaftskraft des Kreises zu stärken. Im Gegensatz zu der Möglichkeit, im Rahmen einer Umsiedlung die Arbeitskräfte an die Standorte der Industrie zu bringen, wurde hier der umgekehrte Weg eingeschlagen, indem man Industrien an den Wohnsitzen des Arbeitspotentials ansiedelte. Die Voraussetzungen hierfür waren sehr günstig. Espelkamp liegt am Rande eines stark industrialisierten Wirtschaftsraumes zwischen dem Ruhrgebiet, Hannover und Bremen und ist verkehrsmäßig ausgezeichnet erschlossen. Von Norden nach Süden wird das Gebiet sowohl durch die Eisenbahnlinie Herford—Bünde—Bassum—Bremen als auch durch eine gute Landstraße erster Ordnung, Bremen—Bielefeld, durchschnitten. Von Ost nach West führte die Verbindung Minden—Osnabrück ebenfalls durch den Kreis Lübbecke. Von ganz besonderer Bedeutung für die

Industrie ist im Hinblick auf billige Verkehrsmöglichkeit der Mittel-landkanal Weser — Ems, der auf 17 km Länge den Kreis Lübbecke durchschneidet und in der Nähe von Espelkamp vorbeiführt.

Ausgangslage für die Gründung von Espelkamp-Mittwald war eine Heeresmunitionsanstalt, die 1938 in dem Waldgebiet des kleinen Dorfes Espelkamp gebaut worden war und in deren Holzbaracken (ein früheres Arbeitslager) nach 1945 vertriebene und evakuierte Familien eingezogen waren. Die Anlagen und Hallen der Munitionsanstalt standen zunächst noch auf der Demontageliste. Auf Grund der Bemühungen des Hilfswerkes der Evangelischen Kirche in Deutschland konnte die Zerstörung der Anlagen jedoch aufgehoben werden, und Ende 1948 wurde das 1200 Morgen große Gelände von der Besatzungsmacht freigegeben. 133 massive Gebäude (60 000 qm), ein Wasserwerk, eine biologische Kläranlage mit teilweiser Kanalisierung, ein Energieanschluß von 18 km Länge, ein Anschlußgleis an die Bundesbahn, ein 20 km langes Straßennetz, ein Arbeitslager und ein Barackenlager wurden die Grundlage für den Aufbau einer neuen Stadt.

Nach den notwendigen Planungsarbeiten wurde deren Durchführung Mitte 1949 von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen gebilligt. Nunmehr beteiligte sich neben dem Evangelischen Hilfswerk, das in wirksamer Weise auch finanziell von der Skandinavischen und Schweizer Kirche unterstützt wurde, auch der Staat an diesem Aufbauprogramm. Durch Konzentrierung aller sozialen Förderungsmaßnahmen (Industrie-, Existenzaufbau und Flüchtlingskredite, sozialer Wohnungsbau usw.) wurde die finanzielle Grundlage für ein derartig umfangreiches Vorhaben geschaffen. Um den Aufbau tatsächlich im Rahmen der örtlichen Gegebenheiten durchzuführen, gründete man im Herbst 1949 in Espelkamp die „Aufbaugemeinschaft Espelkamp, Gemeinnützige GmbH“, die seit dem 1. Dezember 1951 als Organ der staatlichen Wohnungspolitik anerkannt ist. Gesellschafter der Aufbaugemeinschaft wurden zu gleichen Teilen die Evangelische Kirche Westfalen und das Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland auf der einen Seite sowie das Land Nordrhein-Westfalen auf der anderen Seite. Staat und Kirche arbeiteten hier gemeinsam an der Lösung einer großen sozialen und wirtschaftlichen Aufgabe. Durch die Konzentrierung aller Vollmachten bei einer am Ort befindlichen Aufbaugemeinschaft wurde in wirkungsvoller Weise ein bürokratischer Leerlauf verhindert, und die Beweglichkeit des Organs hat dazu beigetragen, daß der Aufbau in höchst rationeller Weise erfolgen konnte.

Betrachtet man nunmehr das Ergebnis, so zeigt sich schon nach knapp 5 Jahren, daß Espelkamp-Mittwald ein Beispiel für ein echtes Gemeinschaftswerk wurde. Die hier vollbrachte Leistung war jedoch nicht nur den gemeinsamen Anstrengungen der Kirche und des Staates zu ver-

danken. Wenngleich beide Institutionen die Idee einer wahren Gemeinschaft unterstützten und die finanziellen Voraussetzungen schufen, so blieb es letztlich doch den Menschen vorbehalten, die Idee wirksam werden zu lassen und die gegebenen Voraussetzungen in diesem Sinne zu nutzen. Im Geist der Selbsthilfe und der Nachbarschaftshilfe vollbrachte die Bevölkerung von Espelkamp-Mittwald eine Leistung, die als Beispiel dafür dienen kann, wie aus dem Nichts eine Stadt entstehen kann, die im wahrsten Sinne des Wortes ein kommunales Gebilde ist und im Gegensatz zu vielen Industriestädten einen ausgeprägten Gemeinschaftsgeist atmet. Mit Stolz werden die Neubürger von Espelkamp-Mittwald auf die vergangenen Jahre zurückblicken können, und jeder Fremde, der diese Stadt betritt, wird mit Hochachtung von ihrer Leistung sprechen und ganz besonders wohltuend die Zurückstellung der eigenen Persönlichkeit vor dem gemeinsamen Werk empfinden.

5800 Einwohner zählte Espelkamp-Mittwald am 31. 12. 1954, von denen 73 % Inhaber des Flüchtlingsausweises A waren. Bei dem Aufbau der Stadt sowie bei der späteren Arbeitsplatzbesetzung wurde eine Isolierung der Vertriebenen, soweit wie möglich, vermieden. Von den Beschäftigten entfielen 62 % auf Vertriebene, 3 % auf Evakuierte und 35 % auf Einheimische. Mitte 1954 wanderten 1404 Erwerbspersonen täglich zur Arbeit nach Espelkamp-Mittwald herein und 200 Erwerbspersonen aus der Stadt heraus.

Bis Mitte 1954 waren in Espelkamp-Mittwald 29 gemischte Industriebetriebe, 61 Handwerksbetriebe (davon 28 in Verbindung mit Einzelhandel) sowie 51 Einzelhandelsgeschäfte, Geldinstitute, Verkehrsbetriebe, Großhandelsgeschäfte und Handelsvertretungen errichtet worden. Außerdem waren noch 13 verschiedene Arten von freien Berufen, 13 Verwaltungen und 4 caritative Einrichtungen vorhanden. Von den Erwerbstätigen entfielen Ende 1953 auf die Wirtschaftszweige:

Industrie	64,5 %
Handwerk	12,5 %
Handwerk und Einzelhandel	5,7 %
Einzelhandel	5,9 %
freie Berufe	2,8 %
Verwaltung und caritative Einrichtungen	8,6 %

Besonders erfreulich ist die Streuung auf verschiedene Wirtschaftszweige, die bei der Ansetzung der Industrie beachtet wurde und die eine besondere Krisenfestigkeit erwarten läßt. Von den Erwerbstätigen in der Industrie entfielen auf die Industriezweige:

Metallindustrie	32,2 %
Polster- und Holzverarbeitende Industrie	16,9 %
Chemie-, Kunststoff- und Glasindustrie	39,3 %
Genußmittelindustrie	6,0 %
Textilindustrie	4,7 %
Bauindustrie	0,9 %

Erwähnt sei hier im einzelnen die Industrie für Kurzwellen-Therapiegeräte, Elektrogerätebau, Auto-Elektrik, Ringbuchmechaniken, Herstellung von Gummihaar, Fertigung von Sitzmöbeln, Büromöbeln, Herstellung von Magnetspulen mit besonderem Verfahren der Wickeltechnik, Likör- und Tabakherstellung.

Ungünstig ist jedoch noch die soziale Gliederung der Erwerbspersonen, von denen auf die soziale Stellung im Beruf:

5,4 % Selbständige,
1,9 % mithelfende Familienangehörige,
1,0 % Beamte,
10,0 % Angestellte,
81,7 % Arbeiter

entfielen. Hier gilt es noch, eine Verringerung der Abhängigen zugunsten der Selbständigen zu erreichen.

Insgesamt waren in Espelkamp-Mittwald bis zum 31. 12. 1954 3154 Arbeitsplätze und 1400 Wohnungen geschaffen worden. Bei dem Wohnungsbau berücksichtigte man alle Arten: Mietwohnungen mit Eigenheimcharakter, Zweispänner usw., Eigenheime mit und ohne gewerbliche Werkstätten, Läden mit und ohne Einliegerwohnungen, Kleinsiedlerstellen mit und ohne Einliegerwohnungen oder Kleinsiedlerstellen in vorhandenen Hallengebäuden eingebaut. Erfreulicherweise wurde bei dem Wohnungsbau der Grundsatz einer räumlichen Trennung der Wohngebiete von den Industriestandorten durchgeführt, wenn auch die Trennung nur in dem Maße erfolgte, daß die Wege durchaus zu Fuß zurückgelegt werden können. Die Einbeziehung des Waldes in den Stadtplan zeigt, welche modernen Erkenntnisse bei dem Aufbau dieser Stadt berücksichtigt wurden. Die gesunde Struktur läßt sich eindeutig daran erkennen, daß von 252,20 ha, die das Gesamtgebiet Ende 1953 einnahm, 36,3 % bebaute Fläche, 27,7 % Wald, 18,6 % Park, Grünflächen, Spiel- und Sportflächen sowie landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Flächen waren. Der Rest entfiel auf Straßen, Plätze, sonstige Verkehrsflächen, Wasserflächen und sonstige Flächen. Die Weiträumigkeit der Anlage (die Häuser wurden auch nicht höher als zweistöckig gebaut) hat zwar etwas höhere Erschließungskosten erfordert. Dieser „Luxus“, den man der gesunden Bauweise zuliebe auf sich nahm, wurde jedoch auf anderer Seite wieder eingespart. Durch Sparsamkeit bei der Ausstattung der Wohnungen und infolge der geringen Grundsteuerbelastung und der niedrigen Preise in diesem Gebiet sowie durch die Beachtung aller Rationalisierungsmöglichkeiten (ein besonderes Verdienst der Aufbaugemeinschaft) konnten die Baukosten auf einem niedrigen Stand gehalten werden. So waren die Baukosten hier für 1455 Wohnungen sogar um 3 940 000,— DM geringer als in einer Nachbarstadt. Die Mietsätze erwiesen sich deshalb ebenfalls

als günstig. Bei den Mietwohnungen schwankte der Mietpreis je nach Größe der Wohnungen (24 qm—65 qm) zwischen rd. 25,— und 57,— DM. Bei der Mehrzahl der Mietwohnungen (48 qm) betrug der Mietpreis 37,50 DM. Im Durchschnitt wird angenommen, daß die Inhaber aller Wohnungen in Espelkamp-Mittwald 12 % der Lohnsumme für Miete aufzuwenden haben.

Betrachtet man nun den finanziellen Aufwand und Ertrag dieser Stadtgründung, so ergibt sich, daß bis zum 31. 3. 1954 für den Aufbau der Stadt 20 077 000,— DM an öffentlichen Mitteln bereitgestellt worden waren (abgesehen von 2—3 Mill., die den Wert der vorhandenen Anlage darstellten). Der Betrag enthält Hypotheken im Rahmen des Wohnungsbaues, Kredite an Industrieunternehmen, Landesdarlehen für den Wohnungsbau, stadtbauliche Maßnahmen, Neubau von Industriehallen sowie Zuschüsse des Landes für Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge, Verstärkung des Eigenkapitals, Planungskosten, Betriebsmittel, Wasserwirtschaft, Straßenbau und Zuschüsse an die Gemeinde.

Demgegenüber hatte Espelkamp-Mittwald im Jahre 1953 Steuer-, Miet-, Pacht- und Zinseinnahmen von insgesamt 2 304 000,— DM zu verzeichnen, womit sich eine Rendite von 11,68 % ergab. Würde man den Gewinn durch nicht ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung, der mit 3 375 000,— DM veranschlagt wird (2700 Arbeitskräfte $\times$ 1250,— DM jährlicher Arbeitslosenunterstützung) hinzurechnen, so ergäbe sich sogar eine 28,48%ige Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Die Belastung der Bevölkerung von Espelkamp-Mittwald zur Aufbringung der Rendite ist dennoch gering. Bei einer 12 %igen Rendite haben die Neubürger 15 % ihres Einkommens zu zahlen (einschließlich Abschreibungen). Das Bruttosozialprodukt betrug im Jahre 1954 63,5 Mill. DM.

b 2) Würdigung und Ausblick.

Auf Grund der vorhergehenden Darstellung läßt sich feststellen, daß in Espelkamp-Mittwald eine Lösung des Problems der Eingliederung herbeigeführt wurde, die nicht nur vom sozialen, sondern auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ein ausgezeichnetes Ergebnis aufzuweisen hat. Die Leistung eines derartigen Aufbaues kann nicht hoch genug bewertet werden, zumal selbst im Falle einer Wiedervereinigung und Freigabe der Ostgebiete dem Kreis Lübecke die Stärkung der Wirtschaftskraft weiterhin zugute kommen würde. Besonders zu begrüßen ist es, daß hier eine Eingliederung erfolgen konnte, ohne auf die Industrieräume Nordrhein-Westfalens zurückzugreifen und das hier bestehende Problem der Menschenanballungen mit seinen sozialen Gefahren noch zu verstärken.

Dennoch darf man sich durch das wirtschaftliche und soziale Ergebnis in Espelkamp-Mittwald nicht dazu verleiten lassen, diese Art der Lösung des Eingliederungsproblems schlechthin als die einzig richtige

Lösung anzusehen. Man darf nicht vergessen, daß die Voraussetzungen für das Gelingen des Projektes in diesem Gebiet sehr günstig waren, und was in Espelkamp-Mittwald richtig war, kann in anderen Gebieten durchaus fehl am Platze sein. Wenn auch jedes Einzelschicksal von unendlicher Bedeutung ist, so darf darüber nicht vergessen werden, daß Hunderttausende von Menschen eingegliedert werden mußten und durch den Aufbau von Espelkamp-Mittwald 3000 Menschen eine Beschäftigung fanden. So hätten beispielsweise allein für die Eingliederung von 271 554 Umsiedlern, die bis zum 31. 5. 1954 nach Nordrhein-Westfalen gelangten, bis zu diesem Zeitpunkt rd. 45 solcher Städte (bzw. 23 Städte, wenn die Ausdehnungskapazität wie in Espelkamp-Mittwald bei 12 000 Einwohnern liegt) aufgebaut werden müssen, wenn man die Eingliederung nur auf diese Weise herbeiführen wollte. Ob hierfür die Voraussetzungen vorhanden gewesen wären, bleibt doch wohl sehr fraglich. Außerdem darf ein wichtiger Punkt nicht vergessen werden: Die Umsiedlung bot die Möglichkeit einer verhältnismäßig schnellen Eingliederung, da sie nur den Bau von Wohnungen erforderlich machte. Im Sinne der Menschen aber, die jahrelang arbeitslos waren, mußte jede Verzögerung unverantwortlich erscheinen, selbst wenn dadurch bestehende Möglichkeiten zu einer Dezentralisierung der Industrie außer acht gelassen wurden.

III. Die qualitative Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen

Während die Betrachtung der quantitativen Eingliederung sich mit der Frage befaßte, in welchem Umfange sich die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen überhaupt eine wirtschaftliche Existenz aufbauen konnten, soll die Untersuchung der qualitativen Eingliederung die Probleme aufzeigen, die sich hinsichtlich der beruflichen und sozialen Struktur der Vertriebenen bei dem Adaptionsprozeß ergaben. Auf Grund der Flüchtlingszählungen vom 1. 8. 1947 und vom 1. 3. 1949 werden sich aus der Berufszugehörigkeit und der sozialen Stellung vor und nach der Flucht Veränderungen und Reibungsverluste feststellen lassen, die von den Vertriebenen bei ihrer Einreihung in den Wirtschaftsprozeß des Landes Nordrhein-Westfalen getragen werden mußten. In diesem Zusammenhang wird die fremdberufliche Tätigkeit der Vertriebenen nach der Flucht Antwort darauf geben, ob und in welchem Umfange es den Vertriebenen gelungen war, eine Arbeit aufzunehmen, die ihrer beruflichen Ausbildung entsprach. Die Untersuchung der Erwerbsstruktur und der beruflichen und sozialen Gliederung der Vertriebenen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung am 13. 9. 1950 sowie die Betrachtung der Arbeitsmarktentwicklung bis zum 30. 6. 1954 werden Aufschluß über die bisherige qualitative Eingliederung geben.

1. Die berufliche Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen

Abgesehen von den Schwierigkeiten, die der beruflichen Eingliederung der Vertriebenen entgegenstanden, weil ihre regionale Verteilung nicht den Standorten der entsprechenden Arbeitsplätze entsprach, bildeten die im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen unterschiedliche Wirtschaftsstruktur und die damit verbundene Berufsstruktur der Erwerbspersonen in den ursprünglichen Heimatgebieten der Vertriebenen ein besonderes Hemmnis für die qualitative Eingliederung. Wenn man bedenkt, daß zur Zeit der Volkszählung am 17. 5. 1939 in Nordrhein-Westfalen 14,1 % der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft und 53,5 % in der Industrie und dem Handwerk tätig waren, während in den Gebieten östlich der Oder-Neiße, aus denen der größte Teil der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen stammt, die entsprechenden Prozentsätze bei 40,7 % und 30 % lagen, so werden die Schwierigkeiten einer beruflichen Eingliederung deutlich erkennbar. Zweifellos bestand das größte und kaum zu lösende Problem in der Eingliederung der vertriebenen Erwerbspersonen, die früher in der Landwirtschaft tätig waren.

Tabelle 16: Die Erwerbspersonen in den Gebieten östlich der Oder/Neiße und in Nordrhein-Westfalen in der Volks- und Berufszählung am 17. 5. 1939 nach Wirtschaftsabteilungen

Erwerbspersonen in den Wirtschaftsabteilungen nach der Systematik vom 17. 5. 1939	17. 5. 1939			
	Gebiete östl d. Oder-Neiße		Nordrhein-Westfalen	
	Insgesamt		Insgesamt	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil
	1	2	3	4
Land- und Forstwirtschaft ...	1 828 266	40,7	777 491	14,1
Industrie und Handwerk	1 349 318	30,0	2 941 099	53,5
Handel und Verkehr	667 473	14,9	1 003 758	18,3
Öffentl. und private Dienste ..	464 395	10,3	507 812	9,2
Häusliche Dienste	182 046	4,1	268 366	4,9
Wirtschaftsabteilungen insges. ¹	4 491 498	100,0	5 498 526	100,0

Anm. 1 Ohne Soldaten, Arbeitsmänner und Arbeitsmädchen.
 Quelle: Stat. Bundesamt: „Stat. Berichte“, Arb.-Nr. VIII/8/3 und VIII/8/28.

Für die Vertriebenen, die früher in der Industrie und im Handwerk beschäftigt waren, lag die Situation günstiger, obgleich auch hier Schwierigkeiten zu überwinden waren, die sich aus der unterschiedlichen gewerblichen Produktion ergaben. Entfielen in Nordrhein-Westfalen von den Beschäftigten in der gewerblichen Produktion am 17. 5. 1939 40 % auf die Eisen-Metallerzeugung und -verarbeitung und 39,1 % auf die verarbeitenden Gewerbe, so lagen die entsprechenden Prozentsätze in den ostdeutschen Gebieten bei 20,4 % und 58,7 %. Die

prozentual größten Unterschiede waren bei der Eisen- und Stahlgewinnung und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie festzustellen. Der Anteil der Beschäftigten in den Arbeitsstätten des Bergbaues, der Gewinnung von Steinen und Erden und der Energiewirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der gewerblichen Produktion war zwar in beiden Gebieten ungefähr gleich. Innerhalb dieser Gruppe lag jedoch in Nordrhein-Westfalen das Schwergewicht beim Bergbau, während in den Gebieten östlich der Oder-Neiße der Bergbau gleichwertig neben der Gewinnung von Steinen und Erden stand.

Tabelle 17: Die Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen und in den deutschen Gebieten unter poln. bzw. sowj. Verwaltung in der gewerblichen Produktion nach der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung vom 17. 5. 1939 in 1000

Wirtschaftsabteilungen und ausgewählte Wirtschaftsgruppen	17. 5. 1939			
	Ostgebiete unter poln. bzw. sowj. Verwaltung		Nordrhein-Westfalen	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil
	1	2	3	4
Gewerbliche Produktion insges.	1 006 3	100,0	2 450,3	100,0
davon:				
Bergbau, Gew. von Steinen u. Erden, Energiewirtschaft	210,4	20,9	512,4	20,9
Eisen, Metallerzeugung und -verarbeitung	205,3	20,4	981,0	40,0
davon:				
Eisen- u. Stahlerzeugung .	20,1	2,0	385,6	15,7
NE-Metallerzeugung	2,5	0,2	41,3	1,7
Elektrotechnik	22,8	2,3	69,5	2,8
Feinmechanik u. Optik ...	7,3	0,7	12,3	0,5
Stahl-, Maschinen-, Schiffs-, Straßen- u. Luftfahrzeug- bau, Eisen-, Stahl-, Blech-, Metallwarengewerbe	152,6	15,2	472,3	19,3
Verarbeitende Gewerbe	590,6	58,7	956,9	39,1
darunter:				
Chemische Industrie	11,8	1,2	78,5	3,2
Sägerei, Holzbe- und -ver- arbeitung	111,0	11,0	114,8	4,7
Textilgewerbe	105,4	10,5	233,1	9,5
Bekleidungsgewerbe	127,0	12,6	130,7	5,3
Nahrungs- u. Genußmittel- gewerbe	175,3	17,4	211,4	8,6

Quelle: 1. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen: „Stat. Rundschau“, 4. Jahrg. 1952, 3. Sonderheft.
2. Stat. Bundesamt: „Stat. Jahrbuch 1954“.

Daß derartige Unterschiede zwischen der Wirtschaftsstruktur der Vertreibungsgebiete und der Nordrhein-Westfalens eine starke Veränderung der Berufszugehörigkeit der Vertriebenen bei der Aufnahme

einer Tätigkeit in dem Aufnahmeland herbeiführten, ist selbstverständlich. Abgesehen von der ursprünglichen Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens wurden diese Veränderungen allerdings noch entscheidend von dem Umfang des Wiederaufbaues der einzelnen Produktionszweige in Nordrhein-Westfalen beeinflusst.

Betrachtet man die Berufszugehörigkeit der 347 529 am 1. 3. 1949 in Nordrhein-Westfalen erwerbstätigen Vertriebenen vor und nach der Flucht, so können entscheidende Veränderungen festgestellt werden. Während bei einigen Berufsgruppen die Zahl der Erwerbstätigen nur noch 55,2—85,7 % des Standes vor der Vertreibung betrug, war die Erwerbstätigkeit in anderen Berufsgruppen bis zu 510 % angestiegen. Den absolut und relativ größten Rückgang hatten die Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer, die kaufmännischen Berufe, die Verwaltungs- und Büroberufe und die Nahrungs- und Genußmittelhersteller zu verzeichnen. Den höchsten Zuwachs an Erwerbstätigen dagegen zeigten die

Tabelle 18: Die erwerbstätigen Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen am 1. 3. 1949, ihre Tätigkeit im erlernten oder fremden Beruf und ihre Erwerbstätigkeit vor der Flucht (nach ausgewählten Berufsgruppen)

Ausgewählte Berufsgruppen	vor d. Flucht			am 1. 3. 1949	
	Erwerbstätige			davon beschäftigt	
	absolut	absolut	vH Sp. 1	im erlernten Beruf	berufsfremd
Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer	58 951	32 689	55,2	17 987	14 702
Bergmännische Berufe	4 547	23 217	510,6	3 812	19 405
Bauberufe	15 917	28 843	181,2	13 386	15 457
Metallerzeuger u. -verarbeiter	26 215	38 478	146,8	21 351	17 127
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	8 962	13 674	152,6	7 732	5 942
Textilhersteller u. -verarbeiter	11 241	20 897	185,9	8 945	11 952
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	12 542	7 574	60,4	3 934	3 640
Hilfsberufe der Stofferzeugung und -verarbeitung	339	1 342	395,9	40	1 302
Kaufmännische Berufe	46 986	27 337	58,2	18 470	8 867
Verkehrsberufe	16 725	16 877	100,9	4 387	12 490
Hauswirtschaftliche Berufe ...	13 901	33 384	240,2	7 018	26 366
Verwaltungs- und Büroberufe	17 369	11 961	68,9	6 222	5 739
Forst-, Jagd- u. Fischereiberufe	1 787	2 137	119,6	424	1 713
Steingewinner und Keramiker	1 775	4 359	245,6	598	3 761
Glasmacher	843	1 042	123,6	447	595
Graphische Berufe	2 040	1 437	70,4	937	500
Lederhersteller u. -verarbeiter, Fellverarbeiter	4 110	4 663	113,5	3 195	1 468
Ingenieure und Techniker ...	6 764	4 619	68,3	3 972	647
Gesundheitsdienst und Volkspflegeberufe	8 310	6 242	75,1	4 809	1 433
Rechts- und Sicherheitswahrer	4 736	4 057	85,7	1 595	2 462
Erziehungs- u. Seelsorgeberufe	8 907	6 769	76,0	6 092	677

Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen: „Stat. Jahrbuch 1949“.

bergmännischen Berufe, die hauswirtschaftlichen Berufe, sowie die Bauberufe, die Metallerzeuger und -verarbeiter und die Textilberufe.

Diese starken Veränderungen in der beruflichen Struktur der Vertriebenen deuten schon darauf hin, daß ein großer Teil der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen fremdberuflich tätig geworden ist. Die berufsfremde Beschäftigung der Vertriebenen war am 1.3.1949 mit 58,7 % jedoch noch größer, als sich rein theoretisch aus dem Zuwachs bzw. Rückgang der Erwerbstätigen in den einzelnen Berufsgruppen errechnen ließ, ein Tatbestand, der auf die Arbeitsmarktlage in den einzelnen Berufsgruppen und zum Teil auch darauf zurückzuführen war, daß zwischen der regionalen Verteilung der Vertriebenen einerseits und den Standorten der Arbeitsplätze andererseits erhebliche Unterschiede bestanden. So hatten beispielsweise selbst jene Berufsgruppen, bei denen die Zahl der erwerbstätigen Vertriebenen am 1. 3. 1949 geringer war als vor der Flucht, eine starke fremdberufliche Tätigkeit aufzuweisen. Die Diskrepanz zwischen den im erlernten Beruf beschäftigten Vertriebenen und den vor der Flucht Erwerbstätigen war bei diesen Berufsgruppen somit wesentlich höher als der Rückgang der Erwerbstätigen. Es hatten also Abwanderungen in einen anderen Beruf stattgefunden, die wesentlich umfangreicher waren, als der Änderung der gesamten Berufsstruktur entsprach. Diese Beobachtung ließ sich in besonderem Maße bei den landwirtschaftlichen Berufen, den kaufmännischen Berufen, den Nahrungs- und Genußmittelherstellern sowie den Verwaltungs- und Büroberufen machen. Eine starke fremdberufliche Tätigkeit bei gleichzeitiger hoher Abwanderungstendenz zeigten jedoch auch die Berufsgruppen, bei denen der Zuwachs an erwerbstätigen Vertriebenen, absolut gesehen, nicht sehr hoch war, beispielsweise die Verkehrsberufe.

Im Gegensatz hierzu hatten die Vertriebenen, deren Berufe zu den Gruppen gehörten, die nach der Flucht eine starke absolute Ausdehnung erfahren hatten, zum größten Teil wieder eine Beschäftigung in ihrem alten Beruf aufnehmen können. Das war besonders bei dem bergmännischen Beruf, den Bauberufen, den Textilberufen und den Metallerzeugern und -verarbeitern der Fall. Darüber hinaus war innerhalb dieser Berufsgruppen noch zusätzlich eine große Zahl von Vertriebenen berufsfremd beschäftigt, da die umfangreichen Beschäftigungsmöglichkeiten auch solchen Vertriebenen eine Existenz boten, die nicht in ihrem alten Beruf unterkommen konnten.

Zweifelloos war die Aufnahme einer Tätigkeit in einem fremden Beruf für die Vertriebenen mit erheblichen Reibungsverlusten verbunden, die besondere menschlich-soziale, aber auch wirtschaftliche Probleme im Sinne eines rationellen Einsatzes von Arbeitskräften darstellten. Es mußte eine vordringliche Aufgabe sein, diese Verluste bei

der Einschaltung der Vertriebenen in das Erwerbsleben, z. B. durch Veränderungen in der regionalen Verteilung der Vertriebenen, Unterstützung wirtschaftlich vertretbarer Vertriebenenunternehmungen und Berufsumschulungen, auf ein Mindestmaß zu beschränken. Im Laufe der folgenden Jahre haben sicherlich der wirtschaftliche Aufschwung sowie die Eigeninitiative der Vertriebenen im Zusammenhang mit den zentralen Unterstützungen auf dem Gebiet des Bevölkerungsausgleiches, der Begründung und Weiterführung von Vertriebenenunternehmungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen dazu beigetragen, daß die ursprünglichen Reibungsverluste vielfach überwunden werden konnten.

Bei voller Anerkennung der großen Schwierigkeiten, die sich für die Vertriebenen infolge ihrer ursprünglichen beruflichen Ausbildung ergaben, konnte auf Grund der gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse Nordrhein-Westfalens das Ziel der qualitativen Eingliederung jedoch nicht in der irrealen Forderung bestehen, den Vertriebenen um jeden Preis eine Beschäftigungsmöglichkeit in ihrem alten Beruf zu verschaffen. Derartige Maßnahmen hätten Subventionierungen erfordert, die in keinem Verhältnis zu den wirtschaftlichen Gegebenheiten standen. Die wirtschaftliche Tragfähigkeit wäre überfordert worden, was sich letztlich auch auf die allgemeinen sozialen Verhältnisse negativ ausgewirkt hätte. Für die Vertriebenen konnte die Wiederherstellung der Verhältnisse vor der Vertreibung nur in dem wirtschaftlich vertretbaren Maße angestrebt werden. Die qualitative Eingliederung der Vertriebenen konnte nur in dem Sinne einer Anpassung der Vertriebenen an die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung verstanden werden.

Eingehende Erkenntnis dieser Zusammenhänge läßt sich durch einen Vergleich zwischen der Erwerbs- und Berufsstruktur der Vertriebenen und der Gesamtbevölkerung in Nordrhein-Westfalen auf Grund der Volks- und Berufszählung vom 13. 9. 1950 und der Arbeitsmarktentwicklung bis zum 30. 6. 1954 gewinnen. Bei dieser Betrachtung muß noch besonders berücksichtigt werden, daß der Personenkreis der Vertriebenen, die in Nordrhein-Westfalen qualitativ eingegliedert werden mußten, sich durch freie Zuwanderungen und Umsiedlungen ständig vergrößerte. Vom 1. 3. 1949 bis zum 13. 9. 1950 war die Vertriebenenbevölkerung in Nordrhein-Westfalen von 925 133 auf 1 331 959 angestiegen und umfaßte am 30. 6. 1954 1 900 151 Personen. Die Zahl der vertriebenen Erwerbspersonen war vom 1. 3. 1949—13. 9. 1950 von 373 521 auf 607 126 Personen angestiegen und hätte am 30. 6. 1954, unter der Voraussetzung einer Erwerbsquote von 45,6 %, rund 866 500 Personen betragen. Zweifellos war die starke Zunahme der Vertriebenen darauf zurückzuführen, daß die großen Arbeitsmöglichkeiten in Nordrhein-Westfalen viele erwerbsfähige Vertriebene aus den übrigen Bundesländern angezogen hatten. Diese Entwicklung wird auch dazu

beigetragen haben, daß die Erwerbsquote der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen, d. h. der Anteil der vertriebenen Erwerbspersonen an der Vertriebenenbevölkerung, am 13. 9. 1950 mit 45,6 % höher war als die Erwerbsquote der Gesamtbevölkerung, die in Nordrhein-Westfalen zu dem gleichen Zeitpunkt bei 43,5 % lag, und zwar war sowohl bei der weiblichen wie bei der männlichen Vertriebenenbevölkerung eine höhere Erwerbsquote zu verzeichnen. Zum Teil wird die hohe Erwerbsquote der Vertriebenenbevölkerung jedoch auch darauf zurückzuführen sein, daß bei den Vertriebenen der Aufbau einer neuen Existenz in besonders starkem Maße eine frühzeitige Mitarbeit der jüngeren Familienmitglieder erforderte.

Tabelle 19: Die Erwerbsstruktur der Vertriebenen und der Gesamtbevölkerung in Nordrhein-Westfalen

Bevölkerungsgruppen		Bevölkerung	davon					
			Erwerbspersonen		davon			
					Erwerbstätige		Arbeitslose	
			absolut	vH Sp. 1	absolut	vH Sp. 2	absolut	vH Sp. 2
		1	2	3	4	5	6	7
1. 3. 1949¹								
Vertriebene:	Insgesamt	925 133	373 521	40,4	347 529	93,0	25 992	7,0
	Männer	440 304	271 435	61,6	253 674	93,5	17 761	6,5
	Frauen	484 829	102 086	21,1	93 855	91,9	8 231	8,1
13. 9. 1950								
Vertriebene:	Insgesamt	1 331 959	607 126	45,6	577 150	95,1	29 976	4,9
	Männer	652 291	430 757	66,0	411 117	95,4	19 640	4,6
	Frauen	679 668	176 369	25,9	166 033	94,1	10 336	5,9
Gesamtbevölkerung:	Insgesamt	13 196 176	5 744 827	43,5	5 550 508	96,6	194 319	3,4
	Männer	6 255 035	4 000 868	64,0	3 887 021	97,2	113 847	2,8
	Frauen	6 941 141	1 743 959	25,1	1 663 487	95,4	80 472	4,6

Anm. ¹ Als Vertriebene sind hier nur die Flüchtlinge mit dem Flüchtlingsausweis A erfaßt.

Quelle: 1. Stat. Bundesamt in Stat. Berichte, Arb.-Nr. VIII/8/28; VIII/8/18.

2. Ergebnisse der Flüchtlingsberufszählung vom 1. 3. 1949 (Erhebung des Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen).

Betrachtet man nunmehr den Anteil der vertriebenen Erwerbspersonen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen, so ergibt sich zum Zeitpunkt der Volkszählung am 13. 9. 1950 ein durchschnittlicher Prozentsatz von 10,6 %. Bei den einzelnen Berufsabteilungen zeigten sich jedoch erhebliche Abweichungen von diesem durchschnittlichen Anteil, die deutlich erkennen ließen, in welchem Maße sich die Berufsstruktur der Vertriebenen- und Gesamtbevölkerung voneinander unterschied. So hatten beispielsweise am 13. 9. 1950 die Erwerbspersonen der Handels- und Verkehrsberufe, der technischen Berufe, der Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft sowie der Berufe des Verwaltungs- und Rechtswesens nur einen Vertriebenenanteil von 6,5—8,9 % zu verzeichnen, während bei den Berufen des Geistes- und Kunstlebens sowie den industriellen und handwerklichen

Tabelle 20: Die Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen nach Bevölkerungsgruppen, Berufsabteilungen und ausgewählten Berufsgruppen am 13. 9. 1950

Berufsabteilungen und ausgewählte Berufsgruppen	Erwerbspersonen insgesamt		davon Vertriebene		
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	vH Sp. 1
	1	2	3	4	5
Berufe des Pflanzenbaus und der Tierwirtschaft	684 418	11,9	59 062	9,7	8,6
darunter:					
Forst-, Jagd- u. Fischereiberufe ..	13 018	0,2	2 331	0,4	17,9
Industrielle u. handwerkliche Berufe	2 682 195	46,7	318 827	52,5	11,9
darunter:					
Bergmännische Berufe	322 323	5,6	54 544	9,0	16,9
Steingewinner und -verarbeiter, Keramiker	41 516	0,7	8 157	1,4	19,6
Glasmacher	11 072	0,2	2 076	0,3	18,8
Bauberufe	407 274	7,1	63 027	10,4	15,5
Metallerzeuger und -verarbeiter ..	730 803	12,7	67 011	11,0	9,2
Holzverarbeiter u. zugeh. Berufe ..	174 783	3,1	20 795	3,4	11,9
Graphische Berufe	49 192	0,8	3 576	0,6	7,3
Textilhersteller u. -verarbeiter	365 701	6,4	39 360	6,5	10,8
Lederhersteller u. -verarbeiter,					
Fellverarbeiter	59 287	1,0	5 584	0,9	9,4
Nahrungs- u. Genußmittelhersteller	148 342	2,6	14 569	2,4	9,8
Hilfsberufe der Stofferzeugung u. -verarbeitung	176 823	3,1	21 781	3,6	12,3
Technische Berufe	204 353	3,5	15 021	2,5	7,3
darunter:					
Ingenieure und Techniker	103 176	1,8	7 834	1,3	7,6
Handels- und Verkehrsberufe	1 083 660	18,9	69 909	11,5	6,5
darunter:					
Kaufmännische Berufe	742 167	12,9	41 632	6,9	5,6
Verkehrs- u. Gaststättenberufe ..	341 493	6,0	28 277	4,6	8,3
Haushalts-, Gesundheitsdienst-, und Volkspflegeberufe	383 125	6,7	62 063	10,2	16,2
darunter:					
Hauswirtschaftliche Berufe	187 344	3,3	40 921	6,8	21,8
Gesundheitsdienst, Körper- und Volkspflegeberufe	133 793	2,3	12 626	2,0	9,4
Berufe des Verwaltungs- und Rechts- wesens	371 614	6,5	33 157	5,5	8,9
darunter:					
Verwaltungs- und Büroberufe	278 260	4,9	24 611	4,1	8,8
Rechts- und Sicherheitswahrer ...	52 294	0,9	5 335	0,9	10,2
Berufe des Geistes- und Kunstlebens darunter:	113 651	2,0	13 270	2,2	11,7
Erziehungs-, Lehr- und Seelsorge- berufe	89 005	1,6	11 131	1,8	12,5
Berufstätige mit unbestimmtem Beruf	221 811	3,8	35 817	5,9	16,1
darunter:					
Berufstätige ohne Angabe des Berufs	148 360	2,6	32 546	5,4	21,9
Berufsabteilungen insgesamt	5 744 827	100,0	607 126	100,0	10,6

Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 7 „Die Erwerbspersonen nach der beruflichen Gliederung in Nordrhein-Westfalen.“

Berufen der Anteil mit 11,7 % und 11,9 % etwas über dem Durchschnitt lag. Einen besonders hohen Vertriebenenanteil von 16,1 % und 16,2 % aber war bei Berufstätigen mit unbestimmtem Beruf und den Berufen der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege festzustellen.

Diese im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung unterschiedliche berufliche Struktur der Vertriebenen-Erwerbspersonen tritt noch deutlicher hervor, wenn man die Vertriebenenbesetzung der einzelnen Berufsgruppen untersucht. Einen besonders niedrigen Vertriebenenanteil von 5,6 %—7,6 % hatten die kaufmännischen Berufe, die graphischen Berufe sowie die Berufsgruppe der Ingenieure und Techniker zu verzeichnen und mit 8,3 %—10,2 % die Verkehrsberufe, Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer, Verwaltungs- und Büroberufe, Metallherzeuger und -verarbeiter, Lederhersteller und Fellverarbeiter sowie die Gesundheitsdienst-, Körper- und Volkspflegeberufe, die Nahrungs- und Genußmittelhersteller und die Rechts- und Sicherheitswahrer.

Die begrenzten Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb der genannten Berufsgruppen haben neben der regionalen Verteilung der Vertriebenen dazu geführt, daß die berufliche Eingliederung der Vertriebenen im Sinne einer Anpassung an die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung bis zum Zeitpunkt der Volkszählung am 13. 9. 1950 noch nicht erreicht werden konnte. Abgesehen von dem niedrigen Vertriebenenanteil, den diese Berufsgruppen am 13. 9. 1950 aufzuweisen hatten, ließ sich dieser Tatbestand auch daran erkennen, daß am 30. 6. 1950 bei den genannten Berufen mit Ausnahme der Verkehrsberufe die Arbeitslosigkeit bei den Vertriebenen größer war als bei der Gesamtbevölkerung. Im Verhältnis zu den abhängigen Vertriebenen-Erwerbspersonen war eine besonders hohe Zahl von arbeitslosen Vertriebenen bei den kaufmännischen Berufen, den Verwaltungs- und Büroberufen sowie den Nahrungs- und Genußmittelherstellern, den Ingenieuren und Technikern und den Verkehrsberufen festzustellen. Der Anteil der arbeitslosen Vertriebenen an der Zahl der abhängigen Erwerbspersonen lag bei diesen Berufsgruppen zwischen 9,1 und 5,2 %. Bei den Lederherstellern und Fellverarbeitern erreichte dieser Satz sogar 15,3 %. Bei der letztgenannten Berufsgruppe muß allerdings berücksichtigt werden, daß auch bei der Gesamtbevölkerung der Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen mit 12,3 % besonders hoch war. Dasselbe galt für die Nahrungs- und Genußmittelhersteller, bei denen dieser Anteil 6,7 % betrug. Bei allen anderen Berufsgruppen, die eine unterdurchschnittliche Besetzung mit Vertriebenen zu verzeichnen hatten, war die Zahl der arbeitslosen Vertriebenen im Verhältnis zu den abhängigen vertriebenen Erwerbspersonen nicht so hoch. Der Anteil lag hier nur zwischen 3,4 und 4,6 %. Sofern die Vertriebenen in diesen Berufen Eingang gefunden hatten, war ihre

Tabelle 21: Die abhängigen Erwerbspersonen am 13. 9. 1950 und die Arbeitslosen am 30. 6. 1950 in Nordrhein-Westfalen nach Bevölkerungsgruppen

	13. 9. 1950			Arbeitslose am 30. 6. 1950				
	Abhängige Erwerbspersonen							
	Insgesamt	davon Vertriebene		Insgesamt		davon Vertriebene		
		absolut	vHSp1	absolut	vHSp1	absolut	vSHp2	vHSp4
	1	2	3	4	5	6	7	8
Berufsgruppen insges. ..	4 663 801	578 202	12,4	229 241	4,9	27 751	4,8	12,1
darunter:								
Ackerbauer, Tierz. und Gartenbauer	177 227	51 534	29,1	6 067	3,4	1 899	3,7	31,3
Bergmännische Berufe	322 323	54 544	16,9	1 413	0,4	138	0,3	9,8
Bauberufe	375 478	52 054	13,9	19 223	5,1	2 386	4,6	12,4
Metallerzeuger und -verarbeiter	701 064	66 081	9,4	23 621	3,3	2 235	3,4	9,5
Holzverarbeiter und zugeh. Berufe	148 843	19 546	13,1	5 469	3,7	794	4,1	14,5
Textilhersteller und -verarbeiter	316 209	36 393	11,5	11 846	3,7	1 251	3,4	10,6
Nahrungs- u. Genußmittelhersteller	118 889	13 973	11,8	7 972	6,7	1 108	7,9	13,9
Hilfsberufe d. Stoffierz. u. -verarbeitung	176 728	21 780	12,3	35 536	20,1	3 928	18,0	11,1
Kaufmännische Berufe	514 545	32 368	6,3	21 850	4,2	2 944	9,1	13,5
Verkehrsberufe	303 134	27 303	9,0	15 777	5,2	1 408	5,2	8,9
Hauswirtschaftliche Berufe	187 344	40 921	21,8	7 977	4,3	1 088	2,7	13,6
Verwaltungs- u. Büroberufe	278 260	24 611	8,8	13 155	4,7	2 102	8,5	16,0
Forst-, Jagd- und Fischereiberufe	12 877	2 323	18,0	1 475	11,5	382	16,4	25,9
Steingewinner und Karamiker	39 991	8 089	20,2	1 248	3,1	244	3,0	19,6
Glasmacher	10 860	2 057	18,9	336	3,1	103	5,0	30,7
Graphische Berufe ...	44 989	3 371	7,5	1 494	3,3	138	4,1	9,2
Lederhersteller, Fellverarbeiter	40 955	4 724	11,5	5 019	12,3	725	15,3	14,4
Ingenieure u. Techniker	90 170	6 968	7,7	3 175	3,5	425	6,1	13,4
Gesundheitsdienst und Volkspflegeberufe ...	99 459	10 520	10,6	3 449	3,5	487	4,6	14,1
Rechts- und Sicherheitswahrer	43 798	4 810	11,0	927	2,1	199	4,1	21,5
Erziehungs-, Lehr- u. Seelsorgeberufe	85 999	10 964	12,7	1 013	1,2	185	1,7	18,3
ohne nähere Berufsangabe	148 360	32 546	21,9	12 118	8,2	1 692	5,2	9,3

Quelle: 1. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 7 „Die Erwerbspersonen nach der beruflichen Gliederung in Nordrhein-Westfalen.“
2. Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen in „Stat. Mitteilungen“ Juli 1950.

Arbeitsmarktlage nicht so problematisch. Im allgemeinen läßt sich jedoch sagen, daß die unterdurchschnittliche Vertriebenenbesetzung der genannten Berufsgruppen auf der begrenzten Aufnahmekapazität der betreffenden Wirtschaftsgruppen beruhte.

Betrachtet man die absolut größten unter den genannten Berufsgruppen, nämlich die Metallherzeuger und -verarbeiter, die Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer und die kaufmännischen Berufe im Zusammenhang mit den für diese Berufsgruppen entscheidenden Wirtschaftszweigen der Eisen-, Stahl- und Metallherzeugung, der Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei und des Warenhandels, so erkennt man deutlich die Ursachen für die begrenzten Eingliederungsmöglichkeiten der Vertriebenen.

Die Eisen-, Stahl- und Metallherzeugung, die der nordrhein-westfälischen Wirtschaftsstruktur entsprechend eigentlich besonders geeignet schien, den Vertriebenen eine Beschäftigungsmöglichkeit zu geben, war auf Grund politischer Maßnahmen weitgehend eingeschränkt worden. Die Rohstahlerzeugung betrug im September 1950 nur 69,0 % der monatlichen Produktion von 1938. Die Zahl der Erwerbspersonen war in diesem Wirtschaftszweig in Nordrhein-Westfalen vom 17. 5. 1939 bis zum 13. 9. 1950 um 92 188 Personen, also um 24,7 %, zurückgegangen. Um so bedeutsamer erscheint es, daß unter diesen Umständen am 13. 9. 1950 immerhin schon 9,2 % der Metallherzeuger und -verarbeiter in Nordrhein-Westfalen Vertriebene waren.

Bei der Wirtschaftsgruppe der Landwirtschaft, Tierzucht und Gärtnerei dagegen hatte die starke Landflucht, die in Nordrhein-Westfalen vom 17. 5. 1939 bis zum 13. 9. 1950 zur Abnahme der Erwerbspersonen dieser Wirtschaftsgruppe um 105 244 Personen, also um 13,7 %, führte, eine starke Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften hervorgerufen. Die Voraussetzungen für eine rein berufliche Eingliederung wären damit durchaus gegeben gewesen. Das Problem der Aufnahmekapazität lag hier in erster Linie in der sozialen Stellung der Erwerbspersonen. Absorptionsfähig erwies sich diese Wirtschaftsgruppe nur für Vertriebene, die als Landarbeiter tätig werden wollten. Die Eingliederung der Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer unter den Vertriebenen, die zum größten Teil früher selbständige Landwirte gewesen waren, war dagegen infolge der begrenzten Möglichkeiten, die in Nordrhein-Westfalen für die Errichtung neuer landwirtschaftlicher Betriebe bestanden, in größerem Umfang kaum möglich.

Aus diesem Grunde waren die Vertriebenen auch an den abhängigen Erwerbspersonen der Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer mit 29,1 %, an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen jedoch nur mit 8,4 % beteiligt. Wenn also auch auf Grund der starken Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften der Anteil der arbeitslosen Vertrie-

Tabelle 22: Die Entwicklung der Erwerbspersonen vom 17. 5. 1939–13. 9. 1950 und die Vertriebenen-Erwerbspersonen am 13. 9. 1950 in Nordrhein-Westfalen nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen

	17. 5. 1939 Erwerbs- personen	13. 9. 1950 Erwerbs- personen	davon		17. 5. 1939 / 13. 9. 1950	
			Vertriebene		Zu- bzw. Abnahme der Erwerbspersonen	
			absolut	vH Sp. 2	absolut	vH Sp. 1
	1	2	3	4	5	6
Land- und Forstwirtschaft	777 491	674 349	57 752	8,6	— 103 142	13,3
darunter:						
Landwirtschaft, Tierzucht,						
Gärtnerei	766 795	661 551	55 502	8,4	— 105 244	13,7
Forst-, Jagdwirtschaft, Fischerei	10 696	12 798	2 250	17,6	+ 2 102	19,7
Industrie und Handwerk	3 053 388	3 111 276	343 057	11,0	+ 57 888	1,9
darunter:						
Bergbau	396 145	494 278	65 774	13,3	+ 98 133	24,8
Abbau von Steinen und Erden,						
Baustoffe, Keramik	60 068	60 834	10 599	17,4	+ 766	1,3
Energiewirtschaft	34 909	46 695	2 318	5,0	+ 11 786	33,8
Eisen-, Stahl-, Metallherzeugung..	372 574	280 386	23 734	8,5	— 92 188	24,7
Eisen-, Stahl-, Metallwaren-						
fertigung	241 621	260 239	25 626	9,8	+ 18 618	7,7
Stahl, Maschinen, Apparate, Fahr-						
zeugbau	335 462	302 445	26 609	8,8	— 33 017	9,8
Elektrotechnik	77 041	85 119	7 546	8,9	+ 8 078	10,5
Feinmechanik und Optik	7 972	14 727	1 229	8,3	+ 6 755	84,7
Chemische Industrie, Mineralöl,						
Kohlewertstoff, Kunststoff	192 645	117 570	11 719	10,0	— 75 075	39,0
Gummi- und Asbestverarbeitung	8 865	11 306	859	7,6	+ 2 441	27,5
Feinkeramik u. Glasindustrie ..	31 740	26 822	4 111	15,3	— 4 918	15,5
Textilgewerbe	226 197	247 268	29 314	11,9	+ 21 071	9,3
Papierherzeugung und -verarbeit-						
ung, Druckereigew.	69 279	75 346	7 063	9,4	+ 6 067	8,8
Lederherzeugung u. -verarbeitung	57 036	60 761	5 627	9,3	+ 3 725	6,5
Holzbe- und -verarbeitung	122 102	173 164	20 461	11,8	+ 51 062	41,8
Herst. v. Musikinstr., Spielwaren,						
Sportgeräten, Schmuck	1 384	4 273	415	9,7	+ 2 889	108,7
Bekleidungsgewerbe	172 823	182 447	17 347	9,5	+ 9 624	5,6
Nahrungs- und Genußmittelher-						
stellung und -verarbeitung	221 238	210 937	17 577	8,3	— 10 301	4,7
Bau, Ausbau, Bauhilfsgewerbe ..	424 287	456 659	65 129	14,3	+ 32 372	7,6
Handel und Verkehr	891 604	961 378	66 841	7,0	+ 69 774	7,8
darunter:						
Warenhandel, Verlagswesen,						
sonst. Hilfgew. d. Handels	562 344	613 160	37 579	6,1	+ 50 816	9,0
Geld-, Bank-, Börsen-, Versiche-						
rungswesen	46 194	55 333	3 790	6,8	+ 9 139	19,8
Bundespost, Bundesbahn	202 024	220 788	20 339	9,2	+ 18 764	9,3
Übriges Verkehrswesen	81 042	72 097	5 133	7,1	— 8 945	11,0
Öffentliche und private Dienste						
und Dienstleistungen	914 939	929 148	129 254	13,9	+ 14 209	1,6
darunter:						
Gaststättenwesen	102 267	93 614	8 741	9,3	— 8 653	8,5
Öffentl. Verwaltung, polit. und						
wirtsch. Organisationen	152 150	200 624	19 717	9,8	+ 48 474	31,9
Besatzung, ausländische Vertre-						
tungen	—	83 623	21 881	26,2	+ 83 623	
Bildungswesen, Kirchen	125 189	120 096	14 054	11,7	— 5 093	4,1
Volkspflege, Sozialversicherung,						
Kunst, Theater	57 305	73 679	8 240	11,2	+ 16 374	28,6
Krankenpflege, Reinigung, Fri-						
seurgewerbe	210 431	181 713	20 320	11,2	— 28 718	13,6
Fotographisches Gewerbe,						
Schreib- und Übersetzungsbüros	3 074	5 027	417	8,3	+ 1 953	63,5
Häusliche Dienste	264 523	170 772	35 884	21,0	— 93 751	35,4
Ohne Angabe	1 104	68 676	10 222	14,9	+ 67 572	825,9
Wirtschaftsabteilungen bzw.						
-gruppen insgesamt	5 638 526	5 744 827	607 126	10,6	+ 106 301	1,9

Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in „Stat. Rundschau“, 4. Jahrg. 1952, 2. Sonderheft.

benen an der Zahl der abhängigen Erwerbspersonen mit 3,7 % weder absolut noch im Verhältnis zu der entsprechenden Zahl der Gesamtbevölkerung hoch war, so kann doch im Hinblick auf die soziale Stellung der Vertriebenen dieser Berufsgruppe nicht von einer Eingliederung gesprochen werden.

Die Wirtschaftsgruppe des Warenhandels, des Verlagswesens und des sonstigen Hilfsgewerbes des Handels hatte in Nordrhein-Westfalen am 13. 9. 1950 50 816 Erwerbspersonen bzw. 9,0 % mehr als am 17. 5. 1939 zu verzeichnen. Die allgemeine Überbesetzung dieser Wirtschaftsabteilung und das zu neuen Betriebsgründungen fehlende Kapital erschweren den Vertriebenen jedoch weitgehend, im Handel Fuß zu fassen. Außerdem bildete die nach der Währungsreform einsetzende Rationalisierung ein besonderes Hemmnis für die Eingliederung der Vertriebenen in kaufmännischen Berufen.

Ganz anders dagegen war die Situation bei den Wirtschaftsgruppen Bergbau, Holzbe- und -verarbeitung, Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe und Textilgewerbe. Die starke Zunahme an Erwerbspersonen, die diese Wirtschaftsgruppen in Nordrhein-Westfalen vom 17. 5. 1939 bis 13. 9. 1950 zu verzeichnen hatten, trug dazu bei, daß eine große Zahl der Vertriebenen hier eine Existenz finden konnte. Dies war besonders bei dem Bergbau und dem Baugewerbe der Fall. Dementsprechend lag der Vertriebenenanteil bei den Erwerbspersonen der bergmännischen Berufe und den Bauberufen am 13. 9. 1950 mit 16,9 % und 15,5 % auch weit über dem Durchschnitt aller Berufsgruppen von 10,6 %. Bei den Holzverarbeitern und zugehörigen Berufen und den Textilherstellern war der entsprechende Anteil mit 11,9 % und 10,8 %, wenn auch nur in geringem Maße, höher als der Durchschnittsanteil.

Im Verhältnis zu den abhängigen vertriebenen Erwerbspersonen war die Zahl der arbeitslosen Vertriebenen am 30. 6. 1950 bei den 4 genannten Berufsgruppen niedrig. Ein Zeichen, daß hier ein großer Teil der Vertriebenen ohne weitere Schwierigkeiten aufgenommen werden konnte. Abgesehen von den Holzverarbeitern und zugehörigen Berufen, war die Vertriebenenarbeitslosigkeit sogar geringer als die Arbeitslosigkeit der Gesamtbevölkerung.

Eine besonders hohe Zahl von Vertriebenen wurde außerdem in der Gruppe der hauswirtschaftlichen Berufe tätig. Hier hatten sich vor allem die weiblichen Vertriebenen durch den Eintritt in häusliche Dienste, der ihnen gleichzeitig Unterkunft und Verpflegung bot, zunächst eine Existenz verschafft. Der Vertriebenenanteil dieser Gruppe war am 13. 9. 1950 mit 21,8 % außerordentlich hoch. Auffallend ist weiterhin auch die hohe Zahl der Vertriebenen und der hohe Vertriebenenanteil von 21,9 % in der Berufsgruppe ohne nähere Berufsangabe. Zweifellos läßt sich hieraus ersehen, daß auch am 13. 9. 1950 immer

noch ein beträchtlicher Teil der Vertriebenen keine endgültige Existenz gefunden hatte.

Von den kleineren Berufsgruppen war eine hohe Vertriebenenbesetzung von 17,9—19,6 % am 13. 9. 1950 bei den Forst-, Jagd- und Fischereiberufen, den Glasmachern und den Steingewinnern und -keramikern und ein etwas überdurchschnittlicher Anteil von 12,5 % bei den Erziehungs-, Lehr- und Seelsorgeberufen festzustellen. Während jedoch bei den Steingewinnern und -keramikern das Verhältnis der arbeitslosen Vertriebenen zu der Zahl der abhängigen vertriebenen Erwerbspersonen erkennen läßt, daß die Vertriebenen hier tatsächlich auch eine Beschäftigung aufnehmen konnten, war dies bei den Glasmachern und besonders bei den Forst-, Jagd- und Fischereiberufen nicht der Fall.

Verfolgt man nunmehr die Entwicklung der allgemeinen Beschäftigung und der Vertriebenenarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 bei den Berufsgruppen, die am 13. 9. 1950 noch eine unterdurchschnittliche Vertriebenenbesetzung aufzuweisen hatten, kann man feststellen, daß sich hier in vielen Fällen die Eingliederungsmöglichkeiten für die Vertriebenen verbessert haben. In besonderem Maße wird dies bei den kaufmännischen Berufen und den Metallherzeugern und -verarbeitern sein, bei denen die stärkste absolute Beschäftigungszunahme zu verzeichnen war. Relativ gesehen, war die allgemeine Beschäftigungszunahme allerdings bei den kaufmännischen Berufen mit 45,3 % wesentlich höher als bei den Metallherzeugern und -verarbeitern, deren Beschäftigungszunahme mit 25,4 % nur etwas über der durchschnittlichen Zunahme von 24,2 % lag, die während dieses Zeitraumes in Nordrhein-Westfalen festzustellen war. Im allgemeinen läßt sich jedoch sagen, daß die allmähliche Überwindung der Folgen des Währungsschnittes sowie der einsetzende Aufschwung in der Eisen-, Metallherzeugung und -verarbeitung den Vertriebenen in den entsprechenden Berufsgruppen mannigfache Beschäftigungsmöglichkeiten geboten haben.

Die Industrieberichterstattung weist zum Beispiel bei der Zunahme der Beschäftigten in der Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung in der Zeit vom November 1951 bis September 1953 einen Vertriebenenanteil von 24,7 % aus. Bei Beurteilung des hohen Vertriebenenanteils an der Beschäftigungszunahme muß allerdings berücksichtigt werden, daß der einzugliedernde Personenkreis sich in Nordrhein-Westfalen auf Grund der starken Zunahme der Vertriebenenbevölkerung wesentlich vergrößert hat. Gerade in diesem Zusammenhang dürfte der starke Zuwachs an Beschäftigten bei den Berufsgruppen der Metallherzeuger und -verarbeiter und den kaufmännischen Berufen, in Verbindung mit dem großen Rückgang der arbeitslosen Vertriebenen um 40,2 % und

Tabelle 23: Die Entwicklung der Beschäftigten, Arbeitslosen und arbeitslosen Vertriebenen vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 in Nordrhein-Westfalen nach ausgewählten Berufsgruppen

Berufsgruppe	Beschäftigte				Arbeitslose														
	30. 6. 50		30. 6. 54		30. 6. 1950				30. 6. 1954				Zu- bzw. Abnahme 30. 6. 50 / 30. 6. 54						
	absolut		absolut		absolut		absolut		absolut		absolut		absolut		absolut				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17		
					absolut	vH Sp. 1	absolut	vH Sp. 1	absolut	vH Sp. 2	absolut	vH Sp. 2	absolut	vH Sp. 5	absolut	vH Sp. 5	absolut	vH Sp. 7	vH Sp. 13
Landwirt, Tierzüchter, Gartenbauer	175 719	157 710	—	18 009	10,2	3,5	1 899	31,3	3 978	2,5	1 084	27,3	—	2 089	34,4	—	815	42,9	39,0
Bergbau	329 316	383 948	+	54 632	16,6	1 413	0,4	1 338	9,8	1 872	0,5	140	7,5	—	459	32,5	—	2	1,4
Berufsmännliche Berufe	347 235	491 555	+	144 320	41,6	19 223	5,5	2 386	12,4	15 362	3,1	2 269	14,8	—	3 861	20,1	—	117	4,9
Metallerzeuger u. -verarbeiter	618 103	775 131	+	157 028	25,4	23 621	3,8	2 235	9,5	12 737	1,6	1 337	10,5	—	10 884	46,1	—	898	40,2
Holzverarbeiter u. zugehörige Berufe	124 491	139 331	+	14 840	11,9	5 469	4,4	794	14,5	3 414	2,5	511	15,0	—	2 055	37,6	—	283	35,6
Textilhersteller u. -verarbeiter	266 036	313 974	+	47 938	18,0	11 846	4,5	1 251	10,6	19 661	6,3	2 237	11,4	—	7 815	66,0	—	986	78,8
Nahrungs- u. Genußmittelhersteller	94 402	120 847	+	26 445	28,0	7 972	8,4	1 108	13,9	5 299	4,4	767	14,5	—	2 673	33,5	—	341	30,8
Hilfsberufe d. Stoffherstellung u. -verarbeitung	391 555	485 534	+	93 979	24,0	35 536	9,1	3 928	11,1	33 914	7,0	4 385	12,9	—	1 622	4,6	—	457	11,6
Kaufmännische Berufe	396 940	576 616	+	179 676	45,3	21 850	5,5	2 944	13,5	18 139	3,1	1 974	10,9	—	3 711	17,0	—	970	32,9
Verkehrsberufe	274 991	325 140	+	50 149	18,2	15 777	5,7	1 408	8,9	9 490	2,9	921	9,7	—	6 287	39,8	—	487	34,6
Hauswirtschaftl. Berufe	216 563	251 530	+	34 967	16,1	7 977	3,7	1 088	13,6	5 898	2,3	883	15,0	—	2 079	26,1	—	205	18,8
Verwaltungs- u. Büroberufe	315 063	374 196	+	59 133	18,8	13 155	4,2	2 102	16,0	9 367	2,5	1 245	13,3	—	3 788	28,8	—	857	40,8
Forst- Jagd- u. Fischereiberufe	15 177	16 572	+	1 395	9,2	1 475	9,7	382	25,9	1 056	6,4	209	19,8	—	419	28,4	—	173	45,3
Steingewinner u. Keramiker	31 793	44 775	+	12 982	40,8	1 248	3,8	244	19,6	1 062	2,4	194	18,3	—	186	14,9	—	50	20,5
Glasmacher	7 668	11 319	+	3 651	47,6	336	4,4	103	30,7	323	2,9	53	16,4	—	13	3,9	—	50	48,5
Graphische Berufe	38 859	57 004	+	18 145	46,7	1 494	3,8	138	9,2	1 127	2,0	132	11,7	—	367	24,6	—	6	4,3
Lederhersteller u. -verarb., Fellverarbeiter	38 133	37 843	—	290	0,8	5 019	13,2	725	14,4	3 115	8,2	468	15,0	—	1 904	37,9	—	257	35,4
Ingenieure u. Techniker	76 332	95 375	+	19 043	24,9	3 175	4,2	425	13,4	1 512	1,6	255	16,9	—	1 663	52,4	—	170	40,0
Gesundheitsdienst	63 197	76 979	+	13 782	21,8	3 449	5,5	487	14,1	1 824	2,4	269	14,7	—	1 625	47,1	—	218	44,8
Rechts- und Sicherheitswahrer	37 107	55 325	+	18 218	49,1	927	2,5	199	21,5	455	0,8	101	22,2	—	472	50,9	—	98	49,2
Erziehungs- und Seelsorgeberufe	59 067	61 391	+	2 324	3,9	1 013	1,7	185	18,3	610	1,0	94	15,4	—	403	39,8	—	91	49,2
Ohne nähere Berufsangabe	1 728	1 755	+	27	1,6	18 118	—	1 692	9,3	18 517	—	1 547	8,4	—	399	2,2	—	145	8,6
Berufsgruppen insgesamt	4 317 570	5 363 718	+	1 046 148	24,2	229 241	5,3	27 751	12,1	185 361	3,5	22 807	12,3	—	43 880	19,1	—	4 944	17,8
(einschl. nicht angeführter Gruppen)																			

Quelle: Landesarbeitsamt Nordrhein-Westfalen in „Stat. Mitteilungen“ Juli 1950, Juli 1954.

Tabelle 24: Die Entwicklung der Beschäftigten in der Industrie Nordrhein-Westfalens vom Nov. 1951—Sept. 1953 nach Bevölkerungsgruppen und Industriezweigen (nur Beschäftigte in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten)

Industriezweig	Beschäftigte in der Industrie										Zu- bzw. Abnahme Nov. 51 / Sept. 53				
	Ende November 1951					Ende September 1953					Insgesamt				
	Insgesamt		davon Vertriebene			Insgesamt		davon Vertriebene			absolut		davon Vertriebene		
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	vH Sp1	absolut	Anteil	absolut	Anteil	vH Sp 6	absolut	vH Sp1	absolut	vH Sp 3	vH Sp1
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Bergbau, Industrie v. Steinen und Erden	570 586	25,9	43 391	21,1	7,6	610 548	25,7	59 952	23,3	9,8	39 962	7,0	16 561	38,2	41,4
darunter: Bergbau	518 597		34 570	6,7		552 062		49 086		8,9	33 465	6,5	14 516	42,0	
Industrie v. Steinen u. Erden	51 989		8 821	17,0		58 486		10 866		18,6	6 497	12,5	2 045	23,2	
Eisen-, Metallerzeugung und -verarbeitung	874 228	39,7	76 520	37,2	8,8	955 888	40,3	96 687	37,7	10,1	81 660	9,3	20 167	26,4	24,7
darunter: Eisen-, Stahl-, Metallgewinnung	296 358		22 141			315 968		28 723		9,1	19 610	6,6	6 582	29,7	
Stahl-, Maschinen-, Schiffsbau, Fahrzeugbau	296 341		24 410		8,2	329 683		31 545		9,6	33 342	11,3	7 135	29,2	
Elektrotechnik	85 569		8 984	10,5		94 975		10 789		11,4	9 406	11,0	1 805	20,1	
Feinmechanik und Optik	7 160		733	10,2		7 836		994		12,7	676	9,4	261	35,6	
Eisen-, Stahl-, Blech-, Metallwarenverarbeitung	188 800		20 252	10,7		207 426		24 636		11,9	18 626	9,9	4 384	21,6	
Verarbeitende Industrie (ohne Eisen, Stahl, Blech, Metall) darunter: Herst. von Musikinstr., Spiel-, Schmuckwaren, Sportgeräte	755 412	34,3	85 715	41,7	11,3	806 803	34,0	100 148	39,0	12,4	51 391	6,8	14 433	16,8	28,1
Chemische Industrie	1 507		199	13,2		2 427		342		14,1	920	61,0	143	71,9	
Mineralölverarb. und Kohle-werstoffverarb.	119 844		11 595	9,7		122 642		12 527		10,2	2 798	2,3	932	8,0	
Feinkeramische und Glas-industrie	10 980		1 133	10,3		13 895		1 492		10,7	2 915	26,5	359	31,7	
Holzbe- u. verarbeitende Industrie	28 946		4 211	14,5		31 508		4 970		15,8	2 562	8,9	759	18,0	
Papier-, Druckerei- und Ver-vielfältigungsindustrie	72 459		11 484	15,8		72 259		12 368		17,1	200	0,3	884	7,7	
Kunststoff, Kautschuk, Asbest-Ledererzeugung u. verarbeitende Industrie	70 769		6 639	9,4		78 019		8 419		10,8	7 250	10,2	1 780	26,8	
Bekleidung, Färberei, Chemische Reinigung	17 520		1 954	11,2		21 156		2 684		12,7	3 636	20,8	730	37,4	
Textilindustrie	23 270		2 340	10,1		24 518		2 591		10,6	1 248	5,4	251	10,7	
Nahrungs- und Genussmittel-industrie	87 335		10 412	11,9		99 669		12 743		12,8	12 334	14,1	2 331	22,4	
Industriegruppen insgesamt	226 097		26 591	11,8		234 497		29 723		12,7	8 400	3,7	3 132	11,8	
Industriegruppen insgesamt 2 200 226	96 685		9 157	9,5		106 213		12 289		11,6	9 528	9,9	3 132	34,2	
Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in „Stat. Informationen“ Reihe 82/31/1/54 „Die Heimatvertriebenen in der Industrie Nordrhein-Westfalens Sept. 1953“.	2 200 226	100,0	205 626	100,0	9,3	2 373 239	100,0	256 787	100,0	10,8	173 013	7,9	51 161	24,9	29,6

32,9 %, den diese Berufsgruppen vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 zu verzeichnen hatten, darauf hindeuten, daß sich hier die Eingliederung der Vertriebenen günstig entwickelt hat.

Bei den Verwaltungs- und Büroberufen, den Verkehrsberufen und den Nahrungs- und Genußmittelherstellern wird die umfangreiche absolute Zunahme der Beschäftigten, die bei den beiden ersten Berufsgruppen relativ etwas unter, bei der letzteren über dem Durchschnitt lag, ebenfalls zu einer günstigen Gestaltung der Eingliederung der Vertriebenen beigetragen haben. Bei den Nahrungs- und Genußmittelherstellern läßt sich dieser Tatbestand in etwa auch daraus erkennen, daß die beschäftigten Vertriebenen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie vom November 1951 bis September 1953 um 34,2 % zugenommen haben. Die Zahl der arbeitslosen Vertriebenen aber hatte bei diesen drei Berufsgruppen vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 um 40,8, 34,6 und 30,8 % abgenommen. Im Durchschnitt aller Berufsgruppen lag dieser Prozentsatz bei 17,8.

Auch bei den kleineren Berufsgruppen der Ingenieure und Techniker, des Gesundheitsdienstes und der Körperpflege sowie der graphischen Berufe und der Rechts- und Sicherheitswahrer werden sich auf Grund der Beschäftigungsentwicklung die Eingliederungsmöglichkeiten für die Vertriebenen in gewissem Umfange verbessert haben. Besonders bei den Rechts- und Sicherheitswahrern und den graphischen Berufen wird dies in Anbetracht der sehr hohen relativen Beschäftigungszunahme von 49,1 und 46,7 %, die bei diesen beiden Berufsgruppen in der Zeit vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 zu beobachten war, der Fall sein. Mit Ausnahme der graphischen Berufe ist bei allen diesen Berufsgruppen auch die Zahl der arbeitslosen Vertriebenen in diesem Zeitraum mit 40,0—49,2 % besonders stark zurückgegangen.

Im Gegensatz zu den bisher betrachteten Berufsgruppen bildet die berufliche Eingliederung der Vertriebenen unter den Ackerbauern, Tierzüchtern und Gartenbauern nach wie vor ein besonders umfangreiches und schwieriges Problem.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Vertriebenen in sehr starkem Maße an der Zahl der abhängigen Erwerbspersonen in dieser Berufsgruppe beteiligt waren, wird man auch aus dem allgemeinen Rückgang der Beschäftigten, den diese Berufsgruppe in der Zeit vom 30. 6. 1950 bis 30. 6. 1954 zu verzeichnen hatte, schließen können, daß ein großer Teil der Vertriebenen dieser Berufsgruppe in einen anderen Beruf abgewandert ist. In diesem Zusammenhang ist auch erklärlich, daß die allgemeine Beschäftigungsabnahme von einem absolut und relativ hohen Rückgang der arbeitslosen Vertriebenen dieser Berufsgruppe begleitet war. Auf Grund der Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens

wird sich die Eingliederung der Vertriebenen in dieser Berufsgruppe wohl kaum in absehbarer Zeit entscheidend verbessern.

Ein absolut zwar weniger umfangreiches Problem ist noch die Eingliederung der Vertriebenen unter den Lederherstellern und -verarbeitern. Auch hier legt der allgemeine Beschäftigungsrückgang in Verbindung mit dem Arbeitslosenrückgang die Vermutung einer Abwanderung in einen anderen Beruf nahe. Die allgemeine Arbeitsmarktlage hat sich zwar in der Zeit vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 verbessert, jedoch ist auch zu dem letztgenannten Zeitpunkt bei dieser Berufsgruppe immer noch eine hohe Arbeitslosigkeit festzustellen, die eine Eingliederung der Vertriebenen verhindert. Diese Erkenntnis läßt sich in gewissem Umfange auch aus der Industrieberichterstattung gewinnen, die vom November 1951 bis September 1953 eine Zunahme von beschäftigten Vertriebenen in der ledererzeugenden und -verarbeitenden Industrie von nur 10,7 % ausweist, während im Durchschnitt aller Industriezweige die Zunahme bei 24,9 % lag.

Bei der folgenden Untersuchung der Beschäftigungsentwicklung in der Zeit vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 bei den Berufsgruppen, die am 13. 9. 1950 schon eine hohe Vertriebenenbesetzung aufzuweisen hatten, lassen sich in vielen Fällen weiterhin günstige Beschäftigungsmöglichkeiten feststellen. Im ganz besonderen Maße gilt dies für die Berufsgruppe der Bauberufe, die während dieses Zeitraumes eine sehr hohe absolute und relative Beschäftigungszunahme zu verzeichnen hatten. Die in Nordrhein-Westfalen besonders lebhaft einsetzende Baukonjunktur bot den Vertriebenen in den Bauberufen weiterhin mannigfache Arbeitsmöglichkeiten.

Die absolut hohe, relativ allerdings nur durchschnittliche Beschäftigungszunahme bei den Hilfsberufen der Stofferzeugung und -verarbeitung hat eine verstärkte Beschäftigung von Vertriebenen in dieser Berufsgruppe ermöglicht.

Eine absolut hohe, wenn auch im Verhältnis zu den beiden erstgenannten Berufsgruppen wesentlich geringere Beschäftigungszunahme war außerdem noch bei den bergmännischen Berufen, den Textilberufen und den hauswirtschaftlichen Berufen festzustellen. Nach wie vor hat ein großer Teil der Vertriebenen, insbesondere der nach Nordrhein-Westfalen zuwandernden Vertriebenen, eine Tätigkeit im Bergbau angenommen. Nach der Industrieberichterstattung war die Zahl der beschäftigten Vertriebenen im Bergbau vom November 1951 bis September 1953 um 42 % angestiegen, während sie im Durchschnitt aller Industriezweige um 24,9 % zunahm.

Die Möglichkeit für die Vertriebenen, in hauswirtschaftlichen Berufen tätig zu werden, sind ebenfalls nach wie vor günstig, es bleibt jedoch fraglich, ob die Vertriebenen weiterhin in demselben Maße in dieser

Berufsgruppe eine Tätigkeit aufgenommen haben oder ob nicht auf Grund der zunehmenden Arbeitsmöglichkeiten in anderen Berufsgruppen eine Abwanderung in Berufe mit günstigeren Arbeitsbedingungen erfolgt ist.

Im Gegensatz zu den bisher betrachteten Berufsgruppen hat sich die ursprünglich günstige Situation für die Eingliederung der Vertriebenen bei den Textilherstellern und -verarbeitern verschlechtert. Infolge der konjunkturellen Entwicklung der Textilindustrie wurde hier die Beschäftigungszunahme vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 von einem hohen Zuwachs an Arbeitslosen begleitet. Diese Situation war allerdings sowohl bei der Gesamtbevölkerung als auch bei den Vertriebenen festzustellen, so daß es sich hier um ein allgemeines konjunkturelles Problem handelte, das sich jedoch auf die weitere Eingliederung der Vertriebenen negativ auswirkte. Dementsprechend lag die Zunahme der beschäftigten Vertriebenen in der Textilindustrie in der Zeit vom November 1951 bis September 1953 mit 11,8 % erheblich unter dem Durchschnitt von 24,9 %. In dem Industriezweig Bekleidung, Färbereien und chemische Reinigung war jedoch immer noch eine umfangreiche Beschäftigungszunahme der Vertriebenen von 22,4 % zu beobachten.

Von den etwas kleineren Berufsgruppen der Erziehungs-, Lehr- und Seelsorgeberufe, den Steingewinnern und -keramikern sowie den Forst-, Jagd- und Fischereiberufen und den Glasmachern hatten in der Zeit vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 die Steingewinner und -keramiker und die Glasmacher eine relativ starke Beschäftigungszunahme zu verzeichnen. Die Arbeitsmöglichkeiten für Vertriebene haben sich bei der erstgenannten Berufsgruppe weiterhin günstig entwickelt.

In der für diese Berufsgruppe entscheidenden Industrie der Steine und Erden ist die Zahl der beschäftigten Vertriebenen vom November 1951 bis September 1953 um 23,2 % gestiegen. Auch in der feinkeramischen und Glas-Industrie hatte die Beschäftigung von Vertriebenen in diesem Zeitraum einen Zuwachs von 18 % erfahren, so daß sich auch die Eingliederung der Vertriebenen unter den Glasmachern wesentlich verbessert hat. Die arbeitslosen Vertriebenen in der Berufsgruppe der Glasmacher zeigten vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 mit 48,5 % einen sehr starken Rückgang. Die entsprechende absolute Zahl war allerdings nicht so bedeutsam. Bei den Erziehungs-, Lehr- und Seelsorgeberufen und den Forst-, Jagd- und Fischereiberufen war in dem letztgenannten Zeitraum der relative Beschäftigungszuwachs nicht sehr hoch. Trotz der starken relativen Abnahme der Vertriebenenarbeitslosigkeit wird besonders bei den Forst-, Jagd- und Fischereiberufen die Eingliederung der Vertriebenen nach wie vor auf Schwierigkeiten stoßen. Die allge-

meine Arbeitsmarktlage hat sich zwar in den vergangenen Jahren gebessert, zeigte jedoch auch am 30. 6. 1954 noch eine ungünstige Konstellation.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die Vertriebenen zunächst auf Grund ihrer ursprünglichen Berufszugehörigkeit und der im Verhältnis zu den Heimatgebieten der Vertriebenen andersartigen Wirtschaftsstruktur des Landes Nordrhein-Westfalen nur unzureichend beruflich eingegliedert werden konnten. Hinzu kam, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit und die regionale Verteilung der Vertriebenen auch in Nordrhein-Westfalen eine Arbeitswahl, die an dem erlernten Beruf orientiert war, erheblich beeinträchtigte. Die Folge war eine starke fremdberufliche Tätigkeit, die den Vertriebenen den Neubeginn und das Weiterkommen erschwerte. Die berufliche Gliederung der Vertriebenen und der Gesamtbevölkerung zeigte in Nordrhein-Westfalen am 13. 9. 1950 noch starke Unterschiede, so daß auch zu diesem Zeitpunkt noch nicht von einer beruflichen Eingliederung im Sinne einer Anpassung an die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung gesprochen werden kann.

Im Zuge der fortlaufenden Entwicklung haben jedoch der Konjunkturaufschwung sowie der Bevölkerungsausgleich die Möglichkeiten der am Beruf orientierten Arbeitswahl wesentlich vergrößert und damit auch zu einer beruflichen Eingliederung der Vertriebenen beigetragen. Dennoch werden die Vertriebenen zum Teil noch eine fremdberufliche Tätigkeit ausüben, die durch die besondere Wirtschaftsstruktur des Landes bedingt ist. Hiervon sind nach wie vor die vertriebenen Landwirte in besonderem Maße betroffen. Innerhalb der übrigen Berufsgruppen hat sich in Anbetracht der allgemeinen Beschäftigungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen die Anpassung der beruflichen Gliederung an die der Gesamtbevölkerung günstig entwickelt. Mit gewissen Unterschieden ist allerdings auch heute noch zu rechnen, da besonders für die älteren Jahrgänge unter den Vertriebenen die Ausübung eines neuen Berufes mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist und in manchen Fällen von den Vertriebenen in stärkerem Maße als von der übrigen Bevölkerung eine Tätigkeit mit ungünstigeren Arbeitsbedingungen ausgeübt wird. Die jüngeren Jahrgänge dagegen haben durch gute Einarbeitung vielfach die Reibungsverluste überwunden. Außerdem hat die nachwachsende Generation, die ihre Ausbildung gleich auf die Verhältnisse in der neuen Heimat abstellen konnte, falls sie nicht unter besonders ungünstigen Startbedingungen zu leiden hatte, dazu beigetragen, daß auch die Unterschiede in der beruflichen Gliederung zwischen den Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung immer stärker zurücktreten.

2. Die soziale Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen

Neben der beruflichen Eingliederung der Vertriebenen bildete die Eingliederung der Vertriebenen im Hinblick auf die soziale Stellung im Beruf ein besonderes qualitatives Problem.

Auf Grund der vorwiegend landwirtschaftlichen Struktur der deutschen Ostgebiete war in diesen Gebieten der Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen an der Zahl der Erwerbspersonen mit 35,1 % am 17. 5. 1939 wesentlich höher, der Anteil der Angestellten und Arbeiter mit 59,5 % dagegen sehr viel niedriger als in Nordrhein-Westfalen, wo infolge der industriellen Wirtschaftsstruktur die entsprechenden Prozentsätze zu dem genannten Zeitpunkt 22 und 73,3 betrugen.

Außerdem herrschten in der gewerblichen Wirtschaft in den Gebieten jenseits der Oder und Neiße im Gegensatz zu Nordrhein-Westfalen die Klein- und Mittelbetriebe vor, so daß zum Zeitpunkt der Volkszählung am 17. 5. 1939 von den Erwerbspersonen, die zu der Wirtschaftsabteilung „Industrie und Handwerk“ gehörten, in den deutschen Ostgebieten 13,8 % Selbständige und mithelfende Familienangehörige waren, während in Nordrhein-Westfalen dieser Satz nur bei 8,7 % lag.

Das eindeutige Problem der sozialen Eingliederung der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen bestand also darin, daß in einem gebietsmäßig gleichbleibenden Land, dessen Wirtschaftsstruktur vorwiegend von der Industrie bestimmt wurde, ein umfangreicher zusätzlicher Personenkreis eine Existenz finden mußte, der zum großen Teil ursprünglich als Selbständige und mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft und in Klein- und Mittelbetrieben der gewerblichen Wirtschaft tätig war.

Bedingt durch die gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen, mußte also die selbständige Tätigkeit der Vertriebenen und die damit verbundene Beschäftigung als mithelfende Familienangehörige auf große Schwierigkeiten stoßen. Gerade die Wirtschaftszweige, die ihrer Produktionskapazität, ihrem Absatzmarkt nach oder infolge der allgemeinen Nachfrage den Vertriebenen in entscheidendem Umfang Arbeitsmöglichkeiten boten, wie der Bergbau, die Eisen-, Metallerzeugung und -verarbeitung, das Baugewerbe sowie das Textilgewerbe, die häuslichen Dienste, die Besatzung und ausländische Vertretungen, waren durch vorwiegend unselbständige Beschäftigung gekennzeichnet. Selbst in dem Wirtschaftszweig der Holzbe- und -verarbeitung, in denen die Vertriebenen Arbeitsmöglichkeiten fanden und in dem im allgemeinen selbständige Existenzen stärker vertreten waren, war es den Vertriebenen meist nicht möglich, einen selbständigen

Betrieb aufzubauen, da ihnen das hierzu erforderliche Kapital fehlte. Lediglich im Bekleidungsgewerbe konnte eine Anzahl Vertriebener selbständig tätig werden.

Abgesehen von dem Problem der Eingliederung der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen unter den Vertriebenen, stieß jedoch auch die Eingliederung der Angestellten auf starke Schwierigkeiten, die sich aus der Überbesetzung dieser Berufsgruppe ergaben und auch in der stärkeren Arbeitslosigkeit der Vertriebenen in den kaufmännischen Berufen und den Verwaltungs- und Büroberufen ihren Niederschlag fanden. Schon aus diesen Hinweisen geht deutlich hervor, daß die Vertriebenen bei der Aufnahme einer Tätigkeit starken Veränderungen bezüglich ihrer sozialen Stellung im Beruf unterworfen waren. Während die Zahl der erwerbstätigen Arbeiter einen sehr starken Zuwachs zu verzeichnen hatte, war in allen anderen sozialen Stellungen, besonders bei den Selbständigen, ein erheblicher Rückgang der Erwerbstätigen festzustellen.

So waren beispielsweise von 336 448 Vertriebenen, die am 1. 8. 1947 in Nordrhein-Westfalen ansässig und vor der Flucht erwerbstätig waren, 19 % vor der Flucht als Selbständige tätig gewesen, während am 1. 8. 1947 in Nordrhein-Westfalen nur noch 3,6 % eine selbständige Stellung im Beruf bekleideten. Bei den mithelfenden Familienangehörigen, den Beamten und Angestellten war ebenfalls ein deutlicher Schrumpfungsprozeß eingetreten. Vor der Flucht entfielen auf diese Gruppen 3,6, 9,3 und 26,5 % der Erwerbstätigen, während nach der Flucht am 1. 8. 1947 die Sätze auf 0,1, 3,6 und 13,4 % zurückgegangen waren.

Aus der Notwendigkeit, überhaupt eine wirtschaftliche Existenz zu erlangen, sahen sich viele Vertriebene gezwungen, ihre frühere soziale Stellung aufzugeben und eine Tätigkeit als Arbeiter anzunehmen. Dementsprechend war auch der Anteil der Arbeiter an der Zahl der erwerbstätigen Vertriebenen von 41,6 % vor der Flucht auf 68,3 % am 1. 8. 1947 angestiegen.

Außer diesem sozialen Abstieg, der sich auf Grund der Flüchtlingszählung vom 1. 8. 1947 in den einzelnen sozialen Stellungen feststellen läßt, muß jedoch auch jener berücksichtigt werden, der sich darüber hinaus noch innerhalb der einzelnen Gruppen vollzogen hat. So war zweifellos ein Teil der Vertriebenen, der früher in einem größeren Betrieb als Selbständige beschäftigt war, nunmehr nur noch in kleineren Betrieben selbständig tätig. Angestellte, die früher eine höhere Stellung bekleideten, waren nach der Flucht gezwungen, mit einer untergeordneten Tätigkeit als Angestellte vorlieb zu nehmen. Derartige Verschiebungen können auf Grund der vorhandenen statistischen Unterlagen jedoch nicht erfaßt werden und müssen unberücksichtigt bleiben.

Vergleicht man die Veränderung in der Zahl der Erwerbstätigen in den einzelnen sozialen Stellungen nach den hauptsächlichsten Berufsgruppen, so kann man feststellen, daß sich der stärkste Schrumpfungsprozeß unter den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen bei den Ackerbauern, Tierzüchtern und Gartenbauern vollzogen hat, deren Eingliederung sich fast als unmöglich erwies.

Waren von den Erwerbstätigen dieser Berufsgruppe vor der Flucht 45,5 % Selbständige und 14,8 % mithelfende Familienangehörige, so waren diese Anteile am 1. 8. 1947 auf 1,3 % und 0,3 % zurückgegangen. In starkem Umfange hatte die Zahl der Selbständigen auch bei den kaufmännischen Berufen und den Nahrungs- und Genußmittelherstellern abgenommen. Der Anteil der Selbständigen an der Zahl der Erwerbstätigen dieser Berufsgruppen war von 25 und 23,4 % auf 6,7 und 1,3 % abgesunken. Unter den Beamten machte sich ein starker Rückgang bei den Verwaltungs- und Büroberufen, den Erziehern und Seelsorgern, bei den Rechts- und Sicherheitswahrern und den Verkehrsberufen bemerkbar.

Betrachtet man die Entwicklung der erwerbstätigen Arbeiter in den einzelnen Berufsgruppen, so erkennt man, daß sich der soziale Abstieg nicht immer in den einzelnen Berufsgruppen vollzogen hat. Der Rückgang der Erwerbstätigen in den höheren sozialen Stellungen entsprach bei den einzelnen Berufsgruppen in den meisten Fällen keineswegs dem Zuwachs in der Gruppe der Arbeiter. In vielen Fällen, wie z. B. bei den kaufmännischen Berufen, den Verwaltungs- und Büroberufen sowie den Nahrungs- und Genußmittelherstellern und den Verkehrsberufen, war sowohl in der Zahl der Erwerbstätigen in höheren sozialen Stellungen als auch bei den erwerbstätigen Arbeitern eine Abnahme festzustellen. Die Zahl der erwerbstätigen Arbeiter bei den Ackerbauern, Tierzüchtern und Gartenbauern hat zwar einen gewaltigen Zuwachs zu verzeichnen; demgegenüber war jedoch ein doppelt so hoher Rückgang der in den übrigen sozialen Stellungen Erwerbstätigen zu beobachten. Im Gegensatz hierzu war z. B. bei den bergmännischen Berufen, den Bauberufen und den hauswirtschaftlichen Berufen der Zuwachs an erwerbstätigen Arbeitern wesentlich höher als der Rückgang bei den Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Beamten und Angestellten. Zweifellos wird in diesen Ergebnissen der enge Zusammenhang zwischen berufsremder Beschäftigung und dem Abstieg in der sozialen Stellung deutlich sichtbar. Die wirtschaftlichen Gegebenheiten und die Arbeitsmarktlage in den einzelnen Berufsgruppen führten dazu, daß die Vertriebenen eine berufsremde Tätigkeit aufnahmen unter gleichzeitigem Verlust ihrer früheren sozialen Stellung.

Tabelle 25: Die erwerbstätigen Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen nach der sozialen Stellung im Beruf vor und nach der Flucht in ausgewählten Berufsgruppen und insgesamt
Stand : 1. 8. 1947

Berufsgruppe	Erwerbs- tätige insgesamt	davon :				
		Selb- ständige	Mithelfende Familien- angehörige	Beamte	Angestellte	Arbeiter
	1	2	3	4	5	6
vor der Flucht						
Berufsgruppen insgesamt . . .	336 448	64 158	12 148	31 255	89 144	139 743
davon:						
Landwirtschaft u. Gartenbau	73 985	33 604	10 995	371	2 180	26 835
Bergmännische Berufe . . .	3 496	—	—	35	231	3 230
Bauberufe	14 452	1 378	21	79	977	11 997
Metallarbeiter	22 576	1 864	37	73	1 437	19 165
Holzverarbeiter	7 792	1 683	19	13	299	5 778
Textilarbeiter	14 017	3 805	43	10	890	9 269
Nahrungs- und Genußmittel- arbeiter	11 871	2 780	82	13	1 410	7 586
Kaufmännische Berufe . . .	43 326	10 808	437	475	30 874	732
Verkehrspersonal	18 486	847	23	3 336	5 762	8 518
Hauswirtschaftl. Berufe . . .	19 357	—	285	—	1 713	17 359
Gesundheitsdienst u. Körper- pflege	10 478	2 360	46	142	6 108	1 822
Verwaltungs- u. Büroberufe .	28 732	91	26	7 714	20 367	534
Rechts- u. Sicherheitswahrer	4 277	227	3	3 151	816	80
Erziehung u. Seelsorge . . .	9 020	285	—	5 532	3 094	109
nach der Flucht						
Berufsgruppen insgesamt . . .	298 716	11 969	459	12 133	45 182	228 973
davon:						
Landwirtschaft u. Gartenbau	51 481	956	257	21	1 327	48 920
Bergmännische Berufe . . .	13 272	—	—	16	113	13 143
Bauberufe	20 308	411	3	39	697	19 158
Metallarbeiter	20 853	465	8	37	727	19 616
Holzverarbeiter	7 442	339	5	5	231	6 862
Textilarbeiter	12 769	2 067	10	3	514	10 175
Nahrungs- und Genußmittel- arbeiter	6 357	160	4	3	699	5 491
Kaufmännische Berufe . . .	15 830	2 910	54	103	12 109	654
Verkehrspersonal	13 134	556	18	2 119	2 677	7 764
Hauswirtschaftl. Berufe . . .	35 253	—	30	—	1 740	33 483
Gesundheitsdienst u. Körper- pflege	6 516	1 224	23	52	3 614	1 603
Verwaltungs- u. Büroberufe .	13 881	120	8	3 512	9 907	334
Rechts- u. Sicherheitswahrer	3 218	152	3	1 987	944	132
Erziehung u. Seelsorge . . .	5 157	264	—	3 180	1 635	78
vor der Flucht in vH						
Berufsgruppen insgesamt . . .	100,0	19,0	3,6	9,3	26,5	41,6
davon:						
Landwirtschaft u. Gartenbau	100,0	45,5	14,8	0,5	2,9	36,3
Bergmännische Berufe . . .	100,0	—	—	1,0	6,6	92,4
Bauberufe	100,0	9,5	0,1	0,5	6,8	83,1
Metallarbeiter	100,0	8,3	0,2	0,3	6,4	84,8
Holzverarbeiter	100,0	21,6	0,2	0,2	3,8	74,2
Textilarbeiter	100,0	27,1	0,3	0,1	6,4	66,1
Nahrungs- und Genußmittel- arbeiter	100,0	23,4	0,7	0,1	11,9	63,9
Kaufmännische Berufe . . .	100,0	25,0	1,0	1,1	71,2	1,7
Verkehrspersonal	100,0	4,6	0,1	18,0	31,2	46,1
Hauswirtschaftl. Berufe . . .	100,0	—	1,5	—	8,9	89,6
Gesundheitsdienst u. Körper- pflege	100,0	22,4	0,4	1,4	58,3	17,5
Verwaltungs- u. Büroberufe .	100,0	0,3	0,1	26,9	70,8	1,9
Rechts- u. Sicherheitswahrer	100,0	5,3	0,1	73,6	19,1	1,9
Erziehung u. Seelsorge . . .	100,0	3,2	—	61,3	34,3	1,2

Noch : Tabelle 25:

Berufsgruppe	Erwerbs- tätige insgesamt	Selb- ständige	Mithelfende Familien- angehörige	davon :		
				Beamte	Angestellte	Arbeiter
	1	2	3	4	5	6
	nach der Flucht in vH der Erwerbstätigen vor der Flucht					
Berufsgruppen insgesamt . . .	89,0	3,6	0,1	3,6	13,4	68,3
davon: Landwirtsch. u. Gartenb.	69,7	1,3	0,3	—	1,8	66,3
Bergmännische Berufe . . .	380,0	—	—	0,5	3,2	376,3
Bauberufe	140,5	2,8	—	0,3	4,7	132,7
Metallarbeiter	92,2	2,1	—	0,2	3,2	86,7
Holzverarbeiter	95,5	4,4	0,1	0,1	3,0	87,9
Textilarbeiter	91,2	14,4	0,1	—	3,7	73,0
Nahrungs- und Genußmittel- arbeiter	53,6	1,3	—	—	5,9	46,4
Kaufmännische Berufe . . .	36,6	6,7	0,1	0,2	28,1	1,5
Verkehrspersonal	71,0	3,0	0,1	11,5	14,5	41,9
Hauswirtschaftl. Berufe . . .	182,5	—	0,2	—	9,0	173,3
Gesundheitsdienst u. Körper- pflege	62,2	11,7	0,2	0,5	34,5	15,3
Verwaltungs- u. Büroberufe .	48,4	0,4	—	12,2	34,6	1,2
Rechts- u. Sicherheitswahner .	75,1	3,5	0,1	46,4	22,0	3,1
Erziehung u. Seelsorge . . .	57,2	2,9	—	35,4	18,1	0,8

Quelle: Günter Granicky in „Die Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen“, Ergebnisse der Flüchtlingszählung 1947; Sonderausgabe „Der Wegweiser“, Mitteilungsblatt für das Flüchtlingswesen. Herausgeber: Sozialminister von Nordrhein-Westfalen.

Es ist zwar durchaus denkbar, daß sich ein sozialer Abstieg innerhalb einer Berufsgruppe vollzogen hat, wenn die Zahl der Arbeiter nur geringfügige Veränderungen, die Erwerbstätigen in höheren sozialen Stellungen dagegen einen starken Rückgang zu verzeichnen hatten. In diesem Fall war ein Teil der Arbeiter in einen anderen Beruf abgewandert und somit berufsfremd beschäftigt, während die übrigen Erwerbstätigen in demselben Beruf verblieben sind und eine Stelle als Arbeiter bezogen haben.

Ein Vergleich der absoluten Zahlen der erwerbstätigen Arbeiter mit dem Rückgang der Beschäftigten in höheren Stellungen zeigt jedoch, daß diese Möglichkeit beispielsweise bei den kaufmännischen Berufen und den Verwaltungs- und Büroberufen fast völlig ausgeschlossen und bei den Ackerbauern, Tierzüchtern und Gartenbauern sowie den Nahrungs- und Genußmittelherstellern und den Verkehrsberufen nur in begrenztem Umfange denkbar ist.

Abgesehen von den aufgezeigten Veränderungen, die sich für die Vertriebenen hinsichtlich ihrer sozialen Stellung im Beruf bei der Aufnahme einer Tätigkeit in Nordrhein-Westfalen ergaben, erwies sich auch eine soziale Eingliederung der Vertriebenen im Sinne einer Anpassung an die sozialen Verhältnisse der Gesamtbevölkerung als äußerst schwierig und zum Teil als unmöglich. Die Ergebnisse der Volkszählung am 13.9.1950 lassen deutlich erkennen, in welchem Umfange sich die Vertriebenen noch von der Gesamtbevölkerung im Hinblick auf ihre soziale Stellung im Beruf unterschieden und wie weit die soziale Eingliederung der Vertriebenen noch von ihrem Ziel entfernt

war. Während am 13.9.1950 von den Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung 11,8 % als Selbständige und 7 % als mithelfende Familienangehörige ausgewiesen wurden, waren von den vertriebenen Erwerbspersonen zu diesem Zeitpunkt nur 3,9 % Selbständige und 0,9 % mithelfende Familienangehörige. Der Anteil der Angestellten an den Erwerbspersonen lag am 13.9.1950 bei der Gesamtbevölkerung mit 18,6 % ebenfalls höher als bei den Vertriebenen, bei denen der entsprechende Prozentsatz nur 13,6 betrug. Die Gruppe der Arbeiter dagegen war bei den Vertriebenen mit 77,7 % wesentlich höher als bei der Gesamtbevölkerung, die 58,6 % der Erwerbspersonen als Arbeiter auswies. Lediglich bei den Beamten stimmte die Situation der Gesamtbevölkerung und der Vertriebenen ungefähr überein.

Die größten Unterschiede in der sozialen Stellung machten sich naturgemäß in der Wirtschaftsabteilung der Land- und Forstwirtschaft bemerkbar. Von den Erwerbspersonen dieses Wirtschaftsbereiches waren am 13.9.1950 bei den Vertriebenen nur 2,6 % Selbständige und 6,4 % mithelfende Familienangehörige, bei der Gesamtbevölkerung dagegen betrugen die entsprechenden Sätze 22,5 und 50,7 %. Im Gegensatz hierzu waren von den vertriebenen Erwerbspersonen 88,7 % und von den Erwerbspersonen der Gesamtbevölkerung 25,6 % Arbeiter.

Auch in den anderen Wirtschaftsabteilungen waren erhebliche Unterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und den Vertriebenen bezüglich der sozialen Stellung im Beruf festzustellen. Sowohl in der Industrie und im Handwerk als auch im Handel, Geld- und Versicherungswesen sowie im öffentlichen Dienst und bei den privaten Dienstleistungen war am 13.9.1950 der Anteil der Selbständigen an der Zahl der Erwerbspersonen bei der Gesamtbevölkerung mit 7,4, 21,7 und 9,3 % höher als die entsprechenden Anteile von 2,6, 13,5 und 3,1 % bei den Vertriebenen. Auf die Angestellten entfiel zu dem genannten Zeitpunkt in der Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk sowie im Bereich des öffentlichen Dienstes und der privaten Dienstleistungen bei der Gesamtbevölkerung mit 12,9 % und 31,1 % der Erwerbspersonen ebenfalls ein höherer Anteil als bei den Vertriebenen, die 7,3 und 23,9 % der vertriebenen Erwerbspersonen dieser beiden Wirtschaftsabteilungen als Angestellte auswiesen. Im Handel, Geld- und Versicherungswesen dagegen differierte der Anteil der Angestellten an der Zahl der Erwerbspersonen zwischen der Gesamtbevölkerung und den Vertriebenen nur in sehr geringfügigem Maße. Allerdings muß hierbei beachtet werden, daß die Vertriebenenbesetzung in dieser Wirtschaftsabteilung nicht sehr hoch war.

Im Zuge der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ist die Eingliederung der Angestellten unter den Vertriebenen in den Jahren nach 1950 erheblich fortgeschritten, wenn man bedenkt, daß gerade die Berufs-

gruppen, die für diese soziale Gruppe entscheidend sind, nämlich die kaufmännischen Berufe und die Verwaltungs- und Büroberufe, vom 30. 6. 1950—30. 6. 1954 starke Beschäftigungszunahmen zu verzeichnen hatten. Bei den Beamten hat sich die Lage der Vertriebenen auch weiterhin günstig gestaltet, zumal das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen vom 11. 5. 1951 (BGBl. I, S. 307) sich inzwischen auf die Eingliederung der vertriebenen Beamten positiv ausgewirkt hat.

Tabelle 26: Die Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen am 13. 9. 1950 nach Bevölkerungsgruppen und sozialer Stellung im Beruf in den Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung Soziale Stellung	Erwerbspersonen insgesamt		davon Vertriebene		
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	vH Sp 1
	1	2	3	4	5
Land- u. Fortwirtschaft insgesamt	674 349	100,0	57 752	100,0	8,6
davon: Selbständige	151 371	22,5	1 522	2,6	1,0
Mith. Familienangehörige	342 121	50,7	3 677	6,4	1,1
Beamte	664	0,1	128	0,2	19,3
Angestellte	7 471	1,1	1 235	2,1	16,5
Arbeiter	172 722	25,6	51 190	88,7	29,6
Industrie u. Handwerk insgesamt	3 179 952	100,0	353 279	100,0	11,1
davon: Selbständige	233 609	7,4	8 990	2,6	3,8
Mith. Familienangehörige	16 726	0,5	419	0,1	2,5
Beamte	780	0,0	28	0,0	3,6
Angestellte	410 574	12,9	25 898	7,3	6,3
Arbeiter	2 518 263	79,2	317 944	90,0	12,6
Handel, Geld- und Versicherungs- wesen, Verkehr insgesamt	961 378	100,0	66 841	100,0	7,0
davon: Selbständige	208 175	21,7	9 055	13,5	4,3
Mith. Familienangehörige	28 654	3,0	893	1,3	3,1
Beamte	93 734	9,7	7 874	11,8	8,4
Angestellte	361 428	37,6	24 788	37,1	6,9
Arbeiter	269 387	28,0	24 231	36,3	9,0
Öffentl. Dienst, Dienstleistungen insgesamt	929 148	100,0	129 254	100,0	13,9
davon: Selbständige	86 695	9,3	4 015	3,1	4,6
Mith. Familienangehörige	13 675	1,5	353	0,3	2,6
Beamte	134 621	14,5	15 684	12,1	11,7
Angestellte	288 712	31,1	30 851	23,9	10,7
Arbeiter	405 445	43,6	78 351	60,6	19,3
Alle Wirtschaftsabteilungen ins- gesamt	5 744 827	100,0	607 126	100,0	10,6
Selbständige	679 850	11,8	23 582	3,9	3,5
Mith. Familienangehörige	401 176	7,0	5 342	0,9	1,3
Beamte	229 799	4,0	23 714	3,9	10,3
Angestellte	1 068 185	18,6	82 772	13,6	7,7
Arbeiter	3 365 817	58,6	471 716	77,6	14,0

Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in Beiträgen zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950 Heft 5 „Die Wohnbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen“.

Die Eingliederung der selbständigen Vertriebenen im Bereich der Landwirtschaft und der übrigen Wirtschaftszweige ist jedoch zum größten Teil noch nicht erreicht worden. Auf diesem Gebiet werden noch viele Aufgaben zu lösen sein, sofern eine Lösung des Problems überhaupt möglich ist. Mannigfache Unterstützung von zentralen Stellen hat hier zwar schon zu einigen Erfolgen geführt; ihre Weiterführung wird daher in Anbetracht des gegenwärtigen Eingliederungszustandes auf diesem Gebiet unerlässlich sein.

IV. Die Eingliederung von Vertriebenen als Selbständige in Nordrhein-Westfalen

1. Die Gründung selbständiger Vertriebenen-existenzen in der Landwirtschaft

Wie aus der vorhergehenden Untersuchung über die berufliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen ersichtlich wird, bildet die Eingliederung der selbständigen Vertriebenen im Wirtschaftsbereich der Landwirtschaft eines der schwierigsten Probleme der Eingliederung innerhalb Nordrhein-Westfalens überhaupt. Die im wesentlichen unveränderte landwirtschaftliche Nutzfläche schließt eine vollständige Eingliederung der Vertriebenen auf diesem Gebiet von vornherein aus. Dennoch bestehen im Rahmen der gegebenen wirtschaftlichen Daten einige Möglichkeiten für die Gründung neuer selbständiger Existenzen in der Landwirtschaft, so z. B. durch Neukultivierung von Moor-, Ödland- und Rodungsflächen, durch eine entschiedene Flurbereinigung, durch die Bodenreform, sowie durch Nutzbarmachung von früherem Wehrmachtsgelände und dergleichen.

Infolge der hohen Kosten konnten die Möglichkeiten der Erschließung von Moor-, Ödland- und Rodungsflächen und der Durchführung der Flurbereinigung bisher jedoch nur in begrenztem Umfange realisiert werden. Betrachtet man die Flächenstruktur Nordrhein-Westfalens, so läßt sich feststellen, daß hierfür auch die natürlichen Voraussetzungen nur begrenzt vorhanden sind. Von der gesamten Wirtschaftsfläche des Landes entfielen zum Zeitpunkt der Bodenbenutzungserhebung im Jahre 1954⁶ nur 0,2 % auf Moorflächen und 2,0 % auf Öd- und Unland, das auch nur zum Teil in rentabler Weise landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden kann.

Die Möglichkeit, durch Bodenreformland neue landwirtschaftliche Existenzen zu schaffen, ist zwar gegeben, wenn auch die Betriebsgrößenstruktur des Landes gewisse Grenzen hierfür erkennen läßt. Zum Zeitpunkt der landwirtschaftlichen Betriebszählung am 22. 5. 1949⁷ gehörten von der Gesamtzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen 88,8 % zu der Betriebsgrößenklasse 0,5—20 ha, während die Betriebe mit 20—100 ha und 100 und mehr ha nur mit 10,5 % und 0,7 % an der Gesamtzahl der Betriebe beteiligt waren. Von der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe entfielen in Nordrhein-Westfalen 53,6 % auf die Betriebe mit 0,5—20 ha, 40,9 % auf Betriebe mit 20—100 ha und 5,5 % auf die Betriebsgrößenklasse 100 und mehr ha. Trotz dieser Grenzen konnten in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1945 bis Ende

⁶ Stat. Bundesamt Stat. Bericht Bodenbenutzungserhebung 1954.

⁷ Stat. Bundesamt Stat. Jahrbuch 1953 S. 139.

1951⁸ 12 835 ha Land⁹ für ländliche Siedlungen beschafft werden. Von diesem Land stammten 179 ha aus Wehrmachtseigentum, 2477 ha von sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts (einschl. NSDAP), und 10 179 ha von natürlichen Personen und juristischen Personen des privaten Rechts (hiervon waren 7135 ha von Personen mit über 100 ha landwirtschaftlich genutzten Grundeigentums abgegeben worden).

Tabelle 27: Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen am 22. 5. 1949

Größenklasse	Betriebe				davon	
	Anzahl		mit . . . ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in 1000		Vertriebenenbetriebe	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
0,5— 2 ha	92 731	34,0	86,1	4,6	335	33,1
2 — 5 ha	64 267	23,6	176,5	9,4	217	21,4
5 — 10 ha	45 894	16,8	279,4	14,8	155	15,3
10 — 20 ha	39 186	14,4	467,4	24,8	152	15,0
20 —100 ha	28 485	10,5	771,6	40,9	139	13,7
100 ha und mehr	1 858	0,7	103,5	5,5	15	1,5
Insgesamt	272 421	100,0	1 884,5	100,0	1 013	100,0

Quelle: 1. Stat. Bundesamt: Stat. Jahrbuch 1953 S. 139. — 2. Stat. Bundesamt: Stat. Bericht Arb.Nr. III/1/5, 6, 7 u. 8 vom 6. 5. 1950.

Abgesehen von der Ansetzung von Vertriebenen auf neu geschaffem Siedlungsland, konnte die Eingliederung der Vertriebenen im Bereich der Landwirtschaft noch durch Übernahme bestehender Betriebe, Betriebsteile oder landwirtschaftlicher Grundstücke, beispielsweise durch normalen Erwerb, durch Pacht oder Einheirat erfolgen.

Ein entscheidendes Hindernis, das sich jedoch neben der naturbedingten Grenze, der zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Nutzfläche, der Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe durch Vertriebene entgegenstellte, ist das Problem der Finanzierung. Die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe ist heute in starkem Maße kapitalintensiv und weist nur eine verhältnismäßig geringe Rentabilität auf, die Vertriebenen jedoch verfügen in den meisten Fällen nicht über das notwendige Kapital, das zur Bewirtschaftung erforderlich ist. Hinzu kommt noch, daß die Bewertung der von den Vertriebenen in ihrer Heimat aufgegebenen land- und forstwirtschaftlichen Vermögen bei der Berechnung der Hauptentschädigung nach dem Einheitswert erfolgt. In Anbetracht der viel höheren Wieder-

⁸ Stat. Bundesamt Stat. Jahrbuch 1953 S. 153.

⁹ Ohne die Ergebnisse der Maßnahmen auf Grund FlüsG vom 10. 8. 1949, soweit es sich um Eingliederung aller durch Kauf oder Pacht bestehender landwirtschaftlicher Betriebe handelt.

beschaffungskosten ist somit die Entlastungsmöglichkeit durch Aufrechnung des Hauptentschädigungsanspruches auf die Aufbaudarlehen, die den Vertriebenen gewährt werden können, sehr gering¹⁰.

Um die mannigfachen Schwierigkeiten, die sich bei der Gründung selbständiger landwirtschaftlicher Existenzen für die Vertriebenen ergaben, wenigstens im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten zu überwinden, wurden in den vergangenen Jahren verschiedene zentrale Maßnahmen getroffen.

Das Flüchtlingsgesetz vom 10. 8. 1949 (Gesetzblatt der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes Nr. 29 vom 24. 8. 1949) sah für die Eingliederung der aus der Landwirtschaft stammenden Vertriebenen (die Definition der Vertriebenen schloß an den § 31 Ziff. 1 SHG vom 8. 8. 1949 an) einmal die Ansetzung als Siedler im Sinne der Siedlungs- und Bodenreformgesetzgebung vor. Hierzu sollte den Siedlern eine Beihilfe von 5000,— DM gewährt werden, wenn das Land entsprechende Beihilfen leistete. Zum anderen sollten die Vertriebenen als Eigentümer oder Pächter auf sonstigen landwirtschaftlichen Grundstücken angesetzt werden. Hierfür wurden insbesondere die auslaufenden Höfe¹¹ und wüste Höfe¹² in Betracht gezogen. Bei dem Verkauf und der Verpachtung landwirtschaftlicher Betriebe oder Grundstücke Einheimischer an Vertriebene wurde im FlüSG der Grundsatz der Freiwilligkeit vertreten, wobei jedoch als Anreiz dem Verkäufer oder Verpächter nach §§ 4—6 FlüSG mannigfache Vergünstigungen gewährt wurden. Im Falle der Veräußerung oder mindestens 12jährigen Verpachtung eines auslaufenden Hofes an einen Vertriebenen wurden Vergünstigungen auf dem Gebiet der Erbschafts- und Schenkungssteuer gewährt, und bei Unterhalts- und Wohnungsanspruch (Altenteil) des bisherigen Eigentümers wurde hierfür vom Land bzw. vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet die Bürgschaft übernommen. Außerdem entfiel die Soforthilfeabgabe, und die Einkünfte aus der Verpachtung oder der vorbehaltenen Versorgung waren einkommenssteuerfrei, sofern sie 2000,— DM im Jahr nicht überstiegen. Bei der Beschaffung von Ersatzwohnraum konnte im einzelnen Fall ein zinsloses Darlehen von 5000,— DM gewährt werden. Bei wüsten Höfen galten auf dem Gebiet der Soforthilfeabgabe und der Einkommensteuer die gleichen Bestimmungen. Bestehende Pachtverhältnisse bei wüsten Höfen konnten

¹⁰ Lastenausgleichsbank: Volkswirtschaftliche Berichte Jahrgang 1954, Heft 2.

¹¹ Nach § 2 Abs. 2 FlüSG solche Höfe, die nicht vom Eigentümer bewirtschaftet wurden oder werden konnten und keine Erben hatten, welche die Bewirtschaftung übernehmen konnten.

¹² Nach § 2 Abs. 3 FlüSG früher selbständige landwirtschaftliche Betriebe, deren Betriebsgebäude teilweise oder vollständig erhalten waren, deren Land jedoch veräußert, verpachtet oder anderweitig zur Nutzung abgegeben worden war.

vorzeitig gekündigt werden, wenn der Betrieb des derzeitigen Pächters wirtschaftlich nicht nachhaltig beeinflußt wurde. Für die vorzeitige Auflösung des Pacht- oder Nutzungsverhältnisses konnten Entschädigungen beansprucht werden. Für die notwendigen baulichen Aufwendungen konnten außerdem Darlehen oder Beihilfen bis zu 5000,— DM gewährt werden. Abgesehen von den auslaufenden und wüsten Höfen galten bei Veräußerung oder mindestens 12jähriger Verpachtung von landwirtschaftlichen Grundstücken an Vertriebene gleichfalls die Bestimmungen über die zinslose Darlehensgewährung zur Schaffung von Ersatzwohnraum, die Befreiung von der Soforthilfeabgabe und die Vergünstigungen bei der Einkommensteuer.

Um den Neubeginn finanziell zu erleichtern, konnte den Vertriebenen in allen drei Fällen des Erwerbs oder der Pachtung ein zinsloses Darlehen von 500,— DM je ha bis zu 5000,— DM insgesamt gewährt werden.

Die Durchführung des FlüSG wurde den Ländern übertragen. Die erforderlichen Mittel sollte das Vereinigte Wirtschaftsgebiet zur Verfügung stellen. Da die ERP- und Haushaltsmittel des Bundes und der Länder nicht ausreichten, wurden hierzu noch Mittel aus dem Soforthilfefonds herangezogen. Die im Flüchtlingssiedlungsgesetz getroffenen Maßnahmen zur Eingliederung der Vertriebenen in den Wirtschaftsbereich der Landwirtschaft wurden im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) vom 19. 5. 1953 umfassend neu geregelt. Als allgemeiner Grundsatz gilt, Vertriebene, die aus der Landwirtschaft stammen oder nach der Vertreibung vorwiegend in der Landwirtschaft tätig waren, als Siedler im Sinne der Siedlungs- und Bodenreformgesetzgebung oder sonst als Eigentümer oder Pächter auf land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken oder in einem anderen zweckdienlichen Nutzungsverhältnis anzusetzen. Allgemeine Voraussetzung hierbei ist die Schaffung oder Sicherung einer Lebensgrundlage, wobei auch die Errichtung einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle in Frage kommt. Der Einheitswert des übernommenen Betriebes darf jedoch 60 000,— DM, in Ausnahmefällen 80 000,— DM, nicht übersteigen. Ferner muß der Erwerber oder Pächter die zur Bewirtschaftung erforderliche Eignung besitzen und darf mit dem Veräußerer oder Verpächter nicht in gerader Linie verwandt sein. Zur besonderen Berücksichtigung der Vertriebenen und SBZ-Flüchtlinge bei Neusiedlungen wurde bestimmt, daß neu anfallendes Siedlungsland nach Fläche und Güte mindestens zur Hälfte an diesen Personenkreis verteilt werden soll. Für die Ansetzung von Neusiedlern kommen außerdem noch Moor-, Ödland- und Rodungsflächen in Betracht, denen landwirtschaftlich nutzbare Ländereien, die nicht planmäßig bewirtschaftet werden, gleichgestellt sind. Um den Neusiedlern unter den Vertriebenen und SBZ-Flüchtlingen die Land-

und Inventarbeschaffung sowie die notwendigen baulichen Veränderungen finanziell zu erleichtern, können ihnen zusätzlich zu den bereitzustellenden Finanzierungshilfen der Länder zinslose Darlehen und Beihilfen bis zu 20 000,— DM, bei Ansetzung auf Moor-, Ödland- und Rodungsflächen außerdem noch Beihilfen bis zu 2500,— DM je ha der zu kultivierenden oder zu rodenden Flächen gewährt werden. Bei der Übernahme bestehender Betriebe, von Betriebsteilen oder Grundstücken durch Erwerb oder mindestens 12jähriger Pachtung (hierfür kommen wiederum insbesondere auslaufende Höfe und wüste Höfe in Betracht) mit dem Ziele der Errichtung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes oder einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle können ebenfalls zinslose Darlehen bis zu 20 000,— DM zur Zahlung des Erwerbspreises, Anschaffung des Inventars und zu notwendigen baulichen Aufwendungen und Schaffung von Ersatzwohnungen gewährt werden. In besonderen Fällen sind im Rahmen dieses Betrages an Stelle oder neben den Darlehen auch Beihilfen möglich.

Der Veräußerung bestehender Betriebe, von Betriebsteilen oder Grundstücken stehen in gewissen Fällen Einheiraten und Erwerb von Todes wegen gleich, wenn die Vertriebenen oder SBZ-Flüchtlinge eine selbständige Existenz in der Land- und Forstwirtschaft erhalten und die festgesetzte Einheitswertgrenze nicht überschritten wird. Darlehen oder Beihilfen werden jedoch nur gewährt, wenn die Verwaltung und Nutznießung im Sinne der §§ 1365 ff. BGB oder das Gesamthand Eigentum durch Vereinbarung der allgemeinen Gütergemeinschaft nach §§ 1437 ff. BGB zugunsten des Ehemannes, der Vertriebenen oder SBZ-Flüchtling ist, geregelt wird. Außerdem muß das Darlehen oder die Beihilfe zur Sicherung der selbständigen Existenz notwendig sein.

Zum Anreiz der Veräußerung und mindestens 12jähriger Verpachtung¹³ land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, Betriebsteile und Grundstücke, sowie Moor-, Ödland- und Rodungsflächen an Vertriebene oder SBZ-Flüchtlinge werden dem Veräußerer oder Verpächter Vergünstigungen auf dem Gebiet der Einkommensteuer, der Vermögensabgabe nach dem Lastenausgleichsgesetz, der Erbschafts- und Schenkungssteuer (nur bei auslaufenden und wüsten Höfen) gewährt. Bei Erwerb eines Betriebes, Betriebsteiles oder Grundstückes von Todes wegen durch einen Vertriebenen oder SBZ-Flüchtling, der mit dem Erblasser nicht in gerader Linie oder bis zum dritten Grade verschwägert ist, werden ebenfalls Vergünstigungen auf dem Gebiet der Einkommensteuer und

¹³ Der 12jährigen Verpachtung steht eine Verlängerung eines bestehenden Pachtvertrages um 6 Jahre auf insgesamt 12 Jahre und die Begründung eines anderen zweckdienlichen Nutzungsverhältnisses auf mindestens 12 Jahre gleich.

der Vermögensabgabe gewährt. Voraussetzung für diese Vergünstigungen ist die Schaffung einer selbständigen Existenz in der Land- und Forstwirtschaft mit Hilfe eines derartigen Erwerbs.

Neben den bisher behandelten Bestimmungen bezüglich der allgemeinen Grundsätze, der betrieblichen und sachlichen Voraussetzungen sowie der Maßnahmen bei Neusiedlungen und Betriebsübernahmen und der Unterstützungen und Vergünstigungen auf finanziellem Gebiet sind in dem Gesetz noch verschiedene andere Fragen geregelt worden. So z.B. die Mitwirkung der Siedlungsbehörde, Aufhebung von bestehenden Mietverhältnissen, Pacht- und Nutzungsverhältnissen und deren Entschädigung, Inanspruchnahme von Gebäuden und Land, Besitzzeinsweisungen, Rechtsmittel und Rechtsbehelfe, Verfahrensfragen, Anwendung und Änderungen des Reichssiedlungsgesetzes, Finanzierungsrichtlinien sowie die Bereitstellung der Mittel. Im Rahmen der Finanzierungsmittel, die für getroffene Maßnahmen erforderlich sind, sollen vom Bund für die Neusiedlungen zusätzlich zu den von den Ländern aufzubringenden Leistungen jährlich 100 Mill. DM (soweit der Betrag haushaltsmäßig gedeckt ist) und die Mittel für die Beihilfen bei Ansetzung auf Moor-, Ödland- und Rodungsflächen bereitgestellt werden. Aus dem Ausgleichsfonds werden den Ländern zur Vorfinanzierung darlehnsweise jährlich 100 Mill. DM zur Verfügung gestellt.

Zur Förderung der Eingliederung von Vertriebenen in den Wirtschaftsbereich der Landwirtschaft treten neben das Flüchtlingssiedlungsgesetz und das Bundesvertriebenengesetz noch das Lastenausgleichsgesetz mit den Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft, die ERP-Programme, Maßnahmen der Länderregierungen und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung.

In Nordrhein-Westfalen waren auf Grund dieser verschiedenen Maßnahmen vom 1. 7. 1949—30. 6. 1955¹⁴ 8237 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 37 349 ha von Vertriebenen und SBZ-Flüchtlingsen übernommen worden. Hierfür waren 311 799 797,— DM an öffentlichen Mitteln bereitgestellt, von denen 64,7 % auf Landesmittel und 35,3 % auf Bundesmittel entfielen. Von den Bundesmitteln waren 47,9 % Aufbaudarlehen gemäß LAG, 18,6 % sonstige SHG- und LAG-Mittel, 3,1 % ERP-Mittel und 30,4 % Haushaltsmittel. Die öffentlichen Mittel wurden in Nordrhein-Westfalen zu 12,0 % als verlorene Zuschüsse, 43,9 % als zinslose Darlehen und zu 44,1 % als verzinsliche Darlehen vergeben. Der Durchschnittsbetrag an öffentlichen Mitteln pro Betrieb lag in Nordrhein-Westfalen mit 37 853,— DM wesentlich höher als im Durchschnitt des Bundesgebietes, wo dieser Betrag bei 21 028,— DM je Betrieb lag. Noch stärker tritt diese Differenz hervor, wenn man die

¹⁴ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten IV B 2 — 4770/2 — 334/55.

öffentlichen Mittel pro ha berechnet. In Nordrhein-Westfalen lag dieser Betrag bei 8349,— DM, im Bundesgebiet dagegen bei 3671,— DM.

Tabelle 28: Mit öffentlichen Mitteln finanzierte landwirtschaftliche Betriebe von Vertriebenen und SBZ-Flüchtlingen nach Finanzierungsquellen, Art der Mittelvergabe und Beträgen

Stand: 30. 6. 1955

Betriebe, öffentl. Mittel, Begebungsart, ØBeträge	Bundesgebiet	davon Nordrhein-Westfalen	
		absolut	Anteil
	1	2	3
A. Zahl d. übernommenen Betriebe	63 295	8 237	
Gesamtfläche	362 570 ha	37 349 ha	
	DM	DM	
B. Aufwand an öffentl. Mitteln ..	1 331 023 664,—	311 799 797,—	100,0
davon:			
1. Landesmittel	583 902 505,—	201 784 361,—	64,7
2. Bundesmittel	747 121 159,—	110 015 436,—	35,3
			100,0
a) SHG u. LAG	260 391 537,—	20 456 146,—	18,6
b) Aufbaudarlehen	299 747 010,—	52 746 250,—	47,9
c) ERP-Mittel	45 004 690,—	3 400 000,—	3,1
d) Arbeitsbeschaff.-Progr. .	37 769 489,—	—	—
e) Haushaltsmittel	104 208 433,—	33 413 040,—	30,4
C. Begebungsart d. öffentl. Mittel	1 331 023 664,—	311 799 797,—	100,0
davon:			
1. Verlorene Zuschüsse	98 143 812,—	37 460 292,—	12,0
2. Zinslose Darlehen	781 795 332,—	137 015 313,—	43,9
3. Verzinliche Darlehen	326 649 585,—	137 324 192,—	44,1
4. Aufstockungsdarlehen	15 969 603,—	—	—
D. Durchschnittsbeträge			
1. ØBetrag öffentl. Mittel pro			
Betrieb	21 028,—	37 853,—	
2. ØBetrag öff. Mittel pro ha	3 671,—	8 349,—	

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten IV B 2 — 4770/2 — 334/55.

Von der Gesamtzahl der Betriebe waren in Nordrhein-Westfalen 44,9 % im Siedlungsverfahren, 26,9 % im Pachtwege, 25,9 % im Wege des Erwerbs und 2,3 % durch Einheirat übernommen worden. Der größte Teil der Ansetzung erfolgte mit 85,7 % auf sonstigen Grundstücken, während die Ansetzung auf auslaufenden bzw. stillgelegten Höfen nur zu 11,2 % und 3,1 % erfolgte¹⁵.

Betrachtet man die übernommenen Betriebe in Nordrhein-Westfalen nach Größenklassen, so entfallen allein 74,9 % auf Betriebe mit einer Betriebsfläche unter 5 ha. Wenn man bedenkt, daß im allgemeinen Be-

¹⁵ Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte I 7 a 6873/3961/55.

triebe dieser Größenklasse als Nebenerwerbsstellen anzusehen sind, so ergibt sich, daß in den meisten übernommenen Betrieben ein zusätzlicher Erwerb erforderlich ist. Die Möglichkeiten hierfür sind jedoch in Nordrhein-Westfalen auf Grund der stärkeren Durchsetzung mit Industrie im Verhältnis zu anderen Gebieten der Bundesrepublik günstiger. Immerhin ist jedoch festzustellen, daß selbst im Falle einer Betriebsübernahme der größte Teil der Vertriebenen nicht in demselben Umfange wie vor der Flucht in der Land-

Tabelle 29: Landwirtschaftliche Betriebe, die vom 1. 7. 1949—30. 6. 1955 von Vertriebenen und SBZ-Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen auf Grund zentraler Maßnahmen übernommen wurden, nach Größenklassen, Art der Übernahme und Ansetzung

	Insgesamt	Anteil
Betriebe insgesamt	8 237	100,0
davon mit — 2 ha	5 488	66,6
2— 5 ha	680	8,3
5—10 ha	678	8,2
10—20 ha	1 015	12,3
20—30 ha	210	2,6
30 ha und mehr	166	2,0
Gesamtfläche	37 349 ha	—
Übernommene Betriebe durch		
1. Siedlungsverfahren	3 700	44,9
2. Pachtweg	2 215	26,9
3. Erwerb	2 130	25,9
4. Einheirat	192	2,3
Betriebe nach Art der Ansetzung		
1. auslaufende Höfe	922	11,2
2. stillgelegte Höfe	255	3,1
3. sonstige Grundstücke	7 060	85,7

Quelle: Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte I 7 a — 6873/3961/55.

wirtschaft tätig werden konnte. Der Anteil der übernommenen Betriebe von 5—10 ha, die man zwar als Haupterwerbsstellen, im allgemeinen jedoch mit unzureichender Ackernahrung, bezeichnen kann, an der Gesamtzahl der übernommenen Betriebe betrug 8,2 % und der Anteil der Vollbauernstellen, d. h. solcher Betriebe von 10 und mehr ha lag bei 16,9 %. Bei Beurteilung dieser Ergebnisse muß jedoch berücksichtigt werden, daß allgemein die Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen ein ähnliches Bild ergibt. Zum Zeitpunkt der landwirtschaftlichen Betriebszählung am 22. 5. 1949 entfielen in Nordrhein-Westfalen 57,6 % der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe auf Betriebe mit 0,5—5 ha Betriebsfläche.

Der Anteil der Betriebe mit 5—10 ha Betriebsfläche betrug 16,8%, und auf Betriebe mit 10 und mehr ha entfielen 25,6 %. Wenn auch im Verhältnis zu der allgemeinen Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Nordrhein-Westfalen bei den Betrieben, die auf Grund der Förderungsmaßnahmen von Geschädigten übernommen wurden, die Nebenerwerbsstellen noch stärker hervortreten, so wird es doch als positiv zu betrachten sein, daß der Anteil der Haupterwerbsstellen mit unzureichender Ackernahrung wesentlich geringer ist.

Neben den finanziellen Hilfen, die den Vertriebenen bei der Gründung oder Sicherung landwirtschaftlicher Betriebe zufließen, verdient die Produktiv- und Betriebsmittelkreditaktion in der Landwirtschaft noch besondere Beachtung. Das Fehlen ausreichenden Eigenkapitals der Vertriebenen hatte sich immer wieder bei der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe in starkem Umfange bemerkbar gemacht. Aus diesem Grunde versuchte die Lastenausgleichsbank hier durch zinsverbilligte Produktiv- und Betriebsmittelkreditgewährung¹⁶ an Betriebe, deren Grundfinanzierung durch Flüchtlingssiedlungsmittel oder Aufbaudarlehen erfolgte, Abhilfe zu schaffen. Die Lastenausgleichsbank stellt den kreditgebenden Instituten 90%ige Ausfallbürgschaften und zinsverbilligte Liquiditätsmittel zur Verfügung, wenn der von dem Kreditnehmer zu zahlende Zinssatz einschließlich aller übrigen Kosten 3,75 % nicht übersteigt. Die Kredithöhe soll im Einzelfall 10 000,— DM nicht übersteigen. Der Lastenausgleichsbank werden zur Durchführung dieser Aktion Liquiditätsmittel vom Bundesausgleichsamt zur Verfügung gestellt. Bis zum 31. 12. 1954¹⁷ lagen bei der Lastenausgleichsbank 569 Anträge und Voranmeldungen mit einer Gesamtsumme von 3 523 900,— DM von Vertriebenen und Flüchtlingen vor. Im Rahmen der wirtschaftlichen Gegebenheiten dürften die verschiedenen Förderungsmaßnahmen zweifellos wesentlich zu der Eingliederung der Vertriebenen in der Landwirtschaft beigetragen haben. Hinsichtlich des Umfangs ist eine Anpassung der Vertriebenen an die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung im Wirtschaftsbereich der Landwirtschaft jedoch auch in Nordrhein-Westfalen keineswegs erreicht.

Zum Zeitpunkt der Bodenbenutzungserhebung vom 1. 6. 1954 wurden 3720 land- und forstwirtschaftliche Betriebe gezählt, deren Inhaber Vertriebene waren. An der Gesamtzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe waren die Vertriebenen somit zu diesem Zeitpunkt mit rund 1 % beteiligt. Der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung lag dagegen am 30. 6. 1954 bei 13,2 %.

¹⁶ Lastenausgleichsbank Jahresbericht 1953 S. 21/22.

¹⁷ Lastenausgleichsbank Jahresbericht 1954 Tabelle 5.

2. Die Gründung selbständiger Vertriebenenexistenzen in der gewerblichen Wirtschaft

Verglichen mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Landwirtschaft waren die Möglichkeiten zur Gründung einer selbständigen Existenz in der gewerblichen Wirtschaft wesentlich günstiger. Trotzdem aber bewegten sich die Chancen für neue Betriebsgründungen in der gewerblichen Produktion ebenfalls in engen Grenzen. Die schon seit Jahrzehnten beobachtete Tendenz einer Ausweitung bestehender Betriebe und eines Rückgangs kleinerer Betriebe beeinträchtigte die Gründung von lebensfähigen Vertriebenenbetrieben. Abgesehen von dieser Tatsache, die auf eine allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen ist, bereitete jedoch besonders die Beschaffung des für eine Betriebsgründung notwendigen Kapitals den Vertriebenen größte Schwierigkeiten.

In der Zeit von der Vertreibung bis zur Währungsreform waren die Vertriebenen fast allein auf ihre eigene Initiative angewiesen. Die öffentlichen Stellen konnten noch keine wirksamen Unterstützungen bieten, zumal in dieser Zeit die Beschaffung von Sachkapital im Gegensatz zum Geldkapital ausschlaggebend war. Die Vertriebenen hatten jedoch in den meisten Fällen kaum in nennenswertem Umfang Realkapital nach Westdeutschland retten können und versuchten nun, durch Anknüpfung neuer und Aufnahme alter Verbindungen mit der heimischen Wirtschaft die notwendigen Mittel für eine Neugründung zu erhalten.

Sofern es den Vertriebenen gelang, einen lebensfähigen Betrieb und bis zur Währungsreform ein gewisses Realkapital aufzubauen, konnten sie nach der Währungsreform (falls es sich um eine Produktion¹ handelte, die auch noch nach der Währungsreform gefragt war) im Zuge des allgemeinen Konjunkturaufschwungs auch festeren Fuß fassen. Dennoch haben diese Betriebe auch heute noch zum Teil unter den Folgen ihres in der Not geborenen Aufbaues zu leiden. Oftmals hatten die Vertriebenen ihre Betriebe dort gründen müssen, wo ihnen die nötigen Räume zur Verfügung standen, so daß sie sich nicht nach dem günstigsten Standort richten konnten.

In den meisten Fällen haben die Betriebe aber auch noch besonders unter dem fehlenden Eigenkapital zu leiden. Die allmähliche Wandlung des Verkäufermarktes zum Käufermarkt führte zu hohen Qualitätsansprüchen, die mannigfache Investitionen erforderlich machten. Die Möglichkeiten hierzu waren den Vertriebenen infolge ihrer unzureichenden Kapitalausstattung meist verschlossen, so daß sich dieser Umstand oft sehr hemmend auf ihre Konkurrenzfähigkeit auswirkte. Durch eine bankmäßige Kreditaufnahme die Kapitallücke zu schließen, scheiterte wiederum daran, daß die Vertriebenen meist nicht in der

Lage waren, die notwendigen Sicherheiten zu beschaffen. Abgesehen davon mußte sich bei einer Aufnahme von Bankkrediten in dem erforderlichen Umfange die Aufbringung von Zins- und Tilgungsbeträgen als zu große Belastung für einen Aufbaubetrieb erweisen. Nach der bisher dargestellten Situation war zur finanziellen Unterstützung der bestehenden und neu zu errichtenden Vertriebenenbetriebe die Bereitstellung von Mitteln mit niedrigem Zinssatz, zu tragbaren Tilgungsbeträgen, mit genügend langer Laufzeit, sowie unter weitgehendem Verzicht auf bankmäßige Sicherung erforderlich. Diese Aufgabe aber konnte von dem bestehenden Bankapparat infolge seines Erwerbscharakters nicht übernommen werden. Aus diesem Grunde wurden zunächst vom Land und später vom Bund Maßnahmen getroffen, die dazu dienen sollten, dem Kapitalmangel der bestehenden Vertriebenenbetriebe auf andere Weise abzuhelpen und die Gründung von Vertriebenenbetrieben zu erleichtern.

a) Die finanziellen Leistungen der öffentlichen Hand für Vertriebenenbetriebe der gewerblichen Produktion

Seit 1948 werden in Nordrhein-Westfalen aus Haushaltsmitteln des Landes Beträge zur Verfügung gestellt, die als Existenzgründungskredite zur Errichtung einer neuen Erwerbsgrundlage verwendet werden sollen. Die Mittel werden vom Minister für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau (früher Sozialminister) bewirtschaftet und über den bestehenden Bankapparat an Flüchtlinge mit dem Ausweis A (Heimatvertriebene und Vertriebene im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes) und seit Ende 1953 auch an die SBZ-Flüchtlinge vergeben. Die Kredite werden als Anlagekredite mit 13jähriger Laufzeit (3 tilgungsfreie Jahre und 10jährige Tilgung zu 20 gleichen Halbjahresraten) oder als Betriebsmittelkredite mit 6jähriger Laufzeit (2 tilgungsfreie Jahre und 4jähriger Tilgung in 16 gleichen Vierteljahresraten) gewährt. Der Zinssatz beträgt 3 % und der Kreditbetrag soll im Einzelfall 30 000,— DM nicht überschreiten.

Diese Kreditaktion wurde in der Hauptsache in den Jahren 1948 bis einschließlich 1952 durchgeführt. Seit Ende Sept. 1953 werden aus diesem Fonds nur noch Kredite vergeben, wenn aus den Lastenausgleichsmitteln keine Kredite in Anspruch genommen werden können.

Bis zum 31. 3. 1953 waren in Nordrhein-Westfalen 22 296 Anträge auf Existenzgründungskredite mit einem Gesamtbetrag von 71 251 945,— DM bewilligt worden. In diesen Zahlen sind allerdings auch die Existenzgründungskredite für die Landwirtschaft enthalten, die 6,2 % des Gesamtbetrages ausmachten. Auf die Wirtschaftszweige Industrie, Handwerk und Großhandel entfielen 16,3 %, 30,4 % und

Tabelle 30: Bewilligte Existenzaufbaukredite in Nordrhein-Westfalen von der Währungsreform bis 31.3.1953 nach Wirtschaftsabteilungen, Landesteilen und Regierungsbezirken

Wirtschaftsabteilung	Anträge		Beträge in DM		Anträge		Beträge in DM		Anträge		Beträge in DM	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Nordrhein-Westfalen												
Wirtschaftsabteilg. insges. . .	22 962	100,0	71 251 945	100,0	8 089	100,0	27 040 780	100,0	14 873	100,0	44 211 165	100,0
davon: Landwirtschaft . . .	1 456	6,3	4 418 050	6,2	528	6,5	1 798 650	6,6	928	6,2	2 619 400	5,9
Industrie	1 585	6,9	11 628 815	16,3	628	7,8	5 045 815	18,7	957	6,4	6 583 000	14,9
Handwerk	8 406	36,6	21 658 188	30,4	2 941	36,3	8 105 677	30,0	5 465	36,8	13 552 511	30,7
Großhandel	1 460	6,4	5 938 670	8,3	549	6,8	2 258 620	8,4	911	6,1	3 680 050	8,3
Einzelhandel	5 099	22,2	13 339 412	18,8	1 628	20,1	4 513 933	16,7	3 471	23,4	8 825 479	20,0
Verkehr	864	3,8	3 599 365	5,0	257	3,2	1 199 225	4,4	607	4,1	2 400 140	5,4
freie Berufe	4 092	17,8	10 669 445	15,0	1 558	19,3	4 118 860	15,2	2 534	17,0	6 550 585	14,8
Reg. - Bez. Aachen												
Wirtschaftsabteilg. insges. . .	811	100,0	3 090 001	100,0	4 982	100,0	15 963 451	100,0	2 296	100,0	7 987 328	100,0
davon: Landwirtschaft . . .	96	11,8	410 800	13,3	305	6,1	939 950	5,9	127	5,5	447 900	5,6
Industrie	79	9,8	655 680	21,2	337	6,8	2 765 905	17,3	212	9,2	1 624 230	20,3
Handwerk	283	34,9	959 729	31,1	1 860	37,3	4 937 110	30,9	798	34,8	2 208 838	27,7
Großhandel	36	4,4	201 950	6,5	358	7,2	1 441 920	9,0	155	6,8	614 750	7,7
Einzelhandel	116	14,3	397 172	12,8	1 070	21,5	2 751 241	17,3	442	19,3	1 365 520	17,1
Verkehr	34	4,2	113 300	3,7	160	3,2	815 925	5,1	63	2,7	270 000	3,4
freie Berufe	167	20,6	351 370	11,4	892	17,9	2 311 400	14,5	499	21,7	1 456 090	18,2
Reg. - Bez. Düsseldorf												
Wirtschaftsabteilg. insges. . .	5 453	100,0	15 157 046	100,0	4 908	100,0	16 188 894	100,0	4 512	100,0	12 865 225	100,0
davon: Landwirtschaft . . .	118	2,2	307 900	2,0	423	8,6	1 371 350	8,5	387	8,6	940 150	7,3
Industrie	326	6,0	2 062 950	13,6	301	6,2	2 242 350	13,9	330	7,3	2 277 700	17,7
Handwerk	2 147	39,4	5 089 367	33,6	1 648	33,6	4 507 594	27,8	1 670	37,0	3 955 550	30,8
Großhandel	310	5,7	1 092 700	7,2	303	6,2	1 493 400	9,2	298	6,6	1 093 950	8,5
Einzelhandel	1 426	26,1	3 413 824	22,5	1 082	22,0	3 056 140	18,9	963	21,3	2 355 515	18,3
Verkehr	186	3,4	643 550	4,3	247	5,0	1 056 850	6,5	174	3,9	699 740	5,4
freie Berufe	940	17,2	2 546 755	16,8	904	18,4	2 461 210	15,2	690	15,3	1 542 620	12,0
Reg. - Bez. Münster												
Wirtschaftsabteilg. insges. . .	5 453	100,0	15 157 046	100,0	4 908	100,0	16 188 894	100,0	4 512	100,0	12 865 225	100,0
davon: Landwirtschaft . . .	118	2,2	307 900	2,0	423	8,6	1 371 350	8,5	387	8,6	940 150	7,3
Industrie	326	6,0	2 062 950	13,6	301	6,2	2 242 350	13,9	330	7,3	2 277 700	17,7
Handwerk	2 147	39,4	5 089 367	33,6	1 648	33,6	4 507 594	27,8	1 670	37,0	3 955 550	30,8
Großhandel	310	5,7	1 092 700	7,2	303	6,2	1 493 400	9,2	298	6,6	1 093 950	8,5
Einzelhandel	1 426	26,1	3 413 824	22,5	1 082	22,0	3 056 140	18,9	963	21,3	2 355 515	18,3
Verkehr	186	3,4	643 550	4,3	247	5,0	1 056 850	6,5	174	3,9	699 740	5,4
freie Berufe	940	17,2	2 546 755	16,8	904	18,4	2 461 210	15,2	690	15,3	1 542 620	12,0

Quelle: Ermittlungen beim Ministerium für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen.

8,3 % des Betrages und auf den Einzelhandel, den Verkehr und die freien Berufe 18,8 %, 5,0 % und 15,0 % der Kreditsumme.

Auf Grund der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur der einzelnen Regierungsbezirke waren jedoch in den verschiedenen Gebieten Abweichungen von der durchschnittlichen Gliederung der Kredite festzustellen. Im Reg.-Bezirk Aachen hatten z. B. die Landwirtschaft und die Industrie einen überdurchschnittlichen Anteil, der Großhandel, Einzelhandel und die freien Berufe einen unterdurchschnittlichen Anteil an der Kreditsumme zu verzeichnen. Im Reg.-Bezirk Köln hatten die Industrie und die freien Berufe in überdurchschnittlichem Maße teil an den gewährten Krediten. Im Reg.-Bezirk Arnsberg wiederum fiel ein besonders hoher Anteil der Kredite auf das Handwerk und den Einzelhandel, während die Industrie und besonders die Landwirtschaft nur unterdurchschnittlich an der Kreditgewährung beteiligt waren. Im Reg.-Bezirk Detmold schließlich war die Landwirtschaft überdurchschnittlich, die Industrie unterdurchschnittlich an der Kreditgewährung beteiligt.

Im allgemeinen läßt sich jedoch sagen, daß die hohe Beteiligung des Handwerks an den bewilligten Krediten darauf schließen läßt, daß man kleinere Betriebe mit geringerem Kapitalbedarf bei der Kreditvergabe bevorzugte. Der durchschnittlich bewilligte Kreditbetrag pro Antrag war jedoch oft so gering, daß vielfach die Gefahr der Ausgabe für Konsumzwecke bestand, womit der volkswirtschaftliche Effekt eines Produktivkredits stark beeinträchtigt wurde. Im Gesamtdurchschnitt¹⁸ wurden in Nordrhein-Westfalen 3103,— DM pro Antrag bewilligt, wobei in den einzelnen Wirtschaftszweigen jedoch erhebliche Unterschiede bestanden. Die Kreditsumme pro Antrag betrug in der

Landwirtschaft	3034,— DM,
Industrie	7337,— DM,
Handwerk	3577,— DM,
Großhandel	4068,— DM,
Einzelhandel	2616,— DM,
Verkehr	4166,— DM,
Freie Berufe	2607,— DM.

Mit der allmählich sich durchsetzenden Erkenntnis, daß eine geringere Anzahl von Krediten mit höheren Beträgen sinnvoller ist, zeigt der Durchschnittsbetrag im Laufe der Jahre eine ansteigende Tendenz. Von 1948/49—1952 war eine allgemeine Erhöhung der Kreditsumme pro Antrag von 2 420,— DM auf 6 261,— DM zu verzeichnen.

Betrachtet man die regionale Verteilung der bewilligten Existenzgründungskredite, so ergibt sich, daß 38,0 % des Gesamtbetrages auf den Landesteil Nordrhein und zwar 22,4 % auf den Reg.-Bezirk Düsseldorf, 11,2 % auf den Reg.-Bezirk Köln und 4,4 % auf den Reg.-Bezirk

¹⁸ Berechnungen auf Grund der Tabelle 30.

Aachen entfielen. 62,0 % der Gesamtsumme waren im Landesteil Westfalen (21,3 % im Reg.-Bezirk Arnsberg, 22,7 % im Reg.-Bezirk Detmold und 18,0 % im Reg.-Bezirk Münster) bewilligt worden. Schon aus dieser Verteilung wird ersichtlich, daß das Kapital in die Gegenden geflossen ist, in denen die Vertriebenen in besonderem Maße einer wirtschaftlichen Hilfe bedurften, nämlich in die weniger industrialisierten Gebiete, wo die Vertriebenen bisher keine Möglichkeiten zur Gründung einer selbständigen Existenz gehabt hatten. Dieses Ergebnis läßt sich auch daraus erkennen, daß von der Gesamtsumme der bewilligten Kredite nur 21,9 % auf den Ruhrsiedlungsverband entfiel und das Verhältnis von Stadt- und Landkreisen an der Beteiligung der Summe bei 31,4 % : 68,6 % lag¹⁹.

Außer den Existenzgründungskrediten werden aus Haushaltsmitteln des Landes Nordrhein-Westfalen seit 1950 Kredite an Unternehmer der Flüchtlingsgruppe A (Heimatvertriebene und Vertriebene nach dem BVFG) gewährt, wenn die Produktion ihrer Betriebe vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus wichtig erscheint. Bei einer Laufzeit von 10 Jahren müssen die Kredite in den ersten 2 Jahren mit 2 %, in den nächsten 3 Jahren mit 4 % und in den restlichen Jahren mit 6 % verzinst werden. Die Tilgung setzt nach zwei tilgungsfreien Jahren ein und beträgt in den ersten 4 Tilgungsjahren 5 % je Halbjahr, in den 2 folgenden Jahren 7 % je Halbjahr und in den letzten 2 Jahren 8 % je Halbjahr. Diese Kreditaktion beschränkte sich im wesentlichen auf die Jahre 1950 und 1951. Insgesamt waren hierfür 14 Mill. DM eingesetzt worden, die auch verausgabt wurden. In geringerem Umfange wurden den Vertriebenen auch noch im Rahmen der allgemeinen Grenzlandkreditaktion und der Remontagebestimmungen Landesmittel zur Verfügung gestellt.

Während in den ersten Jahren nach der Währungsreform die Kreditvergabe für die Eingliederung der selbständigen Vertriebenen weitgehend von der Landesregierung finanziert worden war, wurde die Finanzierung immer mehr Aufgabe des Bundes, als die entsprechenden Maßnahmen auf Bundesebene in stärkerem Umfange wirksam wurden.

Schon in § 44 des Soforthilfegesetzes vom 8.8.1949 und der entsprechenden Durchführungsverordnung, sowie späteren Anordnungen und Weisungen war eine Kreditgewährung mit öffentlichen Mitteln vom Bund aus als Existenzaufbauhilfe-Darlehen für selbständige Vertriebene ins Leben gerufen worden. Hiernach sollten Flüchtlingen, Sachgeschädigten, politisch Verfolgten und Spätheimkehrern Darlehen für den Aufbau einer angemessenen Existenz zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel entstammten dem Soforthilfefonds und wurden als

¹⁹ Berechnungen auf Grund von Ermittlungen bei dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen.

Kredite mit einer 15-jährigen Laufzeit zu 2 % Zinsen vergeben. Die Tilgungsbeträge lagen in den ersten 3 Jahren bei je 3 % und vom 4. Jahr ab bei 8 %. Der Höchstbetrag der einzelnen Kreditgewährung lag zwischen 8000,— DM und 12 000,— DM.

Bis zum 31. 12. 1952 waren in Nordrhein-Westfalen 20 386 Anträge mit einem Gesamtbetrag von rd. 78 237 100 DM bewilligt worden. Auch im Rahmen dieser Aktion war also der durchschnittliche Kreditbetrag je bewilligter Antrag mit 3838,— DM verhältnismäßig niedrig. Von der Gesamtzahl der bewilligten Anträge entfielen 43,3 % auf das Handwerk, 40,1 % auf den Handel, 3,5 % auf die Industrie und 13,1 % auf die freien Berufe. 40,7 % aller bewilligten Anträge bezogen sich auf Vertriebene.

Tabelle 31: Bewilligte Anträge und Beträge der Existenzaufbauhilfedarlehen nach dem SHG und Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und freien Berufe nach dem LAG in Nordrhein-Westfalen nach Geschädigtengruppen
Stand: 30. 6. 1955

Darlehensart Anträge, Beträge	Insgesamt	davon an			
		Vertriebene absolut	vHSp.1	Kriegs- sachgeschädigte absolut	vHSp.1
	1	2	3	4	5
I. Existenzaufbauhilfedarlehen nach d. SHG					
bewilligte Anträge	20 386	8 288	40,7	10 180	49,9
bewilligte Beträge in 1000 DM	78 237,1	32 762,2	41,9	38 445,9	49,1
ØBetrag je Antrag in DM	3 838				
II. Aufbaudarlehen für die ge- werbliche Wirtschaft u. freie Berufe nach d. LAG					
bewilligte Anträge	16 131	5 670	35,1	10 384	64,4
bewilligte Beträge in 1000 DM	163 947,2	57 554,1	35,1	105 538,0	64,4
ØBetrag je Antrag in DM	10 163				

Quelle: 1. Lastenausgleichsbank, Jahresbericht 1952 Tabelle 6. — 2. Bundesausgleichsamt, Stat. Informationen Nr. 79.

Nach Außerkrafttreten des Soforthilfegesetzes wurden die Förderungsmaßnahmen der Existenzaufbauhilfe-Darlehen nunmehr als Aufbaudarlehen in den §§ 254—258 des Lastenausgleichsgesetzes vom 14. 8. 1952 neu festgelegt. Die Aufbaudarlehen sollen demnach an Personen vergeben werden, die Vertreibungs- oder Kriegssachschäden geltend machen können, wenn der Kredit zum Aufbau einer neuen oder zur Sicherung einer noch gefährdeten Lebensgrundlage erforder-

lich ist. Der Höchstbetrag ist nunmehr im Einzelfall auf 35 000,— DM festgesetzt worden und kann, falls der Hauptentschädigungsanspruch höher ist, bis zu 50 000,— DM betragen. Der Kredit hat eine Laufzeit von 10 Jahren und muß mit 3 % verzinst werden. Nach 2 Freijahren ist der Kredit in 16 gleichen Halbjahresraten zu tilgen. In Nordrhein-Westfalen waren bis zum 30. 6. 1955 16 131 Anträge auf Aufbaudarlehen mit einem Gesamtbetrag von 163 947 200,— DM bewilligt worden. Der durchschnittlich bewilligte Betrag je Antrag lag somit bei 10 163,— DM, also wesentlich höher als der entsprechende Betrag bei den Existenzaufbauhilfe-Darlehen nach dem Soforthilfegesetz. Zweifellos machte sich auch hier die Erkenntnis der größeren Wirksamkeit höherer Einzelkredite bemerkbar. Von den bewilligten Anträgen auf Aufbaudarlehen in Nordrhein-Westfalen entfielen 35,4 % auf das Handwerk, 50,1 % auf den Handel, 4,4 % auf die Industrie und 10,1 % auf die freien Berufe. An der Gesamtzahl der bewilligten Anträge und dem Kreditbetrag waren die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen mit 35,1 % beteiligt.

Tabelle 32: Bewilligte Anträge auf Existenzaufbauhilfedarlehen nach dem SHG und Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und freien Berufe nach dem LAG in Nordrhein-Westfalen nach Wirtschaftszweigen
Stand: 30. 6. 1955

	Ins- ge- samt	davon für							
		Handwerk		Handel		Industrie		freie Berufe	
		absolut	vH Sp. 1	absolut	vH Sp. 1	absolut	vH Sp. 1	absolut	vH Sp. 1
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
I. Existenzaufbauhilfedarlehen nach d. SHG bewilligte Anträge	20 386	8 824	43,3	8 178	40,1	709	3,5	2 675	13,1
II. Aufbaudarlehen für die gewerbl. Wirtschaft und freien Berufe nach d. LAG bewilligte Anträge	16 131	5 716	35,4	8 078	50,1	712	4,4	1 625	10,1

Quelle: 1. Lastenausgleichsbank, Jahresbericht 1952 Tabelle 6. — 2. Bundesausgleichsamt, Stat. Informationen Nr. 79.

Zur Zentralisation der finanziellen Mittelvergaben für die wirtschaftliche Eingliederung von Geschädigten wurde aus Mitteln des II. ECA-Programmes am 12. 5. 1950 in Bonn die Vertriebenenbank²⁰ (Lastenausgleichsbank) in der Rechtsform einer AG gegründet. Der Bank wurden aus Mitteln der Counterpart-Funds 70,5 Mill. DM zur Kreditgewährung an Flüchtlingsbetriebe zur Verfügung gestellt. Hier-

²⁰ Vgl. für die folgenden Ausführungen auch die Veröffentlichungen der Lastenausgleichsbank.

von wurden 3 Mill. DM zur Eigenkapitalbildung der Bank und 17 Mill. DM für die Schaffung eines Garantiefonds für Bürgschaftsübernahmen der Bank verwendet. Die vorwiegend öffentlichen Aufgaben führten dazu, daß die Bank am 25. 10. 1954 in eine Anstalt öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit umgewandelt wurde. Das Eigenkapital der Bank wurde aus Mitteln des Ausgleichsfonds um 22 Mill. DM erhöht. Kapitaleigner der Bank waren nunmehr das ERP-Sondervermögen, vertreten durch den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Ausgleichsfonds, vertreten durch den Präsidenten des Bundesausgleichsamtes.

Die Aufgabe der Bank ist nicht die unmittelbare Vergabe von Finanzierungsmitteln an Geschädigte, sondern sie erfüllt den Zweck, die vom Bund aufgebrachten Förderungsmittel zusammenzufassen und an die bestehenden Bank- und Kreditinstitute der Länder zur Mittelvergabe an Geschädigte weiterzuleiten. Als Vermittler zwischen dem Bund und dem bestehenden Bank- und Kreditapparat soll die Bank außerdem dazu dienen, die Kreditbeschaffung und die Gewährung von Krediten an Geschädigte zu erleichtern. Die Mittel für die bereits behandelten Existenzaufbauhilfe-Darlehen nach dem Soforthilfegesetz und die Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz werden von der Lastenausgleichsbank treuhänderisch für das Bundesausgleichsamt verwaltet und an die Hausbanken der Geschädigten ausgezahlt. Neben diesen öffentlichen Krediten, bei denen auch die Hausbanken nur eine treuhänderische Funktion ausüben, wird durch Bürgschaftsübernahmen seitens der Lastenausgleichsbank und der Länder oder Bereitstellung von Mitteln an die Hausbanken letzteren die Kreditgewährung an Geschädigte erleichtert. Im Rahmen dieser Aktionen sind zunächst die Investitionskredite an Vertriebene zu nennen. Im Wege der Refinanzierung stellt die Lastenausgleichsbank den Hausbanken Mittel aus den ERP-Sondervermögen für Investitionskredite an Vertriebene zur Verfügung. Für diese Kredite übernimmt das Land eine 60%ige Ausfallbürgschaft und die Lastenausgleichsbank bei Eintritt der Bürgschaft eine 30%ige Entlastung des Schuldbetrages. Die Hausbank hat somit nur noch ein Eigenrisiko von 10 % zu tragen. Die Kredite sollen mit Laufzeiten von 17, 12 oder 8 Jahren vergeben werden und im Einzelfall 5000,— DM nicht unter- und 100 000,— DM nicht überschreiten. Die Tilgung beginnt nach 2 Freijahren bei einer 17jährigen Laufzeit, die ersten 4 Jahre zu je 3 % und die restlichen Jahre zu je 8 %. Bei der 12-jährigen Laufzeit muß der Betrag nach 2 Freijahren jährlich mit 10 % und bei 8-jähriger Laufzeit nach 2 Freijahren 5 Jahre mit je 16 % und das letzte Jahr mit 20 % getilgt werden. Der Zinssatz beträgt für Kredite, die vor dem 31. 3. 1955 vergeben wurden, die ersten 5 Jahre 2½ % und anschließend 4 %. Bei Krediten, die nach dem 31. 3. 1955

gewährt wurden, liegt der Zinssatz bis zum 31. 3. 1958 bei 3 % und von diesem Zeitpunkt an bei 4 %.

Im Rahmen dieser Investitionskredite wurde ein Mittelstandsprogramm ins Leben gerufen, das die Kreditvergabe an Vertriebenenbetriebe des Handwerks, der kleineren und mittleren Exportindustrie und des Fremdenverkehrsgewerbes sowie des mittelständischen Handels unterstützen sollte. Kredite an den mittelständischen Handel müssen jedoch mit 7½ % verzinst werden. Bei einer Laufzeit von 2—5 Jahren sind diese Beträge nach einem Freijahr in gleichen Halbjahresraten zu tilgen.

Außerdem wurde innerhalb der Investitionskreditaktion ein Produktivitätsprogramm in Angriff genommen, das dazu dienen soll, die Produktivität der Erzeugungs-, Verarbeitungs- und Reparaturunternehmen von Vertriebenen und Flüchtlingen zu steigern. Diese Kredite müssen mit 4 % verzinst werden und bei einer Laufzeit von 8 Jahren nach 2 tilgungsfreien Jahren in gleichen Halbjahresraten getilgt werden.

Von der Gesamtzahl der Investitionskredite, die in Nordrhein-Westfalen vergeben wurden, entfiel der größte Teil auf die Wirtschaftsgruppen Bekleidung, Textil, Bauindustrie und Handel²¹.

Neben diesen Anlagekrediten auf der Grundlage des ERP-Sondervermögens ist jedoch auch die Gewährung von Betriebsmittelkrediten an Vertriebene und andere Geschädigte von besonderer Bedeutung. Im Rahmen dieser Aktion gewährte die Hausbank Betriebsmittelkredite, die zu je 45 % von der Lastenausgleichsbank auf Grund ihres Garantiefonds und vom Land verbürgt wurden. Auch hier betrug das Eigenrisiko der Hausbank nur 10 %. Die Kredite müssen nach den bestehenden Kontokorrentbedingungen verzinst werden. Um die Gewährung von Betriebsmittelkrediten zu fördern, kann die Lastenausgleichsbank den Hausbanken auch Liquiditätsmittel, die sie aus dem Lastenausgleichsfonds zu diesem Zweck erhalten hat, zur Verfügung stellen. Der Zinssatz darf jedoch bei Gewährung von Betriebskrediten aus Liquiditätsmitteln 6¾ % nicht übersteigen.

Die Betriebsmittelkredite hatten eine Laufzeit von 3—5 Jahren und mußten vom ersten Jahr an getilgt werden. Der größte Teil der Beträge, die in Nordrhein-Westfalen bis zum 31. 12. 1954 bewilligt wurden, war in den Handel gelangt. Daneben waren auch noch in stärkerem Umfange die Getränkeindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Bauindustrie an den Beträgen der bewilligten Betriebsmittelkredite beteiligt²².

²¹ Lastenausgleichsbank: Fünfter Jahresbericht, Geschäftsjahr 1954, Tab. 1. Aufbaudarlehen (SHG, LAG) 13 693 86 096,1

²² Lastenausgleichsbank: Fünfter Jahresbericht, Geschäftsjahr 1954, Tab. 13.

Betrachtet man das Gesamtergebnis der finanziellen Leistungen der öffentlichen Hand für die Eingliederung der Vertriebenen in Industrie, Handwerk, Handel und freien Berufe, so ergibt sich, daß seit der Währungsreform bis zum 31. 3. 1955 in Nordrhein-Westfalen folgende Zuschüsse, Kredite und Bürgschaften bewilligt wurden:

Finanzierungsmittel der öffentl. Hand	Anzahl	Betrag in 1000 DM
Z u s c h ü s s e :		
(Landeszuschüsse)	30	4 060,9
K r e d i t e	37 379	230 032,3
davon:		
ERP-Vertriebenenkredite	315	13 147,0
Arbeitsplatzdarlehen	158	14 611,0
Aufbaudarlehen (SHG, LAG)	13 693	86 096,1
Darlehen aus öffentlichen Landesmitteln ..	23 201	104 323,7
(nur Existenzgründungskredite)		
Liquiditätskredite der LAB		
aus Ausgleichsmitteln	12	11 854,5
B ü r g s c h a f t e n	816	22 283,4
davon:		
Bürgschaften der LAB	371	12 255,6
Landesbürgschaften	445	10 027,8
davon		
für ERP-Kredite	230	7 436,1
für Betriebsmittelkredite der LAB	57	930,6
für Arbeitsplatzdarlehen	158	1 661,1

Zusammenfassend kann in Anbetracht der bisher untersuchten Förderungsmaßnahmen gesagt werden, daß seitens der öffentlichen Hand mannigfache Anstrengungen gemacht worden sind, um einerseits den Vertriebenen überhaupt Kapitalquellen zu erschließen und zum anderen die entstehenden Kapitalkosten zur Sicherung der Rentabilität der Betriebe in engen Grenzen zu halten, wenngleich teilweise die Kosten beispielsweise bei Betriebsmittelkrediten immer noch relativ hoch waren. Der absolute Umfang der bereitgestellten Mittel läßt jedoch erkennen, daß die begrenzten finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand nicht ausreichten, um eine entscheidende Durchfinanzierung der Vertriebenenbetriebe in dem erforderlichen Maße durchzuführen.

Hinzu kommt, daß vielfach in dem Bestreben, einem möglichst großen Personenkreis Hilfestellung zu leisten, die Mittel im Einzelfall oft sehr gering waren, so daß die Wirksamkeit der eingesetzten Beträge durch Zersplitterung beeinträchtigt wurde. Zum anderen wurden aus dem gleichen Gesichtspunkt heraus Betriebe mit geringerem Kapitalbedarf, z. B. im Bereich des Handwerks und des Handels, bevorzugt. Wenn auch in den einzelnen Zweigen des Handwerks und des Handels die wirtschaftliche Situation unterschiedlich ist, so muß dennoch beachtet werden, daß gerade in diesen Bereichen eine allgemeine Über-

besetzung festzustellen ist, die eine Errichtung neuer Betriebe vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht wünschenswert erscheinen läßt. Wenn die auf Grund öffentlicher Förderungsmaßnahmen neuerrichteten Vertriebenenbetriebe sich infolge der großen Konkurrenz nicht als lebensfähig erweisen, so würde das bedeuten, daß mit öffentlichen Mitteln Fehlinvestitionen durchgeführt wurden. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist jedoch der Einsatz öffentlicher Mittel auch dann als Fehlinvestition anzusehen, wenn die Vertriebenenbetriebe bestehen blieben, dafür aber die Kapazität bestehender Betriebe nicht mehr optimal ausgenutzt wird, oder einheimische Betriebe infolge zu großen Angebots ausscheiden müssen. Statt einer produktiven Verwendung der öffentlichen Mittel zur Hebung des gesamten Sozialprodukts wäre dann auf Kosten der Gesamtheit lediglich eine Neuverteilung bestehender Betriebsmöglichkeiten zugunsten der Vertriebenen durchgeführt worden. Die Aktionen hätten dann zwar einen sozialen Ausgleich, jedoch keinen volkswirtschaftlichen Nutzen aufzuweisen.

Die zukünftige Aufgabe der öffentlichen Hand muß somit darin gesehen werden, Vertriebenenbetrieben mit volkswirtschaftlich wichtiger Fertigung Finanzhilfen, und zwar in umfangreicherem Maße zu gewähren. Die Mittel sollten dabei nur unter dem Gesichtspunkt vergeben werden, daß mit ihrer Hilfe die Folgen des fehlenden Eigenkapitals, nämlich der hohe Anteil an Fremdkapital und die umfangreiche kurzfristige Verschuldung²³ der Vertriebenenbetriebe so weit überwunden werden, daß eine Anpassung an die Verhältnisse der einheimischen Wirtschaft erreicht wird. Letzter Sinn der Förderungsmaßnahmen muß also die Eigenkapitalbildung der Vertriebenenbetriebe sein, damit sie nach und nach in die Lage versetzt werden, auf die Vergünstigungen zu verzichten und die normale Belastung des Wirtschaftslebens zu tragen. Vom Standpunkt der theoretischen Volkswirtschaftslehre würde das also bedeuten, daß Vertriebenenbetriebe, die infolge ihrer Kapitalkosten zu Grenzbetrieben wurden oder nur geringe Gewinne realisieren konnten, nunmehr durch Finanzierungshilfen Gewinne bzw. höhere Gewinne erwirtschaften und damit die Möglichkeit haben, Eigenkapital zu bilden, womit die Voraussetzung zur Anpassung der Kostenkurven zwischen den Vertriebenen- und Einheimischen-Betrieben gegeben wäre.

Neben den Maßnahmen zur Überwindung der Eigenkapitallücke durch finanzielle Hilfen zur Kapitalbeschaffung und Herabsetzung der Kapitalkosten wurden außerdem noch Förderungsmaßnahmen auf steuerlichem Gebiet getroffen. Auf Grund der Einkommensteuernovelle zum Bundesvertriebenengesetz wurden für Vertriebene und Flüchtlinge die §§ 7a, 7e und 10a EStG wieder in Kraft gesetzt. Nach den

²³ Lastenausgleichsbank: Volkswirtschaftliche Berichte Jahrg. 1954 Heft 1.

§§ 7a und 7e EStG (Fassung vom 15. 9. 1953) sind in Vertriebenen- und Flüchtlingsbetrieben für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bzw. für Betriebsgebäude in den ersten 2 Jahren nach Anschaffung bzw. Errichtung Sonderabschreibungen zulässig. Da es sich hierbei jedoch mehr um einen Steuerekredit handelt, dienen diese Maßnahmen in erster Linie dazu, die Liquidität der Betriebe zu erhöhen, eine echte Eigenkapitalbildung wird dadurch nicht unmittelbar gefördert²³. Anders ist dagegen die Geltung des § 10a EStG zu bewerten. Hiernach bleiben 50 % des nicht entnommenen Gewinns steuerfrei. Zweifellos wird sich infolge der progressiven Einkommensteuertarife diese Vergünstigung in umfangreicherem Maße für Betriebe auswirken, die schon hohe Gewinne zu verzeichnen haben, so daß damit den Betrieben geholfen wird, die ohnehin schon in der Lage sind, in gewissem Umfange Eigenkapital zu bilden. Die bedürftigen Betriebe aber, bei denen das fehlende Eigenkapital oft gerade die Ursache für geringere Rentabilität ist, können nur in beschränktem Umfange in den Genuß der Vergünstigungen gelangen. Veränderungen der steuerfreien Beträge könnten hier eine wirksame Hilfe zur Eigenkapitalbildung und damit zur Rentabilität gerade der Betriebe sein, die eine zu kurze Eigenkapitaldecke aufweisen.

Wie sich aus dem Vorstehenden ergibt, werden noch auf lange Zeit hinaus umfangreiche Maßnahmen der öffentlichen Hand erforderlich sein, um das finanzielle Problem der Vertriebenenbetriebe zu meistern. Auch weiterhin wird die öffentliche Hand nur in der Lage sein, Hilfestellung zu leisten, die Hauptaufgabe wird nach wie vor der Eigeninitiative und der Unternehmerfähigkeit der Vertriebenen zufallen.

b) Die Vertriebenenbetriebe in Nordrhein-Westfalen

b 1) Die Flüchtlingsunternehmungen in Nordrhein-Westfalen am 13. 9. 1950

Auf Grund der hohen industriellen Kapazität, die das Land Nordrhein-Westfalen infolge seiner großen Industriezentren zu verzeichnen hat, kommt diesem Land auch im Rahmen des gesamten Bundesgebietes eine besonders große Bedeutung zu. Mit 4 747 230 Beschäftigten in 554 160 nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten entfielen am 13. 9. 1950 allein auf Nordrhein-Westfalen 31,6 % der Gesamtzahl der im Bundesgebiet in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten beschäftigten Personen. 2,2 Millionen Beschäftigte hatte allein die Industrie (einschl. Bergbau) in Nordrhein-Westfalen aufzuweisen²⁴. In den vergangenen Jahren hat das Land Nordrhein-Westfalen auch in besonderem Maße zu dem Auf- und Ausbau des Produktionsvolumens des

²⁴ Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen: in „Stat. Rundschau“, 4. Jahrg. 1952 3. Sonderheft.

Bundesgebietes beigetragen, wodurch letztlich auch erst vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus eine Eingliederung der Vertriebenen erfolgen konnte. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs, der sich vor allem auch in Nordrhein-Westfalen bemerkbar machte, wurden in Nordrhein-Westfalen neben Produktionsausweitungen bestehender Betriebe vom 31.12.1944 — 13.9.1950 147 579 neue Arbeitsstätten gegründet, unter denen sich auch 9869 also 6,7 % Ersatzarbeitsstätten befanden, die früher in den Gebieten östlich der Oder/Neiße und im Ausland bestanden hatten. In den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und Wirtschaftsgruppen lassen sich allerdings z. T. starke Abweichungen von diesem 6,7 %igen durchschnittlichen Anteilsatz feststellen. Bei dem verarbeitenden Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung) erreichte dieser Satz z. B. 9,1 %, wobei insbesondere das Bekleidungs-

Tabelle 33: Arbeitsstätten, die nach dem 31.12.1944 in Nordrhein-Westfalen gegründet wurden, und die darunter befindlichen Ersatzarbeitsstätten, die vorher in den Gebieten östlich der Oder/Neiße und im Ausland bestanden
Stand: 13.9.1950

Wirtschaftsabteilung Wirtschaftszweig	Arbeits- stätten nach dem 13.12.44 gegründet	davon	
		Ersatzarbeitsstätten, die vorher in den Gebieten östl. der Oder- Neiße u. im Ausland bestanden	
		absolut	vH Sp. 1
	1	2	3
Wirtschaftsabteilungen insgesamt	147 579	9 869	6,7
davon: Nichtlandwirtschaftl. Tierzucht, Gärtnerei			
Hochsee-, Küsten- u. Binnenfischerei	702	29	4,1
Bergbau, Gewinnung v. Steinen u. Erden, Ener- giewirtschaft	1 228	50	4,1
Eisen-, Metallherzeugung u. -verarbeitung	11 535	568	4,9
darunter: Straßen- u. Luftfahrzeugbau	2 202	118	5,4
Feinmechanik u. Optik	1 558	155	9,9
Verarbeitende Gewerbe (ohne Eisen- u. Metall- verarbeitung)	32 284	2 951	9,1
darunter: Holzverarbeitung	5 988	347	5,8
Lederherzeugung u. -verarbeitung	3 986	512	12,8
Bekleidungsgewerbe	13 372	1 464	10,9
Fleisch- u. Fischverarb., Milchverw., Öl u. Fett, Zucker	1 778	144	8,1
Bau-, Ausbau-, Bauhilfsgewerbe	14 042	986	7,0
darunter: Hoch-, Tief- u. Ingenieurbau	5 234	405	7,7
Bauinstallation	2 630	155	5,9
Ausbaugewerbe	4 561	235	5,2
Handel, Geld- u. Versicherungswesen	56 336	2 951	5,2
darunter: Binnengroßhandel u. Verlagswesen	8 387	637	7,6
Einzelhandel	32 488	1 672	5,1
Handelsvertretung, Vermittlung, Werbung	14 728	601	4,1
Dienstleistungen (ohne öffentliche Dienste u. Dienstleistungen im öffentlichen Interesse)	12 469	678	5,4
darunter: Kunst, private Forschung, Theater, Film, Rundfunk, Schausstellung	2 521	214	8,5
Friseurgewerbe u. Schönheitssalons	3 102	250	8,1
Verkehrswirtschaft ¹	6 567	333	5,1
darunter: Straßenverkehr	5 630	280	5,0
Öffentliche Dienste u. Dienstleistungen im öffentlichen Interesse ²	12 416	1 323	10,7
darunter: Rechts- u. Wirtschaftsberatung	3 479	269	7,7
Gesundheitswesen u. Hygiene	7 811	1 033	13,2

Anm. 1 Ohne Deutsche Bundespost und Deutsche Bundesbahn, Verwaltungsdienst von Schifffahrt, Wasserstraßen und Hafenwesen.

Anm. 2 Ohne öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung.

Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950 Heft 14.

gewerbe mit 10,9 % und die Ledererzeugung und -verarbeitung mit 12,8 % hervortraten. Bei den öffentlichen Diensten und den Dienstleistungen im öffentlichen Interesse war der Anteil mit 10,7 % ebenfalls wesentlich höher. Hier war insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens und der Hygiene eine hohe Beteiligung von 13,2 % zu verzeichnen. Bei einzelnen Wirtschaftsgruppen, wie Friseurgewerbe und Schönheitssalons, sowie Fleischverarbeitung und in den Gruppen Kunst, private Forschung, Theater, Film, Rundfunk und Schau- stellung sowie Feinmechanik und Optik waren ebenfalls überdurchschnittliche Anteilsätze von 8,1—9,9 % festzustellen. Absolut gesehen war der größte Teil dieser Ersatzarbeitsstätten im Bereich des Handels, des Geld- und Versicherungswesens, im öffentlichen Dienst und bei den Dienstleistungen im öffentlichen Interesse (ohne öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung) sowie im verarbeitenden Gewerbe, hier besonders im Bekleidungsgewerbe gegründet worden. Die regionale Verteilung der in Nordrhein-Westfalen errichteten Ersatzarbeitsstätten, die vorher in den Gebieten östlich der Oder/Neiße und im Ausland bestanden, entsprach am 13. 9. 1950 im allgemeinen der regionalen Verteilung der Vertriebenenbevölkerung in Nordrhein-Westfalen.

Tabelle 34: Die regionale Verteilung der Arbeitsstätten, die nach dem 31. 12. 1944 in Nordrhein-Westfalen gegründet wurden, und die darunter befindlichen Ersatzarbeitsstätten, die vorher in den Gebieten östlich der Oder/Neiße und im Ausland bestanden. Stand: 13. 9. 1950

Gebiet	Arbeits- stätten nach dem 31.12.44 gegründet		davon			Vertrie- benen- bevölke- rung in vH	Vertrie- bene in vH der Gesamt- bevölg.
			Ersatzarbeitsstätten die vorher in den Gebieten östl. der Oder- Neiße u. im Ausland bestanden				
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	vH Sp. 1		
Reg.-Bez. Düsseldorf	49 886	33,8	2 455	24,9	4,9	24,3	7,5
Reg.-Bez. Köln	22 181	15,0	1 020	10,3	4,6	10,9	8,7
Reg.-Bez. Aachen	8 509	5,8	364	3,7	4,3	3,6	6,1
Landesteil Nordrhein	80 576	54,6	3 839	38,9	4,8	38,8	7,7
Reg.-Bez. Arnsberg	32 032	21,7	2 392	24,2	7,5	24,9	10,9
Reg.-Bez. Detmold	18 075	12,3	2 122	21,5	11,7	18,8	16,7
Reg.-Bez. Münster	16 896	11,4	1 516	15,4	9,0	17,5	12,2
Landesteil Westfalen	67 003	45,4	6 030	61,1	9,0	61,2	12,6
Nordrhein-Westfalen	147 579	100,0	9 869	100,0	6,7	100,0	10,1
davon: Ruhrsiedlungsverbd.	38 079	25,8	2 008	20,3	5,3	27,4	8,2
Stadtkreise	72 625	49,2	3 551	36,0	4,9	33,6	7,0
Landkreise	74 954	50,8	6 318	64,0	8,4	66,4	12,9

Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950 Heft 14.

Abgesehen von diesen Ersatzarbeitsstätten wurden jedoch auch andere Betriebe von Vertriebenen übernommen oder neu gegründet. Die bereits aufgeführten Schwierigkeiten, die sich den Vertriebenen bei Gründung oder Übernahme von gewerblichen Betrieben entgegenstellten, führten jedoch dazu, daß eine Eingliederung der Vertriebenen auf diesem Gebiet auch in Nordrhein-Westfalen nicht stattfinden konnte.

Zum Zeitpunkt der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung am 13.9.1950 wurden in Nordrhein-Westfalen 488 515 Unternehmungen gezählt, die von einer oder mehreren Personen oder als offene Handelsgesellschaft bzw. Kommanditgesellschaft betrieben wurden. Von dieser Gesamtzahl waren nur 16 162 Flüchtlingsunternehmungen²⁵. Der Anteil von 3,3 % lag damit erheblich unter dem Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung, der zu diesem Zeitpunkt in Nordrhein-Westfalen 10,1 % betrug. Ebenso wie bei den Ersatzarbeitsstätten zeigten sich in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und -gruppen allerdings Abweichungen von dem festgestellten 3,3%igen Durchschnittssatz. In der Abteilung „Öffentliche Dienstleistungen und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse“ (ohne öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung), im Bereich „Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei, Tierzucht, Hochsee-Küsten- und Binnenfischerei“ sowie in der Abteilung „Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft“ lag der Anteil der Flüchtlingsunternehmungen mit 6,2 %, 4,3 % und 3,8 % über dem Durchschnitt. Beim „Handel, Geld- und Versicherungswesen“ lag der Anteil mit 3,5 % ebenfalls etwas über dem Durchschnitt. Von den größeren Wirtschaftsgruppen dieser Abteilung zeigte der Einzelhandel mit 2,9 % einen unterdurchschnittlichen, die Gruppe der Handelsvertretungen, Vermittlungen und Werbungsverleih sowie die Gruppe des Binnengroßhandels und Verlagswesens mit 5,4 % und 4,3 % einen überdurchschnittlichen Anteil an Flüchtlingsunternehmungen. In der Wirtschaftsabteilung „Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)“, die eine dem Durchschnitt entsprechende Beteiligung der Flüchtlingsunternehmungen von 3,3 % aufzuweisen hatte, zeigten die Wirtschaftsgruppen des Bekleidungsgewerbes und der Ledererzeugung und -verarbeitung mit 4,8 % und 3,8 % einen überdurchschnittlichen, die Holzverarbeitung dagegen mit 2,1 % einen unterdurchschnittlichen Anteilsatz.

Absolut entfiel von den 16 162 Flüchtlingsunternehmungen der größte Teil auf die Wirtschaftsabteilungen „Handel, Geld und Versicherungswesen“, in der 6141 Flüchtlingsunternehmungen festgestellt wurden und auf die Abteilung „Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)“, in der 4035 Flüchtlingsunternehmungen zu verzeichnen waren. Von den Unternehmungen der letztgenannte Wirtschaftsabteilung gehörten 3373 zum Einzelhandel und 1875 zum Bekleidungsgewerbe.

²⁵ Nur Personenfirmen und Personalgesellschaften, deren Inhaber zu 50 vH und mehr Heimatvertriebene sind.

Tabelle 35: Nichtlandwirtschaftliche Unternehmungen und Flüchtlingsunternehmungen in Nordrhein-Westfalen, die von einer oder mehreren Personen oder als offene Handelsgesellschaft betrieben werden am 13. 9. 1950 nach Wirtschaftsabteilungen und -gruppen

Wirtschaftsabteilung bzw. Wirtschaftsgruppe	Von einer od. mehrer. Pers. od. als offene Handelsgesellsch. be- triebene Unternehm.		davon Flüchtlingsunternehmungen ^{c)}			
	Unter- nehm.	mit . . . Beschäft.	Unternehmen		mit . . . Besch.	
			ab- solut	vH Sp. 1	ab- solut	vH Sp. 2
	1	2	3	4	5	6
Abteilungen insgesamt	488 515	2 481 854	16 162	3,3	77 045	3,1
davon:						
Nichtlandwirtschaft. Gärtn., Tierz., Hochsee-, Küsten-, Bin- nenfischerei	1 757	4 375	76	4,3	149	3,4
Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden, Energiewirtschaft	3 366	43 793	128	3,8	1 672	3,8
Eisen-, Metallerzeugung und -verarbeitung	35 770	455 751	954	2,7	12 157	2,7
Verarbeit. Gewerbe (ohne Eisen- u. Metallverarbeitung)	121 762	767 663	4 035	3,3	21 681	2,8
darunter:						
Holzverarbeitung	21 587	129 399	464	2,1	1 921	1,5
Ledererzeugung u. -verarb.	17 130	47 760	648	3,8	1 282	2,7
Bekleidungsgewerbe	39 060	141 447	1 875	4,8	6 923	4,9
Bau-, Ausbau- u. Bauhilfsgew.	46 179	391 388	1 385	3,0	17 489	4,5
Handel, Geld- und Versiche- rungswesen	174 624	535 967	6 141	3,5	16 364	3,1
darunter:						
Binnengroßhandel und Ver- lagswesen	27 797	150 570	1 184	4,3	5 078	3,4
Einzelhandel	177 345	333 341	3 373	2,9	8 731	2,6
Handelsvertretung, Vermitt- lung, Werbungsverleih	28 136	44 863	1 518	5,4	2 220	4,9
Dienstleistungen	57 119	169 360	1 086	1,9	2 928	1,7
Verkehrswirtschaft ^{a)}	19 355	51 415	593	3,1	1 104	2,1
darunter:						
Straßenverkehr	15 747	32 712	506	3,2	848	2,6
öff. Dienst u. Dienstleistungen im öff. Interesse ^{b)}	28 583	62 142	1 764	6,2	3 501	5,6
darunter:						
Rechts- u. Wirtschaftsberatg.	8 360	23 149	524	6,3	1 307	5,6
Gesundheitswesen u. Hygiene	19 415	37 100	1 211	6,2	2 139	5,8

a) Ohne Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn, ohne Verwaltungsdienst von Schifffahrt, Wasserstraßen und Hafenwesen. — b) Ohne öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung. — c) Nur Einzelfirmen und Personalgesellschaften, deren Inhaber zu 50 % oder mehr Heimatvertriebene sind.

Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950 Heft 14 Teil 3 „Die nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsstätten in Nordrhein-Westfalen“.

b 2) Die Vertriebenen-Industriebetriebe 1951—1954

Auf Grund der Zusatzerhebung zur Industrierichterstattung wurden Ende November 1951 in Nordrhein-Westfalen 14 597 Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten gezählt, von denen 330 (2,3 %) Vertriebenenbetriebe²⁶ waren. Bis Ende September 1954 war die Zahl dieser Vertriebenenbetriebe auf 439 angestiegen, und der Anteil an der Gesamtzahl der entsprechenden Betriebe in Nordrhein-Westfalen betrug damit zu diesem Zeitpunkt 2,8 %. Wenn man bedenkt, daß die Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung am 31.12.1954 mit 13,5 %

Tabelle 36: Betriebe und Vertriebenenbetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten in der Industrie Nordrhein-Westfalens im November 1951 und September 1954

Stichtag	Betriebe	davon Vertriebenen-Betriebe		Beschäftigte in allen Betrieben	davon in Vertriebenen-Betrieben		Ø Beschäftigte je Betrieb	Ø Beschäftigte je Vertriebenen-Betrieb
		absolut	vH Sp. 1		absolut	vH Sp. 4		
	1	2	3	4	5	6	7	8
Nov. 1951	14 597	330	2,3	2 200 306	19 209	0,9	151	58
Sept. 1954	15 743	439	2,8	2 468 432	28 589	1,2	157	65

Quelle: 1. Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in „Stat. Informationen“ Reihe: B 2 31/1/52 vom 10. 4. 1952. — 2. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte I 7 b — 6884 — 3415/55 v. 30. 7. 1955.

beteiligt waren, so erkennt man deutlich, in welch geringem Umfange die Vertriebenen im Bereich der mittleren und größeren Industrien einen selbständigen Betrieb aufbauen konnten. Untersucht man die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten pro Betrieb innerhalb der Betriebsgrößenklasse von 10 und mehr Beschäftigten, so kann man weiterhin feststellen, daß es sich bei den Vertriebenenbetrieben um wesentlich kleinere Betriebe handelt als bei den übrigen Betrieben des Landes. Während im Durchschnitt auf die Betriebe der genannten Größenklasse in Nordrhein-Westfalen im September 1954 157 Beschäftigte entfielen, hatten die entsprechenden Vertriebenenbetriebe nur durchschnittlich 65 Beschäftigte aufzuweisen. Zum großen Teil wird diese hohe Diskrepanz allerdings in Nordrhein-Westfalen durch die Großbetriebe im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Metallgewinnung, die sich naturgemäß nicht in Händen von Vertriebenen befinden, hervorgerufen. Auf Grund der großen wirtschaftlichen Bedeutung der beiden genannten Industriegruppen (fast $\frac{1}{3}$ der Beschäftigten in der Industrie des Landes entfielen auf den Kohlenbergbau und die Eisen-

²⁶ Vertriebenen-Betriebe sind Betriebe, deren Inhaber Vertriebene oder (bei Personal- und Kapitalgesellschaften) an dessen Kapital zu mehr als 50 % Vertriebene beteiligt sind.

und Metallgewinnung) ist es auch zu verstehen, daß der Umsatz-Anteil der Vertriebenen-Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten an dem Gesamtumsatz der entsprechenden Betriebe in Nordrhein-Westfalen im September 1954 nur 1,0 % betrug.

Im Bereich der Klein-Industrie sind die Vertriebenen dagegen in wesentlich stärkerem Umfange vertreten. Im September 1952 waren in Nordrhein-Westfalen 13918 Industriebetriebe mit 1—9 Beschäftigten gezählt worden, von denen 513 (3,7 %) auf Vertriebenenbetriebe entfielen. Bis zum September 1954 war die Zahl der Vertriebenenbetriebe auf 662 gestiegen, und der Anteil an der Gesamtzahl lag nunmehr bei 4,9 %. Obwohl dieser Anteil erheblich über dem entsprechenden Satz bei den Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten lag, war er ebenfalls noch wesentlich kleiner als der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung, der am 31.12.1954 mit 13,5 % ausgewiesen wurde. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung waren die Vertriebenenbetriebe den übrigen Betrieben dieser Größenklasse völlig gleichwertig. Im Durchschnitt aller Betriebe dieser Größenklasse entfielen im September 1954 in Nordrhein-Westfalen 6 Beschäftigte auf einen Betrieb. Bei den Vertriebenenbetrieben lag dieser Durchschnitt bei 7 Beschäftigten. An dem Gesamtumsatz dieser Betriebe waren die Vertriebenen mit 4,8 %, also ungefähr ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe mit 1—9 Beschäftigten, beteiligt.

Infolge der schon erwähnten mannigfachen Schwierigkeiten, mit denen die Vertriebenen bei dem Aufbau oder der Übernahme bestehender Industriebetriebe zu kämpfen hatten, ist es erklärlich, daß auch in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Vertriebenenbetriebe mit 1—9 Beschäftigten stärker zugenommen hat als die mit 10 und mehr Beschäftigten. So zeigten die ersteren in der Zeit von Ende September 1952 bis Ende September 1954 einen Zuwachs von 149 (29,0 %) Betrieben, die letzteren dagegen nur eine Zunahme von 71 (19,3 %). Zweifellos ergab sich im Rahmen der kleineren Betriebe für die Vertriebenen immer noch eher eine Möglichkeit, einen Betrieb aufzubauen oder zu übernehmen. Dennoch waren die absoluten Zunahmen der Vertriebenenbetriebe im Vergleich zu der stark anwachsenden Vertriebenenbevölkerung in Nordrhein-Westfalen auch innerhalb der Klein-Industrie nur sehr gering. Nach wie vor lag die Möglichkeit einer Eingliederung der nach Nordrhein-Westfalen zuwandernden Vertriebenenbevölkerung in erster Linie auf dem Gebiet der unselbständigen Tätigkeit.

Betrachtet man nunmehr die regionale Verteilung aller Vertriebenenbetriebe im Bereich der Industrie des Landes Nordrhein-Westfalen, so läßt sich auf der Grundlage der Industrieberichterstattung Ende Sep-

tember 1953 feststellen, daß die beiden Landesteile Nordrhein und Westfalen etwa die gleiche Anzahl an Vertriebenenbetrieben aufzuweisen hatten.

Tabelle 37: Betriebe und Vertriebenenbetriebe in der Industrie Nordrhein-Westfalens sowie die darin Beschäftigten und getätigten Umsätze in 1000 DM im September 1952 und September 1954 nach Betriebsgrößenklassen

	Be- triebe in- gesamt	davon		Beschäf- tigte in allen Be- trieben	davon in		Umsatz in allen Betrie- ben in 1000 DM	davon in		Ø Beschäf- tigte je	
		Vertriebe- nenbetriebe	v.H. Sp. 1		Vertriebe- nenbetrieben	v.H. Sp. 4		Vertriebe- nenbetrieben	v.H. Sp. 7	Betr. all- gem.	Vertrie- benen- betrieb
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Betriebe mit 1—9 Be- schäftigten											
Sept. 1952	13 918	513	3,7	84 740	3 673	4,3	122 909	4 910	4,0	6	7
Sept. 1954	13 465	662	4,9	85 046	4 614	5,4	131 649	6 376	4,8	6	7
Zu- bzw. Abnahme	—3,3%	+29,0%	—	+ 0,4%	+25,6%	—	+ 7,1%	+29,9%	—	—	—
Betriebe m. 10 u. mehr Beschäftigten . . .											
Sept. 1952	15 216	368	2,4	2 278 859	21 431	0,9	4 451 747	32 397	0,7	150	58
Sept. 1954	15 743	439	2,8	2 468 432	28 559	1,2	5 121 339	53 548	1,0	157	65
Zu- bzw. Abnahme	+3,5%	+19,3%	—	+ 8,3%	+33,3%	—	+15,0%	+65,3%	—	—	—

Quelle: Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte 7 b — 6884 — 3415/55 vom 30. 7. 1955.

Innerhalb der Regierungsbezirke hatte Düsseldorf mit 308 Vertriebenen-Industriebetrieben die größte Zahl solcher Betriebe zu verzeichnen. An zweiter und dritter Stelle standen mit 187 und 173 Vertriebenenbetrieben die Regierungsbezirke Arnsberg und Detmold. Setzt man jedoch die Vertriebenenbetriebe zu der Gesamtzahl der Industriebetriebe in den einzelnen Bezirken des Landes ins Verhältnis, so zeigen die Regierungsbezirke Münster, Detmold, Aachen und Köln überdurchschnittliche Vertriebenenanteile von 5,9 %, 4,9 %, 4,2 % und 3,8 %. Die Regierungsbezirke Düsseldorf und Arnsberg hatten dagegen nur Anteile von 2,6 % und 3,0 % aufzuweisen. Dieses Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß die Vertriebenenbetriebe in den stärker industrialisierten Gebieten weniger ins Gewicht fallen. Im Hinblick auf die absoluten Zahlen der Vertriebenenbetriebe in den verschiedenen Regierungsbezirken des Landes ist jedoch auffallend, daß die in den nordrheinischen Bezirken bestehenden Vertriebenenbetriebe an der Gesamtzahl dieser Betriebe in Nordrhein-Westfalen in stärkerem Umfange beteiligt waren als die Vertriebenenbevölkerung dieser Bezirke an der Gesamtzahl der Vertriebenen des Landes. In den Bezirken des Landesteiles Westfalen war mit Ausnahme des Bezirks Detmold dagegen das umgekehrte Bild zu beobachten. Zweifellos machten sich hier schon in gewissem Umfange die günstigeren Standortbedingungen bemerkbar. Bezüglich der Verteilung der Vertriebenenbetriebe auf die Stadt- und Landkreise läßt sich im Landesdurchschnitt eine absolut stärkere Besetzung der Landkreise feststellen. Hier wirkte sich noch

die Tatsache aus, daß auch die Vertriebenenbevölkerung in stärkerem Umfange in den Landkreisen ansässig war. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang allerdings, daß die Zahl der Vertriebenenbetriebe im Verhältnis zu der Vertriebenenbevölkerung doch schon, wenn auch nur in geringfügigem Maße, in den Stadtkreisen größer war als in den Landkreisen. Auch der Anteil der Vertriebenenbetriebe an der Gesamtindustrie war ebenso wie die Beteiligung der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung in den Stadtkreisen geringer als in den Landkreisen. In einzelnen Regierungsbezirken wie Aachen, Münster und Arnsberg konnte man jedoch schon die umgekehrte Situation beobachten, obgleich auch hier der Bevölkerungsanteil der Vertriebenen in den Landkreisen höher war.

Tabelle 38: Regionale Verteilung der Betriebe und Vertriebenenbetriebe in der Industrie Nordrhein-Westfalens im September 1953 und die regionale Verteilung der Vertriebenenbevölkerung in vH sowie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung am 31. 12. 1953

Verwaltungsbezirk	Industrie- betriebe insgesamt	davon			Vertriebenen- bevölkerung	
		Vertriebenenbetriebe			i. vH des Landes	i. vH der Gesamt- bevölg.
		absolut	Anteil	vH Sp. 1		
	1	2	3	4	5	6
Reg.-Bez. Düsseldorf	11 865	308	31,3	2,6	29,0	11,3
Kreisfreie Städte	8 958	192	19,5	2,1	18,0	10,1
Landkreise	2 907	116	11,8	4,0	11,0	14,0
Ruhrsiedlungsverband	1 680	64	6,5	3,8	11,2	10,7
Reg.-Bez. Köln	3 392	128	13,0	3,8	11,1	11,2
Kreisfreie Städte	1 593	51	5,2	3,2	3,7	8,5
Landkreise	1 799	77	7,8	4,3	7,4	13,3
Reg.-Bez. Aachen	1 347	56	5,7	4,2	3,7	8,1
Kreisfreie Städte	355	18	1,8	5,1	0,6	7,1
Landkreise	992	38	3,9	3,8	3,1	8,3
Reg.-Bez. Münster	2 233	132	13,4	5,9	15,9	14,3
Kreisfreie Städte	777	69	7,0	8,9	5,9	13,0
Landkreise	1 456	63	6,4	4,3	10,0	15,2
Ruhrsiedlungsverband	675	58	5,9	8,6	6,9	13,7
Reg.-Bez. Detmold	3 541	173	17,6	4,9	15,2	18,2
Kreisfreie Städte	701	21	2,2	3,0	2,4	20,1
Landkreise	2 840	152	15,4	5,4	12,8	17,9
Reg.-Bez. Arnsberg	6 162	187	19,0	3,0	25,1	14,0
Kreisfreie Städte	2 369	79	8,0	3,3	12,8	13,3
Landkreise	3 793	108	11,0	2,8	12,3	14,8
Ruhrsiedlungsverband	2 554	89	9,0	3,5	14,8	13,0
Landesteil Nordrhein	16 604	492	50,0	3,0	43,8	10,9
Kreisfreie Städte	10 906	261	26,5	2,4	22,3	9,7
Landkreise	5 698	231	23,5	4,1	21,5	12,5
Ruhrsiedlungsverband	1 680	64	6,5	3,8	11,2	10,7
Landesteil Westfalen	11 936	492	50,0	4,1	56,2	15,0
Kreisfreie Städte	3 847	169	17,2	4,4	21,1	13,7
Landkreise	8 089	323	32,8	4,0	35,1	15,9
Ruhrsiedlungsverband	3 229	147	14,9	4,6	21,7	13,2
Nordrhein-Westfalen	28 540	984	100,0	3,4	100,0	12,9
Kreisfreie Städte	14 753	430	43,7	2,9	43,3	11,3
Landkreise	13 787	554	56,3	4,0	56,7	14,4
Ruhrsiedlungsverband	4 909	211	21,4	4,3	32,9	12,2

Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in Stat. Informationen Reihe B 2/31/1/54 vom 25. 6. 1954.

Tabelle 39: Betriebe und Vertriebenenbetriebe sowie die darin Beschäftigten in der Industrie Nordrhein-Westfalens im September 1953 nach Industriegruppen und -zweigen

Industriezweig und -gruppe	Betriebe ins- gesamt	davon Vertriebenen- betriebe		Beschäftigte in allen Be- trieben	davon in Vertriebenen- betrieben		Ø Beschäftigte in	
		absolut	vH Sp. 1		absolut	vH Sp. 4	Betrieb. all- gemein	Vertrie- benen- betrieb.
	1	2	3	4	5	6	7	8
Gesamtindustrie	28 540	984	3,4	2 449 444	30 814	1,3	86	31
davon:								
Bergbau, Industrie von Steinen und Erden	2 194	89	4,1	616 105	1 690	0,3	281	19
davon:								
Bergbau	295	1	0,3	552 077	.		1 871	.
Industrie von Steinen u. Erden	1 899	88	4,6	64 028	1 690	2,6	34	19
Eisen-, Metallerzeugung und -ver- arbeitung	10 737	241	2,2	983 861	7 722	0,8	92	32
davon:								
Eisen-, Stahl-, Metallgewinnung Stahl-, Maschinen-, Fahrzeug- u. Schiffsbau	1 122	18	1,6	317 894	359	0,1	283	20
darunter:								
Maschinenbau	2 958	88	3,0	338 324	4 911	1,5	114	56
darunter:								
Maschinenbau	2 089	61	2,9	215 192	3 292	1,5	103	54
Elektrotechnik	898	41	4,6	97 697	1 090	1,1	109	27
Feinmechanik und Optik	226	10	4,4	8 440	256	3,0	37	26
Eisen-, Stahl-, Blech-, Metall- warenindustrie	5 533	84	1,5	221 506	1 106	0,5	40	13
darunter:								
Blechwaren und Feinblech- packungsindustrie	605	25	4,1	35 565	490	1,4	59	20
Metallwaren und Kurzwaren- industrie	910	15	1,6	36 579	301	0,8	40	20
Verarbeitende Industrie (ohne Eisen-, Stahl-, Blech-, Metallwaren)	15 609	654	4,2	849 478	20 634	2,4	54	32
davon:								
Herstellung v. Musikinstr., Spiel- waren, Schmuck, Sportgeräte ..	74	6	8,1	2 680	310	11,6	36	52
Chemische Industrie	1 247	55	4,4	126 134	456	0,4	101	8
Mineralölverarbeitung, Kohlen- wertstoffindustrie	44	—	—	13 902	—	—	316	.
Feinkeramische u. Glasindustrie ..	252	28	11,1	32 131	1 111	3,5	128	40
darunter:								
Glasindustrie	152	27	17,8	23 955	1 111	4,6	158	41
Holzbe- und verarbeitende In- dustrie	2 125	55	2,6	77 530	1 447	1,9	37	26
darunter:								
Holzverarbeitende Industrie ..	1 454	44	3,0	58 536	1 094	1,9	40	25
Papierherzeugung u. -verarbeitg., Druckerei und Vervielfältigung ..	2 442	66	2,7	85 630	1 404	1,6	35	21
darunter:								
Papierverarbeitende Industrie ..	538	27	5,0	26 506	966	3,6	49	36
Druckerei u. Vervielfältigungs- industrie	1 790	38	2,1	39 008	438	1,1	22	12
Kunststoff-, Kautschuk- und Asbestindustrie	389	18	4,6	22 261	466	2,1	57	26
darunter:								
Kunststoffverarb. Industrie ..	288	17	5,9	10 576	466	4,4	37	27
Ledererzeugende und -verarbeit- ende Industrie, Schuhindustrie ..	625	15	2,4	25 888	259	1,0	41	17
Bekleidungsindustrie, Wäscherei, Färberei, Chem. Reinigung	2 254	164	7,3	106 045	6 460	6,1	47	39
darunter:								
Bekleidungsindustrie	2 004	158	7,9	95 779	6 307	6,6	48	40
Textilindustrie	2 863	166	5,8	241 292	7 733	3,2	84	47
Nahrungs- u. Genußmittelind. ..	3 294	81	2,5	115 985	988	0,9	35	12
darunter:								
Nährmittelindustrie	62	5	8,1	3 150	20	0,6	51	4
Süßwarenindustrie	216	12	5,6	24 278	365	1,5	113	30
Spiritus- und weinverarb. Ind. ..	586	38	6,5	6 781	324	4,8	12	9
Tabakverarbeitende Industrie ..	623	7	1,1	16 627	214	1,3	27	31

Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen in Stat. Informationen Reihe B 2/31/1/54 vom 25. 6. 1954.

Bei einer Untersuchung der Branchenzugehörigkeit aller Vertriebenen-Industriebetriebe Nordrhein-Westfalens im September 1953 kann man feststellen, daß das Schwergewicht der Vertriebenenindustrie im Bereich der verarbeitenden Industrie liegt, auf die allein 654 Betriebe von insgesamt 984 Betrieben entfielen. Besonders auffallend ist die verhältnismäßig hohe Zahl von 324 Vertriebenenbetrieben in der Bekleidungs- und Textilindustrie, die damit fast $\frac{1}{3}$ aller Vertriebenenbetriebe des Landes auf sich vereinigt. Daneben sind in umfangreichem Maße Vertriebenenbetriebe in der Industrie von Steinen und Erden, im Maschinenbau, in der Nahrungs- und Gnußmittelindustrie (Spiritus- und weinverarbeitende Industrie, Süßwarenindustrie) sowie in der Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarenindustrie (Blechwaren- und Feinblechpackungsindustrie, Metallwaren- und Kurzwarenindustrie) und in der papierverarbeitenden, Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie, in der chemischen Industrie und holzverarbeitenden Industrie festzustellen. Vergleicht man den Anteil der Vertriebenenbetriebe an der Gesamtzahl der Industriebetriebe in den einzelnen Industriegruppen, so hatten neben der Textil- und Bekleidungsindustrie auch noch verschiedene andere Industriegruppen einen hohen Anteil an Vertriebenenbetrieben zu verzeichnen, der erheblich über dem durchschnittlichen Landesanteil von 3,4 % lag. In der Glasindustrie, Nahrungsmittelindustrie, sowie in der Gruppe der Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren-, Turn- und Sportgeräteindustrie lag dieser Anteil bei 17,8 % und 8,1 %. Mit 6,5 %—4,1 % war der Anteil der Vertriebenenbetriebe ebenfalls bei der Spiritus- und weinverarbeitenden Industrie, der kunststoffverarbeitenden Industrie, der Süßwarenindustrie sowie der papierverarbeitenden Industrie, der Industrie von Steinen und Erden, der elektrotechnischen Industrie, der feinmechanischen und optischen Industrie, der chemischen Industrie und der Blechwaren- und Feinblechpackungsindustrie höher als der Landesdurchschnittssatz.

Bei Betrachtung der in Vertriebenenbetrieben Beschäftigten muß jedoch festgestellt werden, daß diese Zahl in allen Industriegruppen zum Teil sehr erheblich kleiner war als die Beschäftigtenzahl, welche die Industriebetriebe im Durchschnitt aufzuweisen hatten. Lediglich bei der Bekleidungsindustrie und in einigen kleineren Industriegruppen, wie in der tabakverarbeitenden Industrie, der Spiritus- und weinverarbeitenden Industrie, der kunststoffverarbeitenden Industrie, der feinmechanischen und optischen Industrie sowie der papierverarbeitenden Industrie war dieser Unterschied nicht so groß.

b 3) Die Vertriebenen-Handwerksbetriebe 1949—1955

Die umfangreiche Industrie des Landes Nordrhein-Westfalen läßt häufig übersehen, daß sich auch in Nordrhein-Westfalen ein großer

Teil des Wirtschaftslebens im Bereich des Handwerks abspielt, dem auch im Rahmen des gesamten Bundesgebietes große Bedeutung zukommt. Mit 196 411 Handwerksbetrieben und 777 908 Beschäftigten im Handwerk befanden sich am 30. 9. 1949 22,7 % der Betriebe und 25,4 % der Beschäftigten im gesamten Handwerk des Bundesgebietes in Nordrhein-Westfalen. Dennoch führte die umfangreiche Industrie des Landes mit den außergewöhnlich hohen Beschäftigungsmöglichkeiten

Tabelle 40: Die Verteilung der Handwerksbetriebe auf die Bevölkerung nach Bevölkerungsgruppen und Gebieten am 17. 5. 1939 und 30. 9. 1949

Zeitpunkt Gebiet	Gesamtbevölkerung ¹⁾	davon Vertriebene		Handwerksbetriebe insgesamt	davon Vertrieben.-Betriebe		Handwerksbetriebe auf 10 000 d. Bevölk.	Vertrieben.-Betriebe auf 10 000 d. Vertrieb.
		absolut	vH Sp. 1		absolut	vH Sp. 4		
	1	2	3	4	5	6	7	8
17. 5. 1939								
Bundesgebiet	39 677 461	—		818 659	—		206,3	—
Ostgebiete u. Sudetenland	11 857 692	—		224 154	—		189,0	—
Westfalen (einschl. Lippe)	5 449 816	—		92 260	—		169,3	—
Rheinprovinz	7 998 043	—		131 502	—		164,4	—
30. 9. 1949								
Bundesgebiet	47 446 100	7 553 700	15,9	864 428	35 177	4,1	182,2	46,6
Nordrhein-Westfalen	12 964 900	1 150 235	8,9	196 411	3 897	2,0	151,5	33,9
vH	27,3	15,2		22,7	11,1			

Anm. 1 = für den 30. 9. 1949 ohne Ausländer in Lagern.

Quelle: 1. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte — I 7 b — 6887 — vom 30. Dezember 1954. — 2. Stat. Bundesamt „Wirtschaft und Statistik“ 1. Jahrgang 1949 S. 850. — 3. Stat. Bundesamt im Stat. Bericht Arb.Nr. VIII/0/7a vom 5. 12. 1950.

dazu, daß die Handwerksbetriebe, gemessen an der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen, nicht so zahlreich waren wie im Durchschnitt des Bundesgebietes. Schon am 17. 5. 1939 entfielen auf 10 000 der Bevölkerung im heutigen Bundesgebiet 206,3, in Westfalen und der Rheinprovinz dagegen nur 169,3 und 164,4 Handwerksbetriebe. Auch in den deutschen Ostgebieten und im Sudetenland nahm das Handwerk vor dem 2. Weltkrieg mit 189,0 Betrieben auf 10 000 der Bevölkerung einen größeren Raum ein als in Nordrhein-Westfalen. Unter der Voraussetzung, daß sich unter je 10 000 Vertriebenen, die bis zum 30. 9. 1949 nach Nordrhein-Westfalen gelangten, 189,0 ehemals selbständige Handwerker befanden, hätten im September 1949 in Nordrhein-Westfalen rd. 22 000 Vertriebene einen selbständigen Handwerksbetrieb leiten müssen, wenn sie in der neuen Heimat dieselbe Position wie in der verlorenen Heimat erhalten hätten. Abgestellt auf die wesentlich andersartige Wirtschaftsstruktur des Landes Nordrhein-Westfalen

wäre allerdings eine Eingliederung der Vertriebenen im Sinne einer Anpassung an die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung schon erreicht, wenn in Nordrhein-Westfalen am 30.9.1949 rd. 18 000 Vertriebenen-Handwerksbetriebe vorhanden gewesen wären. Demgegenüber wurden jedoch in der zu diesem Zeitpunkt durchgeführten Handwerkszählung nur 3897 Vertriebenenbetriebe im Handwerk gezählt. 151,5 Handwerksbetriebe entfielen am 30.9.1949 in Nordrhein-Westfalen auf

Tabelle 41: Betriebe und Beschäftigte im Handwerk am 30.9.1949 in Nordrhein-Westfalen nach Personen- und Handwerksgruppen

Handwerksgruppe	Handwerksbetriebe insges.	davon Vertriebenen- Betriebe		Beschäft. in allen Handw.- betriebe.	davon in Vertrieb.- Betriebe		davon Vertriebene	
		absolut	vH Sp. 1		absolut	vH Sp. 4	absolut	vH Sp. 4
		1	2		5	6	7	8
Handwerk insgesamt ..	196 411	3 897	2,0	777 908	12 797	1,6	41 232	5,3
davon:								
Bauhandwerk	43 648	935	2,1	278 968	5 090	1,8	19 514	7,0
Nahrungsmittelhandw.	28 236	176	0,6	100 368	575	0,6	3 618	3,6
Bekl., Text. u. Lederhandwerk	60 745	1 579	2,6	139 644	3 213	2,3	5 645	4,0
Eisen- und metallverarbeit. Handwerk	25 024	464	1,9	108 913	1 566	1,4	5 161	4,7
Holzverarbeit. Handw.	19 849	347	1,7	88 589	1 196	1,4	4 894	5,5
Gesundheits- u. Körperpflege								
chem. u. Reinigungshandwerk	15 394	306	2,0	50 911	898	1,8	1 944	3,8
Papierverarbeitung, keramische u. sonst. Handw.	3 515	90	2,6	10 515	259	2,5	456	4,3

Quelle: Stat. Landesamt Nordrhein-Westfalen „Stat. Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 1950/51“.

10 000 der Bevölkerung, auf 10 000 Vertriebene dagegen nur 33,9 Vertriebenenbetriebe. Dementsprechend waren auch zu diesem Zeitpunkt die Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung mit 8,9 %, an der Gesamtzahl der Handwerksbetriebe jedoch nur mit 2,0 % beteiligt. Mit 2,6 % waren die Vertriebenen am stärksten im Bekleidungs-, Textil- und Lederhandwerk vertreten. Sehr gering war dagegen der Vertriebenenanteil von 0,6 % im Nahrungsmittelhandwerk. Die bestehenden Vertriebenenbetriebe waren außerdem im allgemeinen kleiner als die Handwerksbetriebe der Stammbevölkerung. Gehörten am 30.9.1949 von allen Handwerksbetrieben des Landes 31,1 % zu Betrieben mit einem Beschäftigten und 46,5 %, 15,7 %, 3,3 % und 3,4 % zu den Be-

trieben mit 2—4, 5—9, 10—14 und 15 und mehr Beschäftigten, so entfielen auf die entsprechenden Betriebsgrößenklassen bei den Vertriebenenbetrieben 36,6 %, 46,0 %, 12,4 %, 2,6 % und 2,4 %.

Tabelle 42: Die Handwerksbetriebe in Nordrhein-Westfalen am 30. 9. 1949 nach Größenklassen und Bevölkerungsgruppen

Betriebsgrößenklasse	Betriebe insgesamt		davon Vertriebenenbetr.	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil
	1	2	3	4
Betriebe insgesamt	196 411	100,0	3 897	100,0
davon mit Beschäft.				
1	61 044	31,1	1 428	36,6
2— 4	91 397	46,5	1 794	46,0
5— 9	30 818	15,7	483	12,4
10—14	6 397	3,3	99	2,6
15 und mehr	6 755	3,4	93	2,4

Quelle: Stat. Bundesamt in Statistik der Bundesrepublik Deutschland Bd. 12.

Der Größenunterschied zwischen dem Durchschnitt der Handwerksbetriebe in Nordrhein-Westfalen und den Vertriebenenbetrieben geht auch daraus hervor, daß der Anteil der Vertriebenenbetriebe an der Gesamtzahl der Handwerksbetriebe am 30. 9. 1949 bei 2,0 %, der Anteil der Beschäftigten in Vertriebenenbetrieben an allen Beschäftigten im Handwerk jedoch nur bei 1,6 % lag. Zweifellos war ein großer Teil der ursprünglich selbständigen vertriebenen Handwerker in eine abhängige Stellung geraten, da ihnen meist das Kapital zum Aufbau eines neuen Betriebes fehlte. Zum Teil hatten die Vertriebenen eine Tätigkeit in einheimischen Handwerksbetrieben angenommen. So waren beispielsweise von den Vertriebenen, die am 30. 9. 1949 in Nordrhein-Westfalen im Handwerk beschäftigt waren, 42,8 % als Gesellen und Facharbeiter und 23,9 % als ungelernte und angelernte Arbeiter tätig. Auf tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige entfielen dagegen, der geringen Zahl der Vertriebenenbetriebe entsprechend, nur 9,9 % bzw. 2,0 %. Im Gegensatz hierzu lag der Anteil der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen an der Zahl aller Beschäftigten im Handwerk Nordrhein-Westfalens bei 26,6 % und 6,8 %, während zu den Gesellen und Facharbeitern und den ungelernten und angelernten Arbeitern 34,6 % und 11,7 % gehörten. Die Tatsache, daß die Vertriebenen an den Beschäftigten im Handwerk nur mit 5,3 % beteiligt waren, der Bevölkerungsteil dagegen 8,3 % betrug, deutet darauf hin, daß die Vertriebenen auch im einheimischen Handwerk nicht genügend Beschäftigung oder daß sie in Nordrhein-Westfalen eher im Bereich der Industrie eine einigermaßen angemessene wirtschaftliche Existenz fanden. Betrachtet man die weitere Entwicklung der Vertriebenen-

Tabelle 43: Die Beschäftigten im Handwerk Nordrhein-Westfalens nach Bevölkerungsgruppen und der Stellung im Beruf

Stellung im Beruf	Beschäftigte insges.		davon Vertriebene		
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	vHSp.1
	1	2	3	4	5
Beschäftigte im Handwerk insgesamt	777 908	100,0	41 232	100,0	5,3
davon:					
Tätige Inhaber	207 189	26,6	4 086	9,9	2,0
Mithelf. Familienangehörige	52 721	6,8	835	2,0	1,6
Gesellen u. Facharbeiter ..	268 982	34,6	17 617	42,8	6,5
Angelernte und ungelernte Arbeiter	91 189	11,7	9 854	23,9	10,8
Handwerkslehrl.u.Umschüler	117 638	15,1	6 860	16,6	5,8
Anlernlinge u. Gewerbegeh.	13 145	1,7	702	1,7	5,3
Techn. u. kaufmänn. Angest., Lehrlinge	27 044	3,5	1 278	3,1	4,7

Quelle: Stat. Bundesamt im Stat. Bericht Arb.Nr. VIII/0/7 a v. 5. 12. 1950.

Handwerksbetriebe, so läßt sie sich nur auf Grund der Handwerksrollenstatistik weiter verfolgen, in der jedoch die Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe im Handwerk zusammen ausgewiesen werden. Auf Grund des konjunkturellen Aufschwungs hatte Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren eine starke Ausdehnung der Industriekapazität zu verzeichnen, die vielen Menschen neue Existenzmöglichkeiten bot. Der starke Bevölkerungssog, den Nordrhein-Westfalen auf Grund dessen auf die übrigen Länder des Bundesgebietes und die SBZ ausübt und der sich, wie schon aus der Betrachtung der Wanderungen hervorging, besonders auf die Vertriebenen und Zugewanderten auswirkte, führte in Nordrhein-Westfalen zu einer umfangreichen Zunahme der Bevölkerung und insbesondere der Vertriebenen und Zugewanderten. Naturgemäß fanden die Erwerbspersonen unter den Zuwanderern in erster Linie eine Beschäftigung in der Industrie. Aus diesem Grunde steht auch die Entwicklung der Handwerksbetriebe in Nordrhein-Westfalen in keinem angemessenen Verhältnis zu der Bevölkerungsentwicklung. Während die Bevölkerung des Landes vom 1. 1. 1950—1. 1. 1955 um 11,4 % anstieg, waren die Handwerksbetriebe in diesem Zeitraum nach der Handwerksrollenstatistik um 7,7 % zurückgegangen. Einem Zuwachs der Vertriebenen und Zugewanderten um 81,5 % stand ein 22,0 %iger Zuwachs von Vertriebenen- und Zugewandertenbetrieben des Handwerks gegenüber. Dementsprechend entfielen am 1. 1. 1955 in Nordrhein-Westfalen auf 10 000 der Bevölkerung nur noch 132,9 Handwerksbetriebe und auf 10 000 Vertriebene und Zugewanderte 23,0 Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe. Zweifellos zeichnet sich hiermit deutlich die vorrangige Eingliederungs-

möglichkeit der Vertriebenen und Zugewanderten im Bereich der unselbständigen Beschäftigung in der Industrie ab. Absolut gesehen war die Zahl der Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe im Handwerk von 5102 Betrieben am 1. 1. 1950 auf 6225 Betriebe am 1. 1. 1955 angestiegen.

Tabelle 44: Die Entwicklung der Bevölkerung und Handwerksbetriebe in Nordrhein-Westfalen vom 1. 1. 1950—1. 1. 1955

Bevölkerungsgruppen — Handwerksbetriebe	1. 1. 1950	1. 1. 1955	Zu- bzw. Ab- nahme in vH
	1	2	
Bevölkerung insgesamt	13 072 500	14 561 300	+ 11,4
dav. Vertriebene u. Zugewanderte ..	1 488 300	2 701 800	+ 81,5
vH	11,4	18,6	
Handwerksbetriebe insgesamt	209 825	193 565	— 7,7
dav. Vertrieb.- u. Zugewand.-Betr.	5 102	6 225	+ 22,0
vH	2,4	3,2	
Handwerksbetr. auf 10 000 der Bev.	160,5	132,9	—
Vertr.- u. Zugew.-Betr. auf 10 000 der Vertriebenen u. Zugewanderten	34,3	23,0	—

Quelle: 1. Stat. Amt d. Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Stat. Bericht Arb.Nr. VIII/0/3 vom 15. 11. 1949. — 2. Ermittlungen über die Handwerksrollenstatistik beim Zentralverband d. Deutschen Handwerks (ZvDH), Bonn.

Betrachtet man die Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe in Nordrhein-Westfalen am 1. 1. 1955 innerhalb der einzelnen Handwerksgruppen und -zweige, so ergibt sich, daß mit 2181 Betrieben die größte Anzahl auf die Bekleidungs-, Textil- und Lederhandwerke und hier besonders auf die Herren- und Damenschneider, die Schuhmacher sowie die Sattler und Gerber entfiel. Bezüglich des Anteils der Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe an der Gesamtzahl der Handwerksbetriebe zeigt das Bekleidungs-, Textil- und Lederhandwerk mit 4,2 % ebenfalls einen überdurchschnittlichen Satz. Den größten relativen Anteil hatten die Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe dieser Handwerksgruppe mit 50,0 %, 12,0 %, 6,5 % und 6,4 % bei den Handschuhmachern, den Webern und Tuchmachern, den Strickern und Wirkern sowie den Kürschnern aufzuweisen. Mit 1099 Handwerksbetrieben waren die Vertriebenen und Zugewanderten auch bei dem eisen- und metallverarbeitenden Handwerk in stärkerem Umfange vertreten, wobei die größte Anzahl der Betriebe bei den Elektroinstallateuren, Uhrmachern, Schlossern, Kraftfahrzeughandwerkern, Schmieden, Klempnern und Installateuren sowie den Mechanikern festzustellen ist. Relativ gesehen waren die Vertriebenen und Zugewanderten allerdings mit 3,1 % nur unterdurchschnittlich an den gesamten eisen- und metallverarbeitenden Handwerksbetrieben des Landes beteiligt. Innerhalb der Handwerkszweige ergaben sich auch hier einige Unterschiede.

So wurden beispielsweise unter den Büchsenmachern (Waffenmachern) 11,1 % und unter den Ziseleuren, Uhrmachern, Kraftfahrzeugelektrikern und Rundfunkmechanikern 5,0 %—6,1 % Handwerksbetriebe von Vertriebenen und Zugewanderten gezählt.

Im Bauhandwerk wurden am 1. 1. 1955 in Nordrhein-Westfalen 936 Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe ausgewiesen, von denen der größte Teil den Malern und Lakierern, den Maurern (einschl. Beton- und Stahlbauern) und den Dachdeckern angehörte. Relativ gesehen waren die Vertriebenen und Zugewanderten mit 2,8 % jedoch nur in geringem Umfange an dem gesamten Bauhandwerk beteiligt. In einigen kleineren Handwerkszweigen innerhalb des Bauhandwerks, so z. B. bei den Ofensetzern und Brunnenbauern aber auch bei den Schornsteinfegern, war dieser Anteil allerdings wesentlich höher.

Im Nahrungsmittelhandwerk waren die Vertriebenen und Zugewanderten zu dem obengenannten Zeitpunkt mit 826 Betrieben vertreten. Die größte Zahl dieser Betriebe entfiel auf die Fleischer und Großschlächter und die Bäcker. Der Anteil der Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe an der Gesamtzahl der Handwerksbetriebe im Nahrungsmittelbereich war jedoch mit 2,6 % ebenfalls nur gering.

An dem Holzverarbeitenden Handwerk und dem Gesundheits- und Körperpflegehandwerk (einschl. chem. und Reinigungshandwerk) waren die Vertriebenen und Zugewanderten mit 498 und 501 Betrieben, also mit 2,6 % und 2,9 % der gesamten Betriebe dieser Gruppen, absolut und relativ nur in geringem Umfange beteiligt. Den absolut größten Raum nahmen in diesen Gruppen auch bei den Vertriebenen und Zugewanderten die Tischler (einschl. Beizer, Polierer, Parkettleger, Kegelbahnbauer, Intarsienschneider) und die Friseure ein. Der relative Anteil zeigte bei den einzelnen Handwerksgruppen zwar verschiedentlich starke Schwankungen auf, die das Gesamtergebnis jedoch nicht wesentlich beeinflussen konnten.

Das gleiche gilt für die Handwerksgruppe der papierverarbeitenden, keramischen und sonstigen Handwerke, in denen 184 Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe (4,5 % der Gesamtzahl) zu verzeichnen waren. Etwa die Hälfte dieser Betriebe gehörten zu den Handwerkszweigen der Photographen und der Glaser. Obgleich in der genannten Handwerksgruppe die Beteiligung der Vertriebenen und Zugewanderten stärker war als in den übrigen Handwerksgruppen, so z. B. vor allem auch bei einigen speziellen Handwerkszweigen, wie den Glashandwerken und verschiedenen Musikinstrumentehandwerken, konnte diese Gruppe das Gesamtergebnis nicht wesentlich beeinflussen, da sie absolut nur einen geringen Umfang aufzuweisen hatte.

Tabelle 45: Die Handwerksbetriebe und die darunter befindlichen Vertriebenen- und Zugewandertenbetriebe in Nordrhein-Westfalen am 1.1.1955 nach Handwerksgruppen bzw. -zweigen

Handwerksgruppe bzw. Handwerkszweig	Handwerks- betriebe insgesamt	davon Vertriebenen- und Zugewanderten- Betriebe	
	1	absolut 2	vH Sp. 1 3
Bauhandwerk insgesamt	33 197	936	2,8
davon:			
Maurer, Beton- und Stahlbauer	8 160	272	3,3
Backofenbauer	62	—	—
Brunnenbauer	55	7	12,7
Schornsteinbauer, Feuerungs- und Industrieofenbauer	62	—	—
Mosaik-, Platten- und Fliesenleger..	666	23	3,5
Steinholzleger	77	5	6,5
Isolierer (Kälte-, Wärme und Schall- schutz)	160	3	1,9
Betonsteinhersteller, Terrazzo- hersteller	330	5	1,5
Straßenbauer, Tiefbauer	812	14	1,7
Stukkateure	1 389	2	0,1
Zimmerer (einschl. Treppenbauer) ...	1 857	74	4,0
Dachdecker	3 227	101	3,1
Steinmetze	935	34	3,6
Maler und Lackierer	14 439	291	2,0
Ofensetzer	80	18	22,5
Schornsteinfeger	886	87	9,8
Nahrungs- und Genußmittelhandwerker insgesamt	31 555	826	2,6
davon:			
Bäcker (Bretzel-, Schwarzbrot- und Lebkuchenbäcker, Feinbackw.)	14 431	308	2,1
Konditoren und Süßwarenhersteller .	1 905	32	1,7
Fleischer und Großschlächter	11 368	405	3,6
Roßschlächter	220	6	2,7
Müller	2 151	54	2,5
Brauer und Mälzer	37	—	—
Hausschlächter	1 443	21	1,5
Bekleidungs-, Textil- und Lederhand- werke insgesamt	52 215	2 181	4,2
davon:			
Herrenschneider, Lederbekleidungs- schneider	13 928	643	4,6
Damenschneider	12 785	593	4,6
Wäscheschneider, Korsettmacher	976	35	3,6
Putzmacher	2 376	49	2,1
Stricker und Wirker	840	55	6,5
Sticker und Klöppler	344	10	2,9
Weber und Tuchmacher	150	18	12,0
Seiler und Netzmacher	87	4	4,6

Tabelle 45:

Handwerksgruppe bzw. Handwerkszweig	Handwerks- betriebe	davon Vertriebene und Zugewanderte Betriebe	
	insgesamt	absolut	vH Sp. 1
	1	2	3
Segelmacher	12	—	—
Kürschner und Rauchwarenzurichter	705	45	6,4
Hutmacher (einschl. Hutreparateure), Mützenmacher	121	5	4,1
Handschuhmacher	14	7	50,0
Schuhmacher	13 524	471	3,5
Orthopädieschuhmacher	300	2	0,7
Holzschuhmacher	398	7	1,8
Sattler und Gerber	3 176	142	4,5
Polsterer, Dekorateure (einschl. Lino- leumleger)	2 421	93	3,8
Feintäschner	58	2	3,4
Eisen- und metallverarbeitende Hand- werke insgesamt	35 797	1 099	3,1
davon:			
Schmiede	4 342	112	2,6
Landmaschinenhandwerker	414	19	4,6
Mühlenbauer	56	1	1,8
Schlosser	4 148	124	3,0
Maschinen- und Waagenbauer	674	21	3,1
Dreher	94	1	1,1
Metallformer und Gießer, Zinngießer	58	—	—
Glockengießer	3	—	—
Schweißer	89	2	2,2
Werkzeug-, Riet-, Webegeschirre- und Kammacher, Feilenhauer	251	2	0,8
Kraftfahrzeughandwerker, Zylinder- u. Kurbelwellenschleifer	3 465	113	3,3
Kraftfahrzeugelektriker	204	12	5,9
Elektroinstallateure	5 653	165	2,9
Elektromaschinenbauer	290	12	4,1
Elektro-, Fernmelde-, Schwachstrom- mechaniker	152	6	3,9
Rundfunkmechaniker	1 041	63	6,1
Feinmechaniker (Feinoptiker)	118	3	2,5
Mechaniker (Nähmaschinen- u. Fahr- radmechaniker)	3 400	104	3,1
Büromechaniker	357	11	3,1
Klempner (Kühlerhersteller und -reparateure)	707	4	0,6
Kupferschmiede	109	3	2,8
Klempner und Installateure	4 290	105	2,4
Installateure (Gas, Wasser)	836	29	3,5
Zentralheizungsbauer	641	8	1,2
Büchsenmacher (Waffenmacher)	99	11	11,1
Messerschmiede	103	3	2,9
Gold-, Silberschmiede, Juweliere, Emaillure	635	21	3,3
Gold-, Silber-, Aluminiumschläger ..	3	—	—

Tabelle 45:

Handwerksgruppe bzw. Handwerkszweig	Handwerks- betriebe	davon Vertriebene und Zugewanderte Betriebe	
	insgesamt	absolut	vH Sp 1
	1	2	3
Uhrmacher	2 581	134	5,2
Graveure, Damaszierer, Formstecher, Guillocheure	412	5	1,2
Gürtler, Metalldrückerherst.	53	1	1,9
Ziseleure	20	1	5,0
Galvaniseure, Metallschleifer	499	3	0,6
Holzverarbeitende Handwerke insges. .	19 166	498	2,6
davon:			
Rolladen- und Jalousiebauer	75	2	2,7
Tischler, Beizer, Polierer, Park.Leger, Kegelbahnbauer, Intarsienschneider	14 923	358	2,4
Bootsbauer	22	—	—
Schiffbauer	10	—	—
Modellbauer	276	4	1,4
Stellmacher	1 922	57	3,0
Karosseriebauer	187	—	—
Drechsler, Heftemacher, Spielzeug- herst., Elfenbeindrechsler- u. schnitzler	346	18	5,2
Schirm- und Stockmacher	88	2	2,3
Holzbildhauer	285	12	4,2
Böttcher und Muldenbauer	170	4	2,4
Weinküfer	37	—	—
Korbmacher	476	26	5,5
Bürsten- und Besenmacher (Draht- bürsten-, Pinselmacher)	349	14	4,0
Gesundheits- und Körperpflege-, chem. und Reinigungshandwerk	17 521	501	2,9
davon:			
Augenoptiker	636	12	1,9
Bandagisten	176	2	1,1
Orthopädiemechaniker	168	3	1,8
Chirurgieinstrumentenmacher und -mechaniker	9	1	11,1
Zahntechniker	425	22	5,2
Friseure	14 322	406	2,8
Textilhanddrucker, Färber u. chem. Reiniger	311	19	6,1
Seifensieder, Wachszieher	20	1	5,0
Wäscher und Plätter	928	24	2,6
Gebäudereiniger	526	11	2,1
Glas-, papierverarbeitende, keramische u. sonstige Handwerke insgesamt	4 114	184	4,5
davon:			
Photographen (Phototechniker)	1 238	61	4,9
Drucker und Schriftsetzer	318	6	1,9
Buchbinder, Linierer, Etui- und Kartonagenmacher	721	4	0,6

Tabelle 45:

Handwerksgruppe bzw. Handwerkszweig	Handwerks- betriebe	davon Vertriebene und Zugewanderte Betriebe	
	insgesamt	absolut	vH Sp. 1
	1	2	3
Töpfer	93	5	5,4
Steindrucker	4	—	—
Lithographen	1	—	—
Chemiegraphen	3	—	—
Glaser	447	33	7,4
Glasschleifer, Glasätzer, Edelstein- schleifer	133	16	12,0
Glasaugenmacher, Glasbläser, Glas- instrumentenmacher	44	13	29,5
Glasmaler und Porzellanmaler	63	3	4,8
Vergolder und Einrahmer	104	1	1,0
Schilder- und Lichtreklamehersteller	209	3	1,4
Saiten- u. Bogenmacher, Geigen- und Streichinstrumentenbauer	41	3	7,4
Klavier- u. Harmoniumbauer, Hand- zuginstrumentenmacher	140	4	2,9
Holzblasinstrumentenmacher	5	—	—
Metallblasinstrumenten-, Schlagzeug- macher	89	10	11,2
Orgelbauer	28	1	3,6
Vulkaniseure	431	21	4,9
Harfenbauer, Zupfinstrumenten- macher	2	—	—
Sämtliche Handwerkszweige ...	193 565	6 225	3,2

Quelle Ermittlungen beim Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZvDH) Bonn.

Zusammenfassend läßt sich zu der Eingliederung der selbständigen Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen feststellen, daß bisher in keinem Fall eine Anpassung der Vertriebenen an die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung erreicht werden konnte. Zweifellos beruht die große Schwierigkeit, die sich der Lösung dieses Problems entgegenstellte, vor allem darauf, daß die Vertriebenen auch heute noch bei weitem nicht über das notwendige Eigenkapital verfügen, das zur Gründung einer selbständigen Existenz erforderlich ist. Die mannigfachen zentralen Maßnahmen, die zur Behebung dieser Situation getroffen wurden, haben zwar oft eine große Hilfe geleistet, konnten jedoch keine entscheidende Wendung herbeiführen. Zum anderen muß allerdings berücksichtigt werden, daß einer Betriebsgründung zum Teil auch die natürlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten entgegenstanden. Besonders im Bereich der Landwirtschaft sind der Gründung selbständiger Betriebe sehr enge natürliche Grenzen gesetzt, die eine Eingliederung der selbständigen vertriebenen Landwirte auch in Zukunft fraglich erscheinen

lassen. Einige Möglichkeiten bestehen zwar in der Übernahme eines bestehenden Betriebes, die jedoch bei dem dabei herrschenden Prinzip der Freiwilligkeit, trotz der damit verbundenen Vergünstigungen, kaum den für eine völlige Anpassung erforderlichen Umfang erreichten. Auch im Bereich der Industrie ist die Anpassung der selbständigen Vertriebenen an die Verhältnisse der Gesamtbevölkerung nicht erzielt worden und wird trotz des industriellen Charakters des Landes Nordrhein-Westfalen auch in absehbarer Zeit nicht erreicht werden. Einmal ließ sich bei den in Nordrhein-Westfalen sehr zahlreichen Industriebetrieben ein Wiederaufbau und Ausbau wesentlich leichter durchführen als Betriebsgründungen durch Vertriebene. Zum anderen hat sich das Problem einer Gleichstellung der Vertriebenen und der übrigen Bevölkerung auf Grund der ungewöhnlich starken Zunahme der Vertriebenenbevölkerung ständig vergrößert. In Anbetracht der Tatsache, daß dieser Bevölkerungszuwachs letztlich auf die vorhandenen bzw. durch den Wiederaufbau und Ausbau wieder- oder neugewonnenen Arbeitsplätze zurückzuführen ist, wäre die Forderung nach einer, dem Bevölkerungsanteil der Vertriebenen völlig entsprechenden Beteiligung an der Gesamtzahl der Industriebetriebe vom wirtschaftlichen Standpunkt aus auch verfehlt. Durch Neugründung dieses soziale Ziel zu erreichen, ist in Anbetracht der herrschenden Marktverhältnisse in Nordrhein-Westfalen unmöglich. Die Betriebsübernahme aber wäre in dem Maße nur auf dem Wege zentraler Enteignung möglich, ein Vorgehen, das jedoch in völligem Widerspruch zu der herrschenden Wirtschaftsordnung stehen würde. Die Möglichkeit einer Eingliederung der vertriebenen Handwerker hat sich zwar im Hinblick auf die geringeren Kapitalerfordernisse als günstiger erwiesen. Trotzdem zeigt die bisherige Entwicklung, daß auch hier keine Anpassung an die Situation der Gesamtbevölkerung erreicht werden konnte. Wenngleich der Zustrom der Vertriebenenbevölkerung den Absatzmarkt für konsumnahe Handwerke verbesserte, so zeigt die Entwicklung im Handwerk, daß die zusätzliche Nachfrage zum größten Teil durch die bestehenden Betriebe befriedigt werden konnte. Betriebsneugründungen in dem Umfange einer dem Bevölkerungsanteil der Vertriebenen entsprechenden Weise wären wirtschaftlich kaum vertretbar.

In Anbetracht der bisherigen Feststellungen wird also das Problem einer Eingliederung der selbständigen Vertriebenenexistenzen in Nordrhein-Westfalen in absehbarer Zeit kaum endgültig zu lösen sein, wenn dabei gleichzeitig die allgemeinen wirtschaftlichen Belange voll berücksichtigt werden sollen. Gerade diese Erkenntnis sollte aber dazu beitragen, den selbständigen Vertriebenen, wenigstens soweit es die Marktverhältnisse erlauben, die Aufrechterhaltung und Schaffung einer Existenz zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Neben dem allgemeinen

Erfordernis, die schöpferisch so wertvollen Kräfte, die unter den Selbständigen in besonderem Maße anzutreffen sind, zu bewahren und zu stärken, ist die Unterstützung der selbständigen Vertriebenen ein Gebot der Menschlichkeit. Der Rückgang der Selbständigen unter den Vertriebenen zeigt deutlich, daß der ungeheure Vermögensverlust im Osten personell vor allem die selbständigen Vertriebenen außergewöhnlich hart betroffen hat.

Die betroffene Generation unter den Vertriebenen wird den erlittenen Verlust zwar kaum überwinden, gerade deshalb ist es eine zwingende Notwendigkeit, ihnen das Schicksal wenigstens im Bereich des Möglichen zu erleichtern und ihren Nachkommen die dadurch entstandenen Startschwierigkeiten zu erleichtern. Wenn sich damit auch personell in der kommenden Generation vielleicht ein Ausgleich vollzieht, so kann dies jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Vermögensverlust, den das deutsche Volk durch die Abtrennung der Ostgebiete erlitten hat, niemals zu überwinden ist.